



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

20 Jahre Universität - Gesamthochschule Paderborn

Blömeke, Sigrid

Paderborn, 1993

urn:nbn:de:hbz:466:1-39078

20 JAHRE UNI-GH-PADERBORN EINE DOKUMENTATION ZU GESCHICHTE UND GEGENWART



Sigrid Blömeke / Hans-Georg Schwarz

20 Jahre Universität-Gesamthochschule Paderborn
Eine Dokumentation zu Geschichte und Gegenwart

Sigrid Blömeke / Hans-Georg Schwarz

20 Jahre Universität-Gesamthochschule Paderborn

Eine Dokumentation zu Geschichte und Gegenwart

Paderborn 1993

Paderborn 1993

Herausgeber: Rektorat der Universität-Gesamthochschule Paderborn

Gesamtherstellung: Verlagsdruckerei Schmidt GmbH, Neustadt a. d. Aisch

Lay-Out: Sigrid Blömeke / Angelika Brimmer-Brebeck /
Hans-Georg Schwarz

Titelbild: Idee Sigrid Blömeke / Angelika Brimmer-Brebeck /
Hans-Georg Schwarz, Realisation Manfred List

Die Fotos in diesem Band stammen - sofern nicht anders angegeben - aus dem
Archiv der Universität-Gesamthochschule Paderborn.

Inhalt

Grußwort des Rektors Prof. Dr. Hans Albert Richard	7
Einleitung	9
I. Von der Schule zur Hochschule. Historische Entwicklung der Vorläuferinstitutionen der Universität - Gesamthochschule Paderborn (Sigrid Blömeke)	11
I.1. Die technische Tradition. Ingenieurschulen in Höxter, Paderborn, Soest und Meschede	12
Der Weg zur Gründung von Baugewerkschulen	12
Höxter 1864 Standort der ersten Baugewerkschule in Preußen	13
Regulierung der Ausbildung durch den Staat seit 1900	14
1923: eine Landwirtschaftsschule für Soest	15
Nach 1945: Wiedereröffnung und Neugründungen in Höxter, Paderborn, Soest und Meschede	16
Protest 1968/69: Reform und Expansion	17
Industrie, Staat oder Standesinteressen Motor der Entwicklung?	18
Bilddokumentation	20
I.2. Die pädagogische Tradition. Eine Pädagogische Akademie in Paderborn	42
Lehrerausbildung in den 20er Jahren: zwischen Wissenschaft und Menschenbildung	42
Von der Akademie der Weimarer Republik zur Fachschule im Nationalsozialismus	43
Neuanfang unter englischer Besatzung	44
Entscheidung für eine Pädagogische Akademie in Paderborn 1946	45
Die Pädagogische Hochschule Paderborn in den 60er Jahren	48
Bilddokumentation	50
I.3. Die wirtschaftswissenschaftliche Tradition. Eine „Staatliche Höhere Wirtschaftsfachschule“ in Paderborn	58
Bedeutung der Schule für Industrie und Region	58
Bilddokumentation	60
I.4. Quellen- und Literaturverzeichnis	62
II. Der lange Weg zur Gesamthochschule (Hans-Georg Schwarz)	66
Hochschulpolitik nach 1945	66
Neuanfang in der Hochschulpolitik: der Sputnik-Schock	68
Autoritäre Strukturen an den Universitäten	69
Das Hochschulrahmengesetz von 1976	72
Die Gründung von fünf Gesamthochschulen in NRW	73
Quellen- und Literaturverzeichnis	75
Bilddokumentation	76

III. Die Gesamthochschule Paderborn (Hans-Georg Schwarz)	80
Die Gründungsphase 1972 bis 1983	80
Ziel des Gründungssenats: Studienreform	81
Streit um Namensgebung	85
Leitungskompetenzen - die Hochschule mit dem Doppelkopf	88
Der Ausbau nach Abschluß der Gründungsphase 1983-1993	89
Arbeitsplatz Hochschule	92
Quellen- und Literaturverzeichnis	93
Bilddokumentation	94
IV. Protestantischer Akademikersohn aus der Großstadt oder katholisches Mädchen vom Lande? Studieren an der Universität-Gesamthochschule Paderborn (Sigrid Blömeke)	146
Bildungseuphorie in den 70ern - Ernüchterung in den 80ern	147
Bildung in der Region	148
Zugpferd Ingenieurwissenschaften	149
Schlechte Studienbedingungen	150
Studium und Finanzen	152
Psychische Belastungen	153
Politisches Engagement und Einstellungswandel	153
Bilddokumentation	156
Quellen- und Literaturverzeichnis	192
Bilanz der Reformarbeit	193

Grußwort des Rektors

Im Herbst 1992 hat die Universität-Gesamthochschule-Paderborn ihr 20-jähriges Jubiläum gefeiert. Zu diesem Anlaß hat das Universitätsarchiv eine Ausstellung zusammengestellt, die zahlreiche Stationen der Entwicklung von der Gründung bis in die Gegenwart noch einmal lebendig werden ließ.

Seit dem 1. August 1972 setzt die Universität-Gesamthochschule-Paderborn bildungspolitische Akzente, denn Leitgedanke dieser Hochschulgründung war die Herstellung von Chancengleichheit und Demokratisierung durch Regionalisierung und Praxisbezug. Dieses Konzept hat sich bewährt: Die Bevölkerung der Region nutzt die angebotenen Bildungschancen, indem bis zu 80 % der Studierenden aus dem Umland stammen.

In die neugegründete Hochschule wurden die bereits in Paderborn existierende Fachhochschule Südost-Westfalen mit Abteilungen in Höxter, Meschede und Soest sowie die Pädagogische Hochschule integriert. Darüber hinaus wurden klassische universitäre Studiengänge eingerichtet. Die Arbeit in Forschung und Lehre an der Universität-Gesamthochschule-Paderborn unterscheidet sich somit nicht von anderen Universitäten.

In den 20 Jahren ihres Bestehens hat sich die Hochschule in Lehre und Forschung äußerst positiv entwickelt. So hat sich die Zahl der Studierenden von ca. 4.400 im WS 1972/73 auf ca. 17.000 im WS 1992/93 nahezu vervierfacht. In 17 Fachbereichen werden heutzutage die Studentinnen und Studenten in den Bereichen Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Natur- und Ingenieurwissenschaften in insgesamt 87 Studiengängen (Diplom-, Lehramts-, Magister- und Fachhochschulstudiengängen) mit den neuesten Erkenntnissen aus Wissenschaft und Wirtschaft vertraut gemacht und so auf spätere Führungsaufgaben vorbereitet. Da eine umfassende Entscheidungs- und Handlungskompetenz in jedem beruflichen Tätigkeitsfeld ein vielfältiges Sach- und Methodenwissen voraussetzt, wird die fächerübergreifende Zusammenarbeit an der Universität-Gesamthochschule-Paderborn besonders gefördert. Neben ihrem „klassischen“ Studienangebot bietet die Universität Paderborn zudem eine Reihe von innovativen Studiengängen an und erschließt damit ihren Absolventinnen und Absolventen den Zugang zu zeitgemäßen Berufsfeldern. Die Hochschulabteilungen in Höxter, Meschede und Soest partizipieren ebenfalls an



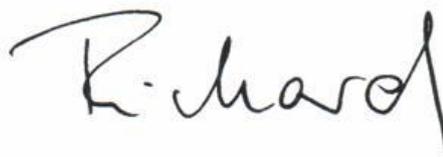
dieser Entwicklung: Durch ein Konzept der abgestimmten Spezialisierung von Studiengängen wurde hier eine vorausschauende Anpassung an die künftigen Tätigkeitsfelder von Ingenieuren vorgenommen.

Auch die Forschungsaktivitäten zeigen an der Universität-Gesamthochschule-Paderborn einen kontinuierlichen Aufwärtstrend. So haben die verfügbaren Forschungsmittel von Bund, Land, Europäischer Gemeinschaft (EG) und anderen Förderern 1992 ein Volumen von mehr als 40 Mio. D-Mark erreicht und sind damit seit 1988 um 73,3 % gestiegen. Eine Vielzahl von Forschungsprojekten werden in Paderborn interdisziplinär durchgeführt und besitzen eine besondere hochschul- und gesellschaftspolitische Bedeutung.

Ausbau und Pflege internationaler Kontakte genießen an der Paderborner Hochschule eine hohe Priorität: Ende des Jahres 1992 bestanden 44 vertraglich geregelte Kooperationen mit Hochschulen in Europa, Nordamerika, Australien, Asien und zunehmend auch in Osteuropa (zum Vergleich: im WS 83/84 waren es lediglich 3). Hinzu kommen zahlreiche internationale Abkommen, die auf Fachbereichs- und Fächerebene abgewickelt werden. Kernstück dieser Kooperationen ist zum einen der Austausch von Gastwissenschaftlern und Studierenden, zum anderen ist die Hochschule an verschiedenen internationalen Großforschungsprojekten beteiligt.

Offenheit für Innovationen und das vielfältige Engagement aller Hochschulangehörigen waren die wichtigsten Faktoren für den bisherigen Erfolg der Universität-Gesamthochschule-Paderborn. In besonderer Weise haben sich auch die Städte und Kreise, die der Hochschule Heimat geben, für ihre Entwicklung eingesetzt. Ebenso hat die Hochschule dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW sowie dem Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes NRW für vielfache Unterstützung und Hilfe in den vergangenen 20 Jahren zu danken. Ich danke allen Beteiligten für ihre Unterstützung und hoffe, daß auch in Zeiten knapper werdender Mittel die bildungspolitischen Zielsetzungen nicht aus dem Blickfeld von Politik und Wirtschaft geraten.

Hans Albert Richard



Einleitung

Seit Oktober 1989 wird an der Universität-Gesamthochschule Paderborn im Rahmen eines Kooperationsprojektes ein Hochschularchiv aufgebaut. Es geht auf die Initiative von Prof. Dr. Dieter Riesenberger (Fachbereich 1 - Historiker) und Prof. Dr. Wolfgang Keim (Fachbereich 2 - Erziehungswissenschaftler) zurück, unter deren Leitung seither mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Unterlagen zur Geschichte der Uni-GH und ihrer Vorläuferinstitutionen archivieren. Ihr Ziel ist, innerhalb der Hochschule Traditionen bewußt zu machen und wachzuhalten. Im Herbst 1991 kamen die Projektleiter und das Rektorat überein, zum 20jährigen Jubiläum der Universität-Gesamthochschule Paderborn eine Ausstellung aus den eigenen Beständen zu erarbeiten, die die Hochschule nach außen darstellen sollte. Sigrid Blömeke und Almut Flach konzipierten und organisierten dieses Projekt. Finanziert wurden die Mitarbeiterinnen aus Mitteln der Hochschule und eine durch das Rektorat eingeworbene Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Die Präsentation gelang: Sechs Wochen konnte von Anfang November bis Mitte Dezember 1992 im Eingangsbereich der Hochschule und in der Bibliothek das Innere der Paderbörner Hochschulgeschichte besichtigt werden. Ministerialdirigent Dr. Hochmuth, der die Ausstellung namens des Düsseldorfer Wissenschaftsministeriums eröffnete, zeigte sich beeindruckt und stellte spontan die Mittel für den Druck eines Ausstellungskatalogs zur Verfügung. Das Arbeitsamt unterstützte das Vorhaben, indem die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme - trotz personellen Wechsels - um ein Jahr verlängert wurde; die Hochschulverwaltung stellte ebenfalls für ein weiteres Jahr eigene Personalmittel für eine zweite Kraft zur Verfügung.

Das Ergebnis unserer Arbeit liegt nun vor. In fünf Kapiteln wollen wir Geschichte und Gegenwart der Universität-Gesamthochschule Paderborn dokumentieren, ihre Struktur durchschaubarer machen und Beteiligte zu Wort kommen lassen. Einen besonderen Schwerpunkt haben wir auf die Darstellung der Spezifika des Reformmodells „Gesamthochschule“ und die Art und Weise ihrer Gründung gelegt. Zu denken ist beispielsweise an die Entstehung der Uni-GH aus dem Zusammenschluß bestehender Einrichtungen (Fachhochschule Südost-Westfalen und Pädagogische Hochschule Paderborn), die Abteilungsstruktur mit Standorten in Paderborn, Höxter, Meschede und Soest, die integrierten Studiengänge sowie die erweiterten Zugangsmöglichkeiten zum Studium.

Sigrid Blömeke stellt im ersten Kapitel die Entwicklung der Vorläuferinstitutionen der Universität-Gesamthochschule Paderborn vor, die sich zusammenfassen läßt unter dem Stichwort „Von der Schule zur Hochschule“. Die Ausdifferenzierung des Bildungswesens führte seit 1864 im Raum Ostwestfalen zur Gründung von Fachschulen für Bauwesen, Landbau, Maschinenbau und Wirtschaft, die schließlich 1971 - im Zuge eines allgemeinen Trends zur Akademisierung - in der Fachhochschule Südost-Westfalen zusammengefaßt wurden. Daneben existierte seit 1946 in Paderborn eine Stätte zur Ausbildung von Volksschullehrerinnen und Volksschullehrern: die Pädagogische Akademie, seit 1962 Pädagogische Hochschule.

Hans-Georg Schwarz beschreibt im zweiten Kapitel die hochschulpolitische Entwicklung nach 1945 in der alten Bundesrepublik und erläutert die sozialen, wirt-

schaftlichen und politischen Einflüsse, die um 1970 den einzigartigen Reformkonsens über die Einführung der Gesamthochschule ermöglichten. Vor dem Hintergrund der bundesweiten Hochschulpolitik wird die besondere Lage Nordrhein-Westfalens beleuchtet, bevor im dritten Kapitel Geschichte und Gegenwart der Universität-Gesamthochschule Paderborn dargestellt werden.

Sigrid Blömeke wendet sich im vierten Kapitel den Studierenden an der Universität-Gesamthochschule Paderborn zu. Wie ist ihre soziale und regionale Herkunft? Welche gesellschaftlichen Überzeugungen sind für sie typisch? Und weichen sie in ihrer Zusammensetzung vom bundesweiten Durchschnitt ab? Neben der Beantwortung dieser Fragen werden einzelne Gruppen von Studierenden genauer untersucht, beispielsweise die ausländischen Studierenden, die hochschulpolitische Tätigkeit des AStA erläutert und die Probleme der Finanzierung des Studiums, des Wohnens und der Versorgung behandelt.

Eine Bilanz der Reformarbeit in der Hochschulpolitik der letzten 20 Jahre steht am Schluß des Bandes. Einmal formulierte Reformansprüche werden mit dem bisher in Nordrhein-Westfalen und in Paderborn Erreichten konfrontiert.

Ein Vorhaben wie diese Dokumentation in nur einem Jahr fertigzustellen, wäre trotz der Vorarbeiten im Rahmen der Ausstellung nicht möglich gewesen, wenn uns nicht von seiten des Rektorats und der Hochschulverwaltung vielfache Unterstützung zugekommen wäre. Ganz besonders sei hier Angelika Brimmer-Brebeck gedankt, die als derzeit einzige hauptamtliche Mitarbeiterin des Archivs manchen Tag, um nicht zu sagen manche Woche, damit verbrachte, uns auf wichtige Punkte hinzuweisen und beim Suchen weiterer Materialien bzw. weiterer Kontaktpersonen behilflich zu sein.

Paderborn, im Dezember 1993

Sigrid Blömeke / Hans-Georg Schwarz

I. Von der Schule zur Hochschule

Historische Entwicklung der Vorläuferinstitutionen der Universität-Gesamthochschule Paderborn

Sigrid Blömeke

Im Jahre 1972 ging die Gesamthochschule Paderborn mit ihren Abteilungen aus der Fachhochschule Südost-Westfalen und der Pädagogischen Hochschule Paderborn hervor. Bei der Gründung mußten so Institutionen zusammengefügt werden, die nach Geschichte, Studierenden, Zugangsvoraussetzungen, Lehrpersonal, Selbstverständnis und Standorten höchst unterschiedlich waren. Der Standort Höxter hat die längste Tradition: 1864 als Baugewerkschule auf Privatinitiative hin gegründet, konnte er 1989 als Abteilung der Universität-Gesamthochschule Paderborn sein 125jähriges Jubiläum feiern. Dagegen war die jüngste und kleinste Einrichtung, die Höhere Wirtschaftsfachschule, noch keine zwei Jahre alt, als sie - mittlerweile Teil der Fachhochschule - dann 1972 den Fachbereich 5 der Gesamthochschule bildete.

Obwohl die Vorgängereinrichtungen zu unterschiedlichen Zeiten gegründet worden waren und auch unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen verlangten - vom Nachweis der Mittleren Reife und Praxis bei den Ingenieurschulen bis zum Abitur für die Pädagogische Hochschule - hatten sie doch jeweils eine ähnliche Entwicklung bei den Studienbedingungen durchgemacht: Alle Einrichtungen hatten mit sehr verschultem, klassenweisen Unterricht begonnen, der dann schrittweise, bei den Ingenieurschulen erst nach langem Streik der Studierenden, durch zunehmende Wahlfreiheit abgelöst wurde. Diese Entwicklung zur Selbstverantwortlichkeit der Studierenden ging in den 60er Jahren mit einer Verbesserung der Ausbildung und einem Trend zur Verwissenschaftlichung einher.

	Anteil an den Studierenden 1972	Anteil an den Studierenden 1992
Wirtschaftswissenschaften	9,4%	23,2%
Mathematik und Naturwiss.	13,7%	17,2%
Geisteswissenschaften	18,5%	17,1%
Ingenieurwissenschaften	58,4%	42,5%
Gesamt	100,0%	100,0%

Quelle: eigene Berechnungen nach UniA PB. IV. 2.5.-1.

20 Jahre nach Gründung der Universität-Gesamthochschule Paderborn wird das Renomee der Hochschule ganz wesentlich von den Studienrichtungen Wirtschaft, Informatik und Ingenieurwissenschaften geprägt. In den Bereichen Wirtschaft und Informatik hat auch die stärkste Steigerung der Studierendenzahlen stattgefunden. Das bedeutet einen erheblichen Strukturwandel gegenüber den ersten Jahren des Bestehens der Hochschule, einen Bruch sogar im Vergleich zum Gewicht der Vorläuferinstitutionen. Dazu trägt bei, daß die Ingenieurwissenschaften zwar immer noch den mit Abstand stärksten Lehrbereich bilden, prozentual aber seit 1972 deutlich an Gewicht verloren haben. Mit der Schließung der Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen in Höxter wurden darüber hinaus 1987 die traditionsreichsten Angebote der Uni-GH Paderborn aufgegeben.

1.1. Die technische Tradition

Ingenieurschulen in Höxter, Paderborn, Soest und Meschede

Die 1864 in Höxter gegründete Baugewerkschule konnte 1972 bereits auf eine über 100 Jahre alte Tradition zurückblicken. Die Fachschule ist ein typisches Beispiel für den erhöhten Bedarf an gut ausgebildeten Technikern im Preußen des 19. Jahrhunderts dar. Mit der Entwicklung zur Hochschul-Abteilung vollzog sie - mit einer zeitlichen Verzögerung - auf dem Land einen Prozeß nach, den etwa hundert Jahre zuvor bereits die Bauhandwerkerschulen in der Großstadt Berlin gegangen waren.

Der Weg zur Gründung von Baugewerkschulen

Die bildungspolitische Entwicklung bis hin zur Gründung von Baugewerkschulen war im 19. Jahrhundert gekennzeichnet durch eine immer stärkere Ausdifferenzierung und Formalisierung des Schulwesens. Dies wirkte sich besonders deutlich im Fachschulwesen aus. Hier wurde den Schülern nach Abschluß der Volksschule (auf niederen Fachschulen) bzw. Erwerb der Mittleren Reife (auf höheren Fachschulen) und einigen Jahren Praxis eine gediegene Berufsausbildung vermittelt.

Erstmals hatte man 1799 in Berlin eine Schule eingerichtet mit dem Ziel, Bauhandwerker theoretisch und praktisch auszubilden. Ihr Arbeitsfeld sollte der Staatsdienst sein; Aufnahmebedingungen waren das vollendete 14. Lebensjahr und elementare Kenntnisse in Latein und Französisch (vgl. Lexis, S. 41). Schon bald setzte die Regierung die Aufnahmebedingungen für die „Königliche Bauakademie“ hoch und wertete das Abschlußzeugnis auf, so daß die Akademie bereits seit 1801 als höhere Fachschule gelten kann.

Eine ähnliche Entwicklung durchlief das 1821 als „Technische Schule“ gegründete „Gewerbeinstitut“, das - anfangs nur eine niedere Fachschule mit dem Nachweis von Elementarkenntnissen als Aufnahmevoraussetzung - seit 1850 die

Mittlere Reife als Vorbildung verlangte. Ausbildungsziel des Instituts war die schulische Ausbildung gewerblich tätiger Techniker.

Der weiter anhaltende Drang zu höheren Bildungsabschlüssen hatte schließlich zur Folge, daß Bauakademie und Gewerbeinstitut 1879 zu einer „Technischen Hochschule“ (TH) zusammengelegt wurden und so die bisherige Trennung der Ausbildung von Staatsbediensteten und Gewerbeteknikern aufgehoben wurde. Die TH beanspruchte einen Rang, der den Universitäten gleichkam. Dies erkannte die preußische Regierung 1899 mit der Verleihung des Promotionsrechtes in Ansätzen auch an (vgl. Grüner 1965, S. 17).

Da parallel dazu die Provinzial-Gewerbeschulen - seit 1828 ersatzweise existierende niedere Fachschulen für Bauhandwerker - zu neunklassigen allgemeinbildenden Oberrealschulen ausgebaut worden waren, fehlte nun, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ein Schulzweig, der Fachkräfte für den ständig wachsenden mittleren technischen Beamtendienst sowie theoretisch versierte Handwerksmeister ausbildete. Das war die Geburtsstunde der preußischen „Baugewerkschulen“.

Höxter 1864 Standort der ersten Baugewerkschule in Preußen

Waren außerhalb Preußens bereits seit 1831 einzelne dieser Schulen errichtet worden (zunächst in Holzminden, 1840 in Plauen/Vogtland und in Zittau/Sachsen sowie 1853 in Nienburg/Weser), stellte 1864 die Gründung der Privaten Baugewerkschule in Höxter für Preußen eine Premiere dar und bedeutete den Beginn einer rasanten Gründungswelle. In rascher Folge entstanden bis Ende des Jahrhunderts in knapp zwanzig Städten Baugewerkschulen, zumeist in kommunaler Trägerschaft. Der Baubereich war dabei nur Vorreiter eines allgemeinen Aufschwungs technischer Fachschulen: Maschinenbauschulen, Gewerbeschulen, Textilschulen und Landwirtschaftsschulen wurden in ebenso großer Zahl gegründet.

Ziel der zunächst dreisemestrigen Baugewerkschulen war, den Bauhandwerkern „Gelegenheit [zu] geben, sich diejenigen theoretischen Kenntnisse anzueignen, welche durch die gesteigerten Ansprüche und fortschreitende Technik von einem Baugewerksmeister gefordert werden“ (Höffer, S. 403). Wer in Höxter aufgenommen werden wollte, mußte einen guten Volksschulabschluß einer mehrklassigen Volksschule nachweisen, eine Lehre abgeschlossen sowie anschließend noch einige Zeit als Geselle gearbeitet haben. Der Abschluß der Baugewerkschule wurde dann als theoretischer Teil der Meisterprüfung anerkannt. Bewerber für den mittleren technischen Beamtendienst erhielten im theoretischen Teil der Berufsprüfung Vergünstigungen eingeräumt.

Die Baugewerkschulen nahmen damit eine Zwischenstellung ein zwischen dem niederen und dem höheren Fachschulwesen. Auf der einen Seite dauerte der Lehrgang weniger als zwei Jahre und verlangte nur elementare Schulkenntnisse bei der Aufnahme (und nicht die Mittlere Reife), so daß die Schulen formal den niederen Fachschulen zugeordnet werden müßten. Auf der anderen Seite recht-

fertigen der Nachweis eines guten Volksschulabschlusses in einer Aufnahmeprüfung und die hohen inhaltlichen Anforderungen der Abschlußprüfung als theoretischer Meisterprüfung die Zuordnung zum höheren Fachschulwesen. Dieser Tatbestand spiegelt sich auch in der wissenschaftlichen Literatur, wenn die Baugewerkschulen einmal als niedere Fachschulen (vgl. Grüner 1991, S. 390), ein anderes Mal als höhere Fachschulen (vgl. Lundgreen 1981, S. 144) klassifiziert werden.

Berücksichtigt werden muß allerdings, daß in der Aufbauphase weder die Schule in Höxter noch die anderen Schulen die selbstgestellten Richtlinien erfüllten, wie es etwa ab Mitte der neunziger Jahre geschah, als der Staat die Aufsicht übernahm. So kommt es der Realität vermutlich am nächsten, wenn man die Baugewerkschulen in der Anfangszeit als niedere, seit der Jahrhundertwende jedoch als höhere Fachschulen bezeichnet.

Regulierung der Ausbildung durch den Staat seit 1900

Die Baugewerkschulen hatten in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts bereits bei der Entstehung des Fachschulwesens eine Vorreiterrolle gespielt. Zudem erkannte die preußische Regierung die Bedeutung dieser Schulen für die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte. Die Konsequenz daraus war, daß zwischen 1895 und 1900 fast alle Baugewerkschulen aus der kommunalen oder sogar privaten Trägerschaft entlassen und verstaatlicht wurden. So nannte sich auch die Höxteraner Baugewerkschule fortan „Königlich-Preußische Baugewerkschule“. Seit dieser Zeit gab es einheitliche Vorschriften für die vormals sehr auseinandergelassenen Bedingungen bei Aufnahme, Unterricht und Abschlußprüfung. Eine Aufnahmeprüfung war von nun an verbindlich vorgeschrieben. Wer diese nicht bestand, mußte eine der neuerrichteten Vorklassen besuchen.

Der Drang der Baugewerkschulen in das höhere Fachschulwesen war damit aber noch nicht gestoppt. Da mittlerweile auch deutlich geworden war, daß nicht mehr der selbständige Baugewerksmeister das Berufsziel der meisten Absolventen war, sondern der angestellte Bautechniker bzw. der verbeamtete Bausekretär, wurde 1908 die Dauer der Ausbildung auf fünf Semester angehoben. Auch ohne die Mittlere Reife als Aufnahmevoraussetzung kann man der Baugewerkschule in Höxter spätestens ab diesem Zeitpunkt den Charakter einer höheren Fachschule zusprechen (vgl. Grüner 1991, S. 393).

In der Weimarer Republik gab die preußische Regierung den Absolventinnen - mittlerweile durften auch Frauen die Schule besuchen - und Absolventen der Baugewerkschule die Möglichkeit, sich über eine Ergänzungsprüfung das Recht zum Studium an einer Technischen Hochschule zu erwerben. Wenn auch nur wenige hiervon Gebrauch machten (vgl. Grüner 1965, S. 25), bedeutete das dennoch, daß erstmalig der Ansatz eines zweiten Bildungsweges geschaffen wurde. Dieser wurde noch ausgeweitet durch den Ausbau der berufspädagogischen Institute, auf denen die Fachschulabsolventen die begehrte Gewerbelehrerlaufbahn einschlagen konnten. 1931 trugen die Regierungen der deutschen Länder

dem Drängen der Baugewerkschulen Rechnung und benannten sie reichseinheitlich in „Höhere Technische Lehranstalten für Hoch- und Tiefbau“ (H.T.L.) um, um ihren Charakter als höhere Fachschule deutlicher hervorzuheben.

Das Jahr 1933 bedeutete für das gesamte Fachschulwesen den Beginn einer umfassenden Neuorganisation. Die Absolventen der Höheren Technischen Lehranstalten für Hoch- und Tiefbau erhielten 1938 von der NS-Regierung den begehrten „Ingenieur“-Titel zuerkannt. Darüber hinaus wurde 1939 für diese Schulform die Mittlere Reife als Aufnahmevoraussetzung reichseinheitlich festgeschrieben und denjenigen Absolventen die Ergänzungsprüfung für die Technischen Hochschulen erlassen, die ihre Prüfung mindestens mit „gut“ bestanden hatten. Drei Semester konnten sogar auf die Studienzeit an der Hochschule angerechnet werden.

Die Zeit des Nationalsozialismus brachte den Fachschulen somit einerseits eine deutliche Anhebung der Eingangsvoraussetzungen und als Folge die lange geforderte größere Anerkennung ihres Abschlusses. Andererseits waren Lehrinhalte und Lehrorganisation ebenso der „Gleichschaltung“ unterworfen wie im übrigen Schulwesen. So wurden bei der Schüleraushwahl die Auslesekriterien der NS-Ideologie angewandt. Das hieß, daß Juden ebensowenig zugelassen wurden wie nicht systemkonforme „Arier“. Beispiele für deren Relegierung gibt es auch an der Staatsbauschule Höxter.

1923: eine Landwirtschaftsschule für Soest

In der Weimarer Republik wurde auch die zweite der Vorläuferinstitutionen der Universität-Gesamthochschule Paderborn gegründet: die „Lehranstalt für praktische Landwirte“ in Soest. Die steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln aufgrund des Bevölkerungswachstums sowie das Vorbild des erhöhten Ausbildungsniveaus in den anderen Wirtschaftszweigen hatten am Ende des 19. Jahrhunderts in der Landwirtschaft zu der Erkenntnis geführt, daß eine systematische Ausbildung notwendig sei. Diese konnte jedoch nicht allein auf dem traditionellen Weg, dem „learning by doing“ im elterlichen Betrieb, vermittelt werden, sondern bedurfte einer Vollzeitschulbildung. In Norddeutschland übernahmen die Landwirtschaftskammern die Trägerschaft.

Die zunächst bevorzugte Schulform der „Seminare für praktische Landwirte“ begann dabei - wie die Baugewerkschulen zuvor - auf dem Niveau des niederen Fachschulwesens. Erforderliche Vorbildung waren ein Volksschulabschluß und vier Jahre Praxiserfahrung. Nach einem Jahr Unterricht legten die Absolventen die Prüfung zum „Staatlich geprüften Landwirt“ ab (vgl. Schmiel 1991, S. 400). In der Weimarer Republik eröffnete sich für diese Schulform jedoch ein neues Tätigkeitsfeld: die Ausbildung zu Verwaltern größerer landwirtschaftlicher Betriebe. Die Seminare wurden deshalb in „Höhere Lehranstalten für praktische Landwirte“ umgewandelt. Als Ersatz etablierten sich die vorher nur schwach vertretenen Winterschulen, die nun den Namen „Landwirtschaftsschulen“ erhielten (vgl. Schmiel 1989, S. 295).

Obwohl Westfalen überwiegend agrarisch geprägt war, existierte hier bis Anfang der 20er Jahre keine höhere Schule für Landwirte. Dies änderte sich 1923 mit der

Gründung einer „Lehranstalt für praktische Landwirte“ in Soest. Weitere höhere Landwirtschaftsschulen wurden in dieser Region während der Zeit der Weimarer Republik jedoch nicht gegründet. Die Schule in Soest befand sich am Opmünder Weg und bestand zunächst elf Jahre lang.

In der NS-Zeit wurden die Höheren Lehranstalten für praktische Landwirte in „Höhere Landbauschulen“ umbenannt. Gute Absolventen erhielten die Möglichkeit, ein Studium zum landwirtschaftlichen Berufsschullehrer aufzunehmen. In Westfalen war dies allerdings nicht möglich, da die einzige Schule in Soest 1934 geschlossen wurde.

*Nach 1945: Wiedereröffnung und Neugründungen in Höxter, Paderborn,
Soest und Meschede*

Die Befreiung durch die Alliierten und die Neuordnung Deutschlands führten zur Kulturhoheit der einzelnen Länder. Das Fachschulsystem aus der NS-Zeit wurde mit zunächst nur geringen Veränderungen übernommen. So richtete das Land Nordrhein-Westfalen 1947 Vorklassen ein; in Höxter wurde die Baugewerkschule und in Soest die Landbauschule wiedereröffnet.

1959 erfolgte dann - gemäß den Beschlüssen der „Ständigen Konferenz der Kultusminister“, die eine einheitliche Schulentwicklung in den bundesdeutschen Ländern gewährleisten sollte - eine grundsätzliche Reform: Die Studiendauer an den Bauschulen wurde auf sechs Semester verlängert. Künftig hießen sie „Staatliche Ingenieurschulen für Bauwesen“. Ebenso verfuhr die nordrhein-westfälische Landesregierung bei den übrigen Fachrichtungen, die nun „Staatliche Ingenieurschule für Maschinenwesen“, „Staatliche Ingenieurschule für Textilwesen“ oder - wie in Soest - „Staatliche Ingenieurschule für Landbau“ hießen. An der Mittleren Reife als Vorbildung wurde zunächst noch festgehalten, obwohl in den benachbarten europäischen Ländern schon längst die Primareife oder gar - wie in Frankreich - ein „Technisches Abitur“ Standard waren.

Die neugegründete Bundesrepublik war bei der Ingenieurausbildung ein eher rückständiges Land. So konstatierte der „Verein Deutscher Ingenieure“ 1956 einen Nachholbedarf von 44.000 Ingenieuren und forderte, diese enormen Kapazitätsengpässe mit einem Ausbau des technischen Schulwesens zu beseitigen (vgl. Brenken, S. 105). Alle Länderregierungen schlossen sich dieser Sichtweise an und nahmen zahlreiche Neugründungen vor. So entstanden allein im Raum Ostwestfalen - unterstützt durch die jeweiligen Orte und Städte, die an der Errichtung größtes Interesse hatten - mit den Ingenieurschulen für Maschinenwesen in Paderborn (1963), Soest (1964) und Meschede (1964 als Abteilung von Soest und 1968 als eigenständige Ingenieurschule für Maschinenbau) drei neue Fachschulen. 1965 existierten schließlich fast vierzig Ingenieurschulen in Nordrhein-Westfalen, doppelt so viele wie zehn Jahre zuvor.

Unverändert blieben allerdings die Studienbedingungen (vgl. Börner, S. 50ff.): Die Studierenden wurden in Klassen zusammengefaßt und regelmäßig in die nächsthöhere versetzt. Nach dem dritten Semester fand die sogenannte „Ingenieur-Vorprüfung“, am Ende des Studiums die „Ingenieur-Hauptprüfung“

statt. Der regelmäßige Besuch des durch einen Stundenplan festgelegten Unterrichts wurde mit Hilfe von Anwesenheitslisten kontrolliert. Die Richtlinien machten den Ingenieurschulen für die Studierenden darüber hinaus die „Heranbildung zur Persönlichkeit“ zur Aufgabe. Diesem Ziel diene die Einführung eines (prüfungsrelevanten) Wahlfachs aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Bereich.

Protest 1968/69: Reform und Expansion

Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde allerdings diskutiert, „daß es im Zeitalter schnellster naturwissenschaftlicher, technischer und industrieller Entwicklung und Wandlung nicht länger vertretbar ist, eng orientierte Spezialisten auszubilden, und daß es heute und morgen erst recht unmöglich ist, während des Studiums Kenntnisse zu vermitteln, mit denen selbst ein beruflich genügsamer Ingenieur zeit seines Lebens auskommen könnte“ (Kassebeer, S. 418). Der Weg ging also hin zu einer breiten und gründlichen Ausbildung von Ingenieuren, die in der Lage sind, sich nach dem Studienabschluß selbständig weiterzuqualifizieren. Die endgültige Akademisierung der höheren Fachschulen fand schließlich im Zuge der Bildungsexpansion in den 60er Jahren statt. Georg Picht und Ralf Dahrendorf hatten eine intensive Bildungsdiskussion initiiert, deren Ziel eine Reformierung der überkommenen Schulstrukturen war. Vertikale oder horizontale Gliederung, Orientierungsstufe, Gleichwertigkeit berufsbezogener und studienbezogener Bildungsgänge waren die zentralen Diskussionspunkte. Einer der tatsächlich verwirklichten Ansprüche war die Vereinheitlichung des Ingenieurschulwesens, die die Akademisierung der höheren Fachschulen einleitete.

Erheblich forciert wurden die Bemühungen der Bundesländer durch die europaweite Freizügigkeit der Berufsausübung, die in den Verträgen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verankert worden war. Zu ihrer Realisierung war eine Vereinheitlichung der Ingenieurschulabschlüsse notwendig. Da der deutsche Standard aber überall nur am unteren Rand rangierte, bestand die Gefahr der Nichtanerkennung der Ingenieurschulabschlüsse in den anderen europäischen Ländern. Bundesweit streikten deshalb die Studierenden 1968/69 für eine Anhebung ihrer Ausbildung. Die Proteste hatten Erfolg: Mit den Fachhochschulgesetzen 1969/70 fand die Akademisierung ihren Abschluß.

Als Aufnahmevoraussetzung der neuen Hochschulform wurde die Fachhochschulreife geschaffen, die zwischen der Mittleren Reife und dem Abitur angesiedelt war und die dadurch ermöglicht wurde, daß die Fachoberschule in das allgemeinbildende Schulwesen eingegliedert wurde. Lundgreen würdigt diese Reform: „Damit war ein zweiter Bildungsweg eröffnet, der vom Realschulabschluß oder von der Fachschulreife (nach Berufsausbildung und Berufsaufbauschule) über die Fachoberschule zur Fachhochschule und schließlich zur Hochschule führen konnte.“ (Lundgreen 1981, S. 30)

Auf jeden Fall konnte auf diese Weise die Gesamtzahl der Studierenden innerhalb kürzester Zeit erheblich ausgeweitet werden. Hatten noch 1969 nur rund 385.000 Studentinnen und Studenten die Hochschulen besucht, studierten ein Jahr später neben 422.000 Universitätsabsolventen bereits 100.000 Fachhoch-

schülerinnen und Fachhochschüler (vgl. ebd., S. 159). Dabei existierte zu diesem Zeitpunkt erst ein dünnes Netz von Fachhochschulen, das innerhalb der nächsten Jahre schnell dichter wurde. Die Akademisierungstendenzen der technischen Fächer, die von Beginn an zu verfolgen waren, setzten sich im übrigen in dem neuen Modell der Bildungsreform, der Gesamthochschule, fort.

Industrie, Staat oder Standesinteressen Motor der Entwicklung?

Sieht man sich die Entwicklung des technischen Fachschulwesens an, entsteht unweigerlich die Frage nach den Motiven für dessen Gründung und seine ständig steigenden Qualifikationsanforderungen. Naheliegender ist es, zunächst einmal auf den Industrialisierungsprozeß in Preußen hinzuweisen, der zunehmend besser ausgebildeter Fachkräfte bedurfte. In diesem Sinne interpretiert eine Reihe von Wissenschaftlern die Bildungsgeschichte. Sie sprechen beispielsweise von einem „ökonomisch bedingten Anpassungsprozeß der Schulstruktur“ (Herrlitz/Hopf/Titze, S. 96f.).

Das allgemeinbildende Schulwesen sei nicht mehr in der Lage gewesen, den Qualifikationsbedarf der Industrie zu decken, so daß gewerbliche, kaufmännische und landwirtschaftliche Fachschulen gegründet worden seien. Als Beleg führt man an, daß diese die meiste Zeit über nicht dem preußischen Ministerium für Unterrichtsangelegenheiten, sondern dem Ministerium für Handel und Gewerbe unterstanden und somit als Mittel der Gewerbeförderung angesehen worden seien. Später habe der schnelle technische Fortschritt dann eine Akademisierung der Ausbildung erzwungen.

Der Historiker Peter Lundgreen differenziert allerdings diese einlinige Betrachtungsweise. Er weist auf die spezifischen Interessen des Staates sowie die Standesinteressen der Schüler und Lehrer hin, die seiner Meinung nach bei der Gründung und Akademisierung des Fachschulwesens eine Rolle gespielt haben. Er lenkt den Blick weg von einer funktionalistischen Sichtweise hin zur dem Bildungswesen innewohnenden Eigendynamik (vgl. Lundgreen 1975, S. 274, und Lundgreen 1987, S. 303).

Lundgreen knüpft in seiner Argumentation an den Topos der „Modernisierung von oben“ an: Der preußische Staat habe sich bemüht, „die eigene Staatsbildung mit einer Modernisierung der sich entfaltenden bürgerlichen Gesellschaft zu verbinden“ (Lundgreen 1980, S. 51). Dabei standen die Beamten im Mittelpunkt der Überlegungen; ihre Ausbildung mußte verbessert werden, um den Anforderungen eines modernen Staatswesens gerecht zu werden. Waren die neuen Fachschulen dann erst einmal geschaffen, sorgten die Eigeninteressen der Absolventen - zunächst organisiert im Verband deutscher Baugewerkmeister, später im Verein Deutscher Ingenieure - und der Lehrenden dafür, daß die Wertigkeit der Schule ständig stieg und so gesellschaftlicher Aufstieg möglich wurde (vgl. Lundgreen 1973, S. 140ff.).

In der Tat war der Weg über die Berufsausbildung und die Fachschulen vor allem für die Kinder der Unter- und Mittelschichten ein Instrument des sozialen Aufstiegs, die deshalb Interesse an einer Niveauanhebung hatten. Andererseits durfte der Zugang auch nicht wieder unmöglich werden, so daß der Akademisierungsdrang seine Grenzen hatte. Darüber hinaus gilt es zu bedenken, daß an einer Fachschule ausgebildete Ingenieure im Vergleich zu Absolventen der Technischen Hochschulen ungleich billiger waren, und zwar sowohl in der Ausbildung - was sie den Kultusverwaltungen sympathisch machte - als auch in der späteren Entlohnung - weshalb sie von der Industrie favorisiert wurden. Ganz deutlich zeigte sich das in der Zeit der großen Wirtschaftskrise um 1930, als Fach- und Hochschulabsolventen um die wenigen Arbeitsplätze konkurrierten (vgl. Grüner 1989, S. 299). So plausibel Lundgreens Argumentation also auch ist, kann sie nur für die Entwicklungsabschnitte bis zur Fachhochschule gelten und nicht für die Zeit der Gesamthochschule, deren Ziel es war, diese Unterschiede aufzuheben.

Der Holzmindener Lehrer und Architekt Karl Möllinger legte der Stadt Höxter im Herbst 1864 einen Plan für den Betrieb einer privaten Baugewerkschule vor. Bemühungen in diese Richtung gab es schon seit 1851. Jährlich sollten nach dem Vorbild der seit 1831 in Holzminden bestehenden Schule etwa 300 Handwerksgesellen zu „Baugewerksmeistern“ ausgebildet werden (vgl. Altherrenvereinigung, S. 10).

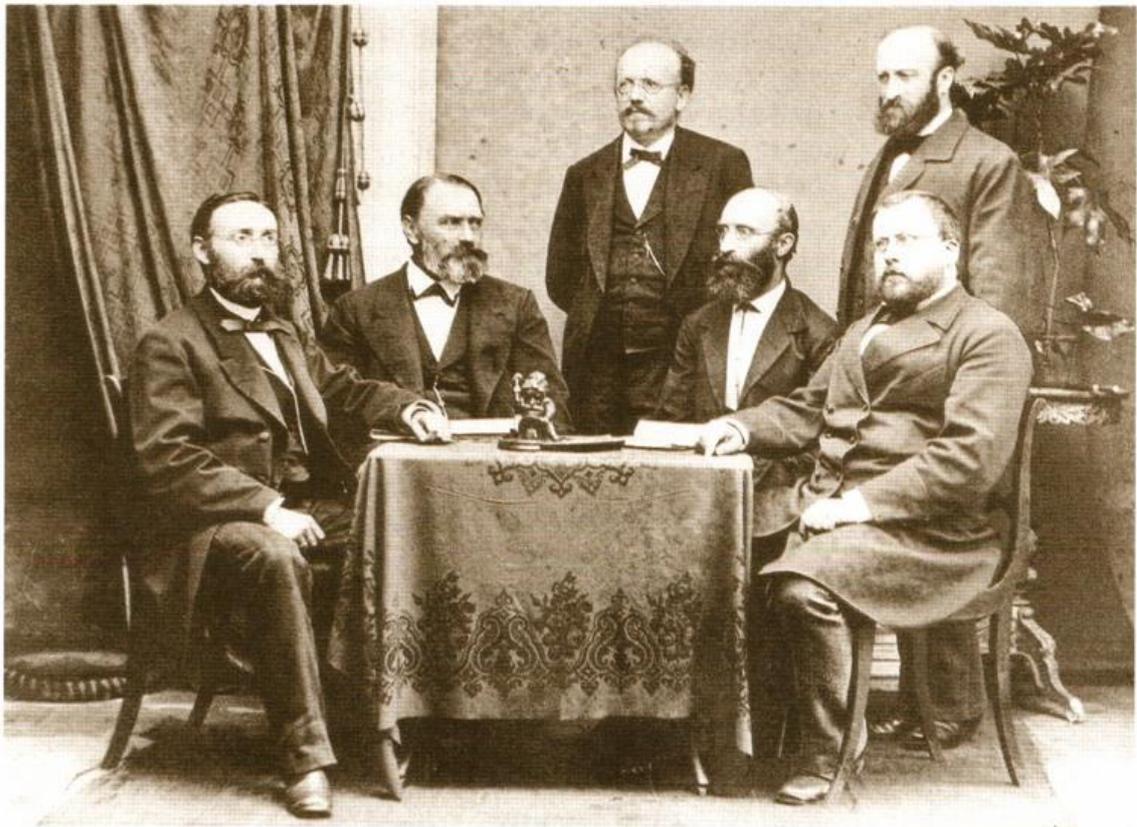
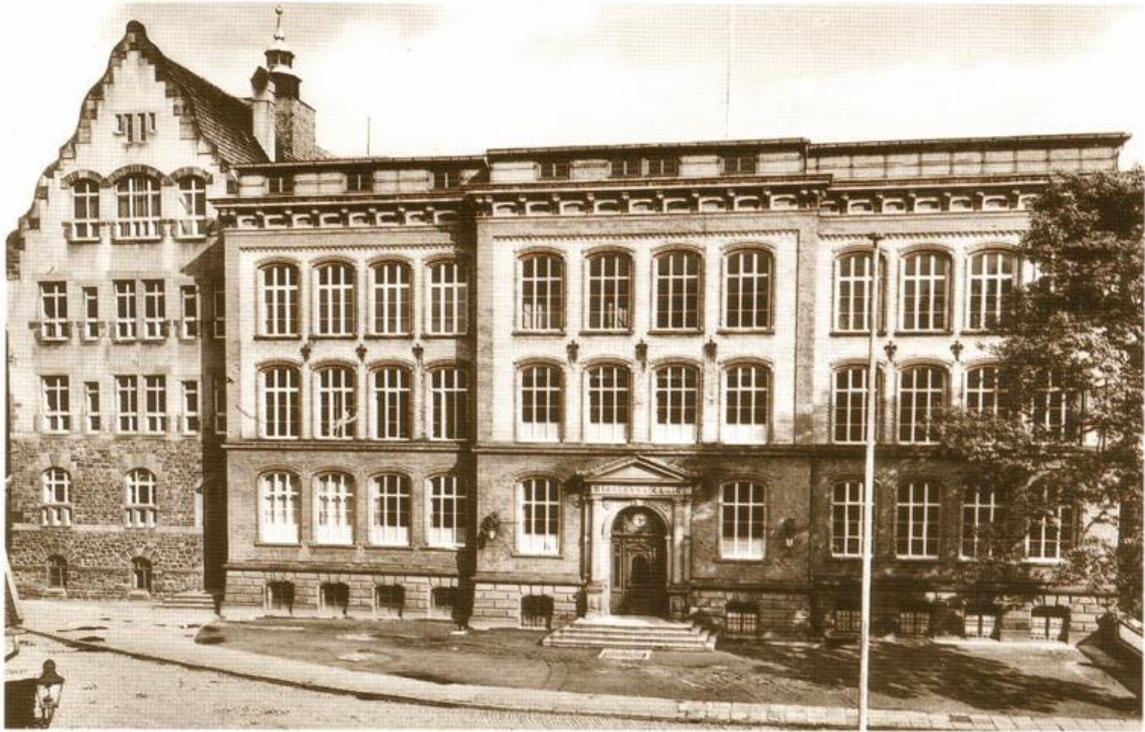
Gründer Möllinger, bis 1888 auch erster Schuldirektor, reagierte mit seiner Vorlage auf den großen Bedarf an bautechnischen Fachkräften. Nach der Zustimmung durch die Behörden erfolgte die Eröffnung am 14. November 1864. 94 Höxteraner bürgten mit ihrem Privatvermögen für die Unkosten der Baugewerkschule (vgl. Festschrift zur 60jährigen Jubelfeier, S. 4). Finanzielle Schwierigkeiten führten dazu, daß die Schule nicht mehr in privater Trägerschaft bleiben konnte. Die Stadt Höxter übernahm sie deshalb am 1. April 1869. Nach der Verstaatlichung 1895 bekam sie den Namen „Königlich Preussische-Baugewerkschule“.

Bild: Gebäude der Baugewerkschule in Höxter von 1864 bis 1890.

Sechs Lehrer hatten 63 Schüler in vier Klassen zu unterrichten. Die Lehrer waren zum überwiegenden Teil ehemalige Ingenieure oder Architekten und hatten in den seltensten Fällen Lehrerfahrung. Sie verdienten etwa 45 Taler monatlich. Der Besuch kostete die Schüler pro Semester 35 Taler, hinzu kamen etwa 10 Taler monatlich für ein Zimmer in der Stadt mit Vollpension, Licht und Heizung. Für die Geschichte der Schule waren große Schwankungen hinsichtlich der Schülerzahl charakteristisch. Abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung besuchten durchschnittlich etwa 300 Schüler die Höxteraner Baugewerkschule.

Bild: Lehrerkollegium 1878 - Ingenieur Müller, Architekt Möllinger, Bildhauer Posselt, Ingenieur Paradies, Lehrer Emanuel, Architekt Stephan (v. l. n. r.).

(Quelle: StA Dt. D9)



Das „Zeugnis der Reife“ der Höxteraner Baugewerkschule brachte den vormaligen Handwerksgesellen einen sozialen Aufstieg zum „Baugewerksmeister“. Die Schulzeit dauerte drei Semester. Hauptaufgabe der Schule war die Vorbereitung der Schüler auf den theoretischen Teil der Meisterprüfung. Dazu erwarben sie vertiefte Kenntnisse im Schreiben, Rechnen und Zeichnen sowie in Bautechnik.

Nach zwölf Jahren Existenz wurde die Schule unter Staatsaufsicht gestellt. Das bedeutete einerseits eine Anerkennung, andererseits aber auch eine Kontrolle der Lehre. In den folgenden Jahren führte die preußische Regierung eine staatliche „Reifeprüfung“ und eine staatliche Prüfungsordnung ein und verlängerte die Schulzeit auf die in Preußen üblichen vier Semester (vgl. Festschrift zur 60jährigen Jubelfeier, S. 6).

Von 1886 an behielt sich die Regierung sogar das Recht vor, die neuen Lehrer auszuwählen; zwei Jahre später galt das bereits auch für die Direktoren. Möllinger legte deshalb noch im selben Jahr aus Protest sein Amt nieder. Nachfolger wurde L. Nausch, der Lehrer an der Baugewerkschule in Breslau gewesen war.

Unterricht fand jeden Vormittag statt und viermal nachmittags; Hausaufgaben wurden abends und am Wochenende gemacht. Die Schüler beschrieben ihre Lehrer als „patriarchalisch und noch nicht ganz gelöst vom gewesenen ‚Offiziersdenken‘“ (1925-1975, S. 12).

Zu ihren Lebensbedingungen schreiben die vormaligen Handwerksgesellen: „Man wohnte zumeist mit einem, zwei oder gar auch drei Kollegen zusammen, um Geld zu sparen.“ Die Unterbringung wurde jedoch zu einem Problem, als die Schülerzahl 1875 mit 431 ihren Höchststand erreichte. Für 44 Schüler wurde deshalb ein Schülerheim eingerichtet (vgl. Altherrenvereinigung, S. 11). Nachdem die Schülerzahlen Ende der 70er Jahre wieder zurückgingen, konnte dieses 1878 wieder aufgelöst werden.

Bild: Abschlußzeugnis von 1875.



Baugewerkschule zu Höxter, W.

Zeugniss der Reife

Baugewerksmeister

den Herrn Friedrich Schilling aus Mayen Bay. Lay. Koblenz

ertheilt von der Prüfungs-Commission nach Bestätigung des Lehrers der oberen Klasse

D. Herrmann und Zimmermann Herrn Friedrich Schilling Winter 1845

hat die Course der oberen Klasse... besteht sich aus... Prüfung... durch... Prüfung... beurtheilt...

gründlich gut, gut, gründlich gut, gut, gut, gut

Höxter, 19 März 45.



Die Prüfungs-Commission der städtischen Baugewerk-Schule.

Handwritten signatures and names: Eckardt, Müller, Fosselt, Liljequist, etc.

Ein schönes Beispiel für das um die Jahrhundertwende nicht nur an der Baugewerkschule in Höxter herrschende Standesbewußtsein ist die Planung der Toiletten für die Schule aus dem Jahr 1901: Schüler, Lehrer und Schuldiener bekamen jeweils eigene Räumlichkeiten mit eigenem Eingang und Wänden, die selbst die Pissoirs abtrennten. Für den Schuldiener stand so eine eigene Toilette zur Verfügung, während sich ein halbes Dutzend Lehrer einen Raum und rund 300 Schüler gar nur vier Toiletten teilen mußten.

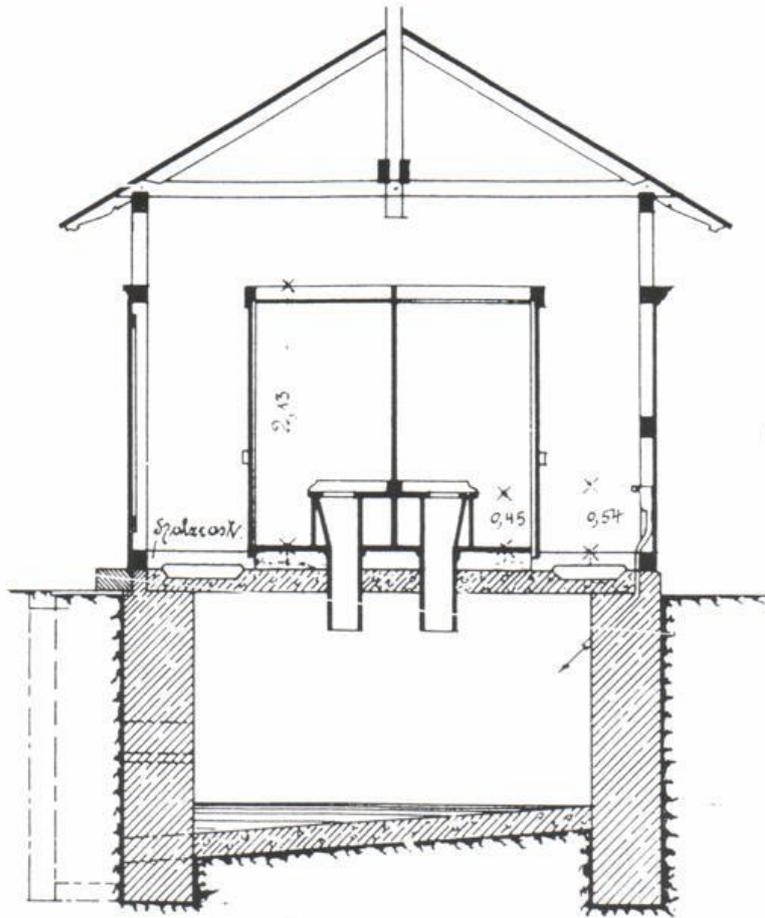
Bei der Abortanlage handelte es sich um eine Trockeneinrichtung. Unter der gesamten Anlage befand sich eine große Sickergrube, auf die von Zeit zu Zeit das Desinfektionsmittel „Saprol A“ der Chemischen Fabrik Flörsheim gekippt wurde (vgl. StA Dt. D9). Der Verbrauch an „Saprol A“ muß beträchtlich gewesen sein, so daß die Lieferfirma verwundert bei der Schulleitung anfragte:

„Seit einiger Zeit schon vermessen wir Ihre Aufträge auf Pissoir-Saprol A, ohne uns den Grund erklären zu können, warum Sie uns solche vorenthalten. Da Sie das von uns gehabte Präparat doch wohl schon längst aufgebraucht und auch wieder Bedarf hierin haben dürften, so erlauben wir uns, hierdurch höfl. anzufragen, ob wir wieder eine Sendung für Sie in Nota nehmen dürfen.“

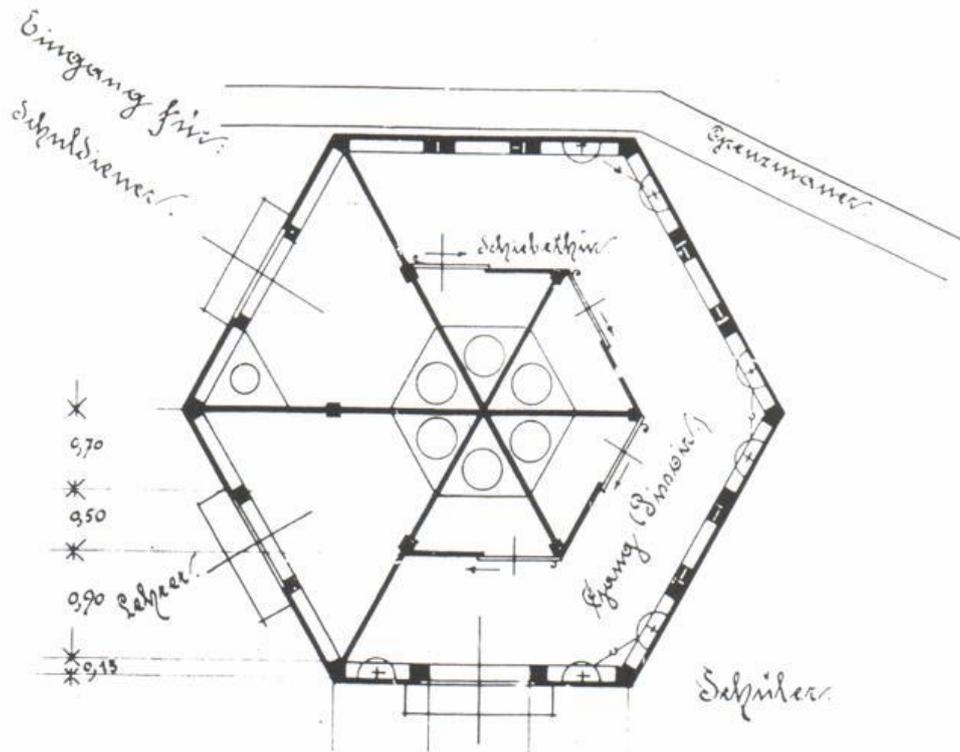
Antwort des Schulleiters: „Auf Ihr Schreiben v. 15. d. Mts. erwidere ich Ihnen, dass Sie für die hiesige Anstalt wiederum eine Sendung Pissoir-Saprol A in Auftrag nehmen können. Die Sendung muss an Güte der früheren durchaus entsprechen. Sie wollen auch dasselbe Quantum, wie bisher bezogen, liefern.“

Bild: Planung der Abortanlage für die Baugewerkschule in Höxter.

(Quelle: StA Dt. D9)



Zeichnung
 betreffend die
 Abortanlage bei der
 Baugewerkschule
 in Nörten 2/20.00.00.



Nach der Verlängerung der Schulzeit auf fünf Semester 1908 erfolgte in der Weimarer Republik eine durchgreifende Modernisierung der Unterrichtsinhalte der Höxteraner Baugewerkschule. Mitte der 20er Jahre traten neue „Reifeprüfungsordnungen“ und vollständig überarbeitete Lehrpläne in Kraft. Damit wurde der fortschreitenden technischen Entwicklung Rechnung getragen. Die Umbenennung der Baugewerkschule in „Höhere Technische Staatslehranstalt für Hoch- und Tiefbau“ 1931 machte die Höhergewichtung auch äußerlich deutlich.

Bisher war die Schule nur Männern vorbehalten gewesen. Mit der rechtlichen Gleichstellung der Frauen zu Beginn der Weimarer Republik wurde diese Regelung hinfällig. So konnte Mitte der 20er Jahre die erste „junge Dame“ die Baugewerkschule in Höxter absolvieren. Die Demokratisierung der Strukturen wirkte sich bis in die Amtsbezeichnungen hinein aus: Aus den vormaligen „Königlichen Oberlehrern“ wurden nun „Studienräte“ (vgl. Altherrenvereinigung, S. 12f.).

Bild: Klassenfoto aus den 20er Jahren.

Die 60-Jahrfeier der Baugewerkschule 1924 war der Anlaß für die Gründung einer Organisation, die auf das Schulleben künftig großen Einfluß ausübte: die „Alt-Herren-Vereinigung ehemaliger Studierender“ (AHV). Neben dem geselligen Aspekt gewährte sie Stipendien und organisierte Vorträge. Ihre seit 1925 erscheinende Vereinszeitschrift trug den Titel „Der Bau“. 1930 hatte die AHV bereits 639 Mitglieder. Aufgrund der knappen finanziellen Mittel der Stadt Höxter, die für die Unterhaltung des Gebäudes zuständig war, kümmerte sich der Verein vor allem um die Schulausstattung. Da er finanzstarke Mitglieder in seinen Reihen hatte, konnte er hier sehr erfolgreich tätig sein. 1937 erfolgte die Umbenennung der AHV in NS-Altherrenbund.

Parallel entstanden in Höxter Studentenverbindungen: die farbentragende Freie Landsmannschaft Saxonia, die Freie Burschenschaft Germania, die Freie Burschenschaft Herminia und die Freie Landsmannschaft Cheruskia. Die Schulordnung untersagte allerdings das öffentliche Auftreten solcher Verbindungen. Dieses Verbot wurde streng gehandhabt, so daß sich die Studenten außerhalb von Höxter trafen. 1935 wurden die Burschenschaften in den NS-Studentenbund eingegliedert.

Bild: Kopf der Vereinszeitschrift der „Alt-Herren-Vereinigung ehemaliger Studierender“ (AHV).



Technische Zeitschrift.

Nachdruck nur mit ausführlicher Quellenangabe.

Nachrichtenblatt der Alt-Herren-Vereinigung der Höh. Techn. Staatslehr-
anstalt für Hoch- und Tiefbau Höxter a. d. Weser.

Nummer 2

Duisburg, den 1. April 1937

13. Jahrgang

Bekanntmachung!

1923 wurde in Soest die „Lehranstalt für praktische Landwirte“ gegründet. Sie war die einzige Schule dieser Art in Westfalen und bot eine einjährige Ausbildung zum staatlich geprüften Landwirt an. Die Trägerschaft lag bei der Landwirtschaftskammer.

Zielgruppen der Ausbildung waren vor allem zukünftige Verwalter größerer landwirtschaftlicher Anwesen und Erben großer Bauernhöfe. Ihnen sollte - den Baugewerkschulen vergleichbar - auf Fachschulniveau das notwendige Rüstzeug für ihre spätere Arbeit vermittelt werden.

Bild: Gebäude der „Lehranstalt für praktische Landwirte“ am Opmünder Weg in Soest.

Bisher hatten die Hoferben ihr Handwerk durch „learning by doing“ erworben. Durch Mitarbeit von frühester Kindheit an lernten sie alle wichtigen landwirtschaftlichen Abläufe kennen. Aufgrund der fortschreitenden Mechanisierung auch der Landwirtschaft reichte dieses Vorgehen allerdings nicht mehr aus, so daß eine schulische Ausbildung für diesen Bereich angeboten wurde. Erforderliche Vorbildung war ein Volksschulabschluß und vier Jahre Praxiserfahrung. Nach einem Jahr Unterricht legten die Absolventen die Prüfung zum „Staatlich geprüften Landwirt“ ab (vgl. Schmiel 1991, S. 400). Die Schule in Soest sollte allerdings zunächst nur elf Jahre bestehen: 1934 wurde sie von den Nazis geschlossen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung eröffnete sie 1947 wieder.

Bild: Bibliothek für die Landwirtschaftsschüler im Gebäude am Opmünder Weg.



In der NS-Zeit bestand von den Vorgängereinrichtungen der Universität-Gesamthochschule Paderborn nur die Baugewerkschule in Höxter. Für ihren Besuch mußte nun längere Praxiserfahrung nachgewiesen und eine „Ausleseprüfung“ absolviert werden. Ab 1938 durften die Absolventen den „Ingenieur“-Titel führen und hatten das Recht, eine Technische Hochschule zu besuchen.

Verbunden war diese Aufwertung mit einer Ausrichtung auf die NS-Ideologie: Bei der Aufnahme mußte die „deutschblütige Abstammung“ nachgewiesen werden, verpflichtend war zudem die Teilnahme an einem NS-Schulungslager. Verbindliche neue Lehrpläne und Prüfungsordnungen ließen allerdings bis 1939 auf sich warten.

Nach den Richtlinien des Jahres 1939 hatten die Baugewerkschüler 42 Stunden in der Woche zu absolvieren. Von den insgesamt 210 Stunden in fünf Semestern entfielen zehn Stunden auf „nationalpolitischen“ Unterricht. Den größten Block nahm mit insgesamt 59 Stunden die Entwurfslehre ein.

Bild: Ausschnitt aus dem Lehrplan von 1939.

Der im Jahre 1936 eingesetzte Schuldirektor Dr. Hermann Krieger verwies ausdrücklich auf die neuen Ausbildungsziele: „Hatte man sich früher damit begnügen dürfen, die damaligen Baugewerkschüler an Hand von Leitfäden und Vorbildern, durch Wort und Tafelskizzen zu unterrichten, was fast ausschließlich im Klassenraum geschah, so reichen diese in ihrer Ausschließlichkeit primitiv anmutenden Mittel heute für die Ausbildung und Ausrichtung des Fachstudenten keineswegs mehr aus. [. . .] Die restlose Intensivierung des Unterrichtes unter Fortfall allen Ballastes und Leerlaufes, die Heranziehung der Anschauung durch Modelle jeder Art, die Anregung zur Selbstbetätigung des Studenten in Werkstätten, Arbeitsgemeinschaften und häuslichem Studium, seine charakterliche Ausrichtung und restlose Durchdringung mit nationalsozialistischem Gedankengut sind die Grundlagen für die Ausbildung des *Fachschulingenieurs*.“ (Staatsbauschule Höxter, S. 25)

Was er dabei mit „nationalsozialistischem Gedankengut“ meinte, machte Krieger auch gleich deutlich: „blut- und bodenverbundene Gestaltung“ (ebd., S. 24), Einfügung „in die Baugemeinschaft des ganzen Volkes“ (ebd., S. 26) etc.

Bild: „Reichsgrundsätze für die Einheitliche Ausrichtung der Fachschulen für das Bau- und Maschinenwesen“.

3. Die Stundenverteilung

nach dem neuen 5-semesterigen Reichslehrplan.

Lehrfach	Wochenstundenzahl im									
	<u>Hoch- u. Tiefbau</u>		Hochbau				Tiefbau			
	1.S.	2.Sem.	3.S.	4.S.	5.S.	Summe	3.S.	4.S.	5.S.	Summe
1. Nationalpoli- tischer Unter- richt	2	2	2	2	2	10	2	2	2	10
2. Geschäftskunde	2	2	2	-	-	6	2	-	-	6
3. Baubetriebsleh- re	-	-	3	3	3	9	3	3	3	9
4. Mathematik	5	4	2	-	-	11	5	-	-	14
5. Physik	-	3	2	-	-	5	2	-	-	5
6. Baustoffkunde	3	3	2	2	2	12	2	2	2	12
7. Darst.Geometrie	4	3	2	-	-	9	-	-	-	7
8. Feldmessen	-	-	2	-	-	2	2	3	3	8
9. Statik	2	4	3	3	2	14	6	5	4	21
10. Stein-u.Holzbau	7	5	4	3	6	25	-	-	2	14
11. Eisenbetonbau	-	-	-	2	3	5	2	4	2	8
12. Stahlbau	-	-	-	2	3	5	3	2	2	7
13. Grundbau	-	-	-	2	2	4	3	-	2	5

Abschrift.

Reichsgrundsätze für die Einheitliche Ausrichtung der Fachschulen für das Bau- und Maschinenwesen.

1. Aufgabe der Fachschulen ist es, die technische begabte deutsche Jugend zu nationalsozialistischer Haltung zu erziehen und zu berufstüchtigen Architekten und Ingenieuren auszubilden. An der Erziehung arbeiten der Lehrkörper der Fachschulen und die Studentenschaft in lebendiger Gemeinschaftsarbeit.
2. Für die Leiter und Lehrkräfte sind zu fordern:
der Nachweis der fachlichen und pädagogischen Eignung sowie der politischen und charakterlichen Zuverlässigkeit,
die Durchführung einheitlicher Amtsbezeichnungen und einer einheitlichen Unterrichtsbelastung,
die Sicherstellung der ständigen Verbindung mit der Berufspraxis,
die Mitwirkung besonders geeigneter Lehrkräfte an der fachlichen Leistung einzelner Abteilungen, wobei die Verantwortlichkeit des Leiters für den ganzen Schulbetrieb keine Einschränkung erfahren soll.

Die Schüler der Höxteraner Bauschule versprachen sich von der Machtübergabe an die NSDAP „eine Wende aus Not und Arbeitslosigkeit hin zu ‚Arbeit und Brot‘“ (1925-1975, S. 17). Sie kamen nun verstärkt in ihrer NS-Uniform zur Schule. Entsprechend ihr Handeln allerdings nicht den Vorstellungen der diversen NSDAP-Abteilungen, hatten sie unweigerlich mit Konsequenzen zu rechnen, die bis zur Relegierung reichen konnten. Denn: „An dem Tage, an welchem der Studierende in die Staatsbauschule eintritt, unterstellt er sich gleichzeitig der Führung des NS.-Deutschen Studentenbundes und hat von nun ab an seinen Veranstaltungen teilzunehmen“, formulierte 1939 der Studentenfürer Gerhard Schneck (Staatsbauschule Höxter, S. 83). Wie weit die Durchsetzung der NS-Ideologie auch mit einer Militarisierung des Schullebens einherging, die sich ja bereits in der Uniformierung zeigte, verdeutlicht ein Detail aus dem damaligen Veranstaltungsverzeichnis: Schießen wurde ebenso selbstverständlicher Teil der Ausbildung in Höxter wie das Training für das SA-Wehrabzeichen. Der Student sei schließlich „körperlich und geistig Waffenträger der Nation“, führte Schneck aus (ebd., S. 84).

Die Ausgestaltung der 75-Jahrfeier 1939 stand ganz im Zeichen der NS-Ideologie. Höhepunkt der Feier war - vier Wochen vor Beginn des Zweiten Weltkriegs - die Übergabe und Einweihung eines Ehrenmals der Altherrenvereinigung für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Studierenden und Dozenten mit Hitler-Gruß, Hakenkreuz-Fahnen etc. (vgl. Altherrenvereinigung, S. 14).

Im März 1943 mußte die Schule infolge des Zweiten Weltkriegs geschlossen werden.

Bild: Schreiben des Gaustudentenfürers (NSDAP-Gauleitung Westfalen-Nord) an den Leiter der Baugewerkschule Höxter, Dr. Krieger.

(Quelle: StA Dt. D9)

Bilder auf den folgenden Seiten: 75-Jahrfeier der Staatsbauschule Höxter 1939, die exemplarisch die Ausgestaltung einer Feier zur Zeit des Nationalsozialismus verdeutlichen.

- **Eröffnung des Festaktes durch Oberstudiendirektor Dr.-Ing. Krieger.**
- **Wettkampf des NS-Studentenbundes und der SA als Teil des Festprogramms.**
- **Aufmarsch der Schüler der Staatsbauschule.**
- **Beflagung des Gebäudes der Alt-Herren-Vereinigung.**

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gauleitung Westfalen-Nord
Der Gaustudentenführer
Beauftragter für Fachschulen
Westf. Nord



Postanschrift des Absenders:
Münster (Westf.), ~~Weselerstr. 3~~

Münster (Westf.) Fernnr. 24271

Girokonto: Gauleitung Westfalen-Nord
der NSDAP, Südliche Spaz-
kaffe Münster, Konto Nr. 3565

Postcheckkonto: Gauleitung Westfalen-Nord
der NSDAP, Münster i. W.,
Postcheckamt Effen Nr. 27885

An den Herrn
Oberstudiendirektor
der Staatsbauschule Höxter
Dr. Krieger

H ö x t e r

Klappstr. 3

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht

Unsere Zeichen

Tag 11.3.39.

In dem vom 0.3.-8.3.39 veranstalteten Einführungs-
lager in Heessen, wurden 30 Mann der Staatsbauschule Höxter
erfasst. 5 Mann und zwar ~~.....~~, ~~.....~~, ~~.....~~,
~~.....~~, und ~~.....~~ waren entschuldigt durch
ihre Teilnahme am R. A. D. Ohne Entschuldigung, trotz meiner ein-
dringlichen Ermahnung fehlte ~~.....~~. ~~.....~~ war wohl
entschuldigt, es scheint mir aber ein sogenannter Drückeberger zu
sein und bitte Sie ihn besonders im Auge behalten zu wollen. Lei-
der kamen die letzten 5 Namen zu spät, dass ich dieselben nicht
mehr Benachrichtigen konnte. Die Männer, die Ihre Anstalt besuchen
wollen machten in der Gesamtheit gesehen einen guten Eindruck, wie
die Begeisterung und Disciplin im Lager keinen Wunsch offenliessen
Es ist zu erwarten, dass sich der grösste Teil in der studentischen
Arbeit wie auch auf fachlichem Gebiet einsetzen werden. besonders
möchte ich keinen herausheben, aber achten Sie doch bitte auf die
Entwicklung der beiden Kam. ~~.....~~ und ~~.....~~, denn es
interessiert mich, wie sich die Kam. entwickeln, die eine 4 1/2 jäh-
rige Dienstzeit bei der Leibstandarte gedient haben.
Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen für Ihr Interesse, dass Sie
dem Lager entgegengebracht haben meinen aufrichtigsten Dank ausspre-
chen. Ich hoffe, dass die stattfindenden Lager mit dazu beitragen
mögen ein discipliniertes Verhalten der Studenten als auch ein vor-
bildliches Zusammenarbeiten zwischen Dozenten und Studenten zu ge-
währleisten.

Heil Hitler!

Himmeyer

Gaubeauftragter für Fachschulen





Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurden die Höxteraner Baugewerkschule und die Landbauschule in Soest wiedereröffnet. In Höxter war der Schülerandrang groß, da die Schule eine der wenigen war, die im Krieg nicht zerstört worden war. Es waren vor allem ehemalige Soldaten, die sich um Aufnahme bemühten. Sie lernten unter den für die Nachkriegszeit typischen widrigen Bedingungen: in ungeheizten Zimmern, feuchten Schulräumen, bei Kerzenlicht und schlechter Verpflegung (vgl. Huppke, S. 38).

Mit einer angemessenen Aufarbeitung der letzten zwölf Jahre tat man sich schwer. Ein besonders erschreckendes Beispiel ist die Rede, die der neue Leiter der Höxteraner Staatsbauschule, Cunze, zur Wiedereröffnung am 17. Oktober 1945 hielt. Cunze, seit 1914 in Höxter, gab den Neuanfängern als Rat das Goethezitat mit: „Willst Du Dir ein gut' Leben zimmern, Mußt um's Vergangene Dich nicht bekümmern. Und wäre Dir auch was verloren, Mußt immer tun wie neu geboren.“ (StA Dt, D9) Lediglich der Toten sollte weiter gedacht werden, aber nur jenen, die den „Soldatentod“ (ebd.) gestorben waren - „kerndeutsche“ Männer, wie Cunze sie bezeichnete.

Bild: Feuchte Schulräume in den 50er Jahren.

Zug um Zug wirkten sich aber die organisatorischen Veränderungen im Rahmen des demokratischen Wiederaufbaus aus. Cunze wurde abgelöst durch Dr. Hasenbein. Es entwickelten sich Ansätze einer studentischen Selbstverwaltung, die in die Gründung des „Studentenverbandes Deutscher Ingenieurschulen“ mündeten. 1953 erfolgte die Umbenennung der Staatsbauschule in „Staatliche Ingenieurschule für Bauwesen“, sechs Jahre später die Verlängerung der Schulzeit von fünf auf sechs Semester.

Für die Verbesserung der materiellen Lage war das Inkrafttreten der „Grundsätze für die direkte Förderung der Studierenden an Staatlichen Ingenieurschulen“ 1959 wichtig. Die Zahlungen nach dem Honnefer Modell ermöglichten es breiten Schichten der Bevölkerung, drei Jahre ohne Einkommen an der Ingenieurschule zu verbringen. In diesen Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs wurden auch die Schulräume von Grund auf renoviert und ein Studentenwohnheim errichtet. Nachdem jahrelang die Studierendenzahlen wie in der Vorkriegszeit um 300 stagniert hatten bzw. teilweise sogar rückläufig gewesen waren, stiegen sie Anfang der 60er Jahre auf über 400 an (vgl. Staatl. Ingenieurschule für Bauwesen Höxter, S. 15). 1971 konnte - mit der Eingliederung in die Fachhochschule Südost-Westfalen - am Ziegenberg ein neues Gebäude bezogen werden.

Bild: Renovierte Ingenieurschule für Bauwesen in Höxter 1963.



Bis 1963 blieben die Ingenieurschulen für Bauwesen in Höxter und für Landbau in Soest die einzigen Einrichtungen dieser Art in Südost-Westfalen. Dann aber wollte die nordrhein-westfälische Landesregierung aufgrund des technologischen Fortschritts die Ingenieurausbildung erweitern und strukturschwache Regionen fördern. Innerhalb von zwei Jahren entstanden deshalb Ingenieurschulen für Maschinenbau in Paderborn, Soest und Meschede (bis 1968 nur als Außenstelle von Soest), die nach kurzer Zeit auch das Fach Elektrotechnik lehrten. Gleichzeitig wurde die 1947 als „Höhere Landbauschule“ wiedereröffnete Schule in Soest in eine „Ingenieurschule für Landbau“ umgewandelt. Das war mit einer Schulzeitverlängerung auf drei Jahre verbunden.

Aufnahmebedingungen der Ingenieurschulen waren die Mittlere Reife und ein zweijähriges Praktikum. Als Abschluß wurde der „Ingenieur“-Titel verliehen; Prüflinge mit der Gesamtnote „gut“ erhielten die Hochschulreife für das Studium an Technischen Hochschulen zuerkannt.

Bild: Ausschnitt aus dem Stundenplan der Staatlichen Ingenieurschule für Maschinenwesen in Meschede (Sommersemester 1968).

Die Staatlichen Ingenieurschulen waren dem sekundären Schulbereich zugeordnet, bauten also auf der Klasse zehn auf und nicht auf dem Abitur. Der Unterricht fand im Klassenverband statt, Fehlen mußte entschuldigt werden. Wie im allgemeinbildenden Schulwesen entschied die Dozentenkonferenz über Versetzungen; Wiederholung war nur einmal gestattet. Der Unterricht im Klassenverband an einer kleinen Schule ließ zwar keine Wahlfreiheit, förderte aber den Zusammenhalt zwischen Studierenden, Dozenten und Verwaltung. Jeder kannte jeden, die Anonymitätsprobleme der großen Universitäten waren hier unbekannt.

Dr. Erich Schürmann, ehemaliger Student der Ingenieurschule für Maschinenwesen Soest und heute Professor für Konstruktionslehre an der Soester Abteilung der Universität-Gesamthochschule Paderborn, schreibt über sein Studium: „Die sechssemestrige Ausbildung war eine Fortführung der vorausgegangenen schulischen Ausbildung mit Klassenverbänden und Klausuren während der Vorlesungszeit. Die Lehrkräfte hießen Bauräte und kontrollierten zumindest inoffiziell die Anwesenheit der Schüler. Man traf sich regelmäßig in einschlägigen Gaststätten, was sicherlich den Kontakt zur Soester Bevölkerung unterstützte. Nach Beendigung des Studiums, die letzte mündliche Prüfung war überstanden - natürlich im dunklen Anzug -, wurde ein Foto für die Presse gemacht und zur Abschlußfeier eine Bierzeitung verlesen.“

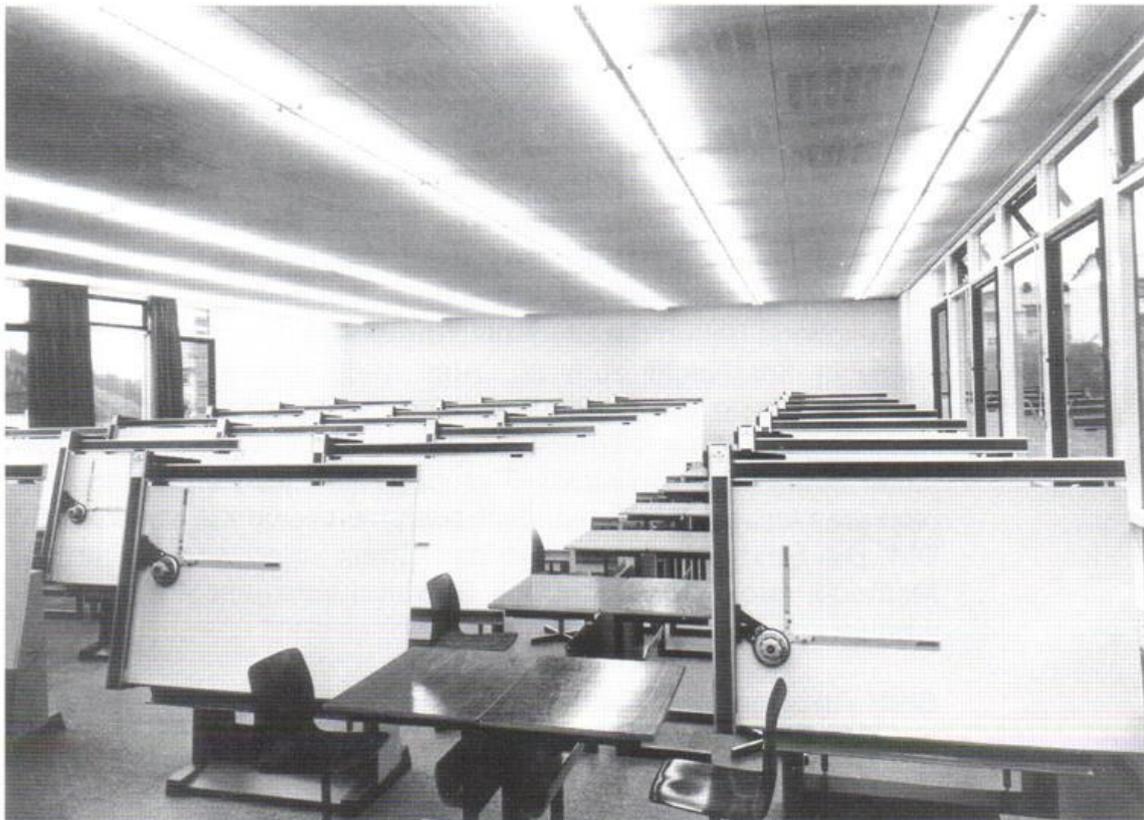
Bild: Klassenraum der Mescheder Ingenieurschule.

in Maschinenwesen
Maschade

Stundenplan für das Sommer-Semester 1968

gültig ab 15.5.1968

Zeit	K1	F1	N1.1	N1.2	K2	F2	N2	K3	F3	N3	K4	F4	N4	K5	F5	N5	K6	N6	Montag
8 ⁰⁰	K0	K0	Ph	Mat	Mat	Mat	Ph	SWL	SWL		JK	WM	NF	ET	ET	NF	JA	RT	
9 ³⁰	Sl	Sl	Fr	Pe	Her	Her	Kla	Ger	Ger		Ti	Fri	Bra	Dra	Dra	Kl	Ge	Mi	
9 ⁴⁵	K0	K0	Mat	Ph	SWL	SWL	Mat	Ph	Ph		WL	Sl	NF	ET	ET	Mat	ET	MA	
11 ¹⁵	Sl	Sl	Pe	Fr	Ger	Ger	Mi	Kla	Kla		Ge	Ti	Kl	Dra	Dra	Her	Bra	En	
11 ³⁰	Ph	Ph	GE		Mat	Mat	Ko	Mech	Mech	Ph	Vor	Vor	TE	JK	Bl	JA	RT	NF	
13 ⁰⁰	Kla	Kla	Jä		Her	Her	En	Pe	Pe		Fr	Fri	Fri	Dra	Sl	Ger	Wi	Mi	Kl
14 ⁰⁰										GE	ET	ET	JA		JA	Sem	WL		
15 ¹⁰										Bra	Jä	Jä	Wi		Ti	Rich	Ge		
15 ⁴⁵																	ET		
17 ¹⁵																	Bra		
Zeit	K1	F1	N1.1	N1.2	K2	F2	N2	K3	F3	N3	K4	F4	N4	K5	F5	N5	K6	N6	Dienstag
8 ⁰⁰	Sem	Sem	SWL	GE	Mech	Mech	Tch	Ko	Ko	Mat	Fs	JA	NF	RT	Vor	NF	SH	ST	
9 ³⁰	Th	Th	Ger	Jä	Be	Be	Be	Wi	Wi	Zo	Sl	Hu	Bra	Mi	Fri	Kl	Ti	Dra	
9 ⁴⁵	Mat	Mat	Sem	Sem	Sem	Sem	GE	Ko	Ko	GE	ET	ET	St	Sem	JA	FT	Sem	Sem	
11 ¹⁵	Zo	Zo			Th	Th	Kl	Wi	Wi	Bra	Jä	Jä	Dra		Sl	Hu			
11 ³⁰	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem									
13 ⁰⁰								Th	Th										
14 ⁰⁰	Mech	Mech		KoD	WKü	WKü				EM Ph	Mat		JA	JA	JA		JA	ST	
15 ¹⁰	Pi	Pi		Bo	Be	Be				Üb Üb	Zo		Jä	Wi	Hu		Ti	Dra	
15 ⁴⁵																			
17 ¹⁵										Kl, Fr									
Zeit	K1	F1	N1.1	N1.2	K2	F2	N2	K3	F3	N3	K4	F4	N4	K5	F5	N5	K6	N6	Mittwoch
8 ⁰⁰	Mat	Mat	Mat	Mech	WK	WK	Ph	Ko	Ko	SWL	JA	JK	NF	SH	RT	TE	KW		
9 ³⁰	Zo	Zo	Pe	Vo	Be	Be	Kla	Wi	Wi	Ger	Bo	Sl	Bra	Ti	Mi	Fr	Ge		
9 ⁴⁵	Ph	Ph	Ch	Ph	U	U	Mat	Ko	Ko	Mech	Sl	JK	Mat	Gf	FA	NF	KM	MA	
11 ¹⁵	Kla	Kla	Blö	Fr	Be	Be	Mi	Wi	Wi	Vo	Ti	Sl	Zo	Ge	Pe	Bra	Hu	En	
11 ³⁰	SWL	SWL	Ph	Ch	Mech	Mech	Mech	Ko	Ko			Mat	TE	WL	JK	RT	KM	JK	NF
13 ⁰⁰	Ger	Ger	Fr	Blö	Be	Be	Vo	Wi	Wi			Zo	Dra	Ge	Sl	Mi	Hu	Ti	Bra
14 ⁰⁰	KoD	KoD	Mech	GE				Ch	Ch					SM KM WM ÜB	ST	JA			
15 ¹⁰	Pe	Pe	Vo	Jä				Blö	Blö					Ti	En	Fri	Dra	Hu	JK
15 ⁴⁵														Sem	Sem	ST			
17 ¹⁵														Rich	Rich	Dra			
Zeit	K1	F1	N1.1	N1.2	K2	F2	N2	K3	F3	N3	K4	F4	N4	K5	F5	N5	K6	N6	Donnerstag
8 ⁰⁰	Ch	Ch	Tch	Mat	Ko	Ko	Mat	U	U	Mat	GL	Bl	JK	SB	SH	TE		JA	
9 ³⁰	Blö	Blö	Hu	Pe	Bo	Bo	Mi	Be	Be	Zo	Ge	Ger	Jä	Vo	Pi	Fr		Bra	Kl
9 ⁴⁵			Ko	SWL	Ch	Ch	GE	Mech	Mech	Ko	JA	FT	JK	SB	JA	NF		WM ÜB	NV



An den Ingenieurschulen in Höxter, Meschede, Paderborn und Soest wurde in den Jahren 1968 und 1969 ebenso für eine Ingenieurschulreform gestreikt wie in den übrigen Ingenieurschulen der Bundesrepublik. Dies wäre ohne die umwälzenden Ereignisse an den Universitäten im Rahmen der Studentenbewegung undenkbar gewesen.

Ziel der Studierenden war eine europaweite Anerkennung ihres Abschlusses. Voraussetzung dafür war, daß das Ausbildungsniveau sowohl bei den Vermittlungsformen als auch in den Lehrinhalten angehoben wurde. Die Fachschulen - bisher dem sekundären Schulbereich zugehörig - sollten dem Hochschulbereich zugeordnet werden, einschließlich hochschulüblicher Lehrformen, des Rechts auf akademische Selbstverwaltung sowie einer Mitbestimmung der Studierenden.

Der erste Streik im Frühjahr 1968 dauerte vier Wochen. Der von der Landesregierung daraufhin vorgelegte Reformentwurf stieß weiter auf Ablehnung, so daß im April 1969 erneut gestreikt wurde. In Höxter erzwangen die Studierenden sogar, daß die Feier „105 Jahre Baugewerkschule“ abgesagt wurde (vgl. Fakten).

Bild: Streik an der Ingenieurschule für Maschinenbau in Meschede.

Der Streik war erfolgreich, auch wenn die Landesregierung mit einer Annullierung des Streiksemesters reagierte: Im Juli 1969 trat das erste Fachhochschulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen in Kraft, in dem eine weitgehende Erfüllung der Forderungen in Aussicht gestellt wurde. Umgehend reformierte man den Lehrbetrieb an den Ingenieurschulen: Die Semesterversetzungen wurden aufgegeben, ab Wintersemester 1969/70 ersetzt Vorlesungen, Übungen und Seminare den Unterricht im Klassenverband. In Meschede hatten die Studenten ihren Streik vorzeitig abgebrochen. In der Nacht zum 30. April 1969 war auf die dortige Ingenieurschule ein erster Brandanschlag verübt worden, dem zwölf Tage später ein Bombenattentat folgte. Ein Zeitzünder hatte hinter einer Tafel versteckte Flaschen mit Nitro-Verdünnung explodieren lassen. Der Gesamtschaden belief sich auf etwa 25.000 DM. Die Studierenden setzten den Streik sofort aus, da sie die Methode, ihre Forderungen mit Gewalt durchzusetzen, strikt ablehnten.

Bild: Anzeigenkampagne der Landesregierung als Reaktion auf den Streik.

(Quelle: Westfalen-Blatt v. 17. Mai 1969).



Unsere Ingenieur-Studenten brauchen eine bessere Ausbildung.

Das wissen wir, und deshalb haben wir am 19.11.68 das Fachhochschulgesetz eingebracht. Die Fachhochschulen, die neu eingerichtet werden, sind Hochschulen. Sie bilden unsere Ingenieure auf Hochschul-Niveau aus. Zur Vorbereitung der Studenten auf die Fachhochschulen werden ab 1.8.1969 Fachoberschulen eingerichtet.

Die Fachhochschule steht gleichberechtigt neben der Universität und der Kunsthochschule. Sie bilden zusammen

den Hochschulbereich und werden alle die gleiche Rechtsstellung haben. Die rechtliche Basis dafür wird das Hochschulbereichsgesetz bringen, das die Landesregierung dem Landtag in Kürze vorlegen wird. Damit wurde die beste Voraussetzung für eine auf die Zukunft orientierte Ausbildung unserer Ingenieure geschaffen.

Sie sehen: wir setzen uns für die berechtigten Forderungen der Studenten ein. Deshalb rufen wir die Studenten auf:

Beenden Sie den Streik!

Nehmen Sie ab Montag, den 19. Mai, Ihr Studium wieder auf. Denn es gibt keinen Grund zum Streiken. Aber es gibt viele Gründe, hart zu arbeiten.

1.2. Die pädagogische Tradition

Eine Pädagogische Akademie in Paderborn

Der Volksschule kam im Rahmen des Bildungswesens der Nachkriegszeit bis in die 60er Jahre hinein ein überragender Stellenwert zu. Alle Schulkinder durchliefen ihre Unterstufe, und selbst die Volksschuloberstufe wurde noch von über Dreiviertel der entsprechenden Altersjahrgänge besucht. Die Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer spielten somit in der schulischen Sozialisation der überwiegenden Mehrheit der Kinder und Jugendlichen der Nachkriegszeit eine große Rolle.

Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer war eng auf die Praxis bezogen. Ihr Wiederaufbau nach der Befreiung vom Nationalsozialismus erfolgte in Nordrhein-Westfalen im Rückgriff auf das Preußen der Weimarer Republik, stand aber auch unter dem Einfluß der britischen Besatzungsmacht.

Lehrerausbildung in den 20er Jahren: zwischen Wissenschaft und Menschenbildung

In den zwanziger Jahren hatten sich zwei Konzepte gegenübergestellt, deren Vertreter um eine Realisierung kämpften: die Forderung des Deutschen Lehrervereins (DLV) nach Universitätsausbildung für die Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer und Eduard Sprangers Konzept der „Bildnerhochschule“. Der DLV hielt die wissenschaftliche Berufsfundierung an der Universität für unabdingbar, damit alle Lehrerinnen und Lehrer „im Geiste und nach den Anforderungen der Einheitsschule einheitlich“ (Pretzel, S. 10) ausgebildet würden. In Konsequenz sollten sie dann auch einheitlich bezeichnet und besoldet werden. Als Mindestdauer legte der DLV drei Jahre fest. Dieses Konzept zielte also auf eine Angleichung der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für die Volksschule an die Standards der Gymnasiallehrerinnen- und -lehrerausbildung.

Spranger konzipierte seine „Gedanken über Lehrerbildung“ bewußt als Schrift gegen die Universitätsausbildung der Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer. Seine Bildungstheorie trennte Wissenschaft von Bildung und Technik und sah drei verschiedene Ausbildungsstätten für diese Bereiche vor: die Universität als Ort, an dem die Wissenschaftler (zu denen auch die Gymnasiallehrer gezählt wurden) ausgebildet werden sollten, die Technische Hochschule als darunter rangierende Technikerausbildungsstätte und schließlich für die Ausbildung der Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer die zweijährige Pädagogische Hochschule (vgl. Spranger, S. 31ff.).

Letztendlich setzte sich in Preußen Eduard Sprangers Konzept durch. Die DLV-Forderungen nach universitärer Volksschullehrer- und Volksschullehrerinnen-ausbildung sollten in Nordrhein-Westfalen erst 1972 mit den Gesamthochschulen Realität werden.

Der grundlegende und wegweisende Beschluß vom 10. Februar 1922, der in Preußen zur Errichtung von Pädagogischen Akademien führte, sah vor, daß die pädagogische Fachausbildung zwei Jahre dauern und nicht an der Universität stattfinden solle (vgl. Zierold/Rothkugel, S. 11). Zwei Jahre später legte die preußische Regierung fest, daß die künftigen Akademien - wie einst die Seminare - konfessionell gebunden sein sollten (vgl. Weber, S. 135). Das bedeutete eine Bindung der Lehre auch an Glaubensinhalte statt nur an die Prinzipien von Vernunft und Rationalität: Für katholische Akademien war damit beispielsweise die Darwinsche Evolutionstheorie ebenso tabu wie die Urknalltheorie.

*Von der Akademie der Weimarer Republik
zur Fachschule im Nationalsozialismus*

15 Pädagogische Akademien wurden schließlich im Preußen der Weimarer Republik eingerichtet: zwölf evangelische, zwei katholische in Bonn und Beuthen und - von den liberalen und linken Fraktionen im preußischen Landtag gegen scharfe Proteste der katholischen Kirche durchgesetzt - eine simultane Akademie in Frankfurt/M. (vgl. ebd., S. 292). Eine evangelische Akademie in Dortmund blieb die einzige Einrichtung zur Volksschullehrerinnen- und Volksschullehrerausbildung in ganz Westfalen. Weitere hier geplante - u. a. eine katholische in Paderborn - fielen Anfang der 30er Jahre der Wirtschaftskrise zum Opfer.

Die Pädagogischen Akademien waren jeweils nur für 120 Schülerinnen und Schüler ausgelegt. Bei der Wahl des Ausbildungsortes herrschte keine Freizügigkeit, auf ein späteres Universitätsstudium wurden die an der PA absolvierten Semester nicht angerechnet. Der Ausbildungsgang war mit nahezu dreißig Unterrichtsstunden und einem Unterrichtsjahr, das sich am Schulwesen orientierte, fast vollständig verschult. Die Pädagogischen Akademien ähnelten in dieser Form eher den höheren Fachschulen der Weimarer Republik (wenn auch das Abitur als Eingangsvoraussetzung höhere Maßstäbe setzte) als den Universitäten.

Die NS-Regierung veränderte die Strukturen der Pädagogischen Akademien bis 1940 kaum, entließ allerdings eine Reihe reformorientierter Dozenten vor allem von den Akademien in Frankfurt/M. und in Halle (vgl. Beurlaubung, S. 249). Gegenüber der organisatorischen Gleichschaltung und der zu vermittelnden Inhalte erwiesen sich die Akademien nicht als faschismusresistent. Sie wurden - bei-

spielsweise durch Einführung des Faches Wehrkunde - der neuen Ideologie angepaßt.

Die zentrale Änderung in der Volksschullehrerinnen- und Volksschullehrerausbildung erfolgte erst ein Jahr nach Kriegsbeginn im November 1940 mit einem „Führerbefehl“. Dieser ordnete die Auflösung der - mittlerweile in „Hochschulen für Lehrerbildung“ umbenannten - Akademien und die Einrichtung von „Lehrerbildungsanstalten“ an (vgl. Ottweiler, S. 207). Das bedeutete eine Absenkung ihres Niveaus: Die Schuldauer betrug fünf Jahre, wobei der Volksschulabschluß und HJ-Mitgliedschaft Zugangsvoraussetzungen waren. Das Fachschulniveau wurde damit auch in der äußeren Form deutlich. Andererseits muß man jedoch feststellen, daß das Absenken des Niveaus neue Aufstiegschancen brachte für Kinder aus traditionell bildungsfernen Schichten.

Neuanfang unter englischer Besatzung

Nach der Befreiung vom Faschismus wurde eine vollständige Neuordnung der Ausbildung notwendig. Für die Briten, in deren Besatzungszone die Provinz Westfalen lag, war aber angesichts der ökonomischen Krise in Großbritannien der wirtschaftliche Wiederaufbau ihrer Zone wichtiger als die Bildungspolitik, so daß sie keinen Versuch unternahmen, den organisatorischen Aufbau der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung zu beeinflussen (vgl. Blömeke, S. 121ff.). Sie zogen sich auf die Position des „indirect rule“ zurück. Die vorherrschenden deutschen Konzepte spielten deshalb eine um so bedeutendere Rolle.

In den Akten des westfälischen Oberpräsidiums lassen sich neun ausgearbeitete Pläne für die Volksschullehrerinnen- und Volksschullehrerausbildung finden. Keins der Konzepte sprach sich für eine Ausbildung an der Universität aus (vgl. StA MS, OP 8371). Sie knüpften an christliche Vorstellungen an, so daß sich bestimmte Merkmale einer künftigen Lehrerinnen- und Lehrerausbildung - wie beispielsweise die erneute konfessionelle Bindung - bereits sehr früh abzeichneten. Dies war angesichts der allgemein geltenden Überzeugung, die Kirchen hätten in der NS-Zeit Widerstand geleistet, und der Tatsache, daß die Kirchen die einzigen Organisationen waren, die den Zusammenbruch unbeschadet überstanden hatten, Konsens. Es existierte jedoch keine Dominanz einer speziellen Organisationsform, diskutiert wurde sowohl über Seminare als auch über Pädagogische Akademien.

Die Notwendigkeit einer schnellen Ausbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer führte anfänglich zu einer Konzentration auf behelfsmäßige Sonderlehrgänge, da man auf die Erzieherinnen und Erzieher der NS-Zeit nach Möglichkeit nur sehr begrenzt zurückgreifen wollte. Einer von diesen einjährigen Kursen, die ehemaligen Soldaten vorbehalten waren, begann Ende Mai 1946 auch in Paderborn.

Parallel hierzu plante man jedoch die endgültige Ausbildungsform. Auf mehreren Treffen der Leiter der Schulabteilungen der Regierungspräsidien Arnsberg, Minden und Münster mit Vertretern der Kultusabteilung des Oberpräsidiums zwischen März und August 1946 fielen wichtige Entscheidungen:

„Es besteht Übereinstimmung darin, daß Hochschulen für Lehrerbildung in der Provinz Westfalen eingerichtet und der Name 'Pädagogische Akademie' für diese Hochschulen gewählt werden soll. Sie sollen nach ihrer örtlichen Lage dem landschaftlichen Charakter und dem Volkstum der Bezirke der Provinz Rechnung tragen und sich nach Möglichkeit an bereits bestehende oder geplante Bildungsstätten anlehnen können.“ (StA MS, OP 8293)

Die Provinz Westfalen knüpfte an bildungspolitische Traditionen der Weimarer Republik an. Sie setzte damit auf eine an der Praxis orientierte Ausbildung.

Eine Rolle bei der Entscheidungsfindung hat sicherlich gespielt, daß in den beiden Nachbarprovinzen Nordrhein und Hannover (die auch zum britischen Besatzungsgebiet gehörten) bereits im Sommer 1945 die Pädagogische Akademie als Ausbildungsform für die Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer angekündigt wurde. Beide Provinzen setzten diese Ankündigung um, bevor in Westfalen auch nur über die richtige Form diskutiert worden war: Otto Haase gründete im Januar 1946 in der Provinz Hannover vier, Joseph Antz zwischen Januar und Herbst 1946 fünf Akademien in Nordrhein. Da der zuständige Referent des westfälischen Oberpräsidiums, Otto Koch, seine Pläne „mit denen der Nachbarprovinzen in möglichste Übereinstimmung zu bringen“ versuchte, blieb nicht viel Spielraum (StA MS, OP 8373).

Entscheidung für eine Pädagogische Akademie in Paderborn 1946

Fünf Akademien sollten jeweils 150 Studentinnen und Studenten aufnehmen, um den projizierten Bedarf zu decken. Die Bewerberinnen und Bewerber mußten das Abitur nachweisen und an einer Aufnahmeprüfung teilnehmen (vgl. StA MS, OP 8085). Neben einer katholischen Akademie in Münster, je einer evangelischen in Bielefeld und Lüdenscheid sowie einer simultanen in Dortmund sollte eine katholische Akademie auch in Paderborn eingerichtet werden. Die Domstadt setzte sich damit gegen eine Reihe von Konkurrentinnen durch, unter denen vor allem Soest gute Chancen gehabt hatte (vgl. Blömeke, S. 148ff.).

Innerhalb von nur zwei Jahren sollten die Studierenden zu Lehrerinnen und Lehrern ausgebildet werden. Eine grundsätzliche „akademische Lehrfreiheit“, wie sie den Universitäten zugestanden wurde, lehnten die Planer für die Pädagogischen Akademien ab: „Es ist eine Synthese von Freiheit und Bindung, von Autorität und Gebundenheit zu erstreben.“ (StA MS, OP 8293) Den Kirchen war deshalb die

**Auszüge aus einem Interview mit Anna L.*,
Studentin im 1. Normallehrgang, vom 20. März 1991,
Interviewerin: Doris Stoll**

Anna L., Jg. 1925, geb. in Paderborn als Tochter eines Werkmeisters, besuchte von 1932 bis 1936 die Volksschule und anschließend die Staatliche Oberschule für Mädchen in Paderborn, wo sie 1944 ihr Abitur machte. Am 4. Dezember 1946 begann sie an der Pädagogischen Akademie Paderborn die Ausbildung zur Volksschullehrerin.

Interviewerin: „Was hatten Sie für Beweggründe, diesen Beruf zu ergreifen?“

Anna L.: „Es lag wohl daran, daß ich in einer großen Familie großgeworden bin und so das Soziale schon mitbekommen habe. Mein Vater arbeitete in der Pfarrgemeinde mit, so daß wir immer mitbekamen, wie wichtig es ist, sich um andere Menschen zu kümmern. Während des Naziregimes kam der Lehrberuf allerdings nicht in Frage, da man sich da nicht frei bewegen konnte.“

Interviewerin: „Und nach 1945 haben Sie dann gehört, daß in Paderborn eine Pädagogische Akademie entstehen sollte?“

Anna L.: „Ja. Es war natürlich schwer anzukommen, weil nun - nach diesen vielen Jahren, wo eine Ausbildung gar nicht recht möglich war - viele auf diese zusteuerten. Ich hatte aber Glück, weil der Dozent Dr. Beyerle mir Mut machte und sagte, ich solle es doch versuchen. Ich wäre zwar noch ein bißchen jung, denn es meldeten sich ja auch viele Heimkehrer, die ein Stück älter waren und die zunächst einmal Anrecht hatten auf einen Studienplatz.

Wir mußten dann eine Art Eignungsprüfung machen. Wir wurden vor eine Klasse gestellt und sollten singen, erzählen oder sonst etwas. Ich weiß noch genau, wie ich das in der Busdorfschule gemacht habe und wie mir das Spaß gemacht hat. Ein bißchen Ahnung hatte ich ja auch durch meine Tätigkeit im Heliand [katholische Mädchenorganisation; S. B.].

Dann war ich natürlich sehr, sehr froh, als ich nun die Zusage bekam und mein Studium anfangen konnte. Das war wirklich ein Geschenk.“

Interviewerin: „Wie sah Ihr Studium denn dann aus unter den Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit?“

Anna L.: „Angefangen haben wir damals im Waisenhaus. Es war noch echte Nachkriegszeit, wo alles sehr, sehr ärmlich zuging, sehr knapp war. Wir hatten kaum Bücher zur Verfügung, wir hatten kein Material. Man kann sich das heute überhaupt nicht mehr vorstellen. Wir waren also gezwungen, alles mitzuschreiben und dadurch auch jede Vorlesung mitzubekommen, weil wir das nachher vorweisen mußten. Es stand gar nicht zur Diskussion, 'mal eine Vorlesung zu schwänzen - auch wenn das verbunden war mit äußeren Opfern, die man bringen mußte. Das fing schon morgens an, daß ich von hier aus den Weg machen mußte bis zum Detmolder Tor. Dann fuhren wir - immer so zehn bis fünfzehn Leute - in einer vollbesetzten Straßenbahn stehend Richtung Stadtheide. An der Bonifatiuskirche stiegen wir aus und rannten los, damit wir erstmal pünktlich kamen und daß wir auch noch einen Klappstuhl ergatterten, damit wir wenigstens einen Platz bekamen.

Quelle: UniA PB. A.VIII.1.-1.

* Name wurde auf Wunsch geändert.

**Auszüge aus einem Interview mit Gerhard M.*,
Student im 1. Normallehrgang, v. 13. Februar 1991,
Interviewer: Dr. Klaus Himmelstein**

Gerhard M., Jg. 1923, geboren in Bottrop als Sohn eines Bauunternehmers, besuchte von 1929 bis 1934 die Volksschule und anschließend die Städtische Oberschule für Jungen in Paderborn, wo er 1942 sein Abitur machte. Zwei Jahre kämpfte er als Soldat in der deutschen Wehrmacht, bevor er in englische Kriegsgefangenschaft kam. Am 4. Dezember 1946 begann Gerhard M. an der Pädagogischen Akademie Paderborn eine Ausbildung zum Volksschullehrer.

Interviewer: „Was waren denn das für Leute, die in Ihrem Lehrgang studierten?“

Gerhard M.: „Die wenigsten waren Paderborner. Mir war schleierhaft, wie in diesen Zeiten die Leute beieinander kamen. Bis ich nachher erfuhr, daß die Rekrutierung nur über die Pfarrämter gelaufen ist bzw. über kirchentreue Leute, die nun wieder ihre Leute hatten. Also: Die Mannschaft war homogen. Und aus dem Grund auch das große Gefühl der Zusammengehörigkeit.“

Interviewer: „Machte sich diese Zusammensetzung auch in Ihrem Studium bemerkbar?“

Gerhard M.: „Morgens wurde genauestens beobachtet, wer in der Messe war. Und es wurde offen darüber Beschwerde geführt, daß zwölf nicht zur Kommunion gegangen waren. Es wurde - belegbar - observiert. Ein Studienkollege sagte zu mir: ‚Mensch, mir ist etwas passiert. Meine Tante, die bläst mich an, der Pastor hätte ihr gesagt, ich würde mich an der Pädagogischen Akademie nicht religiös genug betätigen.‘“

Weiter ging es: Wir sind zwei Mal im Laufe des Studienganges nach Hardehausen kommandiert worden. Da wurden ‚Einkehrtage‘ veranstaltet. Einige waren in feudalen Einzel- und Zweibettzimmern untergebracht, und wir, wir waren auf einem Schlafsaal. Da sagte ich zu meinen Kollegen: ‚Das geht doch auch nicht mit rechten Dingen zu. Wir wollen uns doch ‚mal angucken, wer denn da in den feudalen Zimmern sitzt.‘ Und da stellten wir folgendes fest: Alle aus der katholischen Jugendbewegung, aus dem ND, [Neues Deutschland; S. B.] alles was einen großen Kreis um den damaligen Religionsdozenten bildete.

Anderer Fall: Plötzlich waren verschiedene Leute aus dem Semester verschwunden, kurz vor dem Examen noch. Da ist auf dem kirchenamtlichen Weg festgestellt worden, daß einer in seiner Heimat - er kam aus dem Sauerland - ein Mädchen geschwängert hat. Der mußte mitten ‚raus aus dem Betrieb. Es wurde auch keine Erklärung abgegeben. Er war nicht tragbar.‘“

Interviewer: „Wurde da nicht drüber diskutiert?“

Gerhard M.: „Nein, gar nicht. Man hörte das wohl, aber man wußte, daß man da jetzt tunlichst nicht nachfragt. Denn es ist ein unbehagliches Gefühl, wenn man weiß, es wird observiert, es gibt Leute, die hinterbringen und hintertragen. Er war eines Tages einfach weg.“

Quelle: UniA PB. A.VIII.1.-1

* Name wurde auf Wunsch geändert.

Entscheidungsbefugnis über die Religionsdozenturen vorbehalten, und die sogenannten „Gesinnungsfächer“ (systematische Pädagogik, Geschichte der Pädagogik, Deutsch und Geschichte) sollten an der simultanen Akademie mit Lehrenden beider Konfessionen doppelt besetzt werden.

Zumindest für die katholischen Akademien bedeutete die konfessionelle Bindung eine gravierende Einschränkung der Ausbildungsinhalte, denn hier galt für den Erkenntnisprozeß die „Zwei-Quellentheorie“ mit dem „Vorrang der Offenbarung vor der Wissenschaft“ (Meurers, S. 28). Die konfessionelle Prägung der Akademien und der starke Einfluß der beiden großen christlichen Kirchen bedingten auch die ersten Personalentscheidungen: Als Leiter wurden durchweg katholisch oder evangelisch gebundene Personen ausgewählt. (In Paderborn wurde der erste evangelische Dozent erst 1969 berufen!)

Als erste der fünf Akademien begann schließlich am 4. Dezember 1946 die Paderborner Akademie mit der Lehre, die offizielle Eröffnung fand eine Woche später statt. In den nächsten Monaten wurden auch die simultane Pädagogische Akademie in Dortmund, die wegen fehlender Gebäude nach Lünen verlagert worden war (vgl. Bartholomé, S. 34), die evangelische Akademie in Bielefeld (vgl. Am 10. Dezember), die Lüdenscheider evangelische Akademie (vgl. Antz, S. 196) und die Pädagogische Akademie Münster-Emsdetten (vgl. ebd.) eröffnet.

Nutzte die Paderborner Akademie in den ersten Jahren die von Erzbischof Lorenz Jäger zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten im ehemaligen Waisenhaus am Bonifatiusweg, konnte sie 1950 in ein eigenes Gebäude am Fürstenweg umziehen. Die 1953 neuerrbaute Overbergschule wurde an die Akademie angegliedert und ermöglichte den Studierenden das Absolvieren von Praktika. Hier war auch das „Institut für Kindesbeobachtung“ angesiedelt. 1958 wurde das Studium auf sechs Semester verlängert.

Die Pädagogische Hochschule Paderborn in den 60er Jahren

1962 wurde die Pädagogische Akademie Paderborn in eine Pädagogische Hochschule umgewandelt. Mittlerweile bestand das Dozentinnen- und Dozentenkollegium aus 29 Personen, die Zahl der Studierenden war auf 500 angewachsen. Das Fächerspektrum wurde erweitert und differenziert. Neben die Grundwissenschaften Pädagogik, Philosophie, Psychologie und Religion traten - als Fachdidaktiken - die Schulfächer (vgl. Brockhaus, S. 25).

Ihre grundlegende Umgestaltung erlebte die Pädagogische Hochschule 1965. Die in Nordrhein-Westfalen bestehenden PHs wurden zu insgesamt drei

Pädagogischen Hochschulen zusammengefaßt. Paderborn bildete eine der fünf Abteilungen der PH Westfalen-Lippe, deren letzter Gesamtrektor der aus Paderborn stammende Prof. Dr. Dr. F. Kienecker war. Der Sitz von Rektor und Verwaltung war in Münster. Bis zum Aufgehen der Abteilung Paderborn der PH Westfalen-Lippe in der Gesamthochschule Paderborn 1972 verdoppelte sich die Zahl der Studierenden gegenüber 1965 auf etwa 1.000.

Die Fachdidaktiken gewannen gegenüber den Grundwissenschaften weiter an Gewicht. Das Lehrerausbildungsgesetz desselben Jahres löste die bisherige Verbindung von Theorie und Praxis weitgehend auf: Die praktische Ausbildung der Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer fand von nun an während einer zweiten Phase in neu eingerichteten Bezirksseminaren statt (vgl. Brimmer-Brebeck, S. 3).

Schulpraxis war bei der Einstellung von Dozentinnen und Dozenten an den Pädagogischen Hochschulen keine Bedingung mehr, so daß auch in Paderborn die Zahl der Fachwissenschaftler in der Dozentenschaft wuchs. Die Verabschiedungen einer Diplomprüfungsordnung und einer Habilitationsordnung 1970 sowie einer Promotionsordnung 1971 verdeutlichen die Tendenz zur Verwissenschaftlichung der Volksschullehrerinnen- und Volksschullehrerausbildung.

Paderborn war zunächst nicht als Standort einer Akademie vorgesehen, da die Stadt zu 85% zerstört war. Nach Bemühungen von allen Seiten - Stadt, katholischer Kirche, Lehrerschaft - konnte schließlich doch am 4. Dezember 1946 die Eröffnung einer katholischen Akademie gefeiert werden. Das Angebot des Erzbischofs Lorenz Jäger, die Pädagogische Akademie könne einen Teil des Neuen Waisenhauses nutzen, das die Militärregierung geräumt hatte, gab vermutlich hierfür den Ausschlag (vgl. Beyerle, S. 114).

Bild: Programmblatt zur Eröffnungsfeier der Paderborner Akademie am 11. Dezember 1946.

Zum Gründungsrektor der Paderborner Akademie wurde Dr. Bernhard Rosenmöller ernannt. Rosenmöller (1883-1972) hatte eigentlich Priester werden wollen, fiel aber Anfang dieses Jahrhunderts der Antimodernismusbewegung zum Opfer, aufgrund der „Modernisten“ die Diakonatsweihe verweigert wurde. Nach dem Studium der Philosophie, Geschichte, katholischen Theologie, lateinischen und griechischen Sprache promovierte er 1913 in Geschichte; 1923 habilitierte er sich. 1937 erhielt Rosenmöller einen Ruf auf den renommierten Philosophie-Lehrstuhl der Universität Breslau, den er bis 1945 innehatte (vgl. Blömeke, S. 172ff.).

Bild: Gründungsrektor Prof. Dr. Bernhard Rosenmöller.

90 Männer und 30 Frauen gehörten dem ersten Lehrgang an, wobei der Bildungsgrad der Frauen durchgängig deutlich höher war als der der Männer, die meist Soldaten gewesen waren. Wichtiges Kriterium bei der Auswahl war ein Gutachten der Heimatpfarrei über kirchliches Engagement. Unter den männlichen Bewerbern um einen Studienplatz fanden die ehemaligen Soldaten bevorzugte Aufnahme.

Das Dozentenkollegium bestand fast ausschließlich aus ehemaligen Studienrätinnen und Studienräten. Zwei von ihnen hatten in der NS-Zeit unter Repressionen - wie zum Beispiel Zurückstufung in den Volksschullehrerstand - gelitten. Drei Mitglieder des Gründungskollegiums hatten - trotz der Vorschriften der britischen Militärregierung, ehemalige NSDAP-Mitglieder nicht wieder in verantwortliche Positionen zu bringen - der NSDAP angehört (vgl. HStAD, NW 26-167).

Bild: Foto des ersten Normallehrgangs (1946-1948) mit Dozentinnen und Dozenten.



Im Dezember 1946 war der Betrieb an der Pädagogischen Akademie Paderborn noch von der allgemeinen materiellen Not geprägt (vgl. HStAD, NW 26-167). Bis in die ersten Monate des Jahres 1947 hinein konnte die nordrhein-westfälische Landesregierung den Lehrenden kein Gehalt auszahlen, so daß sie von der Hand in den Mund leben mußten. In der Akademie selbst wurde wegen fehlender Schreibmaschinen die Korrespondenz handschriftlich verfaßt. Die Studierenden mußten in den Vorlesungen zunächst stehen; später erhielt die Akademie von Paderborner Handwerkern einige Stühle, über die dann Bretter gelegt wurden, um weitere Sitzmöglichkeiten zu schaffen.

Nahrungsmittel waren auch in der Mensa knapp. Die Studierenden organisierten daher immer wieder sogenannte „Hamstergänge“ zu den Bauern der Umgebung. Rosenmöller gab ihnen zu diesem Zweck eine Legitimierung mit, so daß sie sich im Bedarfsfall ausweisen konnten. Da die Bauern gegenüber den Studierenden freigiebig waren, konnte das dünne Mensaessen mit Kartoffeln, Speck und Gemüse bereichert werden.

Eines der größten Probleme der Studienanfänger war, im zerstörten Paderborn eine Bleibe zu finden. Glücklicherweise konnte sich schätzen, wer mit ein oder zwei Kollegen in einem - allerdings oft nicht heizbaren - Zimmer in der Stadt unterkam. Die übrigen mußten lange und umständliche Anfahrten in Kauf nehmen. Der Religionsdozent Pollmann beispielsweise zog erst einmal wieder nach Harth zu seinen Eltern. Das bedeutete, daß er um halb sechs Uhr morgens dort mit dem Zug losfuhr bis zum Paderborner Bahnhof, von dem aus er dann bis zur Akademie in der Stadtheide zu Fuß gehen mußte (vgl. UniA PB, A.V.1-Pollmann).

Bild: Zeugnisse der materiellen Not in der Nachkriegszeit.

PÄDAGOGISCHE AKADEMIE
PADERBORN

PADERBORN, den 14.10.1947

B e s c h e i n i g u n g .

Der Inhaber dieser Bescheinigung ist Studierender der Pädagogischen Akademie Paderborn und ist beauftragt und berechtigt eine Sammlung zugunsten der Küche der Akademie durchzuführen.

(Prof. Rosenmöller)



Teil 1
Bitte abtrennen und gut aufbewahren!

Adressen-Anweisungs-Nr.
Benachrichtigung

Der Inhaber dieser Benachrichtigung ist rechtmäßiger Eigentümer der unten bezeichneten CARE-Sendung.
This is to certify that the bearer of this card is the legal owner of the CARE package(s) mentioned below.

Der Zentralausschuß der Freien Wohlfahrtsverbände hat uns eine von CARE in New York für Sie angewiesene Sendung von

Spender: Name und volle Anschrift
mit ca. Anzahl kg je Paket übereinfrei.

Die Leibesgabe ist gegen Vorlage dieser Postkarte und Ihres Personalausweises bei der Verteilungsstelle persönlich abzuholen. Sie erhalten Ihre Sendung gebührenfrei. Ihr Spender hat bereits alle Unkosten bezahlt.

CARE-Verteilungsstelle Kenn-Nr.

Deutschland
Britische Besatzungszone

LEA Westfalen
EA Paderborn

91-103

Gültig v. 22.7.1946 bis 27.7.1947

Bezugsausweis f. Speisekartoffeln
für Erwachsene und Kinder über 3 Jahre

K 4	K 8
K 3	K 7
K 2	K 6
K 1	K 5

07

Obese Namenseintragung ungültig! Nicht übertragbar. Sorgfältig aufbewahren!

Rund 120 katholische Studentinnen und Studenten wurden jährlich ab 1946 in viersemestrigen Studiengängen zu Volksschullehrerinnen und Volksschullehrern ausgebildet. Sie kamen zum überwiegenden Teil aus Westfalen, die meisten sogar direkt aus dem Landkreis Paderborn. Mehr als drei Viertel der Studierenden rekrutierten sich aus dem Kleinbürgertum, waren also Kinder von Handwerkern, Bauern, einfachen Angestellten und Beamten (vgl. Blömeke, S. 193ff.).

Die Lehre ähnelte mehr dem Unterricht an einer höheren Schule als dem Studium an einer Universität: Die Studentinnen und Studenten hatten nicht die Möglichkeit, Veranstaltungen auszuwählen. Sie waren an festgelegte Stundenpläne gebunden. Bei den Veranstaltungen herrschte Anwesenheitspflicht.

Über 30 Wochenstunden hatten die Studierenden zu belegen, die sich auf die Tage von Montag bis Samstag verteilten. Einen hohen Anteil nahmen mit mehr als zehn Stunden die sogenannten „persönlichkeitsbildenden“ Fächer Religion, Philosophie und Psychologie ein.

Bild: Stundenplan WS 1946/47.

In der Abschlußprüfung waren alle Fächer des Studiums prüfungsrelevant. Die Kenntnisse wurden in einer mündlichen Prüfung abgefragt. In die Gesamtnote flossen darüber hinaus das Ergebnis der schriftlichen Hausarbeit, die Leistungen in den freiwilligen Arbeitsgemeinschaften und die Eignung für den Volksschullehrerberuf ein. Letztere war in Land- und Stadtschulpraktika nachzuweisen.

Bild: Abschlußzeugnis aus dem Jahr 1948.

Um eine Anstellung an einer katholischen Volksschule zu bekommen, war der Erwerb einer „missio canonica“, der von der katholischen Kirche verliehenen Berechtigung zur Erteilung des Religionsunterrichts, notwendig. Der zukünftige Lehrer und die zukünftige Lehrerin verpflichteten sich in dieser, ihre „verantwortungsvolle Aufgabe in einträchtigem Zusammenwirken mit den Seelsorgern und den katholischen Eltern zu erfüllen“.

Bild: Erteilung der kirchlichen Lehrerlaubnis für den katholischen Religionsunterricht.

Stundenplan 1. Semester.

Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
8-9	-	H. M.	Rhetorik	Kunst	H. M.	Geß.
9-10	Math. 4.	Rhetorik	Rhetorik	Geo.	Rhet. 4.	Geo.
10-11	Arbeits	Rhetorik	Rhetorik	Rel. 4.	Rhetorik	Rhetorik
11-12	Ed. Ca. Rb. Ec. Gd. Ma. Gd. Ma.	Rb. Ec. Gd. Ma.	Pädagogik	Math. 4.	14. 7+4.	Handw. Cd.
12-13	Ra. Ec. Gd. Ma. Gd. Ma.	Rb. Ec. Gd. Ma.	Pädagogik	Math. 4.	11 2+3.	
14-15	Ed. R. 4 B. C. Ed.					
15-16	u 4. Psycho.					
16-17		Psycho.				
17-18						
18-19						

PADAGOGISCHE AKADEMIE PADERBORN

LORENZ

DURCH GOTTES ERBARMEN UND DES HEILIGEN APOSTOLISCHEN STUHLSES GNAD
ERZBISCHOF VON PADERBORN

Zeugnis

über die erste Prüfung für das Lehramt an Volksschulen

empfiehlt

Herrn Lehrer XXXXXXXXXX
Neuhaus ob. Paderborn, Kath. Volksschule
GRUSS UND SEGEN IM HERRN

Herr XXXXXXXXXX
geboren am 10. September 1919 in Kessen, Kreis Bielefeld
kath. Bekenntnisses, studierte an der Pädagogischen Akademie Paderborn
vom 4. Dezember 1946 bis 31. Juli 1948
Auf seine Meldung zur Prüfung erhielt er zur schriftlichen Bearbeitung die Aufgabe:
Spuren und Abbilder der Dreifaltigkeit in der Schöpfung
und ihre unterrichtliche Verwendung.
Seine Arbeit wurde als sehr gut beurteilt.
Die mündliche Prüfung lagte er am 5. August 1948 ab
In den Erziehungswissenschaften waren seine Leistungen sehr gut
in der heilichen Unterrichtslehre gut
Bei seinen eigenen Unterrichtsversuchen hat er einen höflichen Anlauf gemacht.
Herr Nolf Naha
hat die erste Prüfung für das Lehramt an Volksschulen bestanden. Nach dem Ergebnis der Prüfung
und nach der Beurteilung seiner Leistungen in den Arbeitsgemeinschaften und seiner Eignung für den
Beruf des Volksschullehrers ist ihm das Zeugnis mit der Gesamtbewertung
sehr gut
ausgestellt worden.

In Ausübung der mir von Christus und seiner heiligen Kirche übertragenen
Lehr Gewalt gebe ich Ihnen widerruflich die kirchliche Vollmacht (missio cano-
nica), in den Volksschulen der Erzdiözese Paderborn Religionsunterricht zu
erteilen. Seien Sie alzeit eingedenk, wie wichtig die religiöse Unterweisung
für das zeitliche und ewige Heil der Menschen ist, die Ihnen anvertraut
werden. Vergessen Sie auch nicht, daß Ihre religiöse Bildungsarbeit nur dann
erfolgreich sein kann, wenn Sie durch eifriges Gebet Gottes Gnade auf Ihr
Wirken herabflehen, und wenn Sie durch Ihr gutes Beispiel Ihren Worten
Überzeugungskraft verleihen. Seien Sie ferner ernstlich darauf bedacht, Ihre
verantwortungsvolle Aufgabe in einträchtigen Zusammenwirken mit den
Sechorgern und den katholischen Eltern zu erfüllen.

Paderborn, am 29. Oktober 1956.

Tel.-Nr. A 5418/56



DER ERZBISCHOF

[Signature]

Dieses Urkunde ist dem Pater des Sekretariats vorzulegen. Sollte die Tätigkeit an einer Stelle außerhalb der Erzdiözese Paderborn erfolgen, so sind die entsprechenden Vorlagen dieses Urkunde dem zuständigen Bischof zu reichen.

Bestensfolge der Zeugnisse: sehr gut, befriedigend, mangelhaft, ungenügend

Das Foto läßt den Charakter der Lehre an der Pädagogischen Akademie Paderborn erkennen: Die Praxis der Volksschule, des zukünftigen Arbeitsplatzes der Studierenden, mit starkem Gewicht auf musischen Elementen stand im Vordergrund. Einen großen Raum nahmen deshalb auch Lehrerfahrungen der Studierenden noch während ihrer Ausbildung ein: Neben einem semesterbegleitenden Unterrichtsbesuch in einer mehrklassigen städtischen Volksschule gehörte ein vierwöchiges Praktikum in einer einklassigen Landvolksschule zum Pflichtprogramm. Zahlreiche Exkursionen in die nähere Umgebung vervollständigten den hohen Praxisanteil.

Wichtig war Lehrenden wie Studierenden auch ein gut funktionierendes Gemeinschaftsleben. Semestertreffen in Hardehausen, Akademiefestern und ähnliches waren auf das Studienjahr verteilt. In dieselbe Richtung zielte auch die Gründung der „Thomas-Vereinigung“ und der „Thomastage“ durch die Studierenden: „Man versuchte, etwas Gemeinschaftliches, etwas Höherstehendes auf die Beine zu bringen.“ (UniA PB, A.VIII.1.-1)

Mit der Umwandlung der Pädagogischen Akademie Paderborn in eine Pädagogische Hochschule 1962 und ihre Eingliederung in die Pädagogische Hochschule Westfalen-Lippe 1965 näherten sich die Studieninhalte dem heutigen Standard. Aufhebung der konfessionellen Bindung, stärkere Wahlfreiheit und ein größerer fachwissenschaftlicher Anteil drängten die traditionellen Vorstellungen vom Lehrer als Erzieher zurück. Promotions- und Habilitationsrecht näherten die Pädagogischen Hochschulen den Universitäten an.

Die Verwissenschaftlichung drückte sich auch in der Einführung der Zweistufigkeit der Ausbildung aus: An den Pädagogischen Hochschulen fand von 1965 an allein der fachwissenschaftliche Abschnitt statt, die praktische Ausbildung wurde in ein Referendariat an Seminaren gelegt. Da Schulpraxis keine so große Rolle mehr bei der Auswahl der Lehrenden spielte, gelang es häufiger, Universitätsangehörige als Dozenten zu gewinnen.

Bild: Arbeitsgemeinschaft Laienspiel.



1.3. Die wirtschaftswissenschaftliche Tradition

Eine „Staatliche Höhere Wirtschaftsfachschule“ in Paderborn

Die Fachrichtung, die an der späteren Universität-Gesamthochschule Paderborn den größten Anteil ausmachen sollte, wurde als Vorgängerinstitution erst sehr spät und nur sehr klein gegründet: Am 1. Oktober 1970 öffnete in Paderborn eine Abteilung der Bielefelder Staatlichen Höheren Wirtschaftsfachschule ihre Tore. 77 Studierende sollten in einem dreijährigen Studium zu graduierten Betriebswirten ausgebildet werden.

Die Zahl war allerdings nur deswegen so klein, weil das Land sich nicht frühzeitig genug für eine Finanzierung einer solchen Einrichtung in Paderborn entscheiden konnte. Vor allem der nordrhein-westfälische Finanzminister sperrte sich gegen einen weiteren Ausbau des Wirtschaftsfachschulwesens. Erst als die Stadt Paderborn sich bereiterklärte, die Kosten für Räumlichkeiten und Sekretärin zu übernehmen, konnte der Kultusminister eine Paderborner Abteilung gegen seinen Kabinettskollegen durchsetzen.

Da war es jedoch schon kurz vor Semesterbeginn, so daß keine Werbung mehr gemacht werden konnte. Ausgelegt war die Paderborner Abteilung der Höheren Wirtschaftsfachschule für rund 500 Schülerinnen und Schüler. Bereits bei ihrer Gründung war geplant, sie in die später zu errichtende Fachhochschule Südost-Westfalen einzugliedern. Die Stadt Paderborn meinte darüber hinaus, mit der Erweiterung des Lehrangebots ihre Chancen auf Gründung einer Universität in Paderborn zu verbessern.

Bedeutung der Schule für Industrie und Region

Die Anwesenheit einer großen Zahl von Repräsentanten aus dem heimischen Raum bei der Eröffnungsfeier macht deutlich, wie wichtig diese Neugründung für die heimische Wirtschaft 1970 war: So kamen - neben Ingenieurschulabgesandten, dem zukünftigen Partner in einer Fachhochschule - nicht nur Repräsentanten der Bezirksregierung Detmold und der Stadt Paderborn zur Einweihung, sondern auch Vertreter der Industrie- und Handelskammer und zahlreicher mittelständischer Betriebe. Die Stadt Paderborn hoffte darauf, daß mit der Höheren Wirtschaftsfachschule die Infrastruktur der Stadt verbessert und eine Weiterentwicklung möglich würde.

Untergebracht war die Schule in den früheren Räumen der Paderborner Ingenieurschule an der Balhornstraße, einer ehemaligen Fabrik. Nichtsdestotrotz war die Atmosphäre „sehr familiär“, wie ehemalige Schulangehörige erklären (vgl. UniA PB. Info HWF). Verfügt heute in der Regel jeder Lehrende über ein eigenes Zimmer, ähnelten die Verhältnisse mit einem gemeinsamen Lehrerzimmer für alle Dozenten damals eher dem Sekundarschulwesen. Entsprechend war die

Höhere Wirtschaftsfachschule auch dem nordrhein-westfälischen Kultusministerium zugeordnet und nicht dem Wissenschaftsministerium.

Begonnen hat der Lehrbetrieb mit drei Dozenten, von denen einer von der Bielefelder Höheren Wirtschaftsfachschule kam und zwei zuvor Lehrer an Höheren Handelsschulen gewesen waren. Um das gesamte Lehrangebot abdecken zu können, wurden zahlreiche Lehraufträge vergeben. Bei späteren Ausschreibungen waren dann für die Einstellung allerdings zumindest promotionsadäquate Leistungen Bedingung.

Die grundsätzliche Änderung in den Lehrbedingungen kam nicht, wie man vermuten könnte, 1971 mit der Eingliederung in die Fachhochschule, auch nicht 1972 mit der Übernahme in die Gesamthochschule Paderborn, sondern erst mit dem Umzug von der Balhornstraße in das AVZ (das heutige N-Gebäude) 1977. Sehr schnell lockerte sich der vorher so gute Kontakt der Lehrenden untereinander und zu den Studierenden, wurde der Umgang miteinander „professioneller“ und damit unpersönlicher. Dies berichten auch die Lehrenden der Pädagogischen Hochschule, die ebenfalls 1977 vom Fürstenweg in den Neubau auf den Campus zogen.

Die Ursache für die Veränderungen ist unter anderem darin zu sehen, daß neue Professoren berufen wurden, die aus der Universitätstradition kamen und so eine andere Berufsauffassung hatten. Zudem wurden die Fachbereiche insgesamt sehr viel größer. Und nicht zuletzt spielte eine Rolle, daß jetzt jedem Dozent ein eigenes Zimmer zustand und das vorher in allen Vorläufereinrichtungen übliche Lehrerzimmer aufgelöst wurde.

Nur ein Jahr bestand die Paderborner Abteilung der Bielefelder „Staatlichen Höheren Wirtschaftsfachschule“. Im Bereich des kaufmännischen Schulwesens hatte es lange Zeit keine den Ingenieurschulen vergleichbare Einrichtung für eine Weiterbildung nach der Lehre gegeben.

Mitte der 50er Jahre gewannen - „im Hinblick auf die immer komplizierter werdende Wirtschaftspraxis“ (Preitz, S. 9) - Überlegungen an Boden, diesen Umstand zu ändern. Innerhalb von nur zwei Jahren wurden 1962 und 1963 bundesweit neun „Höhere Wirtschaftsfachschulen“ (HWF) gegründet, eine der ersten in Bielefeld.

Bild: Westfälisches Volksblatt v. 9. Sept. und 2. Okt. 1970.

Zugangsvoraussetzung für den Besuch der HWF waren der erfolgreiche Besuch der Höheren Handelsschule sowie ein Jahr Fachpraxis bzw. die Mittlere Reife und eine Lehre. Als Schwerpunkte konnten im Hauptstudium Marketing, Personalwesen und Unternehmensführung gewählt werden. Am Ende stand der Abschluß als graduerter Betriebswirt.

Zum 1. August wurde die HWF in die neue Fachhochschule Südost-Westfalen eingliedert. Die ersten 39 Studenten konnten ihr Studium erst beenden, als bereits die Gesamthochschule bestand und die HWF als Fach „Wirtschaft“ den Fachbereich 5 bildete.

Bild: Abschlußfeier des ersten Lehrgangs der Paderborner Abteilung der „Staatlichen Höheren Wirtschaftsfachschule“ Bielefeld im September 1973 (links Dozent Norbert Bartels).

Die Studienmöglichkeiten in der Stadt Paderborn noch vergrößert

Ab sofort Staatliche Höhere Wirtschaftsfachschule / Schon 77 Studierende / Sechs Semester

Paderborn. (gevo). Das Studien- und Bildungsangebot in Paderborn hat eine Bereicherung und Ausweitung erfahren: Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW hat in Paderborn eine Außenstelle der Staatlichen Höheren Wirtschaftsfachschule Bielefeld errichtet, die am 1. Oktober dieses Jahres bereits mit 77 Studierenden dreizügig den Studienbetrieb aufnehmen wird. In zweieinhalb Jahren wird mit rund 500 Studierenden an dieser neuen Fachschule gerechnet.

Diese Mitteilung machten gestern vor der Presse Bürgermeister Herbert Schwiete und die Stadtdirektoren Sasse und Ferlings. Hervorgehoben wurde, daß der Landesregierung für diese Entscheidung Dank gebühre. Damit, so Stadtdirektor Sasse, sei der wachsenden Nachfrage nach Studienplätzen dieser Art Rechnung in Paderborn getragen worden.

Struktur-Verbesserung

Bürgermeister Schwiete meinte, daß diese Schule im Raume Paderborn nicht nur eine Ausbildungslücke für junge Menschen schließen, sondern zur Verbesserung der Infrastruktur und der Weiterentwicklung erheblich beitragen werde.

Der Paderborner Raum mit der Stadt als Entwicklungsschwerpunkt erfährt mit seiner neuen Einrichtung eine wesentliche Verbesserung. Die Fachschule soll später in den Fachschulbereich eingegliedert werden.

Die Staatliche Höhere Wirtschaftsfachschule bildet auf wissenschaftlicher Grundlage staatlich ge-

Bildungsstätte jede nur mögliche Unterstützung für räumliche Unterbringung und personelle Ausstattung entgegengebracht. Auch die Leistung

der Bielefelder Höheren Fachschule habe große Unterstützungsbereitschaft gezeigt.

In der Balhornstraße

Zweiter Stadtdirektor Ferlings teilte mit, daß die Fachschule in den bisherigen Räumen der Ingenieurschule in der Balhornstraße untergebracht wird. Ohne Werbung gab es 77 Anmeldungen, ein Dutzend Dozenten beginnt mit der Arbeit. Später, in etwa zweieinhalb Jahren, wird die Höhere Wirtschaftsfachschule in Paderborn rund 500 Studierende ha-

ben. Ein Neubau soll in der Nachbarschaft der Staatlichen Ingenieurschule am Südring gebaut werden.

Weitere Anmeldungen für das neue Semester ab 15. Februar sind im Sekretariat der neuen Bildungseinrichtung, Balhornstraße 22, ab Donnerstag dieser Woche möglich.

Wichtiger Baustein zur Gesamthochschule

Höhere Wirtschaftsfachschule mit einer Feierstunde im Rathaus eröffnet

Paderborn (S.-W.) Vertreter der Bezirksregierung Detmold, der heimischen Industrie, der Industrie- und Handelskammer, der Staatlichen Ingenieurschule, der kaufmännischen Schulen, Mitglieder aus Rat und Verwaltung und vor allem die Dozenten und Studenten der neuen Höheren Wirtschaftsfachschule wurden gestern von Bürgermeister Schwiete im Rathaus mit herzlichen Grüßen und Wünschen für einen guten Start und eine erfolgreiche Aufwärtsentwicklung begrüßt.

Oberschulrat Dr. Prein nahm die fröhlichen Gesichter der rund 80 jungen Kommilitonen zum Anlaß, ihnen Glück zu wünschen über diese neue Studienmöglichkeit, die im Zeichen der allenthalben herrschenden

konnte. — Wer die Kämpfe um diesen neuen Schultyp kenne, blendete Dr. Prein in einem kurzen Resümee zurück, der freue sich doppelt über jede Neugründung. Nordrhein-Westfalen habe als erstes Land die seit 1929 laufenden Bestrebungen nach

hier eine Schule vorfinden. Sie viel lernen, um später stien zu können, und daß Sie ten in die vernünftige Führung Wirtschaftsbetriebes gewinne

Die Menschen dieses Raum trotz allen Fleißes vom Glück besonders begünstigt gewesen sei die Arbeitslosenquote zu lativ niedrig, aber es stünde viele Probleme an, vor alle sichtlich der Verbesserung d kehrrisere und des Freizeit



I.4. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellenverzeichnis

zu I. Von der Schule zur Hochschule

Archiv der Universität-Gesamthochschule Paderborn (UniA PB)

IV.2.5.-1

zu I.1. Die technische Tradition

Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold (StA Dt)

D9 Höxter, Nr.320

Archiv der Universität-Gesamthochschule Paderborn (UniA PB)

V.30.1.-1

V.30.1.-2

V.30.1.-3

V.30.1.-4

V.30.1.-5

V.30.1.-6

V.30.1.-7

V.30.1.-8

zu I.2. Die pädagogische Tradition

Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD)

NW 26-167

Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster (StA MS)

Oberpräsidium 8085

Oberpräsidium 8293

Oberpräsidium 8371

Oberpräsidium 8373

Archiv der Universität-Gesamthochschule Paderborn (UniA PB)

A.V.1-Pollmann

A.VIII.1.-1

zu I.3. Die wirtschaftswissenschaftliche Tradition

Archiv der Universität-Gesamthochschule Paderborn (UniA PB)

Info HWF

Literaturverzeichnis

zu I.1. Die technische Tradition

- 1925-1975: 50 Jahre Freie Burschenschaft Herminia zu Höxter/Weser, o. O. (Höxter) 1975
- Altherrenvereinigung ehem. Studierender der Staatl. Ingenieurschule für Bauwesen, Höxter a. d. Weser (Hrsg.), AHV 1924-1954, ING-SCH 1864-1954, Holzminden 1954 (UniA PB)
- Blankertz, Herwig, Bildung im Zeitalter der großen Industrie. Pädagogik, Schule und Berufsbildung im 19. Jahrhundert, Hannover 1969
- Börner, Paul, Allgemeine Grundsätze der heutigen Ingenieurausbildung in der Bundesrepublik, in: Handbuch für das Ingenieurschulwesen, Heidelberg 1965, S. 50-55
- Brenken, Günther, Ingenieurausbildung in Europa, in: Handbuch für das Ingenieurschulwesen, Heidelberg 1965, S. 104-116
- Fakten, in: Der Bau 55. Jg. (1979), H. 2 (UniA PB)
- Festausgabe aus Anlaß des 35-jährigen Bestehens der AHV Höxter, o. O. (Höxter), o. J. (1959) (UniA PB)
- Festschrift zur 60jährigen Jubelfeier der Staatlichen Baugewerkschule Höxter, o. O. (Höxter), (1924) (UniA PB)
- Grüner, Gustav, Die Geschichte der deutschen Ingenieurschule, in: Handbuch für das Ingenieurschulwesen, Heidelberg 1965, S. 13-42
- Grüner, Gustav, Berufsausbildung in Fachschulen, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte Bd. V: 1918-1945, München 1989, S. 299-306
- Grüner, Gustav, Fachschulen, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte Bd. IV: 1870-1918, München 1991, S. 389-398
- Herrlitz, Hans-Georg/Hopf, Wulf/Titze, Hartmut, Deutsche Schulgeschichte von 1800 bis zur Gegenwart. Eine Einführung, Königstein/Ts. 1981
- Höffer, Otto, Baugewerkschulen, in: Rein, W. (Hrsg.), Encyklopädisches Handbuch der Pädagogik Bd. 1, Langensalza 2. Aufl. 1903, S. 403-412
- Huppke, Günter, Der Student in Höxter gestern und heute, in: Altherrenvereinigung ehem. Studierender der Staatl. Ingenieurschule für Bauwesen, Höxter a. d. Weser (Hrsg.), AHV 1924-1954, ING-SCH 1864-1954, Holzminden 1954, S. 37-39 (UniA PB)
- Kassebeer, Heinrich, Das Ingenieurschulwesen in Nordrhein-Westfalen, in: Handbuch für das Ingenieurschulwesen, Heidelberg 1965, S. 417-422
- Lexis, W. (Hrsg.), Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich Bd. IV,3: Der mittlere und niedere Fachunterricht im Deutschen Reich, Berlin 1904
- Lundgreen, Peter, Bildung und Wirtschaftswachstum im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts. Methodische Ansätze, empirische Studien und internationale Vergleiche, Berlin 1973
- Lundgreen, Peter, Techniker in Preußen während der frühen Industrialisierung. Ausbildung und Berufsfeld einer entstehenden sozialen Gruppe, Berlin 1975
- Lundgreen, Peter, Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick Bd. I: 1770-1918, Göttingen 1980

- Lundgreen, Peter, Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick Bd. II: 1918-1980, Göttingen 1981
- Lundgreen, Peter, Fachschulen, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte Bd. III: 1800-1870, München 1987, S. 293-305
- Schmiel, Martin, Landwirtschaftliche Berufsbildung, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte Bd. IV: 1870-1918, München 1991, S. 398-404
- Schmiel, Martin, Landwirtschaftliches Bildungswesen, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte Bd. V: 1918-1945, München 1989, S. 398-404
- Staatl. Ingenieurschule für Bauwesen Höxter (Hrsg.), 100 Jahre Staatl. Ingenieurschule für Bauwesen Höxter 1864-1964, Höxter 1964 (UniA PB)
- Staatsbauschule Höxter. Fachschule für Hoch- und Tiefbau 1864-1939, o. O. (Höxter) o. J. (1939) (UniA PB)

zu I.2. Die pädagogische Tradition

- Antz, Joseph, Neue Lehrerbildung im Land Nordrhein-Westfalen, in: Pädagogische Rundschau 1. Jg. (1947), S. 194-196
- Bartholomé, Heinrich, Zur Geschichte der Pädagogischen Hochschule Dortmund, in: Pädagogische Hochschule Dortmund (Hrsg.), Die Pädagogische Hochschule. Struktur und Aufgaben, Ratingen 1964, S. 15-49
- Beurlaubung von Dozenten an den Pädagogischen Akademien (Hochschulen für Lehrerbildung), in: Die Deutsche Schule 37. Jg. (1933), S. 249
- Beyerle, Karl, Chronistisches aus der Paderborner Pädagogischen Akademie seit 1945, in: Mühlmeier, Heinz (Hrsg.), Pädagogische Wirk- und Wertwelt, Paderborn o.J. (1962)
- Blömeke, Sigrid, Der Wiederaufbau der Volksschullehrer/Volksschullehrerinnen-Ausbildung in der Provinz Westfalen 1945/46 und die Gründung der Pädagogischen Akademie Paderborn, Ms. Paderborn 1991 (UniA PB)
- Brimmer-Brebeck, Angelika, Geschichte der Universität-Gesamthochschule-Paderborn und ihrer Vorläufereinrichtungen, Ms. Paderborn 1993 (UniA PB)
- Brockhaus, Wilhelm, Die Pädagogische Hochschule in der Stadt Paderborn, in: die warte Jg. 1989, Nr. 63, S. 25-27
- Meurers, Joseph, Katholizismus und naturwissenschaftliche Strömungen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Langner, Albrecht (Hrsg.), Katholizismus und philosophische Strömungen in Deutschland, Paderborn u.a. 1982, S. 27-42
- Mühlmeier, Heinz (Hrsg.), Pädagogische Wirk- und Wertwelt, Paderborn o. J. (1962)
- Ottweiler, Ottwilm, Die nationalsozialistische Schulpolitik im Bereich des Volksschulwesens im Reich, in: Heinemann, Manfred (Hrsg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 1: Kindergarten, Schule, Jugend, Berufserziehung, Stuttgart 1980, S. 193-215
- Pollmann, Josef, Die Pädagogische Hochschule Paderborn. Von dem Wechsel ihrer Gebäude und dem Wandel ihrer Struktur, in: Stadt Paderborn (Hrsg.), 1100 Jahre Paderborner Schulleben. Ein geschichtlicher Rückblick, Paderborn 1964, S. 65-73

- Pollmann, Josef, Vom Symbol zur Struktur, in: Katholische Bildung, Jg. 1976, S. 263-277
- Pretzel, C.L.A., Die Neuordnung der Lehrerbildung, Berlin 1920
- Spranger, Eduard, Gedanken über Lehrerbildung (1920), in: Spranger, Eduard, Gesammelte Schriften III. Schule und Lehrer, Heidelberg 1970, S. 27-73
- Riesenberger, Dieter, Gründungsphase der Pädagogischen Akademie in Paderborn, in: Stadt Paderborn und Universität-Gesamthochschule Paderborn (Hrsg.), Paderborn 1945-1955. Zerstörung und Aufbau, Paderborn o. J. (1988), S. 171-179
- Weber, Rita, Die Neuordnung der preußischen Volksschullehrerbildung in der Weimarer Republik. Zur Entstehung und gesellschaftlichen Bedeutung der Pädagogischen Akademien, Köln u.a. 1984
- Zierold, Kurt/Rothkugel, Paul, Die Pädagogischen Akademien. Amtliche Bestimmungen, Berlin 2. Aufl. 1931

zu I.3. Die wirtschaftswissenschaftliche Tradition

- Preitz, Otto, Idee, Gestalt und Verwirklichung der Höheren Wirtschaftsfachschule, Braunschweig 1964

II. Der lange Weg zur Gesamthochschule

Hans-Georg Schwarz

„Gesamthochschule“ war das Zauberwort der bildungspolitischen Diskussion der späten 60er und frühen 70er Jahre der alten Bundesrepublik. Schillernd, vielsagend und verheißungsvoll faßte es die unterschiedlichsten Erwartungen an eine reformierte Hochschule zusammen: Effizienzsteigernd und kostensparend sollte sie sein, Chancengleichheit, Demokratie und Mitbestimmung durchsetzen, Motor einer umfassenden Studienreform sollte sie werden und später einmal, als Regelhochschule, die alte Universität ablösen.

Die Unschärfe des Begriffs Gesamthochschule war paradoxerweise Grundlage des einzigartigen hochschulpolitischen Konsens um 1970, mit dem die Gesamthochschule möglich wurde: Gerade weil niemand etwas Genaueres mit dem Begriff verband, konnten grundverschiedene Gruppierungen wie Regierungen, Parteien, Arbeitgeberverbände, Wissenschaftsbürokratie, Bildungspolitiker und die Studentenbewegung aus ganz unterschiedlichen Motiven die Idee einer Gesamthochschule unterstützen.

Heute, gut 20 Jahre nach jener bildungspolitischen Aufbruchstimmung, hat die Gesamthochschule ihren Glanz verloren. Zwar existieren - nach dem kläglichen Scheitern des Gesamthochschulversuchs in Baden-Württemberg und Hamburg - in Nordrhein-Westfalen immerhin fünf Gesamthochschulen und in Hessen eine, doch von einem weiteren, auch gesetzlich vorgesehenen Ausbau dieser Hochschulform spricht niemand mehr. „Eine Gesamthochschule“, war neulich in einem Rundfunkinterview zu hören, „ist eine ganz normale Universität, an der junge Leute mit Fachhochschulreife studieren können.“

Wie konnte es geschehen, daß die Gesamthochschule sich zu einer normalen Universität wandelte? Schließlich hat sich in der Reformeuphorie jener Jahre eine ganze Generation von engagierten Studierenden, Assistenten, Hochschullehrern und Ministerialbeamten dieser Idee verschrieben. Wie kam es, daß dieses Engagement nachließ, daß sich immer mehr Verfechterinnen und Verfechter der Gesamthochschule enttäuscht abwandten? In diesem Kapitel wird zunächst die Entstehungsgeschichte der Gesamthochschule - vom sog. Dahrendorf-Plan 1967 bis zum Inkrafttreten des Hochschulrahmengesetzes 1976 - nachgezeichnet und schließlich in Kapitel III am Beispiel der Universität-Gesamthochschule Paderborn der erhobene Reformanspruch mit der heutigen Hochschulrealität verglichen.

Hochschulpolitik nach 1945

Seit der humboldtschen Universitätsreform Anfang des 19. Jahrhunderts hatte es mehrfach Versuche gegeben, die Einheit von Forschung und Lehre zu bewahren. Die fortschreitende Ausdifferenzierung v.a. der Naturwissenschaften in zahlreiche Unterdisziplinen und Spezialgebiete bedrohte die klassische Universität ebenso wie der Ansturm von immer mehr Studierenden. Durch die Reformdiskussion seit dem Zweiten Weltkrieg ziehen sich einige bildungspolitische Grund-

positionen, die in verschiedenen Zusammenhängen immer wieder auftauchen. Da ist zum einen der Widerspruch zwischen Elite- und Massenbildung, die Frage danach, wieviele junge Menschen studieren sollen. Zum anderen die Frage nach den Inhalten: Soll Persönlichkeitsbildung im Vordergrund stehen oder spezialisierte Fachbildung? Oder eine Kombination von beidem? Wie soll zwischen dem gesellschaftlichen Bedarf an Bildung in Wirtschaft und Verwaltung und dem grundgesetzlich für jeden Bundesbürger verbrieften Recht auf Bildung (GG Art. 12) vermittelt werden?

Schon 1948 ließ die britische Militärregierung ein Gutachten zur Hochschulreform erarbeiten. Die deutschen Universitäten standen nach dem Zweiten Weltkrieg vor einem moralischen Desaster. Statt im Nationalsozialismus die Freiheit von Forschung und Lehre und die Hochschulautonomie gegen staatliche Einflußnahme zu verteidigen, hatte die Mehrzahl der deutschen Professoren die Eingriffe des NS-Regimes teils aktiv unterstützt, teils gutgeheißen. Kritische und vor allem jüdische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen hatten die Nazis aus der Hochschule gedrängt. Der Ruf nach einem völligen Neuanfang wurde laut.

Die in der britischen Besatzungszone eingesetzte Kommission legte das sog. Blaue Gutachten vor, in dem sie die - für lange Zeit - fundiertesten Vorschläge zur Studienreform entwickelte. Die Hochschulpolitik des NS-Regimes vor Augen, sollten die staatlichen Einwirkungsmöglichkeiten auf den Hochschulbereich zugunsten der Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt werden. Im Spannungsfeld Persönlichkeitsbildung versus Fachbildung gab das Gutachten der ersten den Vorrang: „Die heutige Hochschule bildet den spezialisierten Intellekt und nicht den Menschen aus und treibt daher der Aufspaltung in ein Konglomerat von Fachschulen entgegen.“ (Vgl. Neuhaus, 1961, S. 290) Mit dem Studium Generale sollte der Spezialisierung entgegengewirkt und der „ganze Mensch“ im humanistischen Sinne ausgebildet werden.

In der Frage der Lehrerausbildung vertrat das Blaue Gutachten keine eindeutige Position. Die Überschneidungen zwischen den Ausbildungsgängen an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten für Lehrer verschiedener Schulstufen waren der Kommission zwar bewußt, doch man konnte sich nicht dazu durchringen, die institutionelle Trennung der Ausbildung von Lehrkräften für Volksschulen und Gymnasien aufzuheben.

Die Vorschläge des Blauen Gutachtens wurden nie umgesetzt. Die Hochschulpolitik der Adenauer-Zeit war geprägt von einer konservativen Grundhaltung. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK), ein 1949 erstmalig tagendes Gremium von Hochschulrektoren, lehnte den Neubau von Hochschuleinrichtungen ab und trat für die Beibehaltung der Hochschulhierarchie ein, an deren Spitze die wissenschaftlichen Hochschulen mit Promotionsrecht stehen sollten. Die Auffassung, daß eine akademische Ausbildung Privileg einer kleinen Elite sei, die übrigen Studierwilligen sich jedoch mit weniger kostenintensiven Fachhochschulstudiengängen begnügen sollten, vertrat auch der 1957 gegründete Wissenschaftsrat (WR). Dieser Zusammenschluß von Hochschullehrern formulierte fortan Empfehlungen für die jeweilige Bundesregierung zur Steuerung und Regulierung des Hochschulbereichs.

Die Prognosen des Wissenschaftsrats bezüglich zukünftiger Studentenzahlen waren von dem Glaubenssatz ausgegangen, daß nicht mehr als 5% eines Jahr-

gangs studieren könnten; doch der Trend zu mehr Bildung war schon seit den 50er Jahren unverkennbar: Die Abiturientenquote verdoppelte sich nahezu von 4,8 % (1957) auf 9,2 % (1968). Die Zahl der Studierenden war von 1951 bis 1960 von 110.000 auf 238.000 gestiegen. Trotzdem gingen die 1964 vom WR erstellten Vorschätzungen von gleichbleibenden bis sinkenden Studentenzahlen aus und prognostizierten für 1971 zwischen 196.900 und 223.600 Immatrikulierte. Tatsächlich waren 1970 bereits 410.000 Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen eingeschrieben.

Fehleinschätzungen in der Zahl der Studienberechtigten, die Unterschätzung der durchschnittlichen Studiendauer und der Glaube, die Studienzeiten könnten administrativ gekürzt werden, führten zu verhängnisvollen Fehlprognosen, die die gesamte Hochschulplanung fehlerleiteten und damit in den 70er Jahren die unerträgliche Situation an den Hochschulen erst provozierten.

(Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1970, S. 21; WR, 1964, S. 25 und Rimbach, S. 24)

Neuanfang in der Hochschulpolitik: der Sputnik-Schock

In den 50er Jahren war an den Hochschulen von künftigen Überfüllungskrisen noch nichts zu spüren. Die Bildungs- und Hochschulpolitik stand lange Zeit nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Das änderte sich erst, als 1957 die Sowjetunion mit dem Sputnik-Flug schlagartig die technische Überlegenheit des Westens in Frage stellte. Zum erstenmal war es einer Nation gelungen, eine Raumkapsel in eine Erdumlaufbahn zu bringen. Im Wettstreit der Systeme hatte die Sowjetunion ihre technologische und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit spektakulär unter Beweis gestellt. Der Westen, überzeugt von seiner wirtschaftlich-technischen Überlegenheit, mußte alles daran setzen, um auf dem Feld der Forschung nicht die Initiative zu verlieren. In großen, international angelegten Studien wurden die Bildungssysteme vor allem der USA und der Sowjetunion gegenüber gestellt. Westeuropa bekam dabei schlechte Noten: Zwar herrsche eine formale Gleichheit der Bildungschancen, doch die tatsächlich vorhandenen Begabungen würden durch das Bildungssystem nur unzureichend gefördert und entwickelt.

Der Bildungspolitiker Georg Picht machte 1964, in einer Zeit der Hochkonjunktur und mangelnder Arbeitskräfte, mit seiner Artikelserie „Die deutsche Bildungskatastrophe“ auf die Gefährdung des Wohlstands durch Bildungsdefizite aufmerksam. Ohne genügend qualifizierte Nachwuchskräfte drohe dem Wirtschaftswachstum ein rasches Ende, warnte Picht und forderte die Mobilisierung der Begabungsreserve: Die Abiturientenzahlen müßten aufgrund der momentanen Nachfrage der Wirtschaft verdoppelt und bisher benachteiligte Land- und Arbeiterkinder verstärkt gefördert werden. Die Hochschule sollte in einem sechssemestrigen Grundstudium wissenschaftliches Basiswissen vermitteln und in einem ebenfalls sechssemestrigen Aufbaustudium in die wissenschaftliche Forschung einführen.

Nur ein Jahr später formulierte Ralf Dahrendorf, ebenfalls in einer Artikelserie, einen ungleich radikaleren Ansatz. Ausgehend vom Bürgerrecht auf Bildung plä-

dierte er für eine aktive Bildungspolitik. Neben das soziale Grundrecht auf Bildung, das in der allgemeinen Schulpflicht seine Entsprechung finde, stellte er den Aspekt der Chancengleichheit in dem Sinne, daß es keine systematische Bevorzugung oder Benachteiligung bestimmter Gruppen auf Grund leistungsfremder Merkmale wie Herkunft oder wirtschaftlicher Lage geben dürfe. Damit plädierte Dahrendorf für die Öffnung der Hochschulen und für Massenbildung. Studienreform bedeutete für ihn, mehr Studenten rascher zu einem qualifizierten Abschluß zu führen und ihnen dabei eine noch bessere Ausbildung zu geben. Jeder, der eine Studienberechtigung habe, müsse auch studieren können. Dahrendorf machte nicht die „Studentenflut“ für die Misere verantwortlich, sondern die Hochschulen selbst: Die sogenannte Überfüllung der Hochschulen sei nicht Resultat einer über die Hochschulen hereingebrochenen Naturgewalt, sondern ihrer eigenen strukturellen Mängel.

Autoritäre Strukturen an den Universitäten

Die alte Universität zeichnete sich vor allem durch einen Mangel an Demokratie aus. Die Herrschaft der ordentlichen Professoren (Ordinarien) über alle Angelegenheiten von Forschung und Lehre war unumstritten. Die verschiedenen Statusgruppen wie Studenten und Mittelbau hatten in Fakultätsversammlungen weder Sitz noch Stimme. Assistenten hatten in der Regel kein Mitspracherecht, obwohl sie an Universitäten oft die Mehrzahl der Lehrenden stellten.

Der Ordinarius setzte über seine Prüfungscompetenz die Maßstäbe für Lehre und Studium. Der Lehrplan war weitgehend auf seine Person und seine persönlichen Vorlieben und Schwächen zugeschnitten. Als Leiter eines Instituts dirigierte der Ordinarius die Forschungsprojekte und mit ihnen die Personalpolitik. Er entschied, wer in seinen Forschungsprojekten mitarbeiten und Karriere machen durfte und wer nicht.

Die verkrusteten Strukturen und die Bevormundung durch autoritäre Professoren hatten bereits zahlreiche hochqualifizierte junge Wissenschaftler veranlaßt, ihre Karriere an freier organisierten Hochschulen im Ausland mit besseren Verdienst- und Karrieremöglichkeiten fortzusetzen. Auf diesen „brain drain“ hatte der Verband Deutscher Studentenschaften schon 1961 in einer Denkschrift hingewiesen und davor gewarnt, daß die begabtesten Nachwuchskräfte für immer Deutschland den Rücken kehrten. Fehlende Forschungskapazitäten würden in einem rohstoffarmen Land wie der Bundesrepublik, das auf die Kreativität seiner Wissenschaftler vor allem im Hoch-Technologiebereich angewiesen sei, mittelfristig den Wohlstand gefährden. (Vgl. Schmidt, 1969, S. 63 ff.)

Bildungspolitiker von Bund und Ländern standen Ende der 60er Jahre vor einer schweren Aufgabe. Trotz der Neugründungen von Hochschulen seit 1961/62 mußte die vorhandene Kapazität weiter ausgebaut werden, um den dringenden Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften zu decken und um den Studienplatzmangel zu beseitigen. Während dieses Ausbaus mußte das vorhandene Hochschulsystem grundlegend reformiert werden. Neben einer umfassenden Studienreform stand die Demokratisierung der Hochschule nach innen und ihre Öffnung nach außen auf dem Programm. Durch Bildungswerbung und finanzielle Förde-

rung (BAFöG) sollten Kinder aus bislang bildungsfernen Schichten zum Hochschulstudium angeregt werden.

Die Lage an den Hochschulen war auch in den Augen der Bundesregierung so prekär, daß sie die Hochschulreform an die Spitze der Prioritätenliste setzte. Zuviel stand auf dem Spiel. Durch eine Grundgesetzänderung im Jahr 1969 wurde, abweichend vom föderalistischen Prinzip, erstmalig der Bund an den Kosten für den Neu- und Ausbau der Hochschulen beteiligt.

Die Gremien der Wissenschaftsbürokratie, Wissenschaftsrat, Bundesregierung, Kultusministerkonferenz und einige Bundesländer stimmten in ihrer Kritik am herkömmlichen Hochschulsystem überein. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufgrund technologischen Rückstands nicht zu verlieren, mußten

- die Hochschulfinanzierung dem internationalen Standard angeglichen und der zu geringe Anteil eines Jahrgangs an Studienberechtigten und Hochschulabsolventen erhöht werden;
- die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Hochschultypen verbessert und die „Abschottung durch Versäulung“ langfristig aufgehoben werden;
- lange Studienzeiten infolge mangelhafter Studienorganisation der Vergangenheit angehören, berufliche Praxis in den Studieninhalten stärker betont und die autoritären Strukturen der überkommenen Ordinarien-Universität abgeschafft werden.

Die Bundesregierung sah zur Lösung dieser Probleme erstmalig die Errichtung von Gesamthochschulen vor. In ihnen sollten die Ausbildungsgänge verschiedener Hochschultypen unter einem Dach zusammengefaßt und die Studienreform beispielhaft verwirklicht werden.

Die hochschulpolitische Zielrichtung der Bundesregierung wurde 1970 von einem breiten Bündnis gesellschaftlicher Gruppen getragen. Ganz unterschiedliche Gruppierungen wie Arbeitgeber- und Studentenverbände, Kirchen und Gewerkschaften, die jeweils ganz verschiedene Interessen verfolgten, stimmten in ihrer Forderung nach Studienreform und Gesamthochschule überein. Die Gründe, warum die einzelnen Interessengruppen die Hochschulpolitik der Bundesregierung unterstützten, waren ebenso verschieden wie vielschichtig. Folgerichtig kam es in der Phase der konkreten Umsetzung der Gesamthochschulidee zu heftigen Diskussionen. Der Streit bezog sich zum einen auf die „richtige“ Organisationsform, zum anderen auf die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Ziele. Sollte es nun eine kooperative Gesamthochschule, ein loser Verbund verschiedener Hochschultypen sein oder eine „integrierte“ Hochschule mit Studiengängen verschiedener Hochschultypen unter einem Dach? Sollte sie lediglich der kostengünstigen effizienten Bewältigung der „Studentenmassen“ dienen oder auch Vehikel einer grundsätzlichen Umwandlung des Hochschulbereichs sein?

In der Vielfalt der Positionen lassen sich - mit einiger Vorsicht - zwei große Fraktionen unterscheiden: Zum einen die Radikalreformer, zum anderen die Pragmati-

ker. Zu den Radikalreformern zählten zweifellos die Studenten- und Assistentenverbände, einige wenige Professoren und die politische Linke. Ihre Vorstellung der zukünftigen Gesamthochschule kommt vielleicht am besten in jenem Modell zum Ausdruck, das die Bundes-Assistentenkonferenz 1968 formulierte. Mit der Gesamthochschule sollte demnach die Demokratisierung und Emanzipation der Gesellschaft über den Sozialisationsbereich durchgesetzt und die gesellschaftliche Funktion von Wissenschaft und Hochschule zur Diskussion gestellt werden. Grundlage für das BAK-Konzept war die umfassende Selbst- und Mitbestimmung aller im Hochschulbereich Tätigen. Eine einheitliche Hochschullehrerschaft war ebenso vorgesehen wie die Umgestaltung der Studiengänge nach dem didaktischen Prinzip des forschenden Lernens. Zugangsbarrieren sollten wegfallen und an die Stelle starrer Prüfungen studienbegleitende Selbst-Lernkontrollen treten. Die Hochschulgremien sollten drittelparitätisch besetzt sein.

Dieser Position am nächsten kam die Westdeutsche Rektorenkonferenz, die die Gesamthochschule an eine umfassende Studienreform und eine reformierte Hochschulzugsregelung knüpfte. Von der Gesamthochschule selbst erwartete sie die einheitliche „Akademisierung“ aller Studiengänge im tertiären Bereich, wobei sie die Lehrerbildung ausdrücklich einschloß. Übergänge zwischen verschiedenen Studiengängen sollten vertikal und horizontal erleichtert, die Abschlußmöglichkeiten durch die Kombination von Teilstudien (Studieneinheiten) in einem System fortschreitender Graduierung verbessert werden. Nach einer Übergangszeit war die Einheitlichkeit des Lehrkörpers sowie eine einheitliche Studentenschaft vorgesehen. Die Verbindung von Forschung und Lehre sollte jedem Hochschullehrer einer integrierten Gesamthochschule eigene Forschungen ermöglichen. Die akademischen Selbstverwaltungsrechte sollten im übrigen auch für die Gesamthochschulen gelten.

Die Position des Wissenschaftsrats läßt sich dagegen eindeutig auf der Seite der Pragmatiker ansiedeln. Er betrachtete die Errichtung von Gesamthochschulen vor allem unter Machbarkeitskriterien und ging politische Kompromisse ein. Die zentralen Forderungen der Radikalreformer (Dahrendorf, BAK) wie Chancengleichheit, Studienreform und Durchlässigkeit wurden in den Empfehlungen des WR zwar erwähnt, jedoch durch einschränkende Zusätze verwässert. Chancengleichheit, also das Recht auf Entfaltung der freien Persönlichkeit, unabhängig von sozialen und regionalen Benachteiligungen, sollte nur solange gewährt werden, bis der gesellschaftliche Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften gedeckt war. Bedarf und Leistungsanforderungen waren demnach jederzeit einsetzbare Kriterien, um den freien Hochschulzugang einzuschränken. Nach dem Willen des WR war die Studienreform ein Instrument, um die Mehrzahl der Studenten in ein Kurzstudium abzudrängen. Nur eine Minderheit sollte jeweils ein vierjähriges Lehramtsstudium oder ein wissenschaftliches Hochschulstudium absolvieren. Die Gesamthochschulen waren für die Einrichtung praxisnaher Kurzstudiengänge vorgesehen, die lediglich ein wissenschaftliches Grundwissen vermitteln sollten.

Die Zeit der politischen Hoffnungen ging zu Ende und die Zeit des konservativen Umschwungs begann. Einzig in der kurzen Spanne zwischen 1970 und 1972 bestand die Möglichkeit, Gesamthochschulen politisch durchzusetzen. Danach än-

dernten sich die Rahmenbedingungen und das innenpolitische Klima. Die durch den Ölpreisschock von 1973 bedingte Rezession zwang nach einer Zeit kontinuierlich wachsender Haushalte zu Sparmaßnahmen. Der ärgste Mangel an qualifizierten Arbeitskräften war behoben, und der Verband der Arbeitgeber wollte egalitäre Chancengleichheit durch elitäre „Chancengerechtigkeit“ ersetzt wissen. Die Angst vor politisierten Uni-Absolventen, vor „Systemveränderern“, brachte 1972 den von der SPD mitgetragenen Radikalenerlaß hervor, der das reformfreundige Klima in der Bundesrepublik abkühlte und in weiten Teilen der politisch engagierten Öffentlichkeit für Verdruß sorgte. Die Studentenbewegung hatte sich aufgelöst und die Sache der Hochschulreform Parteien und Bildungsbürokraten des Bundes und der Länder überlassen. Wie schwierig es werden würde, das einmal von allen gemeinsam gutgeheißene Konzept der Gesamthochschule gegen konservative Reformgegner bundesweit durchzusetzen, sollte sich bei den Beratungen zum Hochschulrahmengesetz zeigen.

Das Hochschulrahmengesetz von 1976

Durch die Änderung des Grundgesetzes im Mai 1969 hatte der Bund das Recht erworben, Rahmenvorschriften über die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens zu erlassen. Um ein Auseinanderdriften der Hochschulgesetzgebungen der einzelnen Bundesländer zu verhindern, wurde im Dezember 1970 nach eingehender Diskussion der Entwurf für ein Hochschulrahmengesetz (HRG) verabschiedet. Die weitgehende Übereinstimmung in den Zielen der Hochschulreform ließ ein Gesetz erwarten, das die Reformen bundesweit vorantreiben würde. Der Entwurf des HRG von 1970 sah zwar Gesamthochschulen als Ziel der Neuordnung des Hochschulwesens vor, überließ aber, mit Rücksicht auf die CDU-Mehrheit im Bundesrat, die Entscheidung für oder gegen die Gesamthochschule den einzelnen Bundesländern. Im einzelnen wurden abgestufte Studiengänge und Studienabschlüsse vorgeschrieben, wobei die Organisationsform offen blieb. Nach über fünfjähriger Diskussion trat das Hochschulrahmengesetz schließlich im Januar 1976 in Kraft. Die langwierigen Auseinandersetzungen hatten zu erheblichen Abstrichen bei den Reformansätzen geführt. Statt der integrierten Gesamthochschule als Regeltyp sah nun das Hochschulrahmengesetz ein gleichberechtigtes Nebeneinander von integrierter und kooperativer Gesamthochschule vor sowie das Zusammenwirken organisatorisch unabhängiger Hochschulen.

Noch während der Diskussion um das Hochschulrahmengesetz fällte das Bundesverfassungsgericht im Mai 1973 ein für die zukünftige Hochschulstruktur entscheidendes Urteil. Einer Klage von Professoren gegen das niedersächsische Vorschaltgesetz für ein Gesamthochschulgesetz wurde stattgegeben. Die Regelungen zur Einrichtung einer Gruppenuniversität, bei der die verschiedenen Statusgruppen Professoren, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und Studierende paritätisch über alle hochschulrelevanten Fragen mitbestimmen sollten, lehnte das BVerfG ab. Das Urteil schrieb zwar keine Universitätsstruktur zwingend vor, stellte jedoch die individuelle - professorale - Wissenschaftsfreiheit unter Schutz: Der herausragenden Stellung der Hochschullehrer mußte Rechnung getragen werden; das hieß in der Praxis, sie mußten in Hochschul-

gremien die einfache Mehrheit besitzen. Die Strategie sozialdemokratischer Politik über die Mitbestimmung den Status der Hochschullehrer neu zu definieren, war gescheitert.

Die Gründung von fünf Gesamthochschulen in NRW

Im März 1970 legte die sozial-liberale Koalitionsregierung NRWs das „Nordrhein-Westfalen-Programm“ vor, das erste konkrete Schritte zur Errichtung von Gesamthochschulen festlegte. Nach langer Diskussion um die Organisationsform der zukünftigen Gesamthochschule setzte sich schließlich das sogenannte Y-Modell durch, das nach einem gemeinsamen Grundstudium sich aufteilt in einen kurzen praxisbezogenen und einen längeren theorieorientierten Zweig. Der Begriff „integrativ“ bzw. „integriert“ beschreibt den organisatorischen Zusammenschluß verschiedener Hochschulen, die gemeinsame (integrierte) Studiengänge anbieten. Bei der kooperativen Gesamthochschule sollte dagegen die Eigenständigkeit der Bildungseinrichtungen gewahrt bleiben.

Zunächst sollten acht kooperative Gesamthochschulen mit einer bestehenden Universität bzw. Technischen Hochschule als Kern eingerichtet werden. Als Ergänzung war jeweils eine neue Universität mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt vorgesehen, die aus den alten Pädagogischen Hochschulen hervorgehen sollte. Als Standorte waren Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster im Gespräch.

Die Bindung der Gesamthochschulen an schon bestehende Universitäten hätte die Vernachlässigung hochschulferner Gebiete zur Folge gehabt. Deshalb faßte die Landesregierung am 27. April 1971 den Entschluß, gleichzeitig fünf integrierte Gesamthochschulen in Duisburg, Wuppertal, Essen, Paderborn und Siegen einzurichten, um mit einem differenzierten Studienangebot die Bildungs- und Ausbildungschancen auch der benachteiligten „Landkinder“ zu verbessern.

Bei der Einführung der Gesamthochschule ging Wissenschaftsminister Rau in zwei Schritten vor. Zunächst formulierte er in den „Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen“ vom 28. April 1971 Vorschläge über den technischen Ablauf der Zusammenführung der verschiedenen Hochschulen. Deren Stellungnahmen dienten dann im zweiten Schritt als Grundlage für einen Gesetzentwurf, der nach nochmaliger Diskussion schließlich im Mai 1972 als Gesetz verabschiedet wurde.

Auf die Thesen des Bildungsministers reagierten die verschiedenen Hochschuleinrichtungen recht unterschiedlich - je nach Interessenlage: Die Höheren Fachschulen, die durch die Verwissenschaftlichung des Studiums ihren Status verbessern konnten, begrüßten allgemein die Vorschläge, besonders an den Gründungsstandorten. Die Universitäten bemängelten hingegen den reinen Organisationscharakter des Gesetzentwurfs und forderten mehr inhaltliche Vorgaben. Die auf den Minister konzentrierte Entscheidungsbefugnis gerade in der Gründungsphase der Gesamthochschulen ließ viele Hochschulangehörige um die Hochschulautonomie fürchten. Zudem könne bei dieser Studienreform „von oben“ die fachliche Kompetenz der Praktiker vor Ort übergangen werden.

In Paderborn stießen die Thesen Raus auf ein geteiltes Echo. Die Pädagogische Hochschule begrüßte in ihrer Stellungnahme zum Gesamthochschulerrichtungs-

gesetz (GHEG) grundsätzlich die Diskussionsbereitschaft des Bildungsministeriums, schlug aber vor, wichtige Kompetenzen, wie etwa die Einrichtung von neuen Studiengängen, nicht dem Ministerium, sondern dem Gründungssenat der Gesamthochschule Paderborn zu überlassen. So sollten Studienordnungen in der Kompetenz der Hochschule bleiben und die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Mittelbau und Studentenschaft im Gründungssenat verbessert werden (Vgl. UniA PB Nr I. 1-2)

Der Gesetzentwurf sah schließlich neben der Errichtung von fünf neuen Gesamthochschulen zum 1. August 1972 die Entwicklung von acht weiteren Gesamthochschulen spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes vor. Damit wurde den fünf neugegründeten Gesamthochschulen eine Pilotfunktion zugewiesen. Mitarbeiter, Lehrende und Studierende konnten sicher sein, daß die Gesamthochschule spätestens 1977 das alte Nebeneinander verschiedener Hochschultypen ablösen und zur Regelhochschule werden würde.

Quellen und Literaturverzeichnis:

- Archiv der Universität-Gesamthochschule Paderborn, (Uni A PB). Bestand Gründungsakten
- Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bildungsbericht '70, Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik, Bonn 1970
- Dahrendorf, Ralf, Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg 1965
- Ellwein, Thomas, Die Deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Königstein/Ts. 1985
- Friedeburg, Ludwig v., Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch, Frankfurt/M. 1989
- Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW: Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen. Stellungnahmen, Wuppertal, Düsseldorf, Ratingen 1971
- Neuhaus, Rolf, Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959, Wiesbaden 1961
- Prahl, Hans-Werner, Sozialgeschichte des Hochschulwesens, München 1978
- Rimbach, Gerd, Vom Reformmodell zur modernen Universität. 20 Jahre Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1992
- Schmidt, Lothar u. Thelen, Dieter, Hochschulreform - Gefahr im Verzuge? Frankfurt/M. 1969
- Schriften der Bundesassistentenkonferenz 1: Kreuznacher Hochschulkonzept, Bonn 1968
- Westdeutsche Rektorenkonferenz: Alternativthesen der WRK zu den Thesen für ein HRG des Bundes. Dokumente zur Hochschulreform 1970
- Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Neugliederung des Lehrkörpers an den wissenschaftlichen Hochschulen, Bonn 1964
- Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen, Bonn 1966
- Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970, Bonn 1970, Bd.1

Hier sind Briefköpfe der Vorgängereinrichtungen der Universität-Gesamthochschule Paderborn versammelt: Aus dem Jahre 1967 stammt der Briefkopf der Staatlichen Ingenieurschule für Maschinenwesen Paderborn. Diese Einrichtung ging zusammen mit den Ingenieurschulen in Höxter, Soest und Meschede und der Höheren Wirtschaftsfachschule Bielefeld, Abteilung Paderborn, 1971 in der Fachhochschule Südost-Westfalen auf. Die Fachhochschule bildete zusammen mit der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe, Abteilung Paderborn, die Gründungsinstitutionen der Gesamthochschule.

Die Anhebung der Höheren Fachschulen zu Fachhochschulen diente der Angleichung an den europäischen Standard und sollte die Arbeitsmarktchancen der Absolventen verbessern. Ziel war die Zusammenfassung und Vereinheitlichung der Hochschulen im tertiären Bildungssektor. Die Gesamthochschule sollte die verschiedenen Hochschultypen in sich vereinen und allen Studenten ein wissenschaftliches Studium ermöglichen.

Die Umwandlung der staatlichen Ingenieurschulen brachte ein Kuriosum mit sich. Im Vorfeld der Gesamthochschulgründung gingen sie im Oktober 1971 in der Fachhochschule Südost-Westfalen und 10 Monate später in der Gesamthochschule auf. Studenten, Dozenten und Mitarbeiter der Ingenieurschulen gehörten so innerhalb eines Jahres drei unterschiedlichen Bildungseinrichtungen an, ohne den Studien- bzw. Arbeitsplatz gewechselt zu haben.

Bild: Briefköpfe der Vorgängereinrichtungen

Staatliche Ingenieurschule für Maschinenwesen Paderborn

Aufgaben-Vorschlag

für die schriftliche Ingenieurprüfung

am Schlusse des _____ Halbjahres 1966

Fachrichtung _____ Abteilung _____

Zu bearbeiten
872/66
J. Joseph

Staatliche Ingenieurschule
für Maschinenwesen Soest

Außenstelle Meschede

Staatliche Ingenieurschule, 5778 Meschede, Lindenstr. 53

Meschede 17. Oktober 1967
Lindenstraße 53, Telefon 6303

Herrn _____

FACHHOCHSCHULE SÜDOST-WESTFALEN

MIT DEN ABTEILUNGEN HÖXTER, MESCHEDÉ, PADERBORN, SOEST

DER REKTOR

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE WESTFALEN-LIPPE
ABTEILUNG PADERBORN

SEMINAR FÜR KUNST- UND WERKERZIEHUNG

479 PADERBORN, DEN 7.7.70
FÜRSTENWEG 15-17
FERNRUF: 2 35 16/2 44 89

Prof. Poll

GESAMTHOCHSCHULE PADERBORN

~~ABTEILUNG~~ Mathematik - Informatik
FACHBEREICH _____

Den Grundstein, einmal die Region mit der höchsten Hochschulichte in ganz Europa zu werden, legte das Land Nordrhein-Westfalen in den 60er Jahren. Zusätzlich zu den schon bestehenden und traditionsreichen Universitäten in Köln, Aachen, Bonn und Münster wurden Mitte bis Ende der 60er Jahre neue Universitäten in Bielefeld, Bochum, Dortmund und Düsseldorf gegründet. Doch damit nicht genug. Um dem wachsenden Bedarf an höherer Bildung gerecht zu werden und um mit mehr Hochschulkapazität die Überlastung abzubauen, entschloß sich die Landesregierung im Frühjahr 1971 zur gleichzeitigen Gründung von fünf Gesamthochschulen. Auf diese Weise ist aus dem ehemaligen „Studentenexportland“ ein „Studentenimportland“ geworden, d.h. die Landeskinder studieren überwiegend in NRW, und auch aus anderen Bundesländern zieht es viele Studierende an die Hochschulen dieser Region.

Bild: Hochschulneugründungen in Nordrhein-Westfalen

Mit der Entscheidung, die fünf neuen Gesamthochschulen in teilweise „bildungsfernen“ Regionen zu errichten, setzte die Landesregierung das Konzept der Regionalisierung um: Die Nähe zur Hochschule sollte zum einen Kindern aus der Provinz den Schritt zum Hochschulstudium erleichtern, zum andern wirtschaftliche Impulse in strukturschwache Gebiete bringen. In Paderborn ist dieses Konzept aufgegangen, bis zu 80 % der Studierenden kommen aus der näheren Umgebung. Die Unternehmen der Region können auf ein Pool von hochqualifizierten Arbeitskräften zurückgreifen, Absolventen haben aber auch schon eigene kleine Unternehmen gegründet, etwa im Software-Bereich, und damit die mittelständische Wirtschaft gestärkt. Darüber hinaus steht das wissenschaftliche Know-how der Universität-Gesamthochschule Nutzern aus der industriellen Praxis zur Verfügung. Diese Zusammenarbeit nutzt nicht nur den Unternehmen, sondern u.a. auch Studierenden und Doktoranden, die in ihren Abschlußarbeiten Lösungen für die industrielle Praxis entwickeln und so ihre Einstellungschancen verbessern.

Bild: Planungsstand um 1970: Paderborn als Teilhochschule der Gesamthochschule Bielefeld.

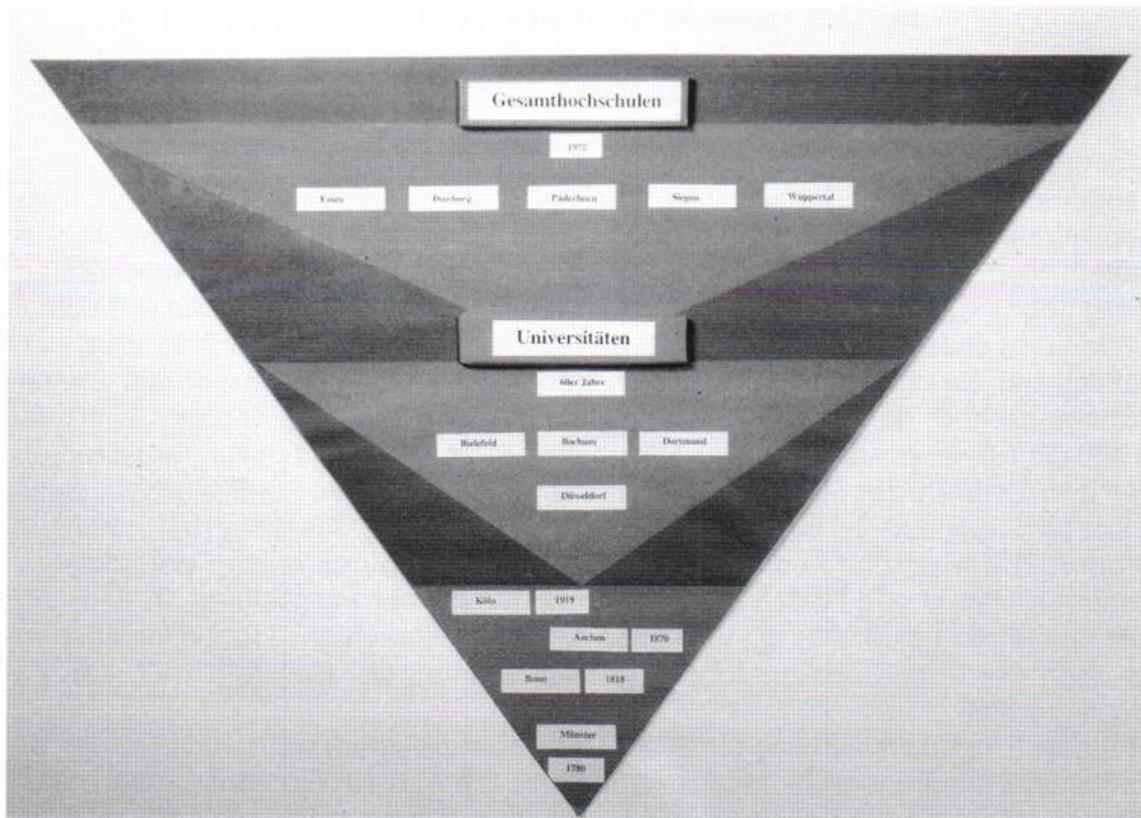
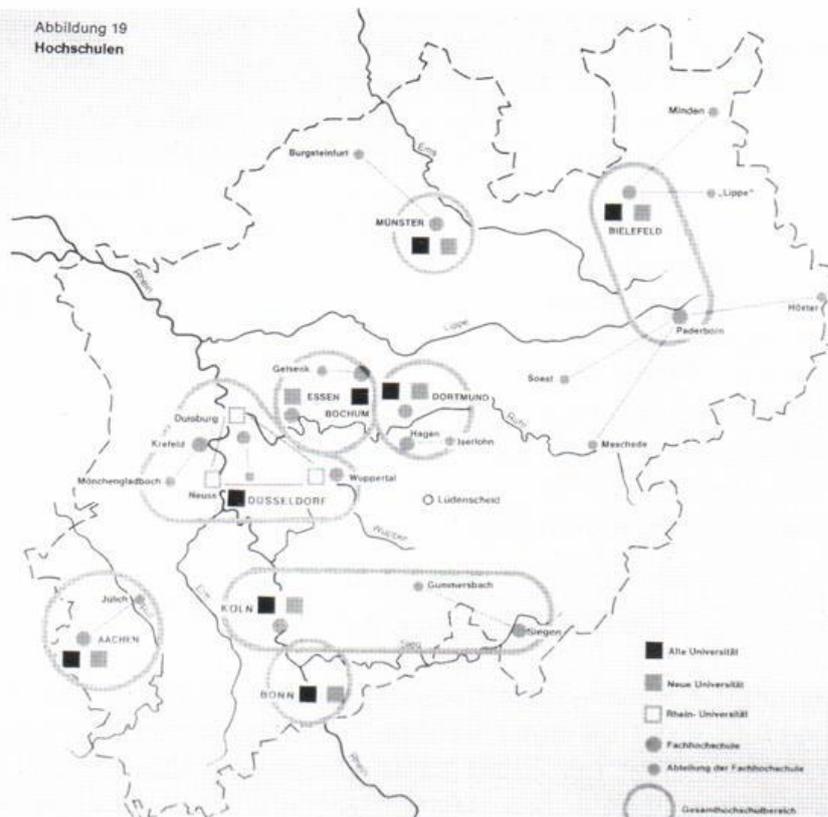


Abbildung 19
Hochschulen



III. Die Gesamthochschule Paderborn

Hans-Georg Schwarz

Vor der Gründung der Gesamthochschule Paderborn am 1. August 1972 hatte es langjährige Bemühungen vom Rat der Stadt und von bildungspolitisch engagierten Bürgerinnen und Bürgern gegeben, eine Universität in die Bischofsstadt zu holen. Man wollte die Tradition der 1614 von Fürstbischof Dietrich von Fürstenberg gegründeten Universität Paderborn wiederaufgreifen, die mit einer theologischen und philosophischen Fakultät bis 1818 bestanden hatte. Schon 1946 - anlässlich der Errichtung der Pädagogischen Akademie - bildete sich ein Universitätsausschuß, der jedoch in seinen Bemühungen zunächst erfolglos blieb. Als 1965 die Planung einer Ost-Westfalen-Universität im Gespräch war, entstand unter den Städten der Region ein erbitterter Streit, welche Stadt als potentieller Hochschulstandort die besseren Voraussetzungen böte. Als Bewerber traten u.a. Herford, Detmold und Lemgo auf den Plan. Zwischen den beiden Hauptkonkurrenten Bielefeld und Paderborn entbrannte ein kleiner Pressekrieg, in dem sich die jeweiligen Lokalzeitungen für „ihre“ Stadt starkmachten. Trotz aller Anstrengungen war Paderborn zunächst aus dem Rennen, als Bielefeld 1965 den Zuschlag erhielt.

Bei aller Enttäuschung blieb die Stadt Paderborn trotzdem weiterhin bestrebt, die örtlichen Studienmöglichkeiten auszubauen. Sie gab ein Gutachten von Paderborner Hochschullehrern in Auftrag und unterstützte erfolgreich die von der Pädagogischen Hochschule ausgehende Initiative zur Einrichtung eines „Forschungs- und Entwicklungszentrums für objektive Lehr- und Lernverfahren“, aus der das 1970 gegründete FEOLL hervorging.

Nach der Veröffentlichung des Nordrhein-Westfalen-Programms der regierenden SPD im Spätsommer desselben Jahres zeichnete sich für Paderborn eine realistische Chance ab, doch noch Standort einer Hochschule, einer Teiluniversität zu werden. Die damalige Planung sah Bielefeld als Standort einer Gesamthochschule, die durch einige vorgelagerte Fachbereiche in Paderborn ergänzt werden sollte. Diese Pläne wurden zugunsten einer vollständigen Gesamthochschule aufgegeben, spätestens als im April 1971 im Landeskabinett die Entscheidung für Paderborn fiel. Die geplante Gesamthochschule sollte die kurz zuvor aus den Ingenieurschulen in Paderborn, Meschede, Höxter und Soest und der Höheren Wirtschaftsfachschule Bielefeld, Abteilung Paderborn gebildete Fachhochschule Südost-Westfalen aufnehmen. Die Pädagogische Hochschule Westfalen-Lippe war neben der Fachhochschule die zweite Hochschule, die in der zukünftigen Gesamthochschule aufgehen sollte.

Die Gründungsphase 1972 bis 1983

Doch wie kommt nun eine Gesamthochschule auf eine grüne Wiese der Paderborner Südstadt, auf der bis dato nur eine Kleingartenkolonie angesiedelt war? Zunächst mußte der Rat der Stadt einen Bebauungsplan für das Hochschulgelände ausweisen und dafür das Baurecht sichern. Ein Koordinierungsstab aus

Vertretern der Stadt unter der Leitung eines Ministerialdirigenten aus dem Düsseldorfer Finanzministerium übernahm die Organisation des Hochschulbaus. Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Paderborn und der Landesregierung in Düsseldorf verlief so reibungslos, daß schon im Oktober 1972, zwei Monate nach der feierlichen Gründung der Gesamthochschule, mit den Bauarbeiten begonnen werden konnte.

Auf dem Gelände der zukünftigen Gesamthochschule standen bereits die Bauten der Fachhochschule Südost-Westfalen. Noch waren die meisten Einrichtungen der Gesamthochschule über das gesamte Stadtgebiet verstreut. Als erstes Neubauprojekt wurde das Aufbau- und Verfügungszentrum (AVZ) realisiert, in dem wissenschaftliches Personal, Seminarräume und das FEOLL Platz fanden.

Ziel des Gründungssenats: Studienreform

Bereits im Juni hatte sich der Gründungssenat zu einer informellen Sitzung getroffen und nach Ernennung des Gründungsrektors Prof. Dr. Carstensen und des Kanzlers Leit. Reg. Dir. Ulrich Hintze die Arbeit aufgenommen. Als gewählte Konkretoren betreuten Fachhochschullehrer Dr. Oskar Roder die Kommission Struktur, Entwicklung und Haushaltsplanung, Prof. Dr. Christian Heichert die Kommission Studium und Lehre und Prof. Dr. Horst Langemann die Kommission Forschung.

In einem Interview, das Johannes Rau anlässlich der Paderborner Gründungsfeierlichkeiten der Neuen Westfälischen gab, nannte er als zentrale Aufgabe der Gesamthochschule den Aufbau neuer Studiengänge. „Dabei werden alle Aspekte der Studienreform im Mittelpunkt stehen müssen (. . .), das heißt der Neuordnung und Differenzierung von Studiengängen, der Neuformulierung der Studieninhalte, der Schaffung von gestuften Abschlüssen und neuen Prüfungsordnungen.“ (Neue Westfälische, vom 4.8.72)

Das Aufgabenpensum des Gründungssenats war immens. Für alle 17 Fachbereiche, deren Dekane nach der Wahl Ende Januar 1973 feststanden, mußten neue Studien- und Prüfungsordnungen verabschiedet werden. Besonders in den erstmalig eingerichteten integrierten Studiengängen, die gleichermaßen von Studierenden mit Abitur oder Fachhochschulreife belegt werden konnten, mußten jeweils verschiedene Studien- und Prüfungsordnungen für den Kurz- und Langzeitstudiengang entwickelt werden.

Noch bevor diese langwierige Aufgabe in Angriff genommen wurde, trat der Gründungssenat mit dem Vorhaben an die Öffentlichkeit, die Studienreform in allen Studiengängen zu verwirklichen. Die Ausbildung an der Gesamthochschule sollte sich nicht an starren, veralteten Berufsbildern orientieren, sondern an flexiblen Tätigkeitsfeldern. In allen Hochschulfächern war die Vermittlung wissenschaftlicher Arbeitsmethoden vorgesehen und die Verbindung von Forschung und Studium im Sinne eines „forschenden Lernens“. Studiengänge sollten horizontal, zu verwandten Fächern, und vertikal, im Sinne aufeinander folgender Ausbildungsabschlüsse, durchlässig sein. Studieneinheiten sollten kombinierbar und austauschbar sein, identische Studieneinheiten in gemeinsamen Lehrangeboten zusammengefaßt werden. Die Entwicklung geeigneter Lehrmethoden war

Interview mit Dr. Helmut Lenzing, Mathematikprofessor der ersten Stunde:

Die Zulassung zum Studium für Fachoberschüler war damals einzigartig . . .

? Herr Lenzing, Sie haben Ihren Ruf an die Gesamthochschule Paderborn schon vor der offiziellen Gründung erhalten. Sie hatten in Berlin Mathematik, Physik und Philosophie studiert, 1969 in Mathematik promoviert, waren zwei Jahre später bereits habilitiert und wurden 1972 in den Gründungssenat berufen. Galt damals die Gesamthochschule nicht als „bildungspolitische Speerspitze“, als die Hochschulform der Zukunft?

! Ja, diese Einschätzung war weitverbreitet, in Paderborn vor allem unter den Mitarbeitern der Vorgängereinrichtungen, wie PH und Fachhochschule. Man hatte die Vorstellung von einer modellhaften Umstrukturierung des Bildungssystems durch die Gesamthochschule. Doch stellten sich die hochfliegenden Pläne bald als unrealistisch heraus.

? Wo lagen die Ursachen?

! Wir hatten schnell den Eindruck, daß sich das Land NRW mit der simultanen Gründung von fünf Gesamthochschulen finanziell übernommen hatte. Es gab ja in den 60er Jahren bereits die Universitätsneugründungen in Bielefeld, Düsseldorf, Bochum und Dortmund und nun wurde das Geld knapp. Gesamthochschule wurde auch als Sparhochschule gesehen, als ein Mittel, möglichst viele Studenten mit möglichst wenig Lehrpersonal auszubilden.

? Und der Wille zur Reform blieb auf der Strecke?

! Nein, das kann man so nicht sagen. Es gab verschiedene Bereiche an der Gesamthochschule, etwa die ehemalige PH, die Ingenieurwissenschaften, die Abteilungen in Meschede, Höxter und Soest, die ohne große Veränderungen in der Gesamthochschule aufgingen. Andere, wie die Wirtschaftswissenschaften mußten aus bescheidenen Anfängen heraus einen großen Ansturm von Studenten bewältigen. Ich kann vorwiegend für die Naturwissenschaften sprechen. In der Mathematik war es so, daß wir völlig neue Studiengänge einrichten mußten. Integrierte Studiengänge, in denen Fachoberschüler mit 12jähriger Schulzeit die gleichen Chancen auf einen guten Abschluß haben sollten wie Abiturienten mit dreizehn Schuljahren. Außerdem wollten wir Theorie und Praxis, Studium und Beruf enger miteinander verknüpfen, beispielsweise durch Praxissemester.

? Das ist Ihnen ja auch weitgehend gelungen. Nur der kurze praxisbezogene H 1-Studiengang wird im Gegensatz zum längeren, eher theoretischen H 2-Studiengang von den Studenten kaum genutzt. Woran liegt das?

! Trotz aller Versprechen der zuständigen Behörde wurde eine Forderung der Gesamthochschulen nie erfüllt: Gleiche Berufschancen und gleiches Anfangsgehalt im Öffentlichen Dienst. Der H 1-Absolvent muß sich mit der Inspektorenlaufbahn begnügen, sein H 2-Kollege fängt mit A 13 an. Das wissen natürlich auch die heutigen Studenten. Daneben gibt es fachspezifische Gründe.

? Hat sich durch die integrierten Studiengänge auch der Charakter der üblichen Veranstaltungen wie Seminar, Vorlesung, Übung verändert? Ich denke da an das seinerzeit heiß diskutierte Projektstudium.

! Für ein Projektstudium braucht man Geld, Personal und Räume. Ressourcen, die für uns damals schon knapp waren. Aber entscheidender war das Beispiel der damals neugegründeten Universität Bremen. Hier hatte man mit großem Aufwand versucht, Projektstudiengänge durchzuführen - mit kläglichem Erfolg. Diese Erfahrung wollten wir nicht wiederholen. Im übrigen wäre uns auch gar nicht die Zeit für den Aufbau gesonderter Projektstudiengänge geblieben, denn unsere zweijährige Vorlaufphase vor Aufnahme des Lehrbetriebs wurde durch eine Weisung aus Düsseldorf auf ein Jahr verkürzt.

? Die neuen Universitäten, zu denen ja auch die Gesamthochschulen zählen, sollten sich durch ein Mehr an Demokratie und Mitbestimmung auszeichnen. Wodurch unterscheidet sich in dieser Hinsicht die neue von der Universität alten Typs, der sogenannten Ordinarien-Universität?

! Es ist schon richtig, in der alten Universität hatten Studenten, Assistenten und der übrige akademische Mittelbau kaum Mitsprachemöglichkeiten. Entscheidungen auf Instituts-, Fakultäts- und Senatsebene fällten die Professoren unter sich. Aber bei aller berechtigten Kritik, der Austausch zwischen den Fächern war damals besser. Berufungen mußten in einem größeren Kreis diskutiert werden, heute macht das jeder kleine Fachbereich für sich. Auf der anderen Seite hat die Änderung der Entscheidungsstruktur natürlich auch die Mitsprachemöglichkeiten aller Hochschulgruppen entscheidend verbessert.

Aber es gibt einen Aspekt, den ich viel wichtiger finde, nämlich den Hochschulzugang ohne Abitur. Die Zulassung zum Studium für Fachoberschüler war damals in der deutschen Hochschullandschaft einzigartig. Was ganz am Anfang noch auf etwas wackeligen Füßen stand, fand, besonders in den Naturwissenschaften, rasch bundesweite Anerkennung. Zwischenprüfungen von Fachoberschülern wurden bundesweit von den Hochschulen akzeptiert. Mit dem neuen Konzept der Gesamthochschule konnten wir, gerade hier in einer traditionell bildungsfernen Region, ein neues Bildungsreservoir erschließen.

? Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Universität-Gesamthochschule, wie sie ja inzwischen heißt?

! Das Gesamthochschulkonzept als solches hatte Bedeutung, solange die Gesamthochschule Regelhochschule werden sollte. Diese Pläne sind längst vom Tisch. Die Zukunftschancen der Paderborner Hochschule stehen dank einer strategisch günstigen Ausgangslage gut: Wir haben ein großes Einzugsgebiet, wir haben integrierte Studiengänge und wir haben eine weite, abgestimmte Fächerstruktur. Wenn es der Universität-Gesamthochschule darüber hinaus gelingt, die Ende des Jahrzehnts anstehende Pensionierungswelle für eine optimale Personalpolitik zu nutzen und Leute maximaler Qualität nach Paderborn zu holen, sehe ich der Zukunft optimistisch entgegen.

ebenso geplant wie die Integration der Erwachsenenbildung und der Aufbau eines Kontaktstudiums. Der Zugang zur Hochschule sollte auch ohne formale Hochschulreife möglich sein. Darüber hinaus forderte der Gründungssenat die Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit im Sinne eines Projektstudiums.

Der Gründungssenat war die entscheidende Instanz beim Aufbau der Hochschule. Er entschied über die Größe der einzelnen Fachbereiche und ihre materielle und personelle Ausstattung. Er verabschiedete die von den Fachbereichen entwickelten Studien- und Prüfungsordnungen sowie deren Berufungsvorschläge und leitete sie zur Genehmigung an das Düsseldorfer Wissenschaftsministerium weiter. Die Zusammensetzung der Gründungssenate war landesweit durch das Hochschulgesetz von 1970 und das Gesamthochschulentwicklungsgesetz (GHEG) festgelegt. Der Wissenschaftsminister erließ zum Errichtungsdatum für jede der Gesamthochschulen eine vorläufige Grundordnung, die ihm das Recht gab, den Gründungsrektor und zum Teil den Gründungssenat zu berufen, den Kanzler zu ernennen und für den Aufbau der zentralen Einrichtungen und Fachbereiche alle personellen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen. Das zahlenmäßige Übergewicht der Hochschullehrer im Gründungssenat stieß bei den übrigen Hochschulgruppen auf Kritik. Der damalige RCDS-Vorsitzende Hans Rüdiger Hesse überreichte Johannes Rau einen offenen Brief, in dem die Studenten die Besetzung der Gesamthochschul-Gremien kritisierten. Die vorläufige Grundordnung, so hieß es in dem Schreiben, stelle einen diskriminierenden Rückschritt dar. Es sei nicht einzusehen, warum die Drittelparität, die in den Kollegialorganen der Pädagogischen Hochschule erfolgreich praktiziert worden sei, nicht auch in den Gremien der Gesamthochschule beibehalten werde. Lediglich vier Studenten hatten Sitz und Stimme im Gründungssenat, dem außer ihnen noch acht Professoren, der Kanzler mit beratender Stimme, zwei Fachhochschullehrer, drei akademische Räte und zwei Vertreter der nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter angehörten.

Die Eingriffe in die Hochschulautonomie wurden mit Zeitknappheit und Erfolgsdruck begründet. Nach dem Willen des Wissenschaftsministers galt es, langwierige Diskussionen zu vermeiden und den unter ungeheurem Zeitdruck stehenden Hochschulaufbau zu beschleunigen.

Wenn man den Aussagen der damals Beteiligten folgt (siehe Interview Heiner Benteler), muß es in den Gremien der Gesamthochschule eher konstruktiv und der Sache dienlich als konfrontativ und zerstritten zugegangen sein. Bei der Bewältigung von Konflikten stand die unterschiedliche Stimmenzahl der einzelnen Statusgruppen demnach nicht im Wege.

Mit der ersten freien Wahl des Senats im Jahre 1983, bei der die Senatsmitglieder von ihren jeweiligen Statusgruppen und der Rektor durch den Konvent gewählt wurden, kam die Gründungsphase zu ihrem Abschluß und die Hochschule erlangte eine relative Autonomie.

Die innere Struktur der Universität-Gesamthochschule Paderborn läßt sich am ehesten mit Hilfe eines Vergleichs erklären. Ähnlich wie die Bundesrepublik im Großen durch die Exekutive regiert wird und das Parlament die Legislative verkörpert, regiert das Rektorat die Hochschule und führt die Beschlüsse aus, die vom Senat - dem Parlament - zuvor verabschiedet wurden.

Dem ausführenden Organ der Hochschule, dem Rektorat, gehören Kanzler und Rektor sowie vier gewählte Prorektoren an. Das Rektorat leitet die Hochschule, bereitet die Sitzungen des Senats vor und führt dessen Beschlüsse aus.

Der Senat ist zuständig für alle Angelegenheiten in Forschung, Lehre und Studium, die die gesamte Hochschule betreffen oder von grundsätzlicher Bedeutung sind, wie z.B. die Studienreform und die Neuordnung des Hochschulwesens, die Festsetzung von Zulassungszahlen, die Errichtung von Fachbereichen und Einrichtungen sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Der Senat verabschiedet Beschlüsse über Satzungen und Ordnungen der Hochschule und Fachbereiche und macht Vorschläge zur Wahl des Rektors und der Prorektoren. Er beschließt über Vorschläge der Fachbereiche zur Berufung von Professoren. Neben dem Rektor, der den Vorsitz führt, gehören dem Gremium 12 Professoren und jeweils vier wissenschaftliche Mitarbeiter, Studierende und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter an. Beratenden Status haben im Senat der Kanzler, die Dekane, der Vorsitzende des AStA und die Prorektoren.

Unterhalb des Senats folgen die 17 Fachbereichsräte, die die Fachbereiche leiten und denen ein gewählter Dekan vorsitzt. Die Fachbereichsräte bilden die organisatorischen Grundeinheiten der Hochschule. Der Fachbereichsrat beschließt über Angelegenheiten von Forschung und Lehre, vergibt Lehraufträge, kümmert sich um Prüfungs- und Studienordnungen und führt Berufungsverfahren durch.

Der Konvent, dem 22 Professoren und je sieben wissenschaftliche Mitarbeiter, Studierende und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter angehören, beschließt über die Grundordnung der Hochschule und wählt den Rektor und die Prorektoren. Er nimmt den Rechenschaftsbericht des Rektorats und des Kuratoriums entgegen. Das Kuratorium schließlich, mit den politischen und wirtschaftlichen Vertretern der Städte Paderborn, Höxter, Soest und Meschede, Rektor und Kanzler, dem AStA-Vorsitzenden und bis zu 12 vom Senat zu benennenden Mitgliedern, kümmert sich um die regionale Einbindung der Hochschule und fördert die Hochschule an ihren Standorten.

Neben der akademischen Selbstverwaltung gibt es die Zentrale Hochschulverwaltung, die aufgeteilt in fünf Dezernate die Planungs- und Verwaltungsaufgaben sowie die Rechtsangelegenheiten der Hochschule wahrnimmt. An ihrer Spitze steht seit 1972 der Kanzler Ulrich Hintze. Er ist gleichzeitig Mitglied des Rektorats und mit beratender Stimme im Senat vertreten. Er vertritt den Rektor in Rechtsangelegenheiten.

Streit um Namensgebung

Im Januar 1975, zwei Jahre nach Gründung der Gesamthochschule, beschloß der Gründungssenat eine Namensänderung: Statt ‚Gesamthochschule Paderborn‘ sollte die Bildungseinrichtung nun ‚Universität - Paderborn Gesamthochschule‘ heißen. Diese Namensänderung habe nichts mit der Aufgabe des Reformanspruchs zu tun, betonte Professor Carstensen. Vielmehr wolle man sich mit der neuen Namensgebung den NRW-Gesamthochschulen anschließen, die

Heiner Benteler, Student an der neugegründeten GH:

Für uns, als Absolventen des Zweiten Bildungswegs war die Gesamthochschule eine Chance . . .

? Herr Benteler, Sie sind Jahrgang 1954 und haben nach der Volksschule eine Lehre als Brauer und Mälzer absolviert. Danach sind Sie über die Fachhochschule an die Gesamthochschule Paderborn gekommen. Sie gehörten 1976 mit zu den ersten GH-Studenten des Faches BWL, die die neuen Räume im damaligen Aufbau- und Verfügungszentrum bezogen. War das für Sie ein besonderes Ereignis?

! Na ja, es war schon eine Verbesserung. Vorher waren wir in der Balhorn-Straße in einer alten Fabriketage untergebracht, da war der Umzug in die neuen Seminarräume schon ein Fortschritt. Aber für uns war der Umzug von der Fachhochschule in die Gesamthochschule nicht nur rein äußerlich etwas besonderes. Von den 160 Studienanfängern meines Jahrgangs sind ca. 70% über den Zweiten Bildungsweg an die Hochschule gekommen. Wir waren uns der Chance bewußt, die uns die neue Gesamthochschule bot: Hier konnten wir mit Fachhochschulreife ein Hochschulstudium aufnehmen. Das war an den herkömmlichen Unis nicht möglich.

? Die Gesamthochschule bedeutete ja den Zusammenschluß von Fachhochschul- und Universitätsstudiengängen. Die Fachhochschulstudiengänge waren in der Regel recht verschult. Änderte sich das an der Gesamthochschule?

! Im Grundstudium überhaupt nicht. Da war das Stoffpensum nach wie vor festgeschrieben. Erst im Hauptstudium machte sich der Wechsel an die Gesamthochschule durch größere Wahlmöglichkeiten bemerkbar. Man konnte jetzt eigene Studienschwerpunkte setzen und die Sachen studieren, die einen wirklich interessierten.

? In der Gesamthochschule mußten Fachhochschullehrer und Universitätsprofessoren zusammenarbeiten, zwei Statusgruppen, die von ihrer Ausbildung und ihrem Anspruch her völlig verschieden waren. Machte sich das in den Lehrveranstaltungen bemerkbar?

! Ja, schon, da zog plötzlich ein ganz neuer Stil in die Vorlesungen ein. Von den FH-Dozenten waren wir besseren Schulunterricht gewohnt. Die Dozenten kamen aus der Praxis, viele hatten eine kaufmännische Ausbildung, und nur wenige waren promoviert. Das Schwergewicht lag auf praktischem Wissen. Das ging zwar manchmal bis in lächerliche Dreisatzaufgaben, bei denen wir uns manchmal fragten, was soll der Quatsch. Aber immerhin bekamen wir so einen Eindruck, was uns später in der Berufspraxis auch erwarten würde. Die neuen Hochschullehrer, die durch ihre Universitätslaufbahn geprägt waren, brachten einen neuen Umgangsstil mit. Sie nahmen uns als denkende Studenten ernst und führten uns, wie sagt man so schön, langsam an den wissenschaftlichen Forschungsstand heran.

? Mußten sie damals schon Brückenkurse absolvieren, oder wurden die erst später eingeführt.

! Nein, die gehörten von Anfang an dazu. Nur war es vor unserer Zeit so, daß eine Teilnahmebestätigung zum Bestehen der Brückenkurse reichte. 1976 wurden dann benotete Scheine eingeführt. Was uns damals ärgerte, war der Formalismus, mit dem die Verpflichtung zum Brückenkurs für FOS-Absolventen gehandhabt wurde. Ich kannte einen Kommilitonen, der hatte das Grundstudium in Mathematik schon hinter sich, aber noch keinen Abschluß des gleichen Faches im Brückenkurs. Er

mußte ihn noch nachholen, obwohl der Brückenkurs in seinem Fall offensichtlich überflüssig war. Brückenkurse sind ja zur Vorbereitung auf das Studium gedacht und verlieren ihren Sinn für jemanden, der das halbe Studium schon hinter sich hat. ? Sie haben ja auch vorübergehend an anderen Universitäten studiert. Haben sie dort atmosphärische Unterschiede im Vergleich zur Gesamthochschule festgestellt?

! Ja, diese Unterschiede waren schon spürbar. In Münster zum Beispiel konnte man sich nur über den Assistenten zu einer Sprechstunde bei einem Professor anmelden. Das war ein sehr formalisierter Weg. Man kam kaum mit dem Professor in Kontakt. Hier in Paderborn war das anders. Wenn man eine Frage hatte, klopfte man einfach an die Tür des Professors. Entweder er schmiß einen raus oder man konnte mit ihm über das Problem reden. Manchmal ergaben sich auch längere Diskussionen zwischen uns Studenten und verschiedenen Professoren. Die waren hier einfach jünger als an den anderen Unis und nicht so auf Statusunterschiede und Etikette bedacht. Hinzu kommt, daß wir damals noch ein recht kleiner Fachbereich waren. Wie schon erwähnt, gab es nur 160 Studienanfänger in den Wirtschaftswissenschaften. Das war ein kleiner Kreis und man kannte sich untereinander.

? Sie waren ja damals auch in der Hochschulpolitik aktiv. Erinnern Sie sich noch an spektakuläre Aktionen?

! Ja, das war damals einfach, in politischen Hochschulgruppen Fuß zu fassen. Der Fachbereich 5 galt zu meiner Zeit als Revoluzzerfachbereich. Viele Linke, damals war das ja noch ein klarer und gängiger Begriff, engagierten sich in der Hochschulpolitik, und 60 bis 70% dieser Leute stammten aus unserem Fachbereich. Ich erinnere mich an eine Aktion, da wollten wir ein Seminar sprengen. Der Professor reagierte wider Erwarten aufgeschlossen auf unsere Störung und diskutierte mit uns - die Studenten, die wir eigentlich erreichen wollten, blieben dagegen desinteressiert. Eine andere Sache waren die Streiks Ende der 70er Jahre. Richtig daran gehalten haben sich eigentlich nur die Geistes- und Wirtschaftswissenschaftler. Die Ingenieur- und Naturwissenschaftler mit größerem Klausur- und Prüfungsdruck haben einfach gesagt, so jetzt machen wir mal eine Vorlesung unter Streikbedingungen. Insgesamt haben sich die Streiks auch nicht als politische Druckmittel erwiesen.

? Wie war das Verhältnis von Studenten und Professoren in den Selbstverwaltungsgremien der Hochschule? Die Mitsprachemöglichkeiten der Studenten wurden ja, nicht zuletzt durch das Hochschulrahmengesetz, immer weiter zugunsten der Professoren eingeschränkt. Hat das eine Rolle gespielt?

! Nein, eigentlich nicht. Es herrschte, soweit ich das sehe, ein kooperatives Klima in den Hochschulgremien. Es ging nicht so sehr um Machtkämpfe, sondern vielmehr um Sachen. Es gab ein breites linkes Bündnis, und in der Gremienarbeit waren alle Beteiligten stark an einem konstruktiven Konsens interessiert. Mit der Mitbestimmungsregelung hatten wir keine Probleme, es gab aber auch einige Professoren, die sie ablehnten.

? Gab es denn gar keine Konflikte zwischen Studenten und Professoren?

! In der Gremienarbeit, soweit ich mich erinnere, nicht. Wohl aber in einer Prüfungssituation: Als wir vor einer Klausur gegen die Ausweitung des abgefragten Stoffgebietes protestierten, drohte der Professor lautstark, die meuternden Studenten von der Uni zu werfen. Der Professor galt u.a. als ausgewiesener Experte in Fragen der innerbetrieblichen Konfliktregelung.

die Bezeichnung ‚Gesamthochschule‘ ebenfalls erst an zweiter Stelle führten. Nach Auffassung des Gründungssenats sei die Bezeichnung ‚Gesamthochschule‘ - nicht nur im Ausland - kaum bekannt. Nicht nur um Nachteile für Paderborner Studenten zu vermeiden, sondern auch um die Ebenbürtigkeit der Paderborner Leistungen in Studium, Forschung und Lehre zu betonen, habe man sich zu diesem Schritt entschlossen. Auch sei der Name Universität-Gesamthochschule hilfreich beim Einwerben von Forschungsmitteln. Die Tradition Paderborns als Universitätsstadt werde dadurch ebenfalls wieder aufgegriffen. Die Absicht des Gründungssenats stieß bei den Studierenden auf heftigen Protest. Der Beschluß, so der damalige Juso-AStA, lasse zumindest den Verdacht zu, daß sich die Hochschule mittel- oder langfristig vom Reformkonzept der integrierten Gesamthochschule entferne. Die neue Bezeichnung, so der AStA, berge einen Widerspruch. Das ursprüngliche Konzept der Gesamthochschule war ja ein Gegenentwurf zur alten Ordinarien-Universität. Warum wolle sich die moderne Gesamthochschule den Namen einer traditionsreichen, aber auch teilweise veralteten Bildungseinrichtung geben? Die Studentenschaft sei stolz, das Hochschulreformkonzept der Gesamthochschule mitzutragen. Die Studierenden wurden zunächst vom Wissenschaftsminister unterstützt, der einen Monat später das Ansinnen des Gründungssenats kategorisch ablehnte. Erst fünf Jahre später wurde per Gesetz allen Gesamthochschulen das Recht zugebilligt, sich Universität nennen zu dürfen.

Leitungskompetenzen - Die Hochschule mit dem Doppelkopf

Anders als viele andere Universitäten, die eine Präsidialverfassung haben, haben die Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen eine Rektoratsverfassung mit zwei Spitzen: Den Rektor als wissenschaftlichen Leiter und den Kanzler als Verwaltungschef. Das nordrhein-westfälische Hochschulgesetz bestimmt in Paragraph 39, daß der Kanzler einer Hochschule die Geschäfte der Verwaltung „unter der Verantwortung“ des Rektors führt. Nicht nur die Paderborner, auch andere Hochschulen haben seit 1972 mehrfach eine Klarstellung dieser unscharfen Gesetzesformulierung verlangt. Denn nach Paragraph 31 desselben Gesetzes leitet das Rektorat die jeweilige Hochschule. Der Streit geht darum, ob diese Leitungsfunktion des Rektors der Geschäftsführung des Kanzlers übergeordnet ist, oder ob der Kanzler in seiner Geschäftsführung dem Ministerium gegenüber weisungsgebunden ist - eine Zuordnung, die dann naturgemäß nicht mehr „unter der Verantwortung“ des jeweiligen Hochschulrektors liegen kann.

In Paderborn kam es in dieser Frage zum Streit. 1976 drohten Gründungsrektor Carstensen und die Mehrheit des Gründungssenats mit Rücktritt, falls der Kanzler der Gesamthochschule nicht unverzüglich abgelöst würde: Persönliche Spannungen hätten die Vertrauensbasis zerstört. Wissenschaftsminister Rau ging auf die Forderung Carstensens und der Senatsmehrheit nicht ein. Kanzler Ulrich Hintze, Beamter auf Lebenszeit und ohne dienstliche Verfehlungen, blieb im Amt. Gründungsrektor Broder Carstensen, die Prorektoren, die meisten Dekane und die Mehrheit der Senatoren legten ihr Amt nieder. Professor Dr. Friedrich Buttler wurde Nachfolger von Professor Dr. Carstensen.

Abgesehen von den persönlichen Spannungen zeigte dieser Konflikt, wie schlecht es in Paderborn und an anderen Gesamthochschulen um die Hochschulautonomie bestellt war. Anders als in den Universitäten, deren Autonomieanspruch gegenüber dem Ministerium durch eine lange Tradition gefestigter war, unterlagen die Gesamthochschulen den Regulationsmaßnahmen der Ministerialbürokratie vor allem in den ersten Jahren in weit höherem Maße. Diese Eingriffe wurden von den Hochschulgremien oft als tendenzielle Übersteuerung bewertet. Differenzen zwischen den Gremien der Hochschule und dem Kanzler hatten ihre Ursache nicht zuletzt in der unterschiedlichen Interpretation von Handlungsbefugnissen und Kompetenzen des Kanzlers auf der einen und der Gremien der akademischen Selbstverwaltung auf der anderen Seite.

In einem Besprechungsprotokoll zwischen Paderborner Professoren und Düsseldorfer Ministerialbeamten hieß es, die Leitungsfunktion eines Hochschulrektors beschränke sich auf Grundsatzangelegenheiten. „Die Entscheidung darüber, ob es sich bei einer Angelegenheit um eine Grundsatzangelegenheit handelt, muß im Rektorat getroffen werden. Wenn der Kanzler der Entscheidung des Rektorats widerspricht, kann das Rektorat keinen verbindlichen Beschluß gegen ihn fassen.“ (FAZ, 3.3.76) Aber auch dem Kanzler will das Wissenschaftsministerium nicht die letzte Kompetenz zugestehen, so daß es sich als Aufsichtsbehörde die letzte Entscheidung vorbehält.

Der Ausbau nach Abschluß der Gründungsphase (1983-1993)

Nach dem Abschluß der Gründungsphase, die mit der ersten freien Wahl des Rektors und des Senats einherging, wurde trotz knapper Mittel der Ausbau der Universität-Gesamthochschule vorangetrieben.

Die Zahl der Studierenden stieg von 8.400 im Jahre 1980 auf über 17.000 zwölf Jahre später. Seit Ende der 80er Jahre sind die Studienanfängerzahlen - im Vergleich zu anderen Universitäten in NRW - überproportional angestiegen. Die Personalausstattung konnte aus Haushaltsgründen nicht entsprechend mitwachsen. Während 1972 ein - meist männlicher - wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Professor noch 13,6 Studierende betreute, waren es 1990 schon 21,6.

Bedeutung und Umfang einzelner Disziplinen haben sich seit Gründung der Hochschule verändert. Während 1972 der Schwerpunkt der Gesamthochschule auf den Geistes- und Ingenieurwissenschaften lag, hat sich Anfang der neunziger Jahre der Trend umgekehrt. Wirtschaftswissenschaften und Informatik, die damals kaum eine Rolle spielten, haben das stärkste Wachstum erfahren. Die Ingenieurwissenschaften ziehen die meisten Studenten auf sich, doch hat ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden abgenommen. Auch die Geisteswissenschaften büßten, nicht zuletzt auf Grund der Lehrerarbeitslosigkeit, an Bedeutung ein. Sie stagnieren heute bei etwa einem Sechstel.

Dennoch wurden in den Geisteswissenschaften zahlreiche neue Studiengänge, wie z.B. Medienwissenschaften eingeführt. Die vom Land oft gegen die Interessen der Hochschulen vorangetriebene Konzentration von Studienfächern auf bestimmte Standorte ging auch an Paderborn nicht spurlos vorbei. So wurden in den 80er Jahren die traditionellen Fächer Bauingenieurwesen/Architektur in Höx-

ter und der Lehramtsstudiengang Sozialwissenschaften für die Sekundarstufen I und II eingestellt.

Die in der Ausbauphase der Universität-Gesamthochschule eingerichteten Forschungsschwerpunkte unterscheiden sich vor allem durch die unterschiedliche finanzielle und personelle Ausstattung. So gibt es Forschungsbereiche, die allein mit den Mitteln der Hochschule finanziert werden, und andere, die auf finanzielle Unterstützung von außen, auf sogenannte Drittmittel, zurückgreifen können. Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen gewinnen Drittmittel immer mehr Bedeutung für die Hochschule, die manch wichtige Aufgabe in Forschung und Lehre ohne sie nicht wahrnehmen könnte. Doch woher kommen nun diese Gelder? Der Großteil der Drittmittel wird von Forschungsförderungseinrichtungen und gemeinnützigen Stiftungen aufgebracht. Ein geringerer, wenn auch zunehmender Anteil wird von Wirtschaftsunternehmen finanziert, die hauptsächlich Forschungsvorhaben in den Ingenieurwissenschaften und in der Informatik fördern. Die Drittmiteleinwerbung an der Universität-Gesamthochschule konnte zwischen 1980 und 1992 um 1100 Prozent gesteigert werden. Statt anfänglich 3,3 Millionen stehen jetzt über 40 Millionen DM zur Verfügung. Damit hat Paderborn unter den nordrhein-westfälischen Hochschulen den größten Drittmitteleinat, gemessen am Gesamthaushalt der Hochschule. Kritiker befürchten denn auch eine zunehmende Abhängigkeit von und Einflußnahme der Wirtschaft auf die Hochschulforschung. Diese Befürchtungen werden verständlich, wenn man die Höhe der Sach- und Personalkosten bedenkt, die an der Paderborner Hochschule aus Drittmitteln finanziert werden. 320 Drittmittel-Mitarbeiter 2.200 studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte, die aus Drittmitteln und Sonderprogrammen bezahlt werden sind in ca. 700 Forschungsprojekten tätig. Insgesamt lagen die Personalkosten für alle aus Drittmitteln finanzierten Mitarbeiter 1992 bei ca. 30 Millionen DM. Im Verhältnis zur Gesamtzahl von 1.400 festangestellten Beschäftigten der Hochschule liegt die Zahl der Drittmittel-Mitarbeiter bei über einem Fünftel.

Zu den am stärksten durch Drittmittel geförderten Bereichen gehören die Ingenieurwissenschaften und die Informatik. Vor allem der Unterstützung durch Heinz Nixdorf hat die Universität die Einrichtung von Forschungsschwerpunkten im Hochtechnologiebereich zu verdanken. Die Kooperation begann 1986 mit der Einrichtung des Cadlab (Computer Aided Design Laboratory), mit dessen Hilfe neue digitale Systeme und Schaltkreise rechnergestützt entwickelt werden können. In Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Land NRW entstand wenig später das Heinz-Nixdorf-Institut, das wichtige Forschungen im Schnittpunkt von Ingenieurwissenschaften und Informatik zusammenfaßt.

Das Paderborner Zentrum für Paralleles Rechnen auch kurz (PC)² genannt, ((PC)² = Paderborn Center for Parallel Computing) wurde 1991 als zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Hochschule gegründet und hat die Aufgabe, modernste Entwicklungen auf dem Gebiet des Parallelen Rechnens für die Anwender aus Forschung, Wissenschaft und Industrie nutzbar zu machen. So wurde in einer beispiellosen Aktion im Mai 1993 der gesamte Adressenbestand eines Kreditkartenunternehmens mit Hilfe eines Transputers in Rekordzeit auf die neuen fünfstelligen Postleitzahlen umgestellt. Die 4,4 Millionen Adressen des Unternehmens konnten aus technischen Gründen nicht, wie sonst üblich, nach und nach

umgestellt, sondern mußten als Paket verarbeitet werden. Die 1.024 Prozessoren des Parallelrechners bewältigten in fünf Stunden Rechenzeit diese Aufgabe, für die konventionelle Rechner fünf Tage benötigt hätten.

Ein interessantes Projekt der Literaturwissenschaften ist die Erschließung der Bibliothek Corvey. Neben der Erfassung der 67.000 Bände aus dem frühen 19. Jahrhundert und einer Neuedition seltener und schöner Bücher werden hier im Rahmen eines interdisziplinären Programms Forschungsarbeiten der Sprachwissenschaften zusammengefaßt.

Andere Forschungsbereiche dagegen, vornehmlich in den Geisteswissenschaften, müssen sich mit geringerer finanzieller Unterstützung von außen begnügen und werden zum Teil ausschließlich aus Haushaltsmitteln der Hochschule finanziert.

Im Bereich der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften wurde unter Einbeziehung des Faches Kunst im Juli 1989 das Zentrum für Kulturwissenschaften (ZfK) als zentrale wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Aufgabe des ZfK ist es, kulturwissenschaftliche Forschungen interdisziplinär zu koordinieren und zu unterstützen. Das Internationale Meyerbeer-Symposium 1991 ist nur ein Beispiel für die Arbeit des Zentrums. Gerade die hochtechnisierte Umgebung an der Universität-Gesamthochschule Paderborn fordert eine Beschäftigung mit neuen Technologien und den damit verbundenen Innovationserwartungen heraus. Der Schwerpunkt „Aneignen und Verstehen fremder Kulturen“ ist gleichzeitig das Leitthema des ZfK. Die Forschungsarbeiten beschäftigen sich mit Grundlagenproblemen, mit dem Verhältnis zum wissenschaftlichen Umfeld, mit früheren Kulturen und künftigen Entwicklungen sowie mit der zeitlichen und räumlichen Dimension von Kultur und nicht zuletzt der geschlechtsspezifischen Dimension, die den Anknüpfungspunkt zur Frauenforschung bildet.

Der beharrlichen Initiative von Frauen aus der Hochschule ist es zu verdanken, daß in Paderborn vier Lehrstühle für Frauenforschung etabliert werden konnten. Ein wichtiges Arbeitsfeld ist dabei die literaturwissenschaftliche Frauenforschung, die sich mit der Literatur und Geschichte von Frauen befaßt. Sie sucht zum einen nach dem verborgenen Anteil der Frauen an Kultur und Gesellschaft, zum andern zielt sie auf eine Kritik der Symbole, Redeweisen, Denk- und Kulturmodelle, in denen sich die Unterdrückung der Frauen und ihre Ausgrenzung manifestieren. Ein europäischer Schwerpunkt für Frauenforschung im Bereich Literatur und Medien befindet sich im Aufbau. In diesem Zusammenhang werden Forschungsprojekte zu feministischer Literaturtheorie, zu frauenspezifischen Sendungen im Fernsehen der Länder der EG und zur kulturellen Selbst- und Fremdwahrnehmung von Frauen in Europa gefördert.

Die Hochschule versteht sich auch als Anbieter von Dienstleistungen. Wirtschaftsunternehmen sind eingeladen, die Forschungskapazitäten der Hochschule für Problemlösungen im Bereich der industriellen Fertigung zu nutzen.

Als Schnittstelle zwischen Hochschule und Wirtschaft wurde im Juni 1990 UNI-Consult gegründet und im Heinz-Nixdorf-Institut angesiedelt. Aufgabe dieser Einrichtung ist die Förderung von Kontakten zwischen Wirtschaftsunternehmen und Hochschuleinrichtungen, um die Zusammenarbeit bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten zu verbessern. Der Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis der Anwendung ist ein weiterer Schwerpunkt von Uni-Consult, deren

Hauptaufgabe in einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit besteht. Schließlich müssen die potentiellen Nutzer dieses Angebots - vornehmlich Unternehmen aus dem Raum Ostwestfalen-Lippe - zunächst einmal über das Leistungsangebot der Hochschule informiert werden. Dazu gehören industrienaher Forschungsvorhaben, die zum größten Teil als externe Diplomarbeiten abgewickelt werden. Eine Vortragsreihe informiert über Technologie-Transfer und Innovationsförderung; Seminare für wirtschaftliche Führungskräfte dienen der Fortbildung und schaffen persönliche Kontakte zwischen Hochschule und Wirtschaft.

Arbeitsplatz Hochschule

Trotz aller Sparmaßnahmen ist die Universität-Gesamthochschule Paderborn in den vergangenen 20 Jahren viertgrößter Arbeitgeber in der Region geworden. Mit 1.400 festangestellten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ist die Hochschule einem größeren Wirtschaftsunternehmen vergleichbar. Großunternehmen wie die Siemens-Nixdorf Informationssysteme AG beschäftigen 7.000 Mitarbeiter, die Benteler AG und die Stadt Paderborn 5.000 bzw. 1.500 Mitarbeiter.

Von den ca. 1.400 im Stellenplan ausgewiesenen Stellen entfallen etwa die Hälfte auf das nichtwissenschaftliche Personal. Hinzu kommen ca. 2.000 studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte auf befristeten Stellen, die aus Haushaltsmitteln bezahlt werden und das aus Drittmitteln finanzierte Personal.

Aus Ersparnisgründen hat das Land NRW seit Anfang der 80er Jahre für die von ihm finanzierten Stellen eine Stellenbesetzungssperre verhängt: Vakante Stellen dürfen für ein dreiviertel Jahr und neuerdings für ein ganzes Jahr nicht neu besetzt werden. Dies hat vor allem Auswirkungen für das befristet angestellte wissenschaftliche Personal: Zum einen Unsicherheit in der beruflichen Perspektive, zum anderen hohe Fluktuation und fehlende Kontinuität in Forschungsprojekten. Darüber hinaus trägt eine größere Zahl von Stellen den sogenannten kw-Vermerk, der besagt, daß sie nach Pensionierung der Stelleninhaber „künftig wegfallen“ werden.

Die Universität-Gesamthochschule Paderborn unternimmt verstärkt Anstrengungen, um Frauen auf Professorenstellen zu berufen. So waren unter den elf im Jahre 1992 berufenen Professoren vier Frauen. Trotzdem liegt der Frauenanteil zu niedrig.

Der Anteil der Frauen in den verschiedenen Statusgruppen der Universität-Gesamthochschule Paderborn ist sehr unterschiedlich, die Quote liegt aber unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Je höher die Position innerhalb der Hierarchie, desto weniger Frauen sind vertreten: Sind noch ein Viertel aller Studierenden Frauen, so sinkt der Anteil an wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen auf 15 Prozent. Die Zahl der Professorinnen ist heute mit 21 absolut gesehen klein, aber in den letzten Jahren enorm gewachsen. Allein von 1990 bis 1993 wurden 13 Professorinnen neu berufen. Trotzdem stellen sie unter den ca. 370 Professoren eine verschwindende Minderheit dar. Wen wundert angesichts einer eindeutig männlich dominierten Hochschule mit Schwerpunkten im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften sowie der Informatik. Die 277 nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen (= 42%) arbeiten zumeist in unteren und mittleren

Gehaltsgruppen, die kaum Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten bieten. Eindeutig unterprivilegiert sind die Sekretärinnen der Hochschule. Sie sind in hohem Maße mitverantwortlich für den geregelten Arbeitsablauf innerhalb des jeweiligen Lehrstuhls, beherrschen mitunter Fremd- und Fachsprachen, leisten qualifizierte selbständige Verwaltungsarbeit und gehen mit moderner Computertechnik um. Trotzdem sind sie tarifvertraglich lediglich als Schreibkräfte eingestuft und nicht in der Sachbearbeiterlaufbahn. Durch die überwiegende Halbtagsbeschäftigung verdoppelt sich überdies die Zeit des Bewährungsaufstiegs von fünfzehn auf dreißig Jahre.

Die ungleiche Chancenverteilung von Frauen und Männern zeigt auch ein Blick auf den Frauenanteil beim wissenschaftlichen Nachwuchs: Keine Frau konnte in den Jahren 1987 bis 1991 in Paderborn eine Habilitation abschließen. Trotz spezieller Förderprogramme der Landesregierung scheitern viele Frauen auf der akademischen Karriereleiter an einem banalen Hindernis: der Altersbeschränkung. Nach Studium, Promotion und der langen Phase der Kindererziehung ist das 45. Lebensjahr, die Altersgrenze der Förderprogramme, schnell überschritten.

Die Institutionalisierung der Frauenförderung an der Paderborner Hochschule war ein mühsames Geschäft. Nach langen Diskussionen wählte der Hochschulsenat 1987 eine Frauenbeauftragte und eine Gleichstellungskommission, in der je zwei Frauen aus den vier Statusgruppen (Professoren, wiss. und nichtwiss. Personal, sowie Studierende) vertreten sind. Darüber hinaus wurde in den folgenden Jahren in den meisten Fachbereichen und den zentralen Einrichtungen je eine Frauenbeauftragte gewählt.

Quellen und Literaturverzeichnis:

Archiv der Universität-Gesamthochschule Paderborn, Bestand Gründungsakten

Festschrift: Technik und Kreativität. 25 Jahre Ingenieurausbildung in Soest, Paderborn/
Soest 1989

Festschrift: 25 Jahre Ingenieurausbildung in Meschede 1964 - 1989, Paderborn o.J.

Festschrift: 25 Jahre Ingenieurausbildung in Paderborn 1963 - 1988, Paderborn 1988

Gesamthochschule Paderborn, Mitteilungen und Berichte, Nr. 1 Oktober 1972, UniA PB

Gesetz über die Errichtung und Entwicklung von Gesamthochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen (GHEG) vom 30. Mai 1972

Hüser, Karl, Die Paderborner Universität, in: Paderborner Studien, H. 1/1973, S. 21-28

UniA PB. Bestand Pressespiegel

Rechenschaftsbericht des Rektorats 1987-1991, Universität-Gesamthochschule Paderborn

Paderborn lag noch in Trümmern, als im November 1946 in einer Stadtvertreterversammlung der Beschluß zur Gründung eines Universitätsausschusses gefaßt wurde. Die Stadtvertreter fühlten sich berufen, an die Tradition Paderborns als Universitätsstadt anzuknüpfen und eine Hochschule in der Paderstadt anzusiedeln. Im Jahre 1614 hatte Fürstbischof Dietrich von Fürstenberg die Universität Paderborn mit einer Philosophischen und Theologischen Fakultät gegründet, die bis 1816 bestand.

Nach dem Krieg wurde mit dem Aufbau der Pädagogischen Akademie der Grundstein für die Volksschullehrerausbildung in Paderborn gelegt. Die spätere Pädagogische Hochschule bildete zusammen mit der Fachhochschule Südost-Westfalen die Gründungsinstitutionen der Gesamthochschule.

Bild: Blick auf die zerstörte Innenstadt Paderborns nach 1945.

Quelle: Stadtarchiv Paderborn.

Mitte der 60er Jahre ergab sich für die Stadt die Chance, Sitz einer Reform-Universität zu werden, die die Landesregierung in Ost-Westfalen ansiedeln wollte. Ein Förderverein wurde gegründet, der sich für den Hochschulstandort Paderborn starkmachte. Da verschiedene mögliche Hochschulorte im Gespräch waren, entbrannte ein kleiner Pressekrieg, ob nun Detmold, Bielefeld oder Paderborn die besseren Voraussetzungen für eine Hochschule böte. Doch in scharfer Konkurrenz mit dem Favoriten Bielefeld hatte Paderborn zunächst das Nachsehen. Die Ost-Westfalen-Universität kam nach Bielefeld. Um 1970 war Paderborn vorübergehend als Standort einer Teiluniversität vorgesehen. Sie sollte einmal die in Bielefeld geplante Gesamthochschule ergänzen, doch diese Pläne wurden zugunsten einer eigenständigen Hochschule aufgegeben. Den endgültigen Zuschlag bekam Paderborn, als die Landesregierung im April 1971 den gleichzeitigen Neubau von fünf Gesamthochschulen beschloß.

Bild: Zeitungsausschnitte zum Pressestreit 1965 um den besten Hochschulstandort: Paderborn oder Bielefeld?

Der Wunsch der Stadtväter nach einer Hochschule wurde auch von privater Seite aktiv gefördert. So brachte der Paderborner Buchhändler Aloys Kamp, der auch die bildungspolitische Zeitschrift ‚fragezeichen‘ und die nachfolgenden ‚Paderborner Studien‘ publizierte, Mitte der 60er Jahre auf eigene Kosten Flugblätter und Plakate heraus, um die Hochschulkampagne zu unterstützen. Unter Berufung auf die 1816 unterbrochene Tradition Paderborns als Universitätsstadt listet Kamp in seinem Plakat die Vorzüge der Bischofsstadt auf. In 25 Abschnitten finden der weite Einzugsbereich, die günstige Verkehrslage und der große Geburtenüberschuß aus Paderborn Erwähnung: „Paderborn und die umliegenden Kreise bieten in der gesunden Substanz der Familien und der heranwachsenden Jugend die Begabungsreserven für das Hochschulstudium. Allein in diesem Raum wohnen 50.000 bäuerliche und dörfliche Familien.“ Erwähnt werden auch die Pädagogische Hochschule, das Studienseminar, die Staatliche Ingenieurschule und das Institut zur Erlangung der Hochschulreife. „Weitere Fach- und Zubringerschulen, wie die Frauenfachschule, die Landwirtschaftliche Aufbauschule u.a., bereiten das Hochschulstudium vor.“

Das gesamte katholisch geprägte Umfeld der Stadt findet Erwähnung, die mit ihrer zweitausendjährigen Geschichte schließlich ein „lebendiges Zeugnis Deutschen Werdens“ biete. Das gutgemeinte Plakat könnte mit seiner konservativen Grundtendenz möglicherweise manchenorts kontraproduktiv gewirkt haben. So ist es nicht verwunderlich, daß die Bildungspolitiker in Düsseldorf zunächst die Großstadt Bielefeld als Standort der Reform-Universität bevorzugten.

Bild: Mit eigenen Plakaten unterstützte der Buchhändler Aloys Kamp die Kampagne für eine Paderborner Universität.

Zur Standortfrage der Universität in Ostwestfalen

PADERBORN, eine Stadt mit zweitausendjähriger Geschichte, liegt in der Mitte des ostwestfälischen Raumes. Die Auffassung, Stadt und Hochstift Paderborn seien als Zentralraum für ein weiteres Gebiet anzusprechen, ist wissenschaftlich begründet.

PADERBORN besitzt für den weiten Einzugsbereich der Universität die günstigste Verkehrslage. Vier Bundesstraßen und mehrere Landstraßen durchkreuzen die Stadt. In wenigen Jahren liegt die Stadt zwischen zwei Autobahnen, die vom Ruhrgebiet heraufführen; daneben besteht ein gut verzweigtes Eisenbahnnetz.

PADERBORN hat mit den umliegenden Kreisen den größten Geburtenüberschuß in Nordrhein-Westfalen. Das schnelle Wachstum der Bevölkerung der Stadt wird auch beeinflusst durch die Entfaltung neuer gewerblicher und industrieller Betriebe. In 10 bis 15 Jahren dürfte die Einwohnerzahl 100 000 überschritten haben. Die Fläche des städtischen Territoriums ist heute erst zu 20 % bebaut.

PADERBORN und die umliegenden Kreise bieten in der gesunden Substanz der Familien und der heranwachsenden Jugend die Begabungsreserven für das Hochschulstudium. Allein in diesem Raum wohnen 50 000 blauerliche und dörfliche Familien.

PADERBORN hat als Standort für die Universität hervorragendes Gelände bereitgestellt. Dieses Gelände entspricht den vom Wissenschaftsrat ausgearbeiteten Richtlinien.

PADERBORN war bereits Sitz der ältesten Universität Westfalens, die heute noch in einer Fakultät, und zwar in der Philosophisch-Theologischen Hochschule fortbesteht. Materielle Grundlage dieser Universität war ein großes Grundvermögen, das noch in hohen Werten vorhanden ist und als staatliches Sondervermögen unter dem Namen „Paderborner Studienfonds“, verbunden mit dem „Bürener Fonds“, vom Lande Nordrhein-Westfalen verwaltet wird.

PADERBORN besitzt eine in dreihundert Jahren aufgebaute Wissenschaftliche Bibliothek mit 160 000 Bänden, 1 320 Handschriften, über 700 Inkunabeln und 260 laufend bezogenen Zeitschriften. Die Bibliothek hat einen Leihverkehr, der über das Bundesgebiet hinaus bis ins Ausland reicht.

PADERBORN als Erzbistum nimmt mit den beiden Suffragan-Bistümern Fulda und Hildesheim eine Mittelstellung ein zwischen Ost und West. Der damit verbundene geschichtliche Auftrag reicht bis weit in die sowjetisch besetzte Zone. Das theologisch-exegetische Gespräch zwischen den Konfessionen erhält von Paderborn aus starke Impulse. Intensiviert wird diese ökumenische Aufgabe durch das Johann-Adam-Möhler-Institut mit einer Spezialbücherei von 30 000 Bänden. Im akademischen Dialog steht auch die Bildungsarbeit, die von der „Hegge“ im Kreise Warburg ausgeht.

PADERBORN ist die Stadt der Schulen. Die älteste Schule Westfalens, die Dom- oder Lateinschule, die hier um das Jahr 820 gegründet wurde, besteht heute noch als Staatliches Alt-sprachliches Gymnasium Theodorianum.

PADERBORN beheimatet eine Pädagogische Hochschule, ein Studienseminar und eine Staatliche Ingenieurschule. Neben den Oberschulen und Realschulen muß das „Institut zur Erlangung der Hochschulreife“ genannt werden; weitere Fach- und Zubringerschulen, wie die Frauenschule, die Landwirtschaftliche Aufbauschule u. a., bereiten das Hochschulstudium vor. Besondere Erwähnung verdienen die Ausbildungsstätten für Mädchenberufe.

PADERBORN fördert mit der Landvolkshochschule Hardehausen die Bildungsarbeit für die Landbevölkerung, besonders für die Jugend auf dem Lande. Seminare von mehmonatiger Dauer und Vorträge in den Kreisen Arnsberg, Brilon, Büren, Höxter, Lippstadt, Meschede, Olpe, Paderborn, Soest, Warburg und Wiedenbrück dienen dieser Aufgabe. Neben den Erwachsenen werden jährlich etwa 10 000 Jugendliche von der Bildungsarbeit erfaßt.

PADERBORN ist schon jetzt für den stark agrarisch bestimmten Raum Südostwestfalens eine Stadt von weitreichender Zentralität. Es fehlt in Nordrhein-Westfalen bis jetzt eine Universität in einem so vorwiegend ländlichen Raum. Im Zuge der Landesplanung und der damit beabsichtigten Strukturveränderungen könnte hier die Gründung einer Universität geradezu ein Modellfall werden.

PADERBORN besitzt ein aufgeschlossenes Kulturleben. In der geistigen Ausstrahlung ist die Stadt Metropole des südöstlichen Westfalens.

PADERBORN hat eine zweitausendjährige Geschichte. In der Literatur wird die Stadt als „Wiege Deutschen Kaisertums“ gefeiert. Mit der Begegnung Leos III. und Karls des Großen im Jahre 799, hier an den Quellen der Pader, wurde der Grundstein gelegt zu dem „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“.

PADERBORN und das Paderborner Land sind mit ihren Bodenfunden und Baudenkmalern für alle Epochen der Geschichte und der Kunstgeschichte, beginnend mit der germanischen und frühchristlichen Zeit, lebendiges Zeugnis Deutschen Werdens.

PADERBORN ist Sitz einer Sektion des „Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens“. Die von dem Verein gemeinsam mit der Sektion Münster im Laufe der letzten 150 Jahre geleistete Forschung für die westfälische und deutsche Geschichte hat ihren Niederschlag u. a. in 114 stattlichen Bänden der „Westfälischen Zeitschrift“ gefunden.

PADERBORN ist neben den Wissenschaften auch der Kunst zugewandt. Die Tradition auf diesem Gebiete führt ohne Unterbrechung aus dem Mittelalter bis in die jetzige Zeit. Sie findet heute in den verschiedensten Bereichen mannigfachen Ausdruck.

PADERBORN hat große weltbekannte Verlage. Wissenschaftliche Werke, Lehr- und Lernbücher, etwa 30 Zeitschriften, die von hier ihren Weg nehmen, sind Begriffe im gesamten deutschen Kulturraum. Die Stadt verfügt über zahlreiche graphische Betriebe mit den modernsten Einrichtungen. Der Wirkungskreis und die Leistungskraft des ortsansässigen Buchhandels sind offenkundig.

PADERBORN ist Mittelpunkt einer vielseitigen Landschaft, die zum Studium ausgezeichnete Voraussetzungen bietet: für die Geologie, Bodenkunde, Geographie, Hydrographie, Botanik, Pflanzensoziologie, Zoologie, für die Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Volkskunde.

PADERBORN nimmt in der Leibeserziehung einen guten Platz ein. Die zahlreichen Sport- und Turnvereine bestätigen dieses. Die „Deutsche Olympische Gesellschaft“ - Bezirk Hochstift Paderborn - arbeitet von hier aus verantwortlich für die körperliche Ertüchtigung und für eine edle Auffassung des deutschen Sports.

PADERBORN ist Sitz eines Landgerichts, dem die Amtsgerichtsbezirke Brakel, Büren, Beverungen, Delbrück, Erwitte, Geseke, Höxter, Lippstadt, Paderborn, Röhren, Salzkotten Steinheim und Warburg zugeordnet sind.

PADERBORN leistet im medizinischen Bereich gemeinsam mit den benachbarten Kreisen Beachtliches. Befindet sich doch in der Stadt neben anderen angesehenen Krankenanstalten eine sehr moderne Landesfrauenklinik, während das Hochstift eine Anzahl bedeutender Häuser für besondere Heilbehandlungen aufweist. Unter letzteren genießt die Weserbergland-Klinik in Höxter übernationalen Ruf.

PADERBORN ist seit jeher Einkaufszentrum für die weite Umgebung. Die kommerzielle Bedeutung der Stadt befindet sich in starkem Auftrieb.

PADERBORN ist nach der Zerstörung in alter Schönheit wieder aufgebaut. Im Stadtkern liegen die einzigartigen Quellteiche und Quellbäche der Pader mit ihren Uferwegen, im Norden ein für die Erholung ausgebautes weites Teichgelände und im Süden ein stadteigenes Buchenwaldgebiet. Die Stadt hat eine günstige Lage zu schnell erreichbaren, landschaftlich sehr unterschiedlichen, waldreichen Rekreationsräumen.

PADERBORN plant für die nächsten Jahre ein Stadttheater. Mit dem Bau neuer Räume für die „Westfälischen Kammer-spiele“ wird in Kürze begonnen. Die Stadtbücherei soll anderweitig großzügiger als bisher untergebracht werden. Auf dem jetzigen karolingischen Grabungsfeld an der Nordseite des Domes entsteht ein Freilichtmuseum. Anschließend an dieses Gelände wird der seit Jahren vorbereitete Museumsbau fertiggestellt.

Ergänzungen zu den einzelnen Aussagen lassen sich nachlesen in der Denkschrift „Paderborn als Universitätsstadt“ und in den wissenschaftlichen Arbeiten, die zu der Standortfrage bisher erschienen sind.

JULI BIS NOVEMBER 1965

REDAKTION - KAMP - PADERBORN - SCHILDERN

Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Jugend und Sport

Nach 25 Jahren ging der Traum, wieder Universitätsstadt zu werden, für die Paderborner in Erfüllung. Am 27. April 1971 fiel im Landeskabinett in Düsseldorf die Entscheidung, fünf Gesamthochschulen gleichzeitig zu errichten. Neben Paderborn waren Siegen, Wuppertal, Essen und Duisburg als Standorte vorgesehen. In Paderborn war die Freude über diesen Erfolg groß.

Im zweiten Anlauf hatte es die Stadt Paderborn - im Wettstreit mit 30 anderen Bewerbern - doch noch geschafft. Spätestens seit der Umwandlung der Ingenieurschulen zur Fachhochschule mit Abteilungen in Höxter, Soest und Meschede, hatten viele Paderborner Bürger auf die Zusage aus Düsseldorf gehofft.

Eine Lokalzeitung feierte die Universitätsneugründung als „Jahrhundertentscheidung“. Bürgermeister Herbert Schwiete erklärte: „Die Stadt Paderborn begrüßt außerordentlich die Entscheidung der Landesregierung (. . .), daß in Paderborn alsbald eine Gesamthochschule errichtet wird. Sie sieht darin das Ergebnis langer und gemeinsamer Bemühungen über die Parteien, Fraktionen und vieler Einrichtungen hinweg.“

Vielfältige Initiativen von Stadtvätern, der Pädagogischen Hochschule, der Fachhochschule und eines Fördervereins waren dieser Entscheidung vorausgegangen. Expertisen über den Hochschulstandort Paderborn, wie das sogenannte Heichert-Gutachten, wurden in Auftrag gegeben, um die Vorzüge Paderborns als möglichen Universitätsstandort wissenschaftlich zu untermauern.

Die Stadtväter freuten sich besonders über die positiven strukturpolitischen Auswirkungen der Hochschulgründung für den gesamten Paderborner Raum. Infrastrukturelle Maßnahmen wie Straßen- und Wohnungsbau würden der Stadt neue Impulse geben und ihre Attraktivität zusätzlich erhöhen.

Bei aller Freude, nun Standort einer Hochschule zu sein, gab es doch eine kleine Gruppe, die diese Entscheidung bedauert haben mag: Die Kleingärtner in ihrer Anlage „Fernblick“ am Pohlweg mußten dem Neubau der Universität weichen.

Bild: Entscheidung für Paderborn als Standort einer Gesamthochschule.

Universitäts-Neugründung Jahrhundert-Entscheidung

Im nächsten Jahre schon Baubeginn

Von Georg Vockel

Paderborn. „Die Stadt Paderborn begrüßt außerordentlich die Entscheidung der Landesregierung vom 27. 4. 1971, daß in Paderborn alsbald eine Gesamthochschule errichtet wird. Sie sieht darin das Ergebnis langer und gemeinsamer Bemühungen über die Parteien, Fraktionen und vieler Einrichtungen hinweg.“ Das erklärte gestern Bürgermeister Herbert Schulte vor der Presse. Die Stadt könne stolz sein, mit vier anderen Städten unter 30 Bewerbern in Nordrhein-Westfalen das Rennen gemacht zu haben.

In der Sitzungnahme der Stadt wird darauf hingewiesen, daß mit der Errichtung der Pädagogischen Hochschule, der Ingenieurhochschule, der Fachhochschule, des Forschungszentrums und Entwicklungszentrums der Landes und schließlich der Höheren Wirtschaftshochschule wesentliche Einrichtungen entstanden seien, die namentlich zu einer Gesamthochschule verbunden werden sollten. Stadtdirektor Ferling: „Die Landesregierung hat die in der Universitätskommission der Stadt Paderborn im Besonderen von Professor Dr. Paul Mikal formulierte These übernommen, daß Bildungspolitik in einer weitestgehend integrierten und vernetzten, schlußfolgernden, Umwälzung der Strukturpolitik ist.“

Bessere Struktur
Die Universitätsgründung in Paderborn durch die Landesregierung wurde als außerordentlich wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Struktur der gesamten Bundesrepublik bezeichnet. Wenn 1975 bereits 8000 Studenten in Paderborn seien und 1980 bis zu 12000, dann muß die Größe der Anzahl an Personen als weiterer „Paderborn-Zuwachs“ gewertet werden: Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter und Verwaltungskräfte mit ihrem Familienangehörigen.

Zum Standort auf einer Fläche von vierzig bis fünfzig Hektar ist zu sagen: Bisher hat bei der Entscheidung Bielefeld-Paderborn 1964 und 1963 ein großes Gelände am Dienerer Weg angeboten wurde, zeigten sich die Nachteile der Landesregierung, um dem Gelände an Dienerer Weg angrenzenden wurde Fläche wird lausert von drei wichtigen Verbindungen zur Innenstadt und anderen Stadtteilen. Die Fläche wird lausert von drei wichtigen Verbindungen zur Innenstadt und anderen Stadtteilen. Die Fläche wird lausert von drei wichtigen Verbindungen zur Innenstadt und anderen Stadtteilen.

Optimale Nutzung
Nun wird sich die Paderborner Universität demnach, von der Warburger Straße am Peter-Hilfen-Weg, Verwaltung, Studentenwohnheim über den jetzigen Bereich der Staatlichen Ingenieurhochschule

Das Gebäude der Pädagogischen Hochschule wird überflüssig, wenn die Hochschule in den Bereich der neuen Gesamthochschule umgezogen ist. Eventuell wird die Stadt die PH-Gebäude am Fürstenweg 1975 erwerben.



Blick auf einen Teil des Geländes, das das Land in einer Größenordnung von 16,5 Hektar auf Freizeitsport und der Stadt geteilt hat. Diese Flächen liegen zwischen der Warburger Straße und Fahlweg, zwischen Söding und Umgehungsstraße. Erweiterungsmöglichkeiten sind gegeben.



Blick von Söding auf den Komplex der Ingenieurschule, die Fachhochschule und damit wichtiger Bestandteil der Gesamthochschule werden wird. Links die Gebäude der Landesbauakademie, die der Anlage zu einem „medizinischen Bereich“ am Kloster. Vor den Gebäuden erkennt man einen Teil der Kaserneanlage „Zum Fernblick“, die zwischen der Ingenieurschule und Ausbaugebäude für die Universität liegt.

werden. Obwohl es noch keine Gesamtstrukturpläne gibt, wird in der ersten Ausbauphase von 1979/80 Quadratmeter Nutzfläche ausgebaut. Es werden Beiträge von über 100 Millionen Mark für die Hoch- und Tiefbauarbeiten.

Dank der Stadt
Die Stadt Paderborn, im letzten Bürgermeister Schulte und der Stadtdirektor Ferling, hat die Bemühungen beherzigt und tatkräftig unterstützt. Wir werden mit demselben Eifer mit dem wir uns um die Errichtung dieser Gesamthochschule bemüht haben, nun daranzutreten, um die Realisierung dieses Vorhabens, wovon unser Anteil daran angesprochen ist zu betreiben. Das umfaßt auch die baldige abgrenzende Unterbreitung, alle die mit der neuen Hochschule auch Paderborn kommen werden. Wir freuen uns schon jetzt auf die neuen Bürger und erwarten neuer Impulse für die Entwicklung unserer Stadt.

Ralf Grafstadt
Bürgermeister Schulte stellte fest, daß die Landesregierung bei der Berücksichtigung Paderborns auch eine Voraussetzung für die Gebietsreform geteilt und Paderborn mit seinem Verflechtungsgebiet als eine Einheit von über 100 000 Einwohnern angesehen habe. Deshalb werde es bald eine Großstadt Paderborn durch den Zusammenschluß mit den Nachbargemeinden geben.

Sitzleiterdirektor Amaldirektor Günther (Erläuterung): Paderborn kann sich stark freuen, wenn schließlich spürbar eine halbe Stunde Fahrzeit keine Rolle.

Oberbürgermeister Werner Henke, Paderborn: Es wird der Zusammenfassung aller Kräfte um Politik und Verwaltung bedürftig, die für Paderborn und sein Umfeld so bedeutungsvolle Projekt zu realisieren.

Betriebskommissar Hermann Gieseler, Leiter der Schatzverwaltung Paderborn: Man ist stolz auf seine Wohnstätte und freut sich, daß Paderborn in das Bildungsverhalten einbezogen wird.

Dr. Wilhelm Kammerer, Geschäftsführer der Kreislandwirtschaftlichen Paderborn: Schon im nächsten Jahr wird in Paderborn das Ausbildungszentrum für das Handwerk im Hochhilt Paderborn eröffnet. Damit wird es eine interessante Parallele zur studentischen Ausbildung in Paderborn geben.

Superintendent Kegel-Deke, Kirchenkreis Paderborn: Die Stadt Paderborn entwickelt sich immer mehr zum Oberzentrum dieses Raumes, was auch auf die kirchliche Strukturplanung nicht ohne Rücksichtnahme gesehen wird. Man muß abwarten, in welcher Form die Universität arbeiten und welche Disziplin an ihr aktiv werden. Es ist zu wünschen, daß sich zwischen Universität und Kirche ein gutes Verhältnis entwickeln, in dem eine Zusammenarbeit möglich wird.

Amaldirektor Günther (Erläuterung): Unsere Studenten brauchen dann nicht mehr so weit fahren. Auch ist es sehr wichtig, daß sie pendeln können; die Zimmerkosten werden eingespart.

Sitzleiterdirektor Amaldirektor Schulte (Erläuterung): Unser Amtsbereich ist wirtschaftlich auf Paderborn ausgerichtet. Selbstverständlich werden wir von der Universitätsentwicklung profitieren.

Amaldirektor Wagner (Erläuterung): Diese Entscheidung der Landesregierung bedeutet eine Aufwertung unseres gesamten Raumes. Hier wird ein Entwicklungspunkt erreicht, der auch für den Bereich Salzkotten-Böke positiv zu sehen ist.

Viele gute Wünsche für unsere Universität

Von unseren Redaktionsmitgliedern D. Schöberg und B. Zinkler

Die Ankündigung einer Gesamthochschule für Paderborn hat in der Stadt und ihrer Umgebung lebhaften Zustimmung gefunden. Hier das Ergebnis einer Rundfrage:

Dipl.-Kaufmann Sasaroth, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, Zweigstelle Paderborn: Die Gesamthochschule stellt eine bedeutende Ergänzung unserer Infrastruktur dar. Die industrielle Entwicklung ist nicht nur abhängig von Arbeitskräften in der Produktion, sondern auch von Führungskräften. Ich trete dabei nicht nur als „Team-Management“, sondern vor allem auch als „Innovator“ an, der die Schicht der mittleren Management-Instanzen fruchtbar sind, die die Fachhochschule, Ingenieurwesen und Wirtschaft in die Gesamthochschule integrieren werden.

Landrat Fritz Kluge (Erläuterung): Eine ausgezeichnete Sache, hier geht es um den Aufbau des ländlichen Raumes und der ganzen Paderborner Hochfläche. Ich bin überzeugt, daß die Landesregierung den Vorstellungen unseres Raumes entgegenkommt.

Sitzleiterdirektor Amaldirektor Günther (Erläuterung): Paderborn kann sich stark freuen, wenn schließlich spürbar eine halbe Stunde Fahrzeit keine Rolle.

Oberbürgermeister Werner Henke, Paderborn: Es wird der Zusammenfassung aller Kräfte um Politik und Verwaltung bedürftig, die für Paderborn und sein Umfeld so bedeutungsvolle Projekt zu realisieren.

Betriebskommissar Hermann Gieseler, Leiter der Schatzverwaltung Paderborn: Man ist stolz auf seine Wohnstätte und freut sich, daß Paderborn in das Bildungsverhalten einbezogen wird.

Dr. Wilhelm Kammerer, Geschäftsführer der Kreislandwirtschaftlichen Paderborn: Schon im nächsten Jahr wird in Paderborn das Ausbildungszentrum für das Handwerk im Hochhilt Paderborn eröffnet. Damit wird es eine interessante Parallele zur studentischen Ausbildung in Paderborn geben.

Superintendent Kegel-Deke, Kirchenkreis Paderborn: Die Stadt Paderborn entwickelt sich immer mehr zum Oberzentrum dieses Raumes, was auch auf die kirchliche Strukturplanung nicht ohne Rücksichtnahme gesehen wird. Man muß abwarten, in welcher Form die Universität arbeiten und welche Disziplin an ihr aktiv werden. Es ist zu wünschen, daß sich zwischen Universität und Kirche ein gutes Verhältnis entwickeln, in dem eine Zusammenarbeit möglich wird.

Amaldirektor Günther (Erläuterung): Unsere Studenten brauchen dann nicht mehr so weit fahren. Auch ist es sehr wichtig, daß sie pendeln können; die Zimmerkosten werden eingespart.

Sitzleiterdirektor Amaldirektor Schulte (Erläuterung): Unser Amtsbereich ist wirtschaftlich auf Paderborn ausgerichtet. Selbstverständlich werden wir von der Universitätsentwicklung profitieren.

Amaldirektor Wagner (Erläuterung): Diese Entscheidung der Landesregierung bedeutet eine Aufwertung unseres gesamten Raumes. Hier wird ein Entwicklungspunkt erreicht, der auch für den Bereich Salzkotten-Böke positiv zu sehen ist.

Unser Kommentar

Von Georg Vockel

Was Eingriffe für Anfang bis Mitte Mai erholt. Hier wurde schon im April 1971, der Landesregierung hat Paderborn als Standort für eine neue Gesamthochschule bestimmt. Die Voraussetzungen, die mit der Freisetzung verbunden waren, sind in Paderborn erfüllt. Das Land besitzt bereits am Söding im Südosten der Stadt ein freies Gelände von 16,5 Hektar, weitere Flächen können schnell hinzukommen. Deshalb kann in Paderborn die Errichtung am schnellsten wirksam werden.

Im zweiten Anlauf - Paderborn unterliegt bekanntlich seit 1965 im Rennen um den Sitz der ostwestfälischen Universität - waren diese alle Regime gegeben worden. Als feststand, daß die Paderborner Ingenieurhochschule (heute schon fast 1000 Studenten) Fachhochschule mit Abteilungen in Höherer, Sozial- und Maschinentechnik, als den Forschungszentrum der Landes nach Paderborn, konnte zusammengeführt bei allen Projekten, die am Ende Erfolg haben mußte.

Es wird viel Arbeit geben, und man darf nicht nur auf den „Mülltonnage“, aus Düsseldorf, in der Pädagogischen Hochschule und im Forschungszentrum des Landes haben. Inwieweit Montan-Geologie, Chemie und Physik, die in Paderborn ein dynamisches Oberzentrum besser als bisher zu verorten. Die Eigenartstellung mit allen sympathischen Akzenten sollte dies Ziel einer baldigen Union sein, eines Wankens, der ein „obaltes“ Slogans bringen könnte wie für München: „Stadt mit Herz“.

Kreisverwaltungsrat Gredé, stellvertretender Oberbürgermeister (Erläuterung): Eine Entscheidung der Landesregierung von außerordentlicher Bedeutung, die der Kreis Bielefeld ergreift. Es ist zu hoffen, daß die Pläne möglichst rasch verwirklicht werden.

Oberbürgermeister Bernhard Hunzel, Reichs-Nachbau: Ich bin besonders froh darüber, daß wir den Kindern aus unserem Industriebereich dieses Hochschulangebot machen können. Bei den Vereinstöchtern der Stadt Paderborn müssen wir uns herzlich bedanken.

Amaldirektor F. J. Winter, Reichs-Nachbau: Diese Entscheidung bedeutet für den Gesamt-raum einen erheblichen Fortschritt.

Stadtdirektor Köhler, Bad Lippspringe: Die Aktivierung aller Kräfte des gesamten Raumes wird herausgefordert. Die Attraktivität Paderborns wird unterstrichen.

Eilke Best, FDP-Ratsfrau, Paderborn: Seit 1964 fordern wir stetig auf dem Weg über andere Bildungseinrichtungen die Gesamthochschule als eine Strukturmaßnahme für Paderborn als Mittelpunkt eines ländlichen Raumes. Wir waren eigentlich schon immer ein klein wenig sicher, daß es Paderborn bei den notwendigen Anstrengungen schaffen würde.

Hans Thiele, SPD-Fraktionsleiter Paderborn: Die SPD-geführte Landesregierung hat damit den Betrug, den kleinen Raum aus strukturpolitischen Gründen Rechnung getragen. Wir werden uns jetzt bemühen, daß die Gesamthochschule so schnell wie möglich verwirklicht wird.

Praxis zur Verfügung: Schüler der Oberstufe haben die Möglichkeit, in den Hochschubbetrieb einzuführen zu werden.

Dipl. Volkswirt Oberbeide, Einzelhandelsverband Ostwestfalen e. V. Paderborn: Wir sehen in der Gesamthochschule nicht nur eine Aufwertung Paderborns als Zentralstadt, sondern wir freuen uns auch mit den Eltern, die mit der Möglichkeit haben werden, ihre Kinder am Ort studieren zu lassen.

Weitere Stellungnahmen und Berichte zur Paderborner Universität im politischen Teil und auf der nächsten Seite.

Unser Kommentar

Unser Kommentar

Unser Kommentar

Unser Kommentar

Unser Kommentar

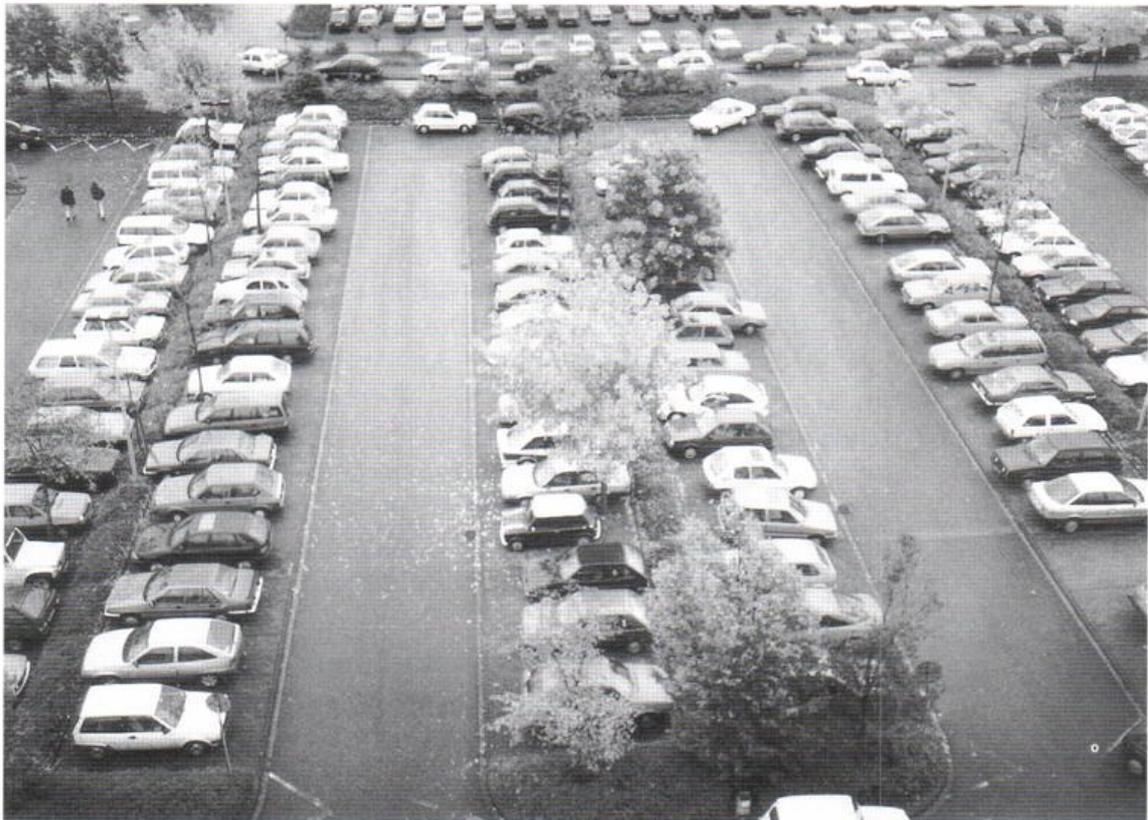
Unser Kommentar

Stolz waren sie schon, die Paderborner, als sie nach 25 Jahren Kampf nun doch noch an eine eigene Hochschule kamen. Der Schriftzug „Hochschulstadt Paderborn“ umrahmt eine Skizze der zukünftigen Gesamthochschule, deren genaues späteres Aussehen zu diesem frühen Zeitpunkt vermutlich noch nicht einmal auf dem Zeichentisch fixiert war. Bei aller Freude um die Hochschule - einen kleinen Wermutstropfen gab es doch: Sie war „nur“ eine Gesamthochschule. Als ob sie 1972 die Entwicklung der nächsten 20 Jahre hätten voraussehen können, ließen die Stadtvertreter die hier abgebildete Münze mit dem Text „Gründung der Universität als Gesamthochschule“ versehen.

Bild: Gedenkmünze zur Gründung der Gesamthochschule 1972

Für eine Hochschule haben sie lange gekämpft, die Paderborner, aber wie sollen die Studenten zur Universität kommen? In einem Gutachten von 1964 preist die Stadt Paderborn die werktäglichen Schienenverbindungen nach Paderborn an. Dabei gibt sie wohl die Anzahl der Verbindungen, nicht aber deren Zeiten an. Die Abfahrtszeiten richten sich auch heute noch nach dem „Werktag“ eines Arbeitnehmers, der früh anfängt und früh aufhört. Zwar haben sich für viele Städte aus dem Münsterland oder dem Ruhrgebiet die Verbindungen verbessert, doch aus dem Kreis Paderborn oder dem Sauerland nicht: Die Bahnverbindung nach Büren, 1964 noch neunmal werktäglich unterwegs, existiert nicht mehr. Ein Blick auf die Parkplätze auf dem Unigelände belegt, daß zahlreiche Studierende aus der näheren Umgebung auf das schlechte Angebot des öffentlichen Nahverkehrs verzichten und mit dem PKW zwischen Wohnort und Hochschule pendeln. Da sich mittlerweile auch unter Studenten die umweltschädigenden Auswirkungen des Automobilverkehrs herumgesprochen haben, übernahm der AStA der Universität-Gesamthochschule die Initiative zur Einführung eines Semestertickets. Es bleibt zu hoffen, daß die Träger des öffentlichen Nahverkehrs bei steigenden Fahrgastzahlen die Taktfrequenzen von Bussen und Bahnen erhöhen, Ankunfts- und Abfahrtszeiten aufeinander abstimmen und bestimmte Streckenabschnitte ausbauen. Bis heute kann bspw. eine einfache Fahrt mit Bus und Bahn nach Bielefeld über anderthalb Stunden in Anspruch nehmen.

Bild: Überfüllter Parkplatz der Universität-Gesamthochschule



Gespannt schauen geladene Gäste und Passanten zu, als nach der Grundsteinlegung ein Kran das Bauschild der Gesamthochschule aufrichtet. Schon zwei Monate nach Gründung der Gesamthochschule konnte im Oktober 1972 mit den Bauarbeiten begonnen werden. Doch von den ursprünglich geplanten zwei Bauabschnitten wurde nur der erste verwirklicht, der mit 57.100 m² Hauptnutzfläche auch Einrichtungen wie Bibliothek, Rechenzentrum, Mensa und zentrale Hörsäle umfaßte. Erst nach und nach wurde durch Um- und Erweiterungsbauten die verfügbare Fläche auf 70.700 m² vergrößert, um der zunehmenden Raumnot zu begegnen. Die Zahl der Studierenden stieg nämlich schneller als erwartet. Die ursprünglich vorgesehene Höchstgrenze von 6.000 Studenten wurde schon im Wintersemester 1976/77 erreicht und 10 Jahr später bereits um 100% überschritten. Im Wintersemester 1992/93 waren über 17.000 Studenten an der Universität-Gesamthochschule eingeschrieben. Der „Verfügungsbau“, später AVZ genannt und heute Gebäudeteil N, bildete die Keimzelle der späteren Gesamthochschule. Hier wurden zunächst das wissenschaftliche Personal, Seminarräume und das Forschungs- und Entwicklungszentrum für objektive Lehr- und Lernverfahren (FEOLL) untergebracht.

Bild: Aufrichtung des Bauschildes der Gesamthochschule Paderborn.

Zum Gründungsrektor der neuen Gesamthochschule berief Wissenschaftsminister Rau den Anglistik-Professor Dr. Broder Carstensen. Der 1926 in Nordfriesland geborene Carstensen war ordentlicher Professor für Anglistik an der Gutenberg-Universität Mainz, bevor er 1972 zum Gründungsrektor der Gesamthochschule Paderborn ernannt wurde.

Gemeinsam mit dem Gründungssenat und -rektorat, deren Vorsitz Broder Carstensen jeweils inne hatte, war er entscheidend am Aufbau der Gesamthochschule beteiligt. Der Gründungssenat, der vor allem in der Anfangszeit oft und lange tagte, um u.a. über 60 Studien-, Prüfungs-, Promotions- und Habilitationsordnungen zu beraten und zu verabschieden, stellte die Weichen für die zukünftige Struktur der Hochschule. Er beriet die Größe der einzelnen Fachbereiche und ihre materielle und personelle Ausstattung, er erarbeitete Entwicklungspläne und legte die zukünftigen Forschungsschwerpunkte fest.

Bild: Die letzte Sitzung des Gründungssenats: neben Prof. Dr. Friedrich Buttler, Nachfolger im Amt des Gründungsrektors, Kanzler Ulrich Hintze. Der erste Gründungsrektor, Prof. Dr. Broder Carstensen, in der linken Reihe in der Mitte.



Auf diesem Foto von 1992 sind die Väter der Universität-Gesamthochschule versammelt: Bürgermeister Wilhelm Lücke, der ehemalige Rektor Prof. Dr. Hans-Dieter Rinkens, Gründungsrektor Prof. Dr. Dr. h.c. Broder Carstensen, Altrektor Prof. Dr. Friedrich Buttler, und der amtierende Rektor Prof. Dr. Hans Albert Richard. Im Vordergrund Altbürgermeister Herbert Schwiete, Ehrenbürger der Universität-Gesamthochschule Paderborn.

Bild: Rektoren und Bürgermeister beim Stelldichein.

Kaum jemand würde in dieser romantisch anmutenden Umgebung Gebäude einer Hochschule vermuten. Doch was auf den ersten Blick so idyllisch aussieht, birgt auch Probleme. Bis heute ist die akute Raumnot in Soest nicht gelöst. Noch immer sind die einzelnen Seminare der Fachbereiche 9 (Landbau), 12 (Maschinenbau-Automatisierungstechnik) und 16 (Elektrische Energietechnik) über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Der Fachbereich Landbau hat überdies einen besonderen Verlust zu beklagen. Er mußte vor kurzem sein Versuchsgut Hohe Rott aufgeben. Doch es gelang, in kurzer Zeit einen Ersatzhof zu pachten, der schon bewirtschaftet wird.

Ähnlich wie in Meschede scheiterten in Soest die Neubaupläne Ende der 60er Jahre. Seitdem wird bei steigenden Studierendenzahlen improvisiert. Die Stadt Soest unterstützt die Abteilung der Gesamthochschule und stellt die Gebäude zur Verfügung. So konnte die Raumnot durch die Nutzung des alten Stadtkrankenhauses etwas abgemildert werden. Aber auch der Eigeninitiative der Studenten hat der Standort viel zu verdanken. Wenn es darum geht, etwa einen Seminarraum oder ein Labor zu renovieren, greifen die Studenten oft zur Selbsthilfe und legen selbst mit Hand an.

Bild: Idyllische Hochschulgebäude in Soest täuschen über den herrschenden Platzmangel hinweg.

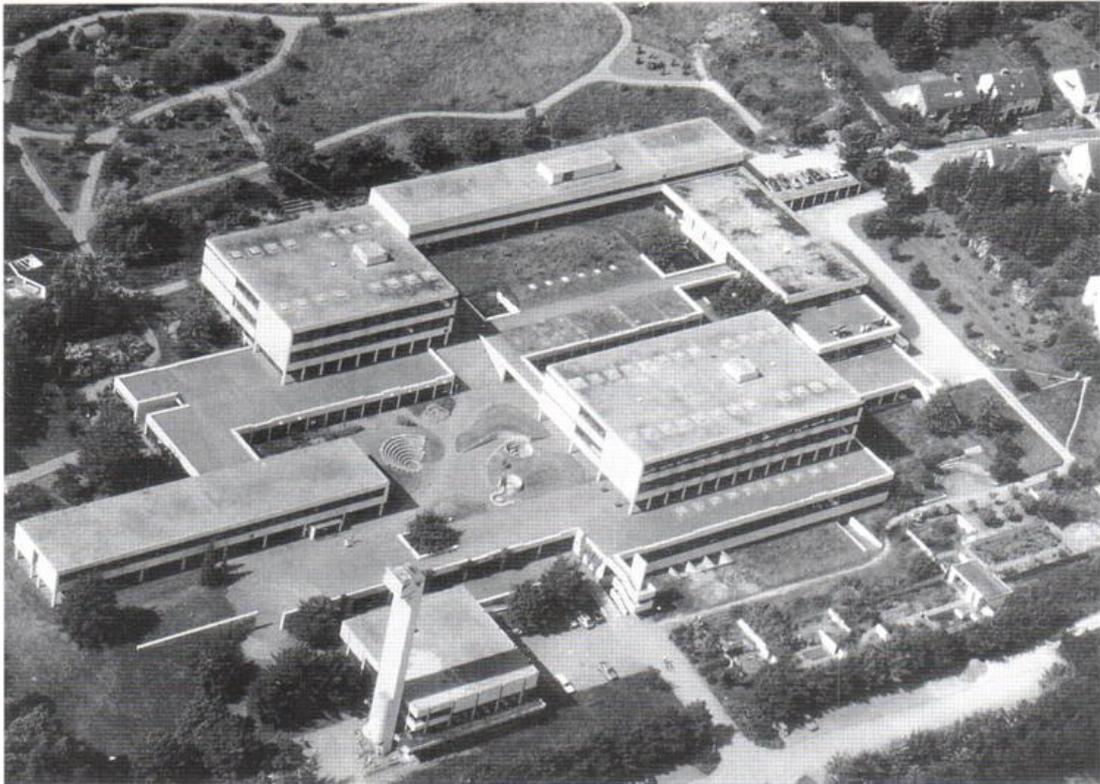


Wer in Meschede die Hochschulabteilung der Universität-Gesamthochschule Paderborn sucht, wird sich vergeblich nach imponierenden Hochhäusern umschauen. In einer Gartenstadt zu ebener Erde hat sich die Abteilung Meschede in eingeschossigen Flachdachpavillons angesiedelt. Seit ihrer Gründung 1964, als die Stadt Meschede kurzfristig die Räumlichkeiten bereitstellte, hat die Zahl der Studenten rapide zugenommen und damit auch der Platzbedarf. Heute stehen neben einer Industriehalle 13 Gebäude mit einer Nutzfläche von 6.000 m² zur Verfügung. Durch das von der Stadt Meschede in Zusammenarbeit mit der Hochschule errichtete Technologiezentrum konnte die Raumsituation weiter verbessert werden. Der Abteilungsstandort Meschede verfügt über eigene Einrichtungen zur Unterstützung der Ausbildung. Neben der Elektro- und der Mechanischen Werkstatt steht ein technischer Betriebsdienst sowie eine Lehrwerkstatt bereit. Eine eigene Verwaltung gehört ebenso dazu wie Bibliothek und Mensa. Anfang der 80er Jahre gab es einen Einbruch bei den Studentenzahlen, die sich jedoch mittlerweile auf hohem Niveau stabilisierten. In Meschede wurde 1989 damit begonnen, die Fachbereiche Elektrotechnik und Maschinenbau mit dem Fachbereich Datentechnik zu verzahnen und zusätzlich den Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen aufzubauen.

Bild: Der neue Hörsaal der Abteilung Meschede im Bau.

Anders als in Soest und Meschede konnten in Höxter die Neubaupläne Ende der 60er Jahre realisiert werden. Als Nachfolge-Institution der Baugewerkschule Höxter blickt dieser Abteilungsstandort auf eine lange Geschichte zurück. Leider mußten im Zuge von Umstrukturierungsmaßnahmen des Landes die traditionsreichen Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen eingestellt werden. Die Leitung der Hochschule hat mit dem neu eingerichteten Studiengang Technischer Umweltschutz darauf reagiert und einen zukunfts-trächtigen ökologischen Schwerpunkt gesetzt.

Bild: Der Gebäudekomplex des Abteilungsstandortes Höxter aus der Vogelperspektive.



Noch Mitte der 70er Jahre wiesen in Paderborn und Umgebung Hinweisschilder mit der Aufschrift „GESAMTHOCHSCHULE“ den Weg. Im Laufe der Zeit verschwand diese Bezeichnung aus dem Straßenbild und der Begriff „UNIVERSITÄT“ trat an ihre Stelle. Sitz einer Gesamthochschule zu sein war für viele Paderborner eigentlich zweite Wahl, man wollte eine „richtige“ Universitätsstadt sein, der Begriff Gesamthochschule erschien vielen als zu unklar und zu verschwommen. Genau dieses Argument griff der Gründungssenat 1975, gut zwei Jahre nach Gründung der Gesamthochschule, auf und beschloß offiziell eine Namensänderung: Statt ‚Gesamthochschule Paderborn‘ sollte die Bildungseinrichtung nun ‚Universität Paderborn-Gesamthochschule‘ heißen.

Die Absicht des Gründungssenats löste unter den Studierenden einen Proteststurm aus, der sich in zahlreichen Presseerklärungen und Leserbriefen niederschlug. Der Beschluß, so der damalige Juso-AStA, lasse zumindest den Verdacht zu, daß die Hochschule mittel- oder langfristig das Reformkonzept der integrierten Gesamthochschule aufgebe. Doch die Befürchtungen der Studenten blieben unbegründet. Nicht nur das Konzept der Gesamthochschule blieb bestehen, sondern zunächst auch der Name. Der Wissenschaftsminister wies das Ansinnen des Gründungssenats zurück. Erst 1980 wurde per Gesetz allen Gesamthochschulen das Recht zugestanden, die Bezeichnung Universität im Namen führen zu dürfen.

Bild: Presseerklärungen vom Januar/Februar 1975 zum Streit um die Frage: Gesamthochschule oder Universität?

Nicht um die Bezeichnung Universität und/oder Gesamthochschule ging es den Schülerinnen des Michaels-Klosters. Sie hatten auf der Suche nach einem Namenspatron für die Hochschule im Herbst 1974 Friedrich Wilhelm Sertürner (1783-1841) vorgeschlagen. Der in Schloß Neuhaus geborene Apotheker und Morphin-Entdecker kam zusammen mit einem Professor aus der Barock-Zeit in die engere Wahl: Friedrich von Spee (1591-1635), Jesuit, Professor für Philosophie und zeitweilig Domprediger in Paderborn, Verfasser von Kirchenliedern und der ‚cautio criminalis‘, in der er gegen die Hexenverbrennung Stellung bezog. Aber auch Zeitgenossen wie Gustav Heinemann, Martin Niemöller und der Schriftsteller Wolfgang Borchert standen zur Diskussion, die allerdings ergebnislos blieb. Bis heute heißt die Hochschule schlicht Universität-Gesamthochschule Paderborn.

Auch wenn Friedrich von Spee nicht die posthume Ehre eines Namensgebers für die Universität-Gesamthochschule zuteil wurde, so wurde er zumindest Thema eines Symposions, das die Hochschule zu Ehren seines 400. Geburtstags im Februar 1991 veranstaltete.

Bild: Portraits von Friedrich von Spee und Friedrich Wilhelm Sertürner, die als Namensgeber für die Universität-Gesamthochschule im Gespräch waren.

Studenten fordern Ablösung von Gründungsrektor Prof. Carstensen

Unruhe durch Namensänderung – Aufgabe des Reformkonzeptes befürchtet

Paderborn. In mehreren Erklärungen haben sich gestern die Vertreter der Studentenschaft der Paderborner Gesamthochschule zum Beschluss des Gründungsrektorats über die Umbenennung der Hochschule in Universität Paderborn geäußert. Die Studentenschaft lehnt die Umbenennung ab und fordert die Ablösung von Prof. Carstensen als Gründungsrektor.

In der Stellungnahme der studentischen Mitglieder der Gründungsversammlung heißt es: „Die studentische Mehrheit gefühlte Besorgnis über die Umbenennung der Gesamthochschule in Universität Paderborn ist durch den Beschluss des Gründungsrektorats bestätigt worden. Die Umbenennung der Hochschule ist ein Zeichen für die Ablösung der Studentenschaft durch die Verwaltung.“

Die Studentenschaft fordert die Ablösung von Prof. Carstensen als Gründungsrektor und die Wiederherstellung der Studentenschaft als Trägerin der Hochschulpolitik. Sie fordert auch die Aufhebung des Beschlusses über die Umbenennung der Hochschule.

Gründungserrat steht zum Reformauftrag

Neuer Name: Universität – Gesamthochschule Paderborn

Paderborn. Der Gründungsrat der Gesamthochschule Paderborn hat sich gestern im Besonderen über die Umbenennung der Hochschule in Universität Paderborn geäußert. Der Rat hat beschlossen, die Hochschule in Universität Paderborn zu benennen.

Die Entscheidung wurde einstimmig gefasst. Der Rat hat auch beschlossen, die Hochschule in der Öffentlichkeit als Universität Paderborn bekanntzugeben.

„Universität“ stört die Studenten

Paderborn. Die Studenten der Gesamthochschule Paderborn sind unzufrieden mit dem Beschluss des Gründungsrektorats, die Hochschule in Universität Paderborn zu benennen. Sie fordern die Ablösung von Prof. Carstensen als Gründungsrektor.

Die Studenten sind der Meinung, dass die Umbenennung der Hochschule ein Zeichen für die Ablösung der Studentenschaft durch die Verwaltung ist. Sie fordern die Wiederherstellung der Studentenschaft als Trägerin der Hochschulpolitik.

„Universität Paderborn“

ASIA der Gesamthochschule

Die ASIA der Gesamthochschule Paderborn hat sich gestern über die Umbenennung der Hochschule in Universität Paderborn geäußert. Die ASIA lehnt die Umbenennung ab und fordert die Ablösung von Prof. Carstensen als Gründungsrektor.

Die ASIA ist der Meinung, dass die Umbenennung der Hochschule ein Zeichen für die Ablösung der Studentenschaft durch die Verwaltung ist. Sie fordern die Wiederherstellung der Studentenschaft als Trägerin der Hochschulpolitik.

Uni/GHS

Die Studentenschaft der Gesamthochschule Paderborn hat sich gestern über die Umbenennung der Hochschule in Universität Paderborn geäußert. Die Studentenschaft lehnt die Umbenennung ab und fordert die Ablösung von Prof. Carstensen als Gründungsrektor.

Die Studentenschaft ist der Meinung, dass die Umbenennung der Hochschule ein Zeichen für die Ablösung der Studentenschaft durch die Verwaltung ist. Sie fordern die Wiederherstellung der Studentenschaft als Trägerin der Hochschulpolitik.

Isseldorf lehnt den Namen Universität ab

Carstensen enttäuscht – Streiflicht vorgestellt

Isseldorf. Der Gründungsrektor Prof. Carstensen ist enttäuscht über die Ablehnung der Umbenennung der Gesamthochschule in Universität Paderborn durch die Studentenschaft. Er hat angekündigt, die Studentenschaft zu verklagen.

Carstensen hat erklärt, dass er die Studentenschaft nicht als Trägerin der Hochschulpolitik anerkennen kann. Er fordert die Wiederherstellung der Studentenschaft als Trägerin der Hochschulpolitik.



FRIEDERICH VON SPEE



Auf der ersten Seite einer Paderborner Lokalzeitung erschien dieses Flugblatt von Studierenden der Gesamthochschule, auf dem sie den frühen Tod der Gesamthochschule beklagen. Nach langer SCHWIERiger Krankheit wurde sie, nach Auffassung des GH-AStA's, von einem Sparbazillus dahingerafft. Der Bazillus steckte in den geplanten oder bereits vollzogenen Sparmaßnahmen des nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministers Schwier. Der Zeitpunkt der Flugblattaktion war klug gewählt. Einen Tag vor den offiziellen Feierlichkeiten zum zehnjährigen Jubiläum wollten die Studierenden das freudige Ereignis ad absurdum führen. Die traurige Botschaft vom frühen Dahinscheiden der Reformhochschule schickte der AStA der GH an insgesamt 48 Hochschul-ASten in der Bundesrepublik, von denen manche Trauer-Gäste zur 10-Jahres-Feier entsandten.

Bild: Flugblatt der Studierenden anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Universität-Gesamthochschule.

(Quelle: Neue Westfälische vom 8.7.82).

Ernste Mienen bei den Feierlichkeiten zum zehnjährigen Jubiläum. Kanzler Ulrich Hintze, Prof. Turner, Vertreter der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Gründungsrektor Buttler, Ministerpräsident Johannes Rau und Wissenschaftsminister Heinz Schwier müssen sich den Protest der Studenten gefallen lassen. Die haben mit Flugblättern und Luftballons nicht gespart, um gegen den befürchteten Bildungsabbau und für die Durchsetzung der Chancengleichheit zu demonstrieren.

Bild: Viel Prominenz und viel Flugblätter bei den Feiern zum zehnjährigen Jubiläum der Universität-Gesamthochschule.



„Der Rau hat's gegeben,
Der Schwier hat's genommen“

Nach langer SCHWIERiger Krankheit ver-
starb heute im jugendlichen Alter von 10 Jahren die:

+GHS Paderborn+

Schon früh in ihrem Wachstum gestört, hatte sie kaum die
Gelegenheit, die Sonnenseite des Lebens zu erblicken. Nach
hartem, innerem Kampf gegen den Sporbazillus erlag sie
schließlich der Schwindsucht. Es trauern die hinterbliebenen

Angehörigen der Gesamthochschule

Von Beileidsbesuchen bitten wir nicht Abstand zu nehmen.
Die Trauerfeierlichkeiten finden statt am

Donnerstag, den 8.7.82 um 10³⁰ in der Mensa
Leichenschmaus unter Ausschluß der Öffentlichkeit im
Verteidigungsministerium, Bonn, Hardthöhe.



Von Anfang an hat der Aufbau und die Pflege von Auslandskontakten an der Universität-Gesamthochschule Paderborn einen großen Stellenwert eingenommen. Zur Zeit bestehen Kooperationen in Studium, Lehre und Forschung mit mehr als 30 Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen in aller Welt. Darüber hinaus bestehen zahlreiche Abkommen und Forschungsvereinbarungen auf Fachbereichsebene. So arbeitet der Fachbereich Elektrische Energietechnik, Soest mit einem Partner in Thailand zusammen. Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften kooperiert mit Partnern in Griechenland, Belgien, Schweden, Dänemark und Spanien, um nur einige Beispiele zu nennen.

Bild: Auch mit einer chinesischen Hochschule hat die Universität-Gesamthochschule einen Kooperationsvertrag abgeschlossen.

Ein Kernstück der internationalen Abkommen ist der Austausch von Studierenden. Zahlenmäßig die größte Bedeutung haben dabei die Universitäten Le Mans in Frankreich und Nottingham in England. Auch mit Hochschulen in den USA findet ein reger Studentenaustausch statt. Außerhalb von Austauschprogrammen waren im Wintersemester 1991/92 in Paderborn und den Abteilungsstandorten 811 ausländische Studenten eingeschrieben, die aus der Türkei, der Volksrepublik China, Iran, Griechenland, Spanien, Korea, Kamerun und vielen anderen Ländern in die Bundesrepublik gekommen sind.

Beliebte Studienschwerpunkte sind Ingenieurwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften und Mathematik/Informatik.

Bild: Studenten aus Nottingham, die im Austausch mit Paderborner Studenten hier am Studiengang ‚European Business‘ teilnehmen. Dieser Studiengang umfaßt ein siebenmonatiges Studium an der Partneruniversität und eine schriftliche Abschlußprüfung in der Sprache des Gastlandes. Mit dem ‚Diploma in European Business‘ können Studenten aus Nottingham und Paderborn ihre Berufschancen verbessern.



Gründungsrektor Prof. Dr. Broder Carstensen, Jahrgang 1926, der nach 1950 wissenschaftlicher Assistent und Privatdozent in Kiel, außerordentlicher Professor in Marburg und ordentlicher Professor in Hamburg und Mainz war, trat 1976 nach nur vier Jahren als Gründungsrektor zurück, um als Professor für Anglistik zu lehren. Am 5. Juli 1991 wurde Carstensen offiziell verabschiedet. Der Inhaber der Ehrendoktorwürde der Universität Posen hat als Gründungsrektor, Senatsmitglied und Professor großen Anteil am guten Ruf der Paderborner Universität-Gesamthochschule. Broder Carstensen verstarb im Alter von 66 Jahren im Januar 1992.

Bild oben links: Gründungsrektor von 1972 bis 1976 Prof. Dr. Broder Carstensen.

Prof. Dr. Hans-Dieter Rinkens, ein gebürtiger Aachener, studierte die Fächer Mathematik und Physik für das Lehramt an Gymnasien in Aachen und Bonn und legte dort 1966 sein zweites Staatsexamen ab. Nach seiner Bonner Promotion ging Rinkens an die Pädagogische Hochschule Siegen, die 1972 mit der Fachhochschule zur Siegener Gesamthochschule zusammengelegt wurde. Im Jahr 1973 folgte der Fachvertreter für die Didaktik der Mathematik einem Ruf an die Gesamthochschule Paderborn. Rinkens gehörte bereits in den Jahren 1976 bis 1983 dem Gründungsrektorat der Paderborner Gesamthochschule als Prorektor und Vorsitzender der Struktur- und Haushaltskommission an. Von 1987 bis 1991 war Rinkens Rektor der Universität-Gesamthochschule Paderborn.

Bild unten links: Prof. Dr. Hans-Dieter Rinkens, Rektor von 1987 bis 1991.

Prof. Dr. Friedrich Buttler, Jahrgang 1941, studierte Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Göttingen und Tübingen, wo er 1967 in Volkswirtschaftslehre promovierte. Als Habilitationsstipendiat ging er für zwei Jahre nach Madrid, bevor er sich 1972 in Göttingen habilitierte. Seit 1973 war Friedrich Buttler ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Paderborner Hochschule. 1976 löste er Broder Carstensen im Amt des Gründungsrektors ab. Von 1983 bis 1987 war er der erste gewählte Rektor, bevor er 1988 Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg wurde.

Bild oben rechts: Prof. Dr. Friedrich Buttler, 2. Gründungsrektor der Universität-Gesamthochschule und 1. gewählter Rektor von 1976 bis 1987.

Prof. Dr. Ing. Hans Albert Richard studierte von 1968 bis 1974 Maschinenbau an der Ingenieurschule Frankfurt/M. sowie der Universität Kaiserslautern. 1979 promovierte Richard am Lehrstuhl für Technische Mechanik der Universität Kaiserslautern und habilitierte sich 1984. Zwei Jahr später folgte er einem Ruf als Professor für Technische Mathematik an die Paderborner Hochschule. Von 1987 bis 1989 gehörte Richard als Dekan des Fachbereichs Maschinentchnik der Forschungskommission der Universität an. Seit 1991 ist Richard Rektor der Universität-Gesamthochschule.

Bild unten rechts: Prof. Dr.-Ing. Hans Albert Richard, Rektor an der Universität-Gesamthochschule seit 1991.



Der Kanzler der Universität-Gesamthochschule, Ulrich Hintze, stammt aus Berlin. Dort war er Verwaltungschef der Pädagogischen Hochschule, bevor er 1972 zum Kanzler der neu zu gründenden Gesamthochschule Paderborn ernannt wurde. Bis heute leitet er die Verwaltung der Hochschule, die zunächst in einem Gebäude in der Geroldstraße untergebracht war, bis sie in den B-Trakt des Neubaus an der Warburger Straße umziehen konnte.

Bild: Gesamthochschulkanzler unter sich. Ulrich Hintze, auf dem Foto ganz rechts, im Kreise seiner Kollegen aus Siegen, Wuppertal, Hagen und Duisburg.

Die Damen und Herren der Verwaltung haben sich hier fast vollständig für ein Gruppenfoto versammelt. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vom Dezernat 1 kümmern sich um die allgemeine Verwaltung, Haushalts-, Rechnungs- und Kassenwesen und um die Beschaffung. Ihre Kollegen vom Dezernat 2 sind zuständig für Planung und Entwicklung; die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Dezernat 3 für Akademische und Studentische Angelegenheiten. Um Organisation und Personal bemüht sich Dezernat 4, während Dezernat 5 Bau- und Liegenschafts- sowie Betriebstechnische Angelegenheiten besorgt.

Bild: Fast die gesamte Verwaltung hat sich hier zusammen mit dem Rektorat zum Gruppenfoto eingefunden.



Die innere Struktur der Hochschule sieht zunächst einmal kompliziert aus, gliedert sich jedoch in drei große Bestandteile: Das Rektorat, im Bild rot unterlegt, den Verwaltungsbereich auf der linken und die Gremien der akademischen Selbstverwaltung auf der rechten Seite des Schaubilds.

Zu den wichtigsten Gremien gehören:

Das Rektorat ist das zentrale Leitungsorgan der Hochschule. Die sechs Mitglieder, der Rektor als Vorsitzender, vier Prorektoren und der Kanzler, bereiten die Sitzungen des Senats vor und führen dessen Beschlüsse aus. Die Zentrale Hochschulverwaltung ist direkt dem Kanzler unterstellt. Unter den Dezernaten 1 bis 5 sind die verschiedenen Verwaltungs- und Planungsaufgaben der Hochschule aufgeteilt.

Die Zentralen Betriebseinheiten, wie Universitätsbibliothek, Hochschulrechenzentrum, Zentrale Studienberatung und Audiovisuelles Medienzentrum stehen unter der Verantwortung des Senats. Sie bieten Dienstleistungen für die gesamte Hochschule.

Dem Senat gehören, mit unterschiedlicher Sitzzahl, die gewählten Vertreter der einzelnen Statusgruppen an. Außer dem Rektor, der den Vorsitz hat, setzt sich der Senat aus zwölf Professoren und jeweils vier wissenschaftlichen Mitarbeitern, Studierenden, nicht-wissenschaftlichen Mitarbeitern und beratenden Mitgliedern, darunter der Kanzler, zusammen. Der Senat ist zuständig für alle Angelegenheiten in Forschung, Lehre und Studium, die die gesamte Hochschule betreffen oder von grundsätzlicher Bedeutung sind, wie z. B. die Studienreform und die Neuordnung des Hochschulwesens, die Festsetzung von Zulassungszahlen, die Errichtung von Fachbereichen und Einrichtungen sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Der Senat verabschiedet Beschlüsse über Satzungen und Ordnungen der Hochschule und Fachbereiche und macht Vorschläge zur Wahl des Rektors und der Prorektoren. Er beschließt über Vorschläge zur Berufung von Professoren.

Der Konvent setzt sich aus 22 Professoren und jeweils sieben Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der Studenten und der nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter zusammen. Der Konvent beschließt über die Grundordnung der Hochschule und wählt den Rektor und die Prorektoren. Er nimmt den Rechenschaftsbericht des Rektorats und des Kuratoriums entgegen.

Das Kuratorium schließlich besteht aus Vertretern der Hochschule und Repräsentanten des wirtschaftlichen und politischen Lebens der Region.

Bild: Die Hochschule mit dem Doppelkopf - Schaubild zur Struktur der Universität-Gesamthochschule Paderborn.

Doppelkopf: Verwaltung und Selbstverwaltung



Die "Krone" der Rechte

Die andere "Krone" der Rechte



18. Kuratorium des 19. Jhd.

Konvent

- 12 Professoren
 - 2 wissenschaftliche Mitarbeiter
 - 2 Studierende
 - 2 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter
- Der Konvent beschließt über die Finanzierung der Hochschule und wählt den Rektor. Er ist die höchste Entscheidungsgewalt der Hochschule und der Träger der Verantwortung.



Rektorat

Der Rektor leitet die Hochschule. Er beruft die Fakultäten ein und ist der zentrale Ansprechpartner für die Öffentlichkeit.

Rektor

- 4 Professoren
- 4 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Kurator

- 12 Mitglieder des Kuratoriums
- 2 Professoren
- 2 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Kuratorium

- Bürgermeister der Stadt Paderborn
 - Stadtschreiber der Stadt Paderborn
 - Vertreter der Stände Hörter, Mesebe und Mesebe
 - Rektor und Kantor
 - Vorsitzender des ASIA
 - bis zu 12 vom Senat zu bestimmende Mitglieder
- Das Kuratorium kümmert sich um die gesamte Erhaltung der Hochschule und führt die Hochschule in alle Belange.

Kommissionen

- Kommission für Planung und Finanzen
 - Kommission für Lehre, Studium und Studentenservice
 - Kommission für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs
 - Förderkommission für Lehrstuhlinhaber
- Die Kommissionen sind die wichtigsten Gremien der Hochschule. Sie unterstützen den Senat in der Verwaltung der Hochschule.

Senat

- Rektor (Vorsitz)
 - 12 Professoren
 - 2 wissenschaftliche Mitarbeiter
 - 2 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter
 - 2 Studierende
 - 2 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter
- Der Senat ist das höchste Gremium der Hochschule. Er beschließt über die wichtigsten Angelegenheiten der Hochschule.

Zentrale Betriebseinheiten

- Zentralverwaltung
- Zentralbibliothek
- Zentraldruckerei
- Zentralwerkstatt
- Zentralwerkstatt

Zentrale Hochschulverwaltung

- Kanzlei
- Präsenztische
- Dezernat 1: Allgemeine Verwaltung, Hochschul-, Buchungs- und Konzeptionswesen, Beschaffung
- Dezernat 2: Planung und Entwicklung
- Dezernat 3: Akademische und Studienstufengruppen, Akademisches Auslandsamt
- Dezernat 4: Organisation und Personal
- Dezernat 5: Bau- und Liegenschaftswesen, Betriebswirtschaftliche Angelegenheiten



19. Gleichstellungskommission

Gleichstellungskommission

- 2 Professoren
- 2 wissenschaftliche Mitarbeiter
- 2 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter
- 2 Studierende

Der Senat ist für alle Angelegenheiten in der Hochschule zuständig. Er beschließt über die wichtigsten Angelegenheiten der Hochschule.



20. Sitzung des Senats



21. Der Senat des 19. Jhd.

Zentrale Wissenschaftliche Einrichtungen

- Zentralbibliothek
- Zentraldruckerei
- Zentralwerkstatt
- Zentralwerkstatt



22. Sitzung des Senats

17 Fachbereichsräte

- Dekan
- 7 Professoren
- 2 wissenschaftliche Mitarbeiter
- 1 nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter
- 2 Studierende
- 2 Frauenbeauftragte der Fachbereiche

Abteilungen Hörter, Mesebe und Mesebe

- Abteilungsleiter
- Leiter der Abteilungsverwaltung

Paderborn	
Fachbereich 1: Pädagogik, Erziehungswissenschaften	Fachbereich 7: Wirtschaftswissenschaften
Fachbereich 2: Rechtswissenschaften, Politikwissenschaft, Soziologie	Fachbereich 8: Philosophie
Fachbereich 3: Informatik, Elektrotechnik	Fachbereich 9: Musik
Fachbereich 4: Kunst, Medien, Gestaltung	Fachbereich 10: Naturwissenschaften I
Fachbereich 5: Chemie und Umweltwissenschaften	Fachbereich 11: Naturwissenschaften II
Fachbereich 6: Biologie	Fachbereich 12: Betriebswirtschaftliche Fakultät
Fachbereich 13: Betriebswirtschaftliche Fakultät	Fachbereich 14: Betriebswirtschaftliche Fakultät
Fachbereich 15: Betriebswirtschaftliche Fakultät	Fachbereich 16: Betriebswirtschaftliche Fakultät
Fachbereich 17: Betriebswirtschaftliche Fakultät	

Hörter
Fachbereich 1: Landwirtschaft
Fachbereich 2: Betriebswirtschaftliche Fakultät

Mesebe
Fachbereich 3: Betriebswirtschaftliche Fakultät
Fachbereich 4: Betriebswirtschaftliche Fakultät
Fachbereich 5: Betriebswirtschaftliche Fakultät
Fachbereich 6: Betriebswirtschaftliche Fakultät

Mesebe
Fachbereich 7: Betriebswirtschaftliche Fakultät
Fachbereich 8: Betriebswirtschaftliche Fakultät
Fachbereich 9: Betriebswirtschaftliche Fakultät
Fachbereich 10: Betriebswirtschaftliche Fakultät

Fachbereiche sind eigenständige Einheiten der Hochschule. Sie gestalten die Verantwortung der Lehre, der Forschung und der Verwaltung der Hochschule.

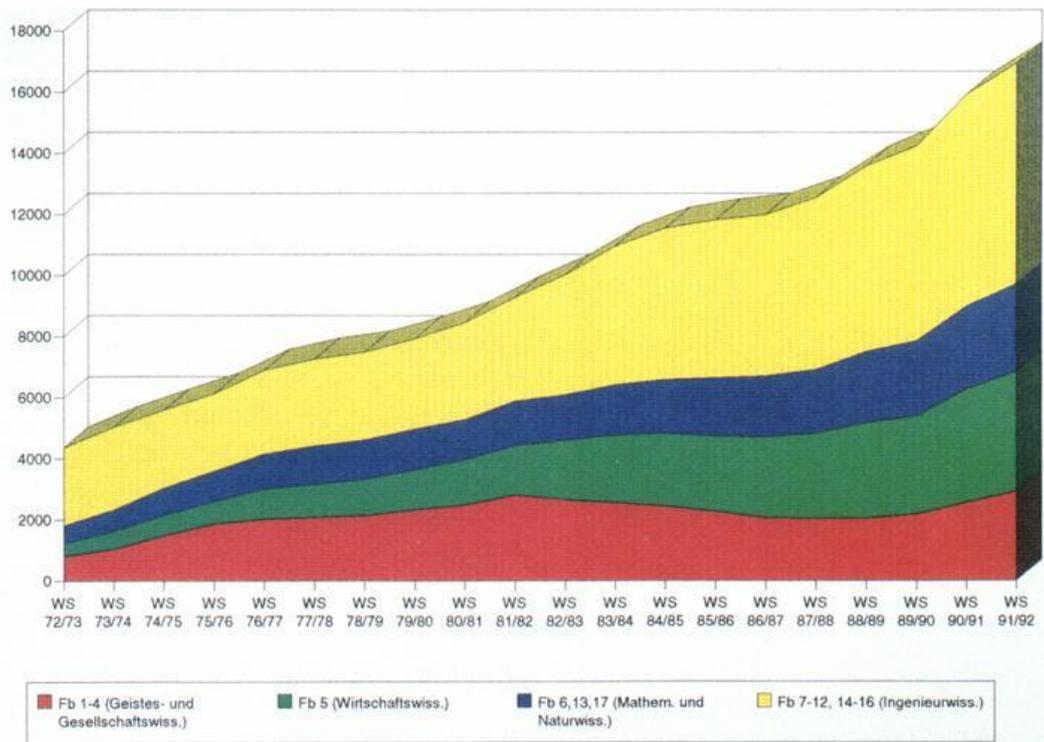
Ursprünglich war die Gesamthochschule ein Zentrum der Lehrerausbildung und der Ingenieurwissenschaften. Die Wirtschaftswissenschaften und die Informatik spielten 1972 noch keine große Rolle. Der Charakter der Hochschule hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren drastisch zu Lasten der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften verändert. Das Fach Wirtschaft boomte, während die Studiengänge Sozialwissenschaften für das Lehramt gestrichen wurden und die Studierendenzahlen in den geisteswissenschaftlichen Fächern - bedingt durch die Lehrerarbeitslosigkeit - in den 80er Jahren zurückgingen. Die Naturwissenschaften verloren die Biologie, dafür erlebte die Informatik einen Aufschwung. Den größten Anteil an der Gesamtzahl aller in Paderborn eingeschriebenen Studenten bilden heute die angehenden Ingenieure, die sich im wesentlichen auf die Fächer Elektrotechnik, Maschinenbau, Wirtschaftsingenieurwesen und Ingenieurinformatik verteilen. Die zweitgrößte Studierendengruppe stellen die Wirtschaftswissenschaften, darauf folgen die Mathematik- und Naturwissenschaften. Die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften bilden in Paderborn das Schlußlicht.

Bild: Grafik zur Entwicklung der Studierendenzahlen in den einzelnen Fachbereichen.

Im Gegensatz zu ihren Kommilitonen mit Abitur müssen Studienanfänger mit Fachhochschulreife während des Grundstudiums sogenannte Brückenkurse belegen, um nach dem Grundstudium das Hauptstudium II wählen zu können. Mit je 80 Stunden Unterricht in Deutsch, Mathematik und Englisch und einer vierstündigen Abschlußklausur soll der Wissensrückstand gegenüber den Abiturienten aufgeholt werden. Studierende sahen in der Verpflichtung zum Brückenkurs eine Abkehr vom Prinzip der Chancengleichheit, das ursprünglich Fachoberschulabsolventen ein normales Hochschulstudium ohne Sonderauflagen ermöglichen sollte.

Mittlerweile hat sich die Aufregung gelegt, und Brückenkurse werden auch unter Abiturienten als probates Mittel zur Auffrischung ihrer Mathematik-Kenntnisse anerkannt.

Bild: Brückenkursbutton der ‚Brückenkurs AG der Gesamthochschule Paderborn‘.



Eine an bundesdeutschen Hochschulen seltene Einrichtung ist die Theatergruppe Studiobühne. Die Schauspielergruppe von Studierenden und anderen Hochschulangehörigen ist nicht etwa eine reine Freizeitbeschäftigung, sondern fest in den Lehrplan der Hochschule integriert. In regulären Lehrveranstaltungen, die Studierenden aller Fachrichtungen offen stehen, werden gemeinsam mit Fachleuten die Texte erarbeitet, die Stücke inszeniert und vor kundigem Publikum aus der Hochschule und der Umgebung aufgeführt. Gefühl, Ausdruck, Körpersprache und Bühnenhandlung lassen schließlich papierne Texte lebendig werden, eröffnen aber auch den „kopflastigen“ Studenten ganz neue Erfahrungen. Während des Semesters wird die Inszenierung vorbereitet, die „heiße“ Probenphase findet in den Semesterferien statt. Die Professionalität der Studiobühne kommt u.a. dadurch zum Ausdruck, das schon einige Schauspieler des Ensembles ein Engagement bei den Paderborner Kammerspielen als Sprungbrett zu einer Schauspielerkarriere nutzten. Die Studiobühne, die über ein eigenes Theatergebäude auf dem Campus verfügt, blickt mittlerweile auf eine 30jährige Tradition zurück. 1961 brachte sie unter der Leitung von Prof. Dr. Dr. Kienecker zum erstenmal ein Stück auf die Bühne: Thornton Wilders „Glückliche Reise“. Auch zahlreiche Erstaufführungen wurden dem Paderborner Publikum geboten, darunter Paul Claudels „Tobias und Sara“ und „Das Zeichen des Kreuzes“ von Gabriel Marcel. Seit 1970 wird die Studiobühne von Dr. Wolfgang Kühnhold geleitet.

Bild: Szenefoto aus ‚Heinrich dem IV‘, eine Inszenierung der Studiobühne Paderborn.

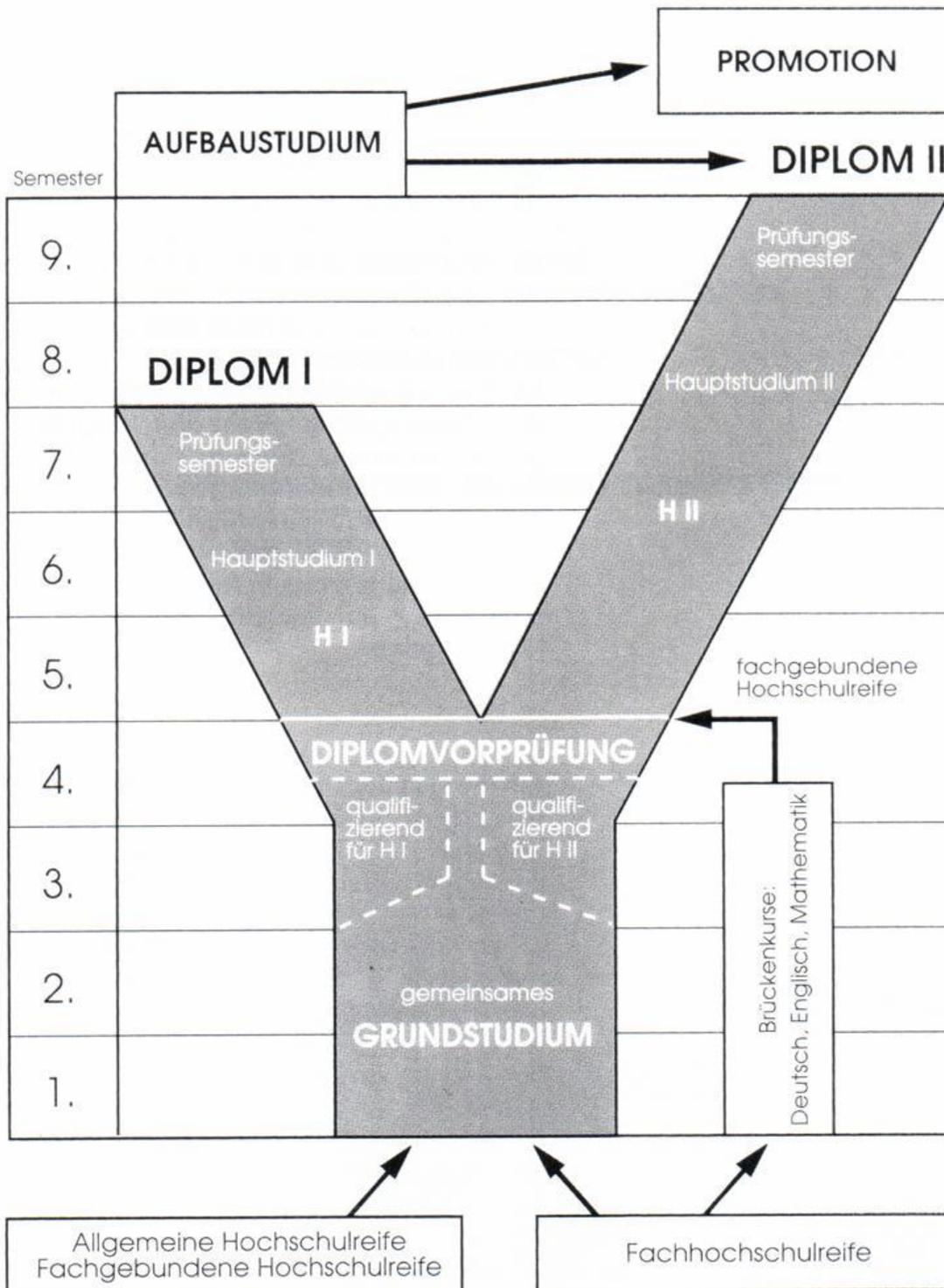


Vor der Gründung von Gesamthochschulen war ein Universitätsstudium für Fachhochschulabsolventen ein zeitaufwendiges Unterfangen.

Ein Absolvent der Fachhochschule im Studiengang Maschinenbau, der nach dem Grundstudium an der Universität weiterstudieren wollte, bekam seine Studienleistungen aus dem Fachhochschulstudium nicht anerkannt und mußte an der Universität ganz von vorne anfangen.

Die integrierten Studiengänge an Gesamthochschulen stehen Fachoberschulabsolventen und Abiturienten offen, die ein gemeinsames Grundstudium absolvieren. Nach dem sogenannten Y-Modell hat der Student mit Allgemeiner Hochschulreife nach der Diplomvorprüfung die Möglichkeit, sich zwischen einem praxisorientierten Kurzzeitstudiengang, Hauptstudium (H1), und einem theorieorientierten Langzeitstudiengang (H2) zu entscheiden. Bewerber mit Fachhochschulreife erlangen durch die Teilnahme an sogenannten Brückenkursen und nach abgeschlossenem Grundstudium die fachgebundene Hochschulreife und können damit das Langzeitstudium (H2) einschlagen. Absolventen des Hauptstudiums I haben die Möglichkeit, nach einem Aufbaustudium zu promovieren. Das Y-Modell erleichtert den Wechsel zwischen verschiedenen Ausbildungsgängen und ermöglicht Fachoberschulabsolventen ein Universitätsstudium.

Bild: Grafik zum Y-Modell



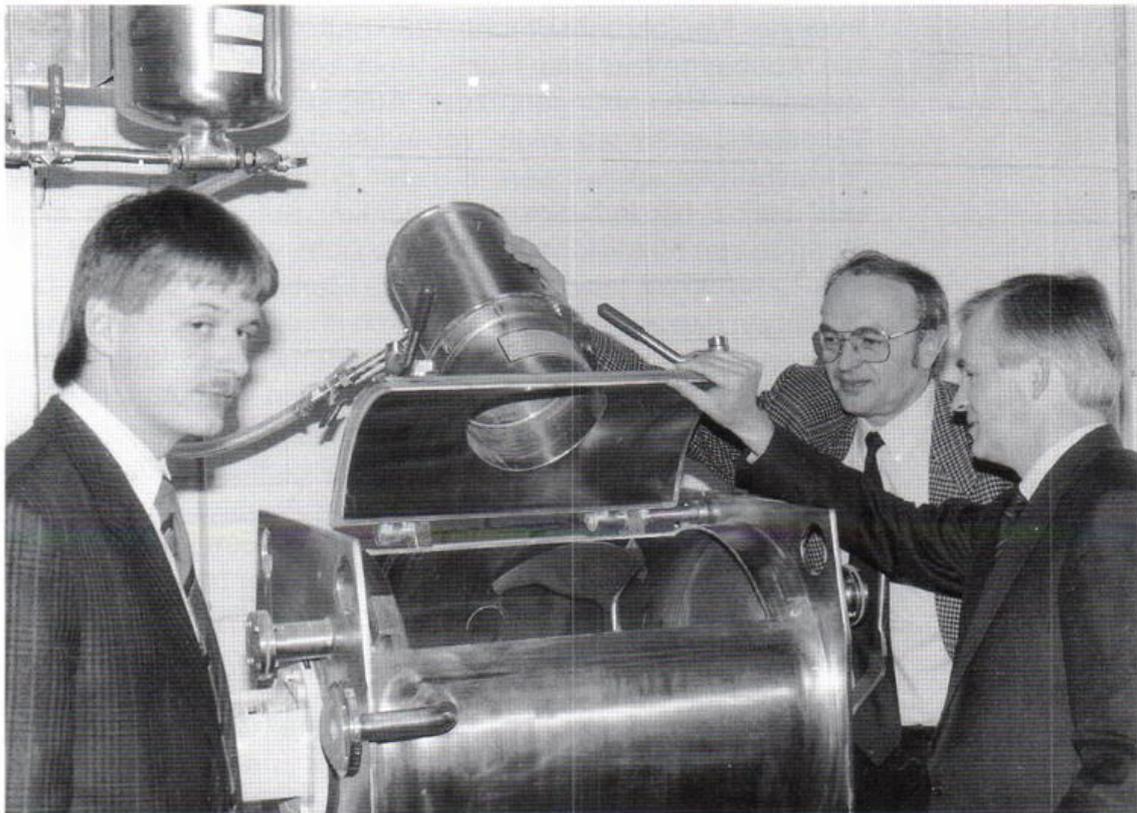
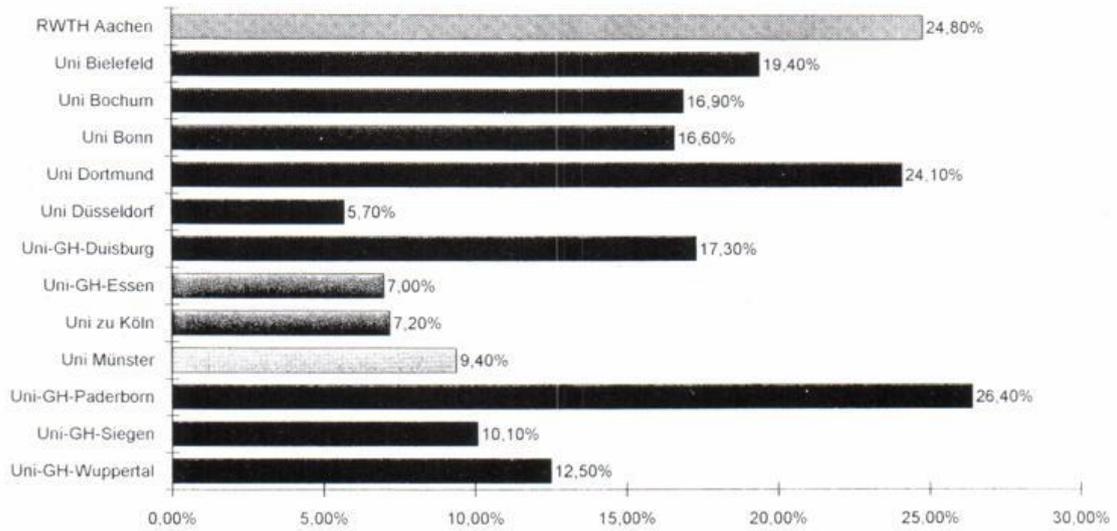
Eine ingenieurwissenschaftlich ausgerichtete Hochschule mit einer großen Zahl von Forschungsschwerpunkten kommt gerade in Zeiten öffentlicher Finanznot nicht ohne finanzielle Unterstützung von außen aus. Diese sogenannten Drittmittel stammen zum Großteil aus Forschungsförderungseinrichtungen und gemeinnützigen Stiftungen. Ein geringer, aber stetig wachsender Anteil wird von der Privatwirtschaft aufgebracht. Die Paderborner Hochschule konnte die Einwerbung von Drittmitteln zwischen 1980 und 1992 um über 1100 Prozent von 3,3 Millionen auf über 40 Millionen DM steigern. Die Graphik zeigt, daß die Paderborner Universität-Gesamthochschule mit ihrem Drittmitteletat in Relation zum Gesamtetat den ersten Platz unter den nordrhein-westfälischen Hochschulen belegt.

Bild: Drittmitteletats in Relation zu den Gesamtetats an nordrhein-westfälischen Hochschulen.

Die meisten Drittmittel können die Ingenieurwissenschaften und die Informatik auf sich vereinigen. Die Geisteswissenschaften schneiden - gemessen an ihren Studierendenzahlen - erstaunlich gut ab. Wenig Drittmittel wirbt dagegen der Fachbereich Wirtschaft trotz hoher Studentenzahlen ein. Obwohl die Drittmittelförderung bei vielen wichtigen Forschungsprojekten unabdingbar ist, warnen manche Kritiker vor einer zunehmenden Abhängigkeit und Einflußnahme der Wirtschaft auf die Hochschulforschung. Gleichwohl ist die Hochschule auf Drittmittel angewiesen, um ihre Aufgaben in Forschung und Lehre erfüllen zu können.

Bild: Kooperation auf dem Gebiet der Aufbereitung pulverförmiger Schadstoffe zwischen der Firma Gebr. Lödige und der Fachgruppe Mechanische Verfahrenstechnik der Universität-Gesamthochschule Paderborn.

Gesamtdrittmitteletat der Hochschulen in NRW in % am Gesamtetat



Wissenschaftsministerin Anke Brunn läßt sich von Heinz Nixdorf die Funktionsweise des Cadlab erläutern. Heinz Nixdorf, der Paderborner Computerpionier und Förderer der Universität-Gesamthochschule, hat mit seiner finanziellen Unterstützung die Einrichtung des Cadlab ermöglicht. Das Cadlab (Computer Aided Design Laboratory) erleichtert mit Hilfe von Computern die Entwicklung neuer digitaler Systeme und Schaltkreise.

Schon 1984 wurden zwischen Heinz Nixdorf und Vertretern der Landesregierung Gespräche aufgenommen, um eine Kooperation zwischen der Firma Nixdorf und der Hochschule im Bereich der rechnergestützten Schaltkreisentwicklung einzurichten. Aus dieser Zusammenarbeit ist die Konzeption des Cadlab hervorgegangen, dessen Weiterentwicklung 1985 vertraglich vereinbart wurde.

Bild: Einweihung des Cadlab im Februar 1986.

In seiner Neujahrsansprache 1986 hatte sich der Rektor über die Ausbaufizite der Hochschule beklagt. Trotz der wiederholten Bemühungen, den Ausbau zukunftsweisender Forschungsschwerpunkte voranzutreiben, war noch kein Fortschritt erzielt worden. Bei der Einweihung des Cadlab griff Heinz Nixdorf diesen Gedanken auf und stellte eine Spende von 50 Millionen DM in Aussicht, wenn der Bund und das Land NRW jeweils die gleiche Summe beisteuern. Die zwischen diesen Trägern vertraglich vereinbarte Stiftung sah vor, eng mit Informatik oder Ingenieurwissenschaften verknüpfte Forschungsbereiche auszubauen und Abschlußarbeiten der Geistes-, Natur- und Wirtschaftswissenschaften zu fördern, die sich auf diese Thematik beziehen. Der Errichtung des Heinz-Nixdorf-Instituts ist der Ausbau der Informatikstudiengänge zu verdanken sowie die Einrichtung eines Graduiertenzentrums. Darüber hinaus konnte durch den Neubau eines Gebäudeteils die Hauptnutzfläche der Hochschule um 3.500 m² aufgestockt werden.

Bild: Das von Heinz Nixdorf geförderte neue E-Gebäude, Sitz des Zentrums für Informatik und Technologie (Heinz-Nixdorf-Institut).



Wo kann man die Zusammenhänge der Waldökologie besser studieren als im Wald selbst? Höxteraner Studenten des Faches Umwelttechnik unternehmen eine Exkursion, um an Ort und Stelle den Zustand des Waldes zu erkunden. Die Beschäftigung mit der Ökologie des Waldes ist nur ein Schwerpunkt in dem Bemühen, die Folgen menschlicher Eingriffe in Natur und Umwelt zu ermitteln und Techniken zu entwickeln, mit denen diese Eingriffe reduziert bzw. umweltverträglich und ressourcenschonend gestaltet werden können. Unter der Überschrift Umwelt, Mensch und Technik werden diese Untersuchungen vor allem in den Abteilungen Höxter, Meschede und Soest zusammengefaßt. Der interdisziplinäre Ansatz erlaubt, die Auswirkungen jedes einzelnen Umwelteingriffs exakt herauszuarbeiten und auf diese Weise genaue Grundlagen für wirtschaftliche, ökologische und administrative Handlungsanweisungen zu entwickeln. Oberstes Ziel all dieser Bemühungen ist es, Umweltschädigungen zu minimieren und marktwirtschaftliches Handeln mit dem Umweltschutz in Einklang zu bringen.

Bild: Waldexkursion eines Ökologie-Seminars aus Höxter.

In Schloß Corvey schlummerte über 100 Jahre lang ein bibliophiler Schatz. Über 67.000 Bücher, die vornehmlich aus dem frühen 19. Jahrhundert stammen und von denen einige weltweit in keiner öffentlichen Bibliothek mehr nachweisbar sind, werden von Literaturwissenschaftlern der Universität-Gesamthochschule Paderborn erschlossen. Die Hochschule schloß 1985 einen Vertrag mit dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Prinzen von Ratibor und Corvey, S.D. Franz-Albrecht Metternich-Sandor, um die einzigartige Bibliothek für wissenschaftliche Zwecke nutzen zu können. Der Direktor der Universitätsbibliothek koordiniert gemeinsam mit Literaturwissenschaftlern der Hochschule die Bestandsaufnahme. Als erstes wird ein Katalog erstellt und eine Microfiche-Edition erarbeitet, die zunächst etwa die Hälfte des Bestandes erfaßt. Weiterhin ist eine Reihe mit Nachdrucken seltener, wissenschaftlich interessanter und besonders schöner Bände geplant. Ein interdisziplinäres Schwerpunktprogramm „Geschichte der Literatur im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts in Deutschland, Frankreich und England“ faßt Forschungsprojekte der Germanistik, Anglistik und Romanistik zusammen.

Bild: Die Bibliothek in Schloß Corvey birgt eine Sammlung von Büchern aus dem frühen 19. Jahrhundert. Literaturwissenschaftler der Universität-Gesamthochschule erfassen im Rahmen eines Forschungsprojekts den Bestand und geben besonders seltene Bände neu heraus.

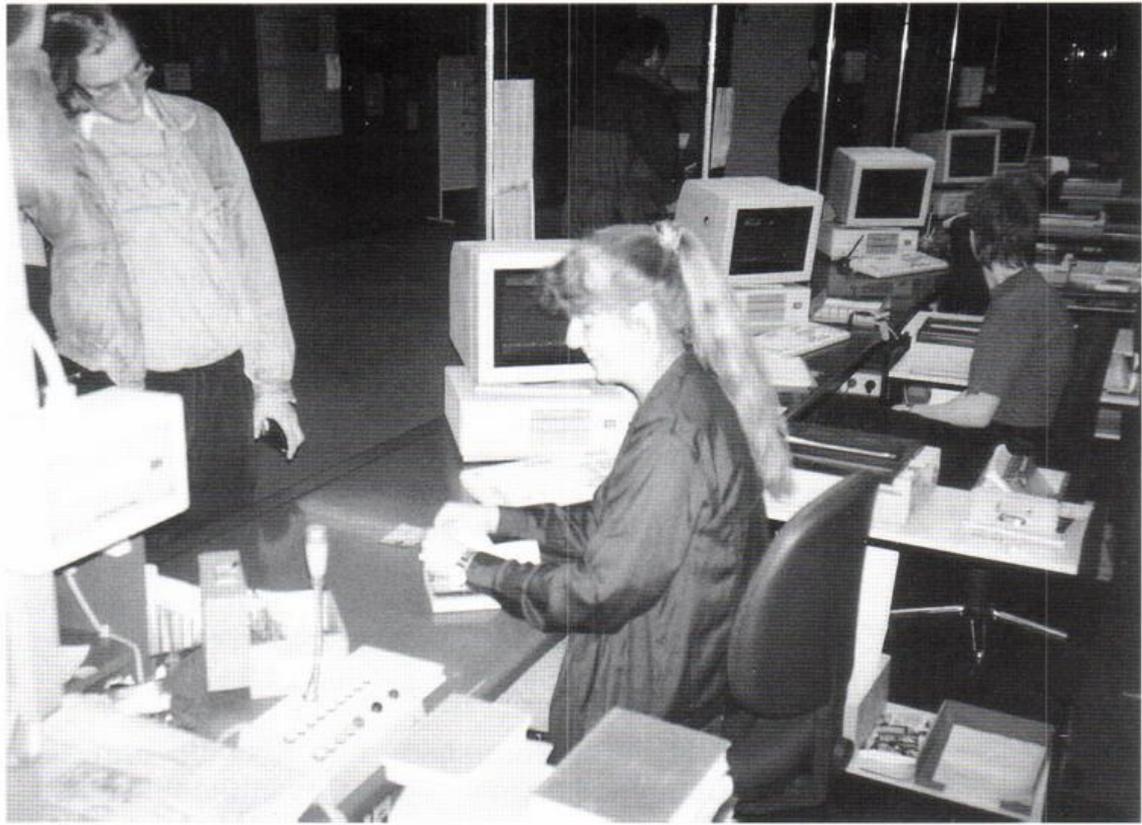


Bücher, Publikumsverkehr und Computerterminals bestimmen den Arbeitsalltag der Bibliothekarinnen. Mehr als eine Million Bücher stehen in den Regalen der Universitätsbibliothek und ca. 3.900 wissenschaftliche Zeitschriften sind abonniert. Reichlich Arbeit für die rund 75 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bibliothek, die am Tag ca. 5.000 Buchungen vornehmen. Die Bibliothek selbst ist benutzerfreundlich - als Freihandbibliothek konzipiert, d.h. die Bücher sind, systematisch nach Fachgebieten aufgestellt, zu ca. 95% frei zugänglich. Für die Literatursuche stehen dem Benutzer ein alphabetischer und ein systematischer Katalog zur Verfügung sowie ein Stichwortverzeichnis. Die Kataloge selbst sind in Microfiche-Form und können über Lesegeräte benutzt werden. Neuerdings sind alle Katalogdaten über einen Online-Publikumskatalog abrufbar. Darüber hinaus bietet die Bibliothek an fast 20 Terminals die Möglichkeit, in den Beständen fast aller großen öffentlichen Bibliotheken, in Fachdatenbanken sowie im Verzeichnis lieferbarer Bücher zu recherchieren.

Bild: Bibliothekarin bei der Arbeit. Statt Karteikästen erleichtern heute Computer die Buchungsvorgänge.

Von den Sekretärinnen hängt das reibungslose Funktionieren des Arbeitsablaufs in der Hochschule ab. Sie sind die Anlaufstelle für Studierende, halten „ihrem“ Professor den Rücken frei, erledigen zur Not auch mal außerhalb der Arbeitszeit dringende Arbeiten und sind wandelnde Informationsbörsen für alle, die irgendwelche Fragen zum Fachbereich haben. Die Liste der Qualifikationen ist damit noch nicht zu Ende. Sekretärinnen müssen sich um den geregelten Arbeitsablauf innerhalb des jeweiligen Lehrstuhls kümmern, müssen sich z.T. in Fremd- und Fachsprachen auskennen, Verwaltungsarbeit erledigen und oft komplizierte Computerprogramme beherrschen. Trotz all dieser Anforderungen werden sie tariflich seit 1969 lediglich als Schreibkraft eingruppiert und nicht als Sachbearbeiterinnen. Beförderungsmöglichkeiten gibt es im allgemeinen nicht.

Bild: Typischer Arbeitsplatz einer Sekretärin. Zwischen Faxgerät, Telefon und Computer sorgt sie für einen geregelten Arbeitsablauf.



Mit viel Schwung befördern Freunde und Studienkollegen den frisch gebackenen Doktor Axel Friedrich über den Campus. Friedrich, der bei Professor Langemann in Fachbereich 13 promovierte, hatte möglicherweise das Glück im Rahmen eines Promotionsstipendiums gefördert zu werden. Doch Förderung ist nicht gleich Förderung. Die Höhe der Stipendien bzw. die Verfügbarkeit von Stellen, auf denen promoviert werden kann, ist von Fachbereich zu Fachbereich verschieden, spiegelt aber in etwa die Arbeitsmarktsituation der zukünftigen Absolventen wider. Während sich Doktoranden in den Geisteswissenschaften mit 1.200 DM-Stipendien oder mit auf ein Jahr befristeten Wissenschaftlichen Hilfskraft-Stellen (ca. 2.000 DM) zufrieden geben müssen, haben ihre Kollegen in den technischen und naturwissenschaftlichen Fachbereichen mehrere Jahre halbe (ca. 2.400 DM) oder sogar ganze BAT-Stellen (ca. 4.800 DM) inne.

Bild: Promotionsfeier mit Klamauk auf dem Campus der Universität- Gesamthochschule.

Im Wintersemester 1982/83 begrüßten Kanzler Ulrich Hintze und Johannes Freise, Mitarbeiter des Studentensekretariats, den 10000. Studenten, in diesem Fall eine Studentin, der Universität-Gesamthochschule mit einem Blumenstrauß. Trotz des ursprünglich formulierten Anspruchs von Gesamthochschulen, in traditionell bildungsfernen Regionen bisher benachteiligten Gruppen den Schritt zum Hochschulstudium zu erleichtern, sind in Paderborn lediglich 28% der eingeschriebenen Studierenden weiblich. Studentinnen bevorzugen nach wie vor die geisteswissenschaftlichen Fächer bspw. für das Lehramt und dringen nur langsam in die Männerdomänen wie Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften und Informatik vor.

Bild: Kanzler Ulrich Hintze begrüßt die 10000. Studierende an der Universität-Gesamthochschule Paderborn.



Wo bleiben die Frauen auf dem Weg zur Hochschulkarriere?

Obwohl der Frauenanteil heute unter den 17.000 Studierenden der Hochschule bei 28 Prozent liegt, sind nur 5,7 Prozent der 370 Professoren Frauen. Auch im Mittelbau ist der Frauenanteil mit 15 Prozent recht niedrig. Nur bei den nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern ist mit 42 Prozent eine Parität erreicht.

Doch je höher der berufliche Status, desto geringer der Frauenanteil. So ist es auch kein Wunder, daß die seit Januar 1979 neuberufenen Hochschullehrer bei einem Empfang des Gründungssenats im Frühjahr 1981 unter sich blieben.

Bild: Gruppenbild ohne Damen. Die Herren Professoren müssen auf einen Plausch mit Kolleginnen verzichten. Empfang im Jahre 1981 für die neu berufenen Hochschullehrer.

Um das Mißverhältnis von Frauen und Männern zu ändern, beschloß das Rektorat, den Frauenanteil in allen Bereichen der Hochschule zu erhöhen. So hat sich 11 Jahre nach dem Gruppenbild das Verhältnis von weiblichen und männlichen Professoren etwas gebessert. In den letzten Jahren konnte die Zahl der Professorinnen stark erhöht werden. Vor der Berufung der ersten Frau auf eine C4-Professur 1988, der höchstdotierten an den Hochschulen, lehrten nur neun Frauen an der Universität-Gesamthochschule. Im Jahr 1993 waren es schon 21, von denen 13 erst in den letzten drei Jahren berufen worden sind.

Die Vermutung, die vier hier abgebildeten Professorinnen seien nur wegen der Quotenregelung berufen worden, straft die Realität Lügen: Alle vier Frauen mußten sich im üblichen Bewerbungsverfahren gegen teilweise 20 bis 30 männliche Mitbewerber durchsetzen. Es bleibt zu hoffen, daß sich die Studentinnen an ihren Professorinnen ein Beispiel nehmen und ebenfalls in der Männerdomäne Hochschule eine Karriere anstreben.

Bild: Rektor Richard präsentiert vier 1992 neu berufene Professorinnen.



Die Institutionalisierung der Frauenförderung an der Paderborner Hochschule war ein mühsames Geschäft. Nach langen Diskussionen wählte der Hochschulsenat 1987 eine Frauenbeauftragte und eine Gleichstellungskommission, in der je zwei Frauen aus den vier Statusgruppen (Professoren, wiss. und nichtwiss. Personal sowie Studierende) vertreten sind. Darüber hinaus wurde in den folgenden Jahren in den meisten Fachbereichen und den zentralen Einrichtungen je eine Frauenbeauftragte gewählt.

Die materielle Ausstattung der Frauenbeauftragten ist jedoch unzureichend. Im Gegensatz zur Praxis anderer Hochschulen hat das koordinierende Büro keine Schreibkraft. Die Position der Frauenbeauftragten ist nicht besonders attraktiv. Die Amtsinhaberin muß ihre Hochschulkarriere quasi nebenberuflich vorantreiben, und sie macht sich durch Einwände in Berufungsverfahren nicht eben in der Hochschule beliebt. Als die letzte Frauenbeauftragte des Senats an die Universität Göttingen wechselte, blieb die hiesige Position der Frauenbeauftragten des Senats lange Zeit unbesetzt. Im Herbst 1993 hat der Senat eine halbe BAT Ila-Stelle für die Frauenbeauftragte beantragt, die sich bislang mit einer Wissenschaftlichen Hilfskraftstelle begnügen muß.

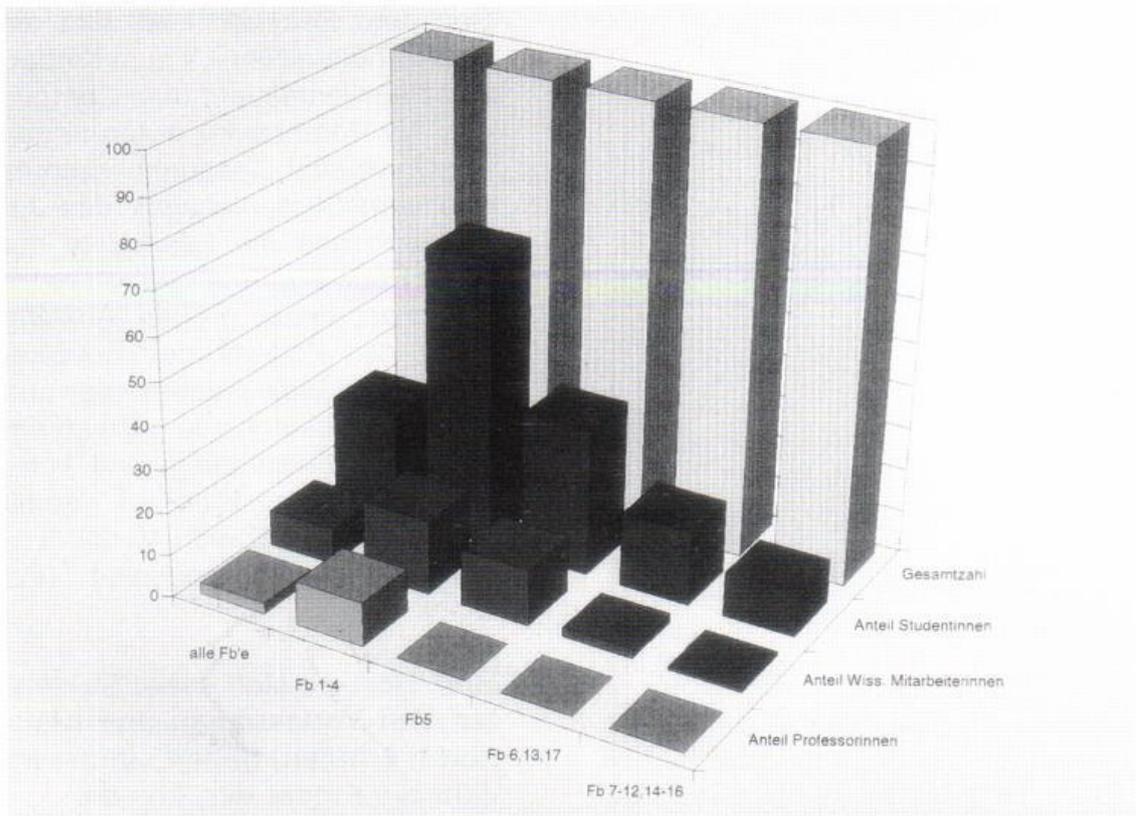
Bild: Der Frauenanteil der Universität-Gesamthochschule nach Fachbereichen und Karrierestufen.

Die ungleiche Chancenverteilung von Frauen und Männern zeigt auch ein Blick auf den Frauenanteil beim Wissenschaftlichen Nachwuchs: Keine Frau konnte in den Jahren 1987 bis 1991 in Paderborn eine Habilitation abschließen. Doch trotz spezieller Förderprogramme der Landesregierung scheitern viele Frauen auf der akademischen Karriereleiter an einem banalen Hindernis: der Altersbeschränkung. Nach Studium, Promotion und der langen Phase der Kindererziehung ist das 45. Lebensjahr, die Altersgrenze der Förderprogramme, schnell überschritten.

Daß die Benachteiligung der Frau auch innerhalb der Hochschule diskutiert wird, zeigt der Modellversuch ‚Förderung von Studentinnen im Grundstudium in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern‘. Die Mitarbeiterinnen dieses Modellversuchs veranstalteten die Tagung ‚Frauen in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Berufen‘, die im November 1990 an der Universität-Gesamthochschule stattfand. Unter dem Aspekt ‚Hochschule als Ausbildungsplatz‘ wurde der Paderborner Modellversuch vorgestellt. Die Rahmenbedingungen von Frauen standen ebenso zur Diskussion wie die Frage, wollen Industrie und Wissenschaft überhaupt Frauen?

Zum Abschluß wurden die Arbeitsmarktchancen für Frauen in den Bereichen Hochschule, Öffentlicher Dienst und Industrie diskutiert.

Bild: Podiumsdiskussion während der Tagung ‚Frauen in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Berufen‘.



Seit dem Sommer 1980 lädt die Hochschule alljährlich zum Kinder- und Familienfest auf dem Campus ein. Als Veranstalter treten neben der Universität-Gesamthochschule und dem Studentenwerk das Jugendamt und die Sparkasse der Stadt Paderborn auf.

Das Fest findet großen Anklang unter der Paderborner Bevölkerung. Auch viele Paderborner und Paderbornerinnen, die nicht an der Hochschule beschäftigt sind, kommen mit ihren Familien. Somit knüpft das Fest auch Verbindungen zwischen Universität und Stadt.

Bild: Dort wo sich sonst Studenten von Vorlesungen und Klausuren erholen, geben einmal im Jahr die Kinder den Ton an.

Die Paderborner Sportstudenten und -studentinnen mußten lange auf ihre Sportanlagen warten. Von Anfang an versprochen, sollten sie spätestens 1976 zur Verfügung stehen, tatsächlich wurden sie erst 1982 eingeweiht. Heute können in der Sporthalle und in den Außenanlagen fast alle Sportarten im Rahmen des Hochschulsports ausgeübt werden. Das Spektrum reicht von Aikido über Schach und Unterwasser-Rugby bis hin zu Yoga. Insgesamt bietet der Hochschulsport mehr als 50 Sportarten an. Zu Spitzenzeiten nutzen bis zu 7.000 Hochschulangehörige die Angebote im Breiten-sport. Das Hochschulgelände bietet für alle Sportarten gute Bedingungen. Der Zugang ist offen und unbürokratisch, zudem stehen geschulte Mitarbeiter bei speziellen Fragen zur Verfügung.

Bild: Auch Behindertensport gehört dazu. Hochschulsport an der Universität-Gesamthochschule.



Das Hochschulorchester geht auf eine Initiative von Hochschulangehörigen zurück: Als im Wintersemester 1980/81 die Idee zu einer Orchestergründung in der Hochschule aufkam, fand sich auf Anhieb eine Kammerorchesterbesetzung zusammen. Mittlerweile ist das Hochschulorchester unter der Leitung von Prof. Dr. Wilfried Fischer ein fester Programmteil bei festlichen Veranstaltungen der Hochschule, wie hier bei den Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum 1992.

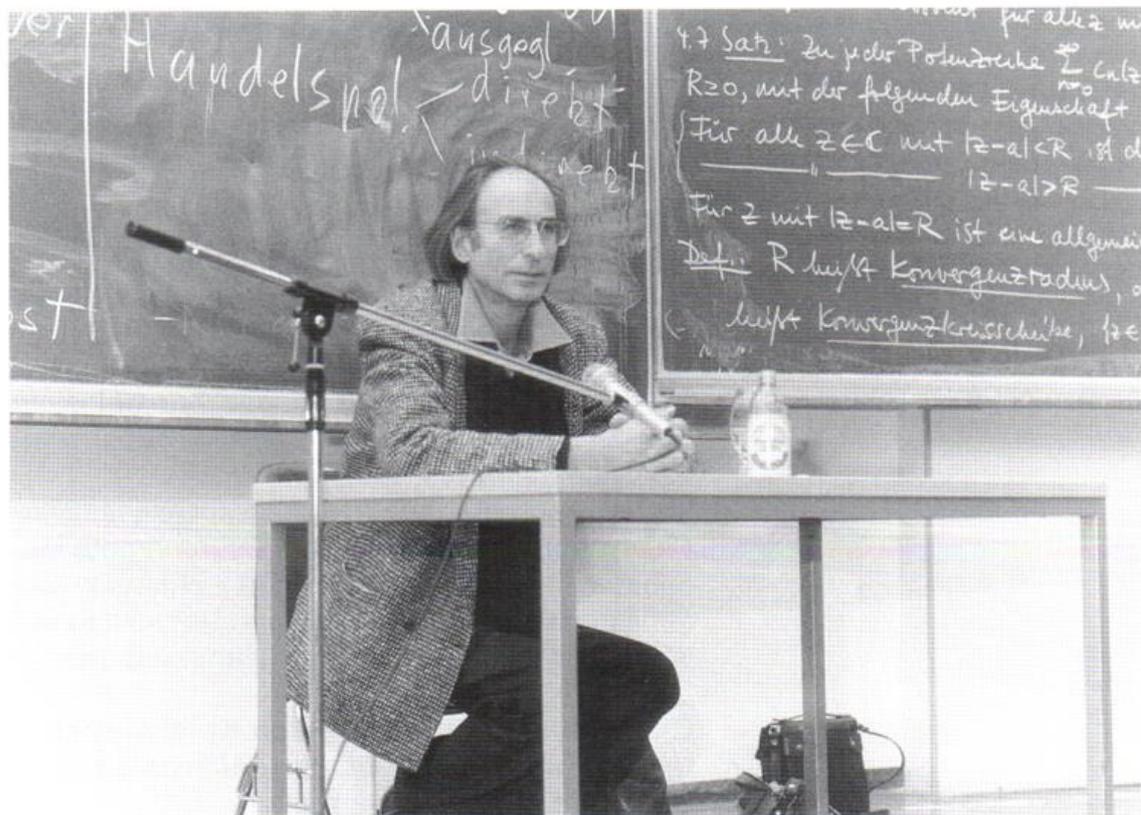
Das dem Fachbereich Kunst, Musik, Gestaltung zugeordnete Collegium musicum bietet in jedem Semester Arbeitsgemeinschaften und Übungen für alle Hochschulangehörigen an. Dazu gehören das Hochschulorchester, der Kammerchor, die Kammermusikgruppen, die Big Band und der Bläserkreis.

Bild: Das Hochschulorchester spielt anlässlich der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum der Universität-Gesamthochschule.

Seit 1983 hat der Fachbereich Sprach- und Literaturwissenschaften eine Gastdozentur für Schriftsteller eingerichtet. Bisherige Inhaber waren Max von der Grün, Erich Loest, Peter Schneider, Dieter Wellershoff, Eva Demski, Herta Müller, Günter Kunert und Uwe Timm. 1992 wurden alle bisherigen Inhaber einer Gastdozentur zu einer Veranstaltung in die Universität-Gesamthochschule eingeladen, um über die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten zehn Jahre zu diskutieren. Vielen Zuhörern sind diese Beiträge noch heute in Erinnerung. Mit der Gastdozentur von Schriftstellern ist es dem Fachbereich gelungen, eine Brücke zwischen der Hochschule und literaturinteressierten Mitbürgern aus der Paderborner Umgebung zu schlagen. Kaum eine andere Hochschulveranstaltung erfährt soviel Aufmerksamkeit von außerhalb.

Peter Rühmkorf übernahm im Wintersemester 1985/86 die Gastdozentur. Der Schriftsteller, der verschiedene Romane und Märchen verfaßte, las in Paderborn aus seinem Werk ‚Der Hüter des Misthaufens‘ das Stück ‚Enthüllung eines Denkmals‘.

Bild: Peter Rühmkorf bei seiner Gastdozentur in Paderborn.



Neben der Lehre ist die Forschung ein wesentliches Aufgabengebiet der 370 Professoren und Professorinnen, die an der Universität-Gesamthochschule Paderborn beschäftigt sind. Von ihrer Qualität hängt das Ansehen der Hochschule wesentlich ab. Die in den letzten Jahren steigende Anzahl von Berufungen Paderborner Professoren an andere Hochschulen ist Ausdruck der gestiegenen Bedeutung der Universität-Gesamthochschule.

Bild: Autor Dr. Josef Hilbert, Gelsenkirchen, Herausgeber Prof. Dr. Walter Müller-Jentsch und der Autor Dr. Hans-Joachim Sperling (beide Paderborn) vom Fachbereich Soziologie bei der Präsentation des Forschungsberichts über mittelständische Unternehmen in der Region.

Der wissenschaftliche Mittelbau ist keine einheitliche Gruppe.

Verschiedenartige Tätigkeiten wie die Betreuung von Einrichtungen und Geräten, Unterstützung von Lehre und Forschung und die selbständige Forschung zur Weiterqualifikation führen zu einer starken Aufsplitterung der Personalstruktur. Der Mittelbau setzt sich zur Zeit aus etwa 500 Beschäftigten zusammen, die teils vom Land und teils über Drittmittel finanziert werden. Viele Mitarbeiter haben nur befristete Stellen, so daß es sich um prekäre Arbeitsverhältnisse handelt.

Im Vergleich zu anderen Hochschulen muß für Paderborn eine starke Unterversorgung mit Mittelbaustellen konstatiert werden - ohne die wissenschaftlichen Mitarbeiter auf Drittmittelbasis würde der Lehrbetrieb völlig zusammenbrechen.

Bild: Sie sind stolz auf ihren Knickarmroboter, die wissenschaftlichen Mitarbeiter vom Fachbereich Elektrotechnik.



IV. Protestantischer Akademikersohn aus der Großstadt oder katholisches Mädchen vom Lande?

Studieren an der Universität-Gesamthochschule Paderborn

Sigrid Blömeke

„Mehr Studenten als Lehrlinge“, „Facharbeitermangel und Studentenberg“: Solche Schlagzeilen schrecken von Zeit zu Zeit die Bildungspolitiker auf. Das Studium hat an Attraktivität gewonnen: Mehr als 1,75 Millionen Studentinnen und Studenten kann man heute, Anfang der 90er Jahre, in der Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) zählen - 1,2 Millionen mehr als zu Beginn der Bildungsexpansion Anfang der 70er Jahre, bei weiterhin steigender Tendenz.

Das Wachstum an der Universität-Gesamthochschule Paderborn war noch weit rasanter: Hier hat sich seit der Gründung 1972, als mit nur 4.737 Studierenden begonnen wurde, ihre Zahl auf über 17.400 fast vervierfacht. Ein Ende der Entwicklung ist auch hier nicht abzusehen.

Doch ging dieser Anstieg der Studierendenzahlen auch mit einer breiteren Rekrutierung einher? Noch bis weit in die 60er Jahre hinein war das Studium sowohl schicht- als auch geschlechtsspezifisch geprägt. Studieren war ein Privileg von großstädtisch geprägten Akademiker- und Beamtenkindern, und hier vor allem der Söhne. Frauen waren weithin festgelegt auf das traditionelle Leitbild „Kinder, Küche, Kirche“, so daß das „Katholische Mädchen vom Lande“ Mitte der 60er Jahre als Sinnbild der Bildungsbenachteiligung ausgemacht wurde.

Die Bildungspolitiker Picht und Dahrendorf wiesen jedoch Mitte der 60er Jahre darauf hin, daß in Zeiten von „Sputnik-Schock“ und hochtechnisierter Dienstleistungsgesellschaft eine verstärkte Ausnutzung versteckter Bildungsreserven für den wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland unabdingbar sei. Das stieß eine Diskussion an, die schließlich zu bildungspolitischen Reformen großen Ausmaßes führte.

Gesamtschule, Oberstufenreform, Einführung des Schüler-BAFöG und Ausweitung des Zweiten Bildungsweges waren erste Schritte hin zu einer demokratischeren Verteilung der Bildungschancen. Besonders Nordrhein-Westfalen tat sich bei den weiteren Maßnahmen hervor: 1972 wurden auf einen Schlag fünf Gesamthochschulen gegründet, die zum Teil in traditionell bildungsferne Regionen gelegt wurden, u. a. nach Paderborn. Zusammen mit der Errichtung von vier neuen Universitäten im Jahrzehnt zuvor gewährleistete dies eine flächendeckende Versorgung mit Hochschuleinrichtungen. Doch auch die traditionellen Bastionen der Eliterekrutierung, die Universitäten, blieben nicht so, wie sie waren: Ihre Studiengänge wurden reformiert. Zudem ermöglichten Fachhochschulen auch Nicht-Abiturientinnen und Nicht-Abiturienten das Studium.

Mit welchem Erfolg? Wie setzt sich heute die Studentenschaft in den alten Bundesländern soziostrukturell zusammen? Aus welchen Regionen kommt die Mehrheit der Studierenden? Und unter welchen Bedingungen leben und arbeiten die Studentinnen und Studenten? Dies soll im folgenden bundesweit - anhand der Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks - und für die Universität-

Gesamthochschule Paderborn - anhand der im Archiv der Hochschule gesammelten Materialien - dargestellt werden.

Bildungseuphorie in den 70ern - Ernüchterung in den 80ern

Auffälligstes Ergebnis der Studentenwerksuntersuchungen (vgl. im folgenden Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft [BMBW] 1992a und BMBW 1992b) ist der große Unterschied zwischen den siebziger und den achtziger Jahren. Die siebziger Jahre können danach mit Recht als Jahrzehnt der Demokratisierung von Bildungschancen gesehen werden: Nicht nur gelang es, im Rahmen einer insgesamt drastisch ansteigenden Bildungsbeteiligung den Anteil von Kindern aus Arbeiterfamilien zu erhöhen, auch studierten erheblich mehr Frauen als zuvor. Dies war u.a. das Ergebnis der Ausweitung des Zweiten Bildungsweges. Nur gut ein Drittel der Studierenden war gezwungen, über die Semesterferien hinaus im Semester zu arbeiten, da um die 40% Unterstützung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) erhielten und so finanziell abgesichert waren.

In Paderborn lag diese Quote mit 46% sogar noch deutlich höher (vgl. im folgenden UniA PB. VIII.1.2.-1): ein Indiz dafür, daß hier an der Gesamthochschule in einer bildungsfernen Region neben dem höheren Anteil Studierender, die über den Zweiten Bildungsweg gekommen waren und deshalb elternunabhängig gefördert wurden, vermehrt Kinder aus einkommensschwächeren Familien studierten.

Die achtziger Jahren dagegen waren das Jahrzehnt der Rückkehr zu traditioneller Förderungspolitik und traditionellem Bildungsverhalten: Auf die Jahre der Reform folgte die Reaktion. Zum einen erfolgten BAFöG-Leistungen nur noch auf Darlehen, zum anderen sank die Gefördertenquote drastisch auf 28,3% 1988, weil die Richtlinien der BAFöG-Vergabe nicht an die Einkommensentwicklung angepaßt wurden. Das hatte gravierende Folgen: Soviele Studierende wie nie (1988 54%) mußten parallel zu ihrem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Der Anteil von Arbeiterkindern und Kindern kleiner Angestellter ging zurück. Das Gymnasium als Weg zur Allgemeinen Hochschulreife nahm auf Kosten des Zweiten Bildungsweges, den nur noch sieben Prozent aller Studienanfänger einschlugen, wieder an Bedeutung zu. Lediglich die Frauen haben sich nicht zurückdrängen lassen, der Anteil weiblicher Studierender hat weiter leicht zugenommen.

Besonders dramatisch verlief die Entwicklung an der Universität-Gesamthochschule Paderborn: Von der früher überdurchschnittlich hohen Gefördertenquote blieb nichts zurück. Sie sank von den 46% des Jahres 1980 über 36% im Jahr 1984 auf unter 30% 1988 und erreichte so den bundesweiten Durchschnitt. Darüber hinaus ist zu vermerken, daß rund zwei Drittel der BAFöG-Empfängerinnen und -Empfänger nicht einmal den Höchstsatz erhielten, sondern sich mit Summen zwischen 50,- und 700,- DM (einschließlich Miet- und Krankenkassenzuschuß) zufrieden geben mußten. So ist es nicht erstaunlich, daß in Meschede bei einer AStA-Umfrage zwei Drittel aller Studierenden angaben, neben dem Studium noch arbeiten zu müssen, und daß ein Drittel u. a. auf Ersparnisse zurückgriff.

Zu den Ergebnissen im einzelnen (jeweils alte Bundesländer):

Rund 30 Prozent der 18- bis 21jährigen Westdeutschen beginnen derzeit jährlich ein Studium an einer Universität oder an einer Fachhochschule. Der Anteil von Neuimmatrikulationen liegt dabei unter den Männern mit 36,4% noch immer deutlich höher als der Anteil unter den Frauen (23,9%).

	männl.	weibl.	insg.
1980	22,5	16,1	19,4
1985	22,9	15,7	19,3
1990	36,4	23,9	30,2

Studienanfängerinnen- und Studienanfängerquote 1980 bis 1990 (in %).

Anfang bis Mitte der 80er Jahre ging die Studienbereitschaft aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen (beginnende hohe Akademikerarbeitslosigkeit, BAFöG-Umstellung etc.) zurück. Hierbei handelte es sich jedoch vor allem um eine Reaktion der Frauen, Männer haben selbst in dieser Zeit noch vermehrt ein Studium aufgenommen. Das weist darauf hin, wie wenig selbstverständlich der Anspruch von Frauen auf eine gleichberechtigte Bildungsteilnahme trotz aller Reformen war.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren neben den Frauen die Arbeiterkinder die großen Gewinner der Bildungsexpansion. Lag ihr Anteil an der Gesamtzahl aller Studierender 1953 bei nur 4 Prozent, konnte dieser bis 1982 auf 16 Prozent vervierfacht werden, wenn damit die Unterrepräsentation auch noch lange nicht behoben war. In den 80er Jahren sank der Anteil wieder auf 13%.

Was der Rückgang bei dem Anteil der Arbeiterkinder seit Mitte der 80er Jahre gesellschaftspolitisch bedeutet, wird noch drastischer deutlich, wenn man berücksichtigt, daß er im wesentlichen auf den Rückgang von Kindern un- und angelernter Arbeiter zurückzuführen ist. Gleiches gilt für die Beamtenkinder, bei denen der Anteil von Kindern einfacher und mittlerer Beamter überproportional stark abnahm. Dagegen stieg der Anteil der Kinder von gehobenen und leitenden Angestellten und gehobenen und höheren Beamten.

Bildung in der Region

Über den Erfolg oder Mißerfolg eines anderen Reformanspruchs, nämlich daß mit der Gründung zahlreicher neuer Hochschulen Bildung in die Region gebracht werden sollte, liegen leider keine genauen Längsschnittuntersuchungen vor. Mitte der achtziger Jahre hat die Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz eine bundesweite Studie zur Studiensituation an Universitäten und Fachhochschulen unternommen (vgl. BMBW 1992a). Aus ihr geht für diesen Zeitraum hervor, daß immerhin rund 60 Prozent der Studierenden aus der nächsten Umgebung einer Universität oder Fachhochschule kommen. Die Bandbreite reicht dabei von 80 Prozent im Fall der neuen Universität Bochum und der neuen

Universität-Gesamthochschule Essen bis nur 30 Prozent im Fall der alten Universität Freiburg. Ob allerdings die Studierenden von Bochum und Essen auf eine andere Hochschule ausgewichen wären, wenn diese nicht gegründet worden wären, oder dann nicht studiert hätten, ist nicht untersucht worden.

Für die Universität-Gesamthochschule Paderborn, die wie Bochum und Essen einen Anteil von Studierenden aus der Region in Höhe von bis zu 80% aufweist, läßt sich allerdings festhalten, daß informelle Umfragen in ehemaligen Abiturjahren der umliegenden Kleinstädte ergaben, daß eine größere Zahl der in Paderborn Studierenden nicht woanders studiert hätte. Ohne die Möglichkeit, in der Nähe des Elternhauses und des Bekanntenkreises wohnen zu bleiben, hätten viele - wenigstens zunächst - lieber eine Lehre absolviert. Als der AstA der Paderborner Außenstelle Meschede 1986 eine Sozialerhebung startete, kam er zu dem in seiner Deutlichkeit überraschenden Ergebnis, daß mehr als ein Drittel der Mescheder Studierenden bei den Eltern wohnt und ein weiteres Drittel regelmäßig jedes Wochenende nach Hause fährt (vgl. UniA PB. A.VIII.1.2.-1).

Seit Ende der 70er Jahre ist zu beobachten, daß die Studierenden bei Studienbeginn immer älter werden, daß zudem die Spanne zwischen Erwerb der Hochschulreife und Studienbeginn größer wird. Zurückzuführen ist dies vor allem darauf, daß zunehmend mehr Studentinnen und Studenten eine Lehre absolvieren, bevor sie ihr Studium aufnehmen. Das gilt für gut 20 Prozent der Uni- und für knapp 60(!) Prozent der FH-Absolventinnen und -Absolventen.

Zugpferd Ingenieurwissenschaften

Welches Fach wird am häufigsten studiert? Diese Frage läßt sich pauschal kaum beantworten, sondern muß nach Geschlechtern differenziert werden. Bundesweit sind unter den Studenten die Ingenieurwissenschaften mit rund 30 Prozent der absolute Renner, dicht gefolgt von den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Bei den Frauen sind die Sprach- und Kulturwissenschaften mit 33,4 Prozent die Favoriten, die bei den Männern nur eine geringe Rolle spielen.

	männl.	weibl.
Sprach- u. Kulturwiss.	12,8	33,4
Rechts-, Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften	28,5	29,3
Mathem. u. Naturwiss.	18,3	13,7
Medizin	5,7	7,3
Agrar- u. Forstwiss.	1,8	2,7
Ingenieurwissenschaften	30,1	7,0
Kunst u. Kunstwiss.	2,8	6,6

Bundesweite Verteilung der Studierenden auf Fächergruppen 1990 (in %)

Quelle: BMBW 1992a.

Umgekehrt ist es dagegen bei den Ingenieurwissenschaften, die unter den Frauen nur wenig Freundinnen finden. Gleichauf liegen sie in etwa bei den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Es ist also noch immer so, daß Männer eher die sogenannten „harten“ und Frauen eher die sogenannten „weichen“ - und beruflich weniger prestigeträchtigen, von Arbeitslosigkeit eher bedrohten und materiell weniger attraktiven - Fächer studieren.

Die Paderborner Universität-Gesamthochschule weicht aufgrund ihres Schwerpunktes im technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Bereich von dieser Struktur ab. Aufgrund anderer Klassifizierungen sind die Zahlen nicht eindeutig mit den bundesweiten Ergebnissen vergleichbar, ein Trend ist aber dennoch zu erkennen: In Paderborn absolvieren im Verhältnis noch mehr Studenten die Ingenieurwissenschaften, während der Anteil der Sprach-, Kultur- und Sozialwissenschaften sehr geringfügig ist, wobei Fächer wie Jura und Medizin überhaupt nicht studiert werden können.

	männl.	weibl.
Kunst, Sprach-, Kultur- und Sozialwissenschaften	6,8	42,3
Wirtschaftswiss.	21,0	29,9
Mathem. u. Naturwiss.	18,4	13,7
Ingenieurwissenschaften	53,8	14,1

Verteilung der Studierenden auf Fächergruppen an der Universität-Gesamthochschule Paderborn 1990 (in %).

Quelle: eigene Berechnungen nach UniA PB. IV.2.5.-1.

Der technische Schwerpunkt der Paderborner Hochschule wirkt sich selbst auf die Fächerwahl der Studentinnen aus: Sie sind zwar im Verhältnis zur Zahl der Ingenieurstudenten in diesem Bereich noch immer geradezu „Orchideen“, haben aber immerhin doppelt so oft diese Studienrichtung gewählt wie bundesweit. Erstaunlich ist, daß Mathematik und Naturwissenschaften von Männern und Frauen in Paderborn gerade nur im selben Verhältnis gewählt wird wie bundesweit, obwohl doch das Hochschulrenommee ganz wesentlich von der Informatik und der Kooperation mit der Siemens-Nixdorf-AG geprägt wird.

Schlechte Studienbedingungen

Mit ihren Studienbedingungen sind Studenten wie Studentinnen durchweg unzufrieden. Sie beklagen vor allem die Undurchschaubarkeit der Studienorganisation und die fehlende Betreuung durch die Lehrenden. Die Überfüllung der Hochschulen verschärft beides noch. Eine Untersuchung von Hochschul-Informationssystem machte deutlich, daß nur die Hälfte der Studierenden den eigenen Studiengang übersichtlich findet und meint, ihn in der Regelstudienzeit zu schaffen. Gerade nur einem Drittel der Studentenschaft sind die Prüfungsanforderun-

gen klar. Die Lehrenden sind ihnen in diesen Fragen keine Hilfe: Nur eine Minderheit hat Zeit für einen fachlichen Rat, noch weniger sind gar bereit - oder dazu in der Lage -, auf den individuellen Leistungsstand einzugehen.

Direkt hiermit zusammen hängen die Erkenntnisse, die die Paderborner Studienberatung bereits Ende der 70er Jahre gewann, als sie nach typischen Problemen Paderborner Studierender fragte (vgl. Heinze/Stamm). Nach Fächern getrennt ergab die Erhebung folgendes: Während die Maschinenbauer vor allem über die Arbeitsbelastung im Studium klagten (rund 60% erklärten, zu wenig Freizeit zu haben, fast die Hälfte gab an, oft entmutigt zu sein), wirkte sich bei den Germanistinnen und Germanisten insbesondere die Unsicherheit der Perspektive nach dem Studium aus (rund 45% waren sich über die eigenen beruflichen Fähigkeiten nicht im klaren, 35% gelang es nicht, sich auf das Studium zu konzentrieren). Wiederum andere Schwierigkeiten nannten die Studierenden des Fachbereichs 5 (Wirtschaft): Ihnen war das Studium zu theoretisch, knapp die Hälfte fühlte sich nicht richtig auf den späteren Beruf vorbereitet.

Bei vielen Studierenden zeigt sich im Laufe ihres Studiums, daß ihr derzeitiges Studienfach vielleicht doch nicht das richtige ist. Immerhin zwanzig Prozent machen von der Möglichkeit Gebrauch, ihr Studienfach zu wechseln. Als Gründe geben sie an, in dem neuen Fach ihren Neigungen besser nachgehen zu können bzw. bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Immerhin jeder elfte unterbricht sein Studium auch einmal für eine längere Zeit. Schwangerschaft, Zweifel am Studium und finanzielle Gründe spielen bei den Studentinnen die größte Rolle für eine solche Entscheidung, während bei den Studenten - neben finanziellen Aspekten und Zweifeln am Studium - vor allem der Wehrdienst in die Quere kommt. Mit ernsthaften Abbruchgedanken tragen sich etwa vier bis fünf Prozent aller Studierenden. Hier geben finanzielle Gründe und falsche Vorstellungen über das Studium fast den alleinigen Ausschlag.

Soweit zur subjektiven Einschätzung der eigenen Studiensituation. Faktisch ist die Lage allerdings noch weit kritischer: Die tatsächliche Quote der Studienabbrecher liegt mit ca. 15% rund dreimal höher. Dieser Tatbestand weist noch einmal in aller Deutlichkeit auf die Misere an den Hochschulen, aber auch auf die falsche Selbsteinschätzung der Studierenden hin.

Positiv einzuschätzen ist die Mobilität der Studierenden: Immerhin knapp ein Viertel hat bereits einmal die Hochschule gewechselt und dadurch andere Methoden und Inhalte kennengelernt. Fast 20 Prozent haben auch bereits einen studienbedingten Auslandsaufenthalt - und sei es nur ein mehrwöchiges Praktikum oder einen Sprachkurs - hinter sich. Für die Universität-Gesamthochschule Paderborn sind zum Beispiel die institutionalisierten Kontakte zu 32 Partnerhochschulen in Europa, Nordamerika und Asien wichtig. Großbritannien, die USA, Frankreich, Spanien, Irland, Schweden, Dänemark, die Niederlande, Ungarn und Griechenland können so zum Ziel eines bis zu zwölf Monate langen Aufenthaltes werden.

Das Bild vom „faulen Studenten“ muß im übrigen aufgrund der Sozialerhebungen des Studentenwerks drastisch revidiert werden. Die Studierenden arbeiten - nach eigener Schätzung - vielfach mehr als jeder Erwerbstätige, nämlich rund 45 Stunden pro Woche. Dabei entfallen nur knapp zwanzig Stunden auf den Besuch von Lehrveranstaltungen, immerhin gut 18 Stunden aber auf Selbststudium und

6,6 Stunden auf Erwerbstätigkeit. Die beiden letzten Tätigkeiten nehmen dabei im Laufe des Studiums immer mehr zu, während erstere von über 23 Wochenstunden im ersten und zweiten Semester auf gut 16 Stunden im neunten und zehnten Semester abnimmt.

Differenzieren muß man hierbei aber nach Fächergruppen. Das Studium der Geisteswissenschaften ist durch große Flexibilität und geringe Kontrolle gekennzeichnet, die es möglich machen, hohem zeitlichen Aufwand zunächst auszuweichen. Erst zum Ende des Studiums hin steigt dieser deutlich an. Mancher ist dann von den Anforderungen des Studiums überrascht, so daß die Abbruchquote in diesem Bereich besonders hoch ist. Bei den Ingenieur- und Naturwissenschaften zeigt sich dagegen das genaue Gegenteil: Von Beginn an durch zeitaufwendige Praktika und Klausuren mit hoher Durchfallquote (die für jede Wiederholung wochenlange intensive Vorbereitung bedingt) geprägt, ist eine überdurchschnittliche Arbeitsbelastung die Regel. Hier ist die Abbruchquote im Grundstudium am höchsten.

Studium und Finanzen

Über 1.000 DM müssen Monat für Monat aufgebracht werden, um das Studium finanzieren zu können. Das liebe Geld ist von daher für viele Studierende ein weiteres großes Problem. Zur Zeit liegt das Einkommen eines „Normalstudenten“ (ledig, nicht bei den Eltern wohnend, im Erststudium) bei durchschnittlich 1.146 DM, wobei eine große Bandbreite von unter 700 DM bis über 1.600 DM existiert. Durchschnittlich wird diese Summe zur Hälfte von den Eltern beigesteuert, zu einem Viertel durch eigene Erwerbstätigkeit und nur zu 17 Prozent durch Leistungen nach dem BAFöG. Letzteres ist vor allem deswegen bedauerlich, weil Untersuchungen mehrfach nachgewiesen haben, daß Studierende mit BAFöG-Förderung nicht nur seltener ihr Studium abbrechen, sondern auch im Vergleich zu nebenher arbeitenden bzw. von den Eltern finanzierten Studentinnen und Studenten eine kürzere Studienzeit benötigen.

Miete und Nebenkosten bilden den größten Posten bei den Ausgaben (345,- DM monatlich). Eine große Rolle spielen auch die Kosten für Ernährung (247,- DM) und die Fahrtkosten mit öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. dem eigenen PKW (130,- DM). Rund 62,- DM im Monat geben die Studierenden für Lernmittel aus. Das übrige Geld wird vor allem für Krankenversicherung, Kleidung und Telefon sowie Unternehmungen in der Freizeit benötigt. Ein tiefes Loch in das Portemonnaie reißen die Sonderausgaben: Größere Anschaffungen für das Studium (Computer, Sport-, Kunst- oder Musikartikel, Exkursionen etc.) müssen ebenso mühsam angespart werden wie das Geld für die Wohnungseinrichtung, den Urlaub oder die Autoreparatur. Dabei haben sich die Ansprüche der Studierenden ebenso verändert wie der gesellschaftliche Lebensstandard gestiegen ist: Statt möbliert zur Untermiete zu wohnen, lebt heute ein immer größerer Teil der Studierenden allein oder mit Partner bzw. Partnerin in einer eigenen Wohnung.

Psychische Belastungen

Neben den finanziellen Sorgen der Studierenden sind es psychische Probleme, die ein zügiges Studium behindern. Die Konstanzer Arbeitsgruppe Hochschulforschung hat in ihrer Untersuchung Mitte der achtziger Jahre auch nach diesem Komplex gefragt und alarmierende Erkenntnisse gewonnen. So gaben fast 60 Prozent aller Studierenden an, Probleme mit den Prüfungsvorbereitungen zu haben; rund die Hälfte fühlte sich den Studienanforderungen nicht gewachsen. Mehr als ein Viertel der Studierenden hatte Schwierigkeiten mit den Kommilitoninnen und Kommilitonen, sei es daß sie keinen Kontakt zu ihnen fanden, sei es daß sie unter der Konkurrenz litten. Studienfachwechsel und Studienabbruch haben wohl auch hier eine Ursache.

In Paderborn versuchte der AStA - wegen Überlastung des einzigen Psychologen in der Studienberatung - diesen Problemen mit der Einrichtung einer Psychosozialen Beratungsstelle zu begegnen (vgl. UniA PB. VIII.1.2.-1). 1985 ins Leben gerufen, boten vier Fachkräfte zunächst zweimal wöchentlich auf Honorarbasis offene Sprechstunden an. Bald stellte sich heraus, daß der Bedarf größer war als das Angebot. Das Arbeitsamt erkannte diese Sachlage an und finanzierte für zwei Jahre eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM), die sich zwei Diplom-Psychologinnen teilten.

Jährlich wurde rund 100 Ratsuchenden in Einzelberatung, seltener in Paar- oder Angehörigenberatung, geholfen. Die Dauer der Behandlung variierte zwischen einer und vierzig Sitzungen. Überdurchschnittlich häufig nahmen Studentinnen das Angebot war; sie stellten - bei einem Anteil von rund einem Viertel an der Gesamtzahl der Studierenden - 45% der Ratsuchenden. Drei Problembereiche bildeten den Schwerpunkt der Arbeit der beiden Psychologinnen: zum einen psychische Konflikte als Folge der Ausbildungssituation (zum Beispiel Prüfungsängste oder Unsicherheiten in der Studienwahl), zum zweiten soziale Ängste (beispielsweise Kontaktschwierigkeiten oder mangelndes Selbstbewußtsein) und schließlich aktuelle Krisen (von Partnerschaftskonflikten bis hin zur Suizidgefahr).

Obwohl der Bedarf an Beratung der Studierenden vorhanden war, fand sich nach Ablauf der ABM kein neuer Träger. Weder die Hochschule noch das Studentenwerk sahen sich in der Lage, die hohen Personalkosten zu übernehmen. Andere mögliche Träger wie die Universitätsgesellschaft, das Land und der Bund winkten gegenüber dem AStA mit dem Argument ab, dies sei Aufgabe des Studentenwerkes.

Mittlerweile hat sich die Lage etwas entspannt, weil in der Studienberatung 1991 mit einer Psychologin eine zweite Fachkraft eingestellt wurde.

Politisches Engagement und Einstellungswandel

Was das Interesse an allgemeiner und studentischer Politik betrifft, ist ein deutlicher Unterschied zwischen ersterem und letzterem festzustellen. Während das allgemeinpolitische Geschehen von der Hälfte der Universitäts- und gut einem Drittel der FH-Absolventinnen und -Absolventen sehr stark verfolgt wird und der

Rest sich immerhin noch teilweise dafür interessiert, ist für die Hochschulpolitik nur glattes Desinteresse vorhanden. Beleg hierfür ist die geringe Wahlbeteiligung an den jährlichen Wahlen zu den Studentenparlamenten von nur etwa 25 Prozent. Eine kleine Minderheit von zehn Prozent gibt an, auf Hochschulebene aktiv zu sein.

Dieses Verhalten ist Ausdruck der veränderten Lebenssituation von Studierenden. Die Hochschule ist nicht mehr wie früher der überwiegende Lebensraum. Die eigene Wohnung und der Zwang zu arbeiten drängen das Interesse zurück, sich an der Hochschule politisch zu engagieren. Hinzu kommen die Erfahrungen, die von den vorangegangenen Studentengenerationen gemacht wurden: Nicht nur ist Hochschulpolitik aufgrund eingefahrener Strukturen immer weniger befriedigend, sie ist auch immer zeitaufwendiger geworden und muß nicht selten mit einer Verlängerung des Studiums um ein ganzes Semester bezahlt werden.

Immer mehr Studierende sind im übrigen der Meinung, der AStA solle sich auf die interne Hochschulpolitik konzentrieren: Prüfungsbedingungen und Lehrinhalte mitgestalten, in Studienangelegenheiten beraten, sich für die sozialen Belange der Studierenden einsetzen. Das in den 80er Jahren heiß umstrittene Thema „allgemeinpolitisches Mandat“, für das mehrere AStA-Generationen vergeblich gekämpft haben, hat sich mittlerweile durch das Desinteresse der Studierenden erledigt. Nur noch ein Drittel hält es für sehr wichtig, ein Viertel lehnt es ab und dem großen Rest ist es egal.

Damit ist der Anteil hochschulpolitisch Interessierter gegenüber den 70er Jahren in den 80er Jahren drastisch zurückgegangen. Verbunden damit war eine Verschiebung in den gesellschaftspolitischen Überzeugungen: Dezidiert linke Einstellungen haben an Boden verloren, vorherrschend sind heute soziale und ökologische Haltungen. Darüber hinaus klagen die Studierenden die Einlösung demokratiethoretischer Versprechungen wie der Gleichberechtigung von Mann und Frau oder der Arbeitnehmer-Mitbestimmung ein. Die gesamtgesellschaftlichen Gegenmodelle der 70er Jahre haben damit einer politischen Pragmatik Platz gemacht, die auf einem breiten demokratischen Fundament ruht.

Insgesamt gesehen ordnen sich aber noch immer mehr Studentinnen und Studenten der linken politischen Richtung (knapp 30%) und der Mitte (56%) zu als der politischen Rechten (rund 6%). Dabei ist der Anteil der auf die Linke und die Mitte orientierten Studierenden in den Sprach- und Kulturwissenschaften sowie unter den hochschulpolitisch Aktiven jeweils größer. Gleichermäßen abgelehnt werden mit Dreiviertel- bis Vierfünftel-Mehrheit kommunistisch-marxistische und national-konservative Strömungen.

	Unterstützung	Ablehnung
Durchsetzung der vollen Gleichstellung der Frau	87	2
Priorität des Umweltschutzes vor wirtschaftl. Wachstum	75	2
Stabilität der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse	61	3
Stärkere Unterstützung der Entwicklungsländer	54	7
Verwirklichung der vollen Arbeitnehmer-Mitbestimmung	47	9
Sicherung der freien Marktwirtschaft	50	1
Verstärkte Förderung technologischer Entwicklung	32	13
Bewahren der Familie in ihrer herkömmlichen Form	37	16
Harte Bestrafung der Kriminalität	26	21
Überprüfung auf Verfassungstreue im öff. Dienst	21	41
Festlegung einer Einkommenshöchstgrenze	19	48
Abschaffung des Privateigentums	12	57
Verstärkte Nutzung der Kernenergie	11	55
Erhöhung der militärischen Anstrengungen	3	71

Unterstützung und Ablehnung allgemeinpolitischer Ziele (in %)

Quelle: BMBW 1992a.

Paderborn gehörte vor Gründung der Universität-Gesamthochschule zu den typischen Regionen mit erheblichen Defiziten in der Mobilisierung von Bildungsreserven: katholische Bevölkerungsmehrheit, ländliches Umfeld, geringer Anteil an Akademikerinnen und Akademikern. Zu einem sich selbst verstärkenden Mechanismus wurde diese Struktur dadurch, daß mehr als die Hälfte der Paderborner Abiturientinnen und Abiturienten die Stadt verließ und nach dem Studium nicht wiederkam. So fehlte der Industrie auch qualifizierter technischer Nachwuchs, so daß die Ansiedlungsbereitschaft neuer Unternehmen gering war.

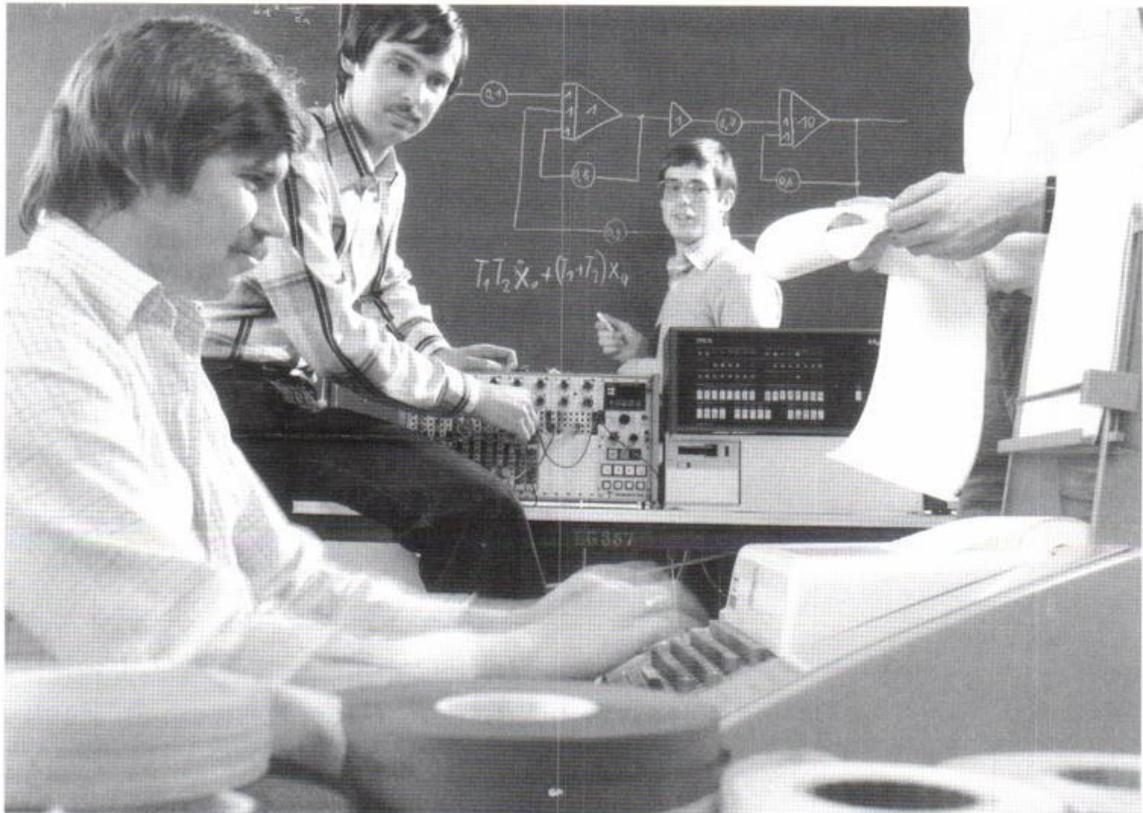
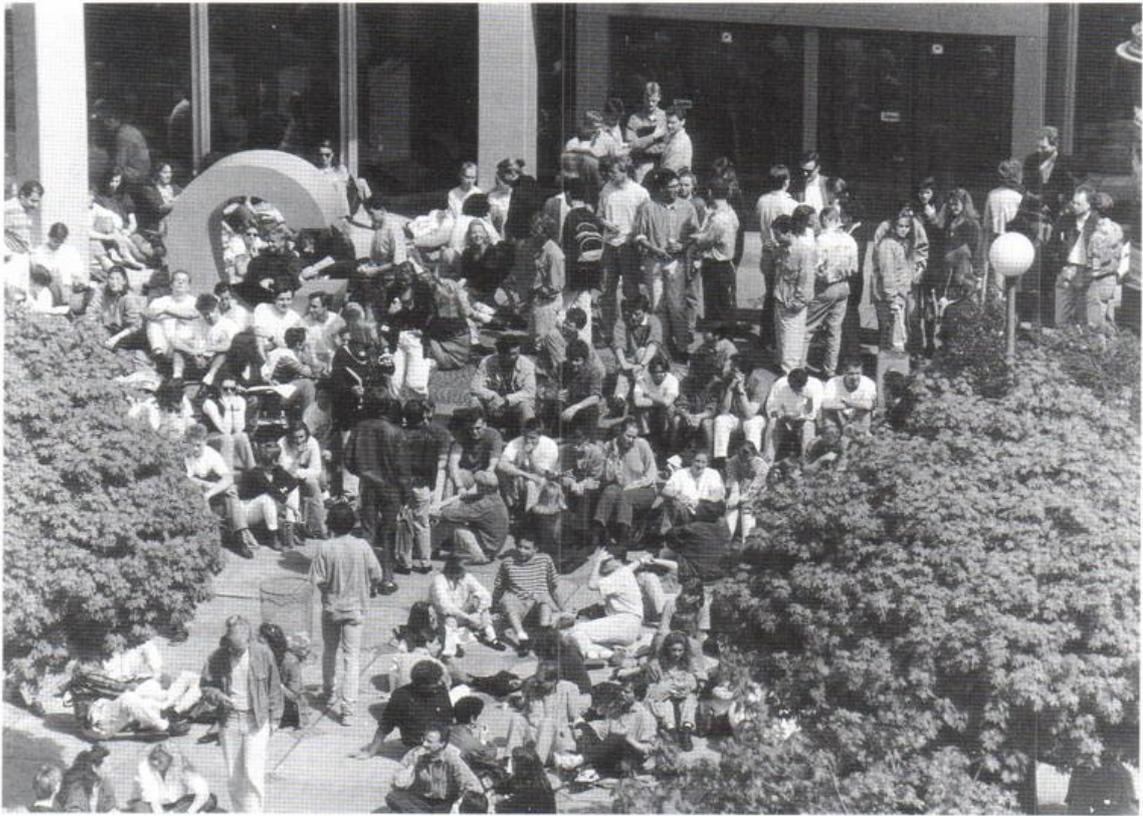
Das Reformvorhaben der nordrhein-westfälischen Landesregierung, in Paderborn eine Gesamthochschule zu gründen, war deshalb für die Stadt und die Region eine große Chance - wenn man sich auch mit der neuen Hochschulform etwas schwer tat, hatte man doch immer mit einer „richtigen“ Universität geliebäugelt. Schnell zeigte sich, daß zahlreiche Reformansprüche mit der Gesamthochschule Paderborn umgesetzt werden konnten: Ende der 70er Jahre kamen mehr als 80 Prozent der Studierenden aus der Stadt und der Region. Über die Hälfte von ihnen hatte kein Abitur, sondern einen Fachoberschulabschluß oder eine fachgebundene Hochschulreife. Der Anteil der Kinder aus Arbeiterfamilien lag mit 23 Prozent weit über dem bundesweiten Durchschnitt, dafür war nur ein Viertel der Studierenden Akademikerkinder.

Bild: Campus der Universität-Gesamthochschule Paderborn.

Für die bisher traditionell bildungsbenachteiligten Schichten waren vor allem die integrierten Studiengänge in den Ingenieur-, Natur- und Wirtschaftswissenschaften attraktiv, da sie ein Studium ohne die allgemeine Hochschulreife ermöglichten. Nach einer Untersuchung des Paderborner Studentenwerks waren beispielsweise 1978 73% der Studierenden in den Wirtschaftswissenschaften und 60% der Studierenden in Maschinenbau mit der Fachhochschulreife an die Hochschule gekommen (vgl. Heinze/Stamm).

Die Besonderheit der Universität-Gesamthochschule Paderborn mit ihren drei Außenstellen in Höxter, Meschede und Soest zog weitere Angehörige bildungsbenachteiligter Schichten aus der Region an.

Bild: Studierende im Fachbereich 16 (Abt. Soest).



Je nachdem, wen man befragt, kommt man zu ganz unterschiedlichen Antworten: Entweder ist die Paderborner Universität-Gesamthochschule Paderborn einfach „Spitze“ (in den Augen der meisten Studierenden) oder sie trägt die rote Laterne (in den Augen vieler Professorinnen und Professoren außerhalb Paderborns). Letzteres stellte Anfang 1993 der „stern“ in einer Umfrage fest, in der er die Lehrenden bat, die Qualität ihres jeweiligen Faches an den anderen Universitäten einzuschätzen. Hier schlugen sich die noch immer bestehenden Vorurteile der Professoren von den alten Universitäten gegenüber der neuen Gesamthochschule nieder.

Ein anderes Bild vermittelt eine „Spiegel“-Rangliste von 1991. An 51 Hochschulen wurden 6.000 Studierende befragt, die über die Lage am eigenen Fachbereich aussagten: Qualität der Betreuung durch die Lehrenden, Qualität der Lehre, Wahlmöglichkeiten bei den Veranstaltungen, Überfüllung etc. Bei dieser Befragung schnitt die Universität-Gesamthochschule Paderborn - wie im übrigen viele der Neugründungen der 70er Jahre - überraschend gut ab. Im Durchschnitt aller erfaßten Fächer belegte sie den dritten Platz, in der Elektrotechnik und im Maschinenbau sogar den ersten.

Auch eine Folge davon ist, daß von Jahr zu Jahr mehr Studierende nach Paderborn kommen, die von der Qualität des Studiums angezogen werden. Früher war der fast ausschließliche Grund für den Studienbeginn an der Universität-Gesamthochschule Paderborn die regionale Nähe - mehr als 80 Prozent der Studentinnen und Studenten kamen Ende der 70er Jahre aus der Stadt und der Region; heute dagegen kommt man auch von weiterher nach Paderborn, um Wirtschaftswissenschaften, Informatik, Elektrotechnik oder Maschinenbau zu studieren. Die Geisteswissenschaften bleiben allerdings das „Stiefkind“ dieser Hochschule.

Schaubild: Studierende an der Universität-Gesamthochschule Paderborn nach Fachgruppen von WS 1972/73 bis WS 1991/92.

(Quelle: eigene Berechnungen nach UniA PB. IV.2.5.-1).

	Fb 1-4		Fb 5	Fb 6,13,17		Fb 7-12, 14-16		Gesamt
	Geistes- u. Gesellschaftswiss.	Wirtschaftswiss.	Mathem. u. Naturwiss.	Ingenieurwiss.				
WS 72/73	808	412	601	2552			4737	
WS 73/74	1050	573	714	2708			5045	
WS 74/75	1487	649	909	2555			5600	
WS 75/76	1865	749	982	2543			6145	
WS 76/77	2036	981	1154	2732			6903	
WS 77/78	2092	1071	1269	2849			7281	
WS 78/79	2139	1179	1303	2890			7511	
WS 79/80	2341	1308	1334	2969			7952	
WS 80/81	2493	1472	1323	3176			8464	
WS 81/82	2817	1623	1451	3396			9287	
WS 82/83	2654	1947	1500	3926			10027	
WS 83/84	2565	2202	1665	4526			10958	
WS 84/85	2460	2374	1771	4962			11567	
WS 85/86	2280	2463	1925	5171			11839	
WS 86/87	2073	2645	1993	5303			12014	
WS 87/88	2046	2791	2098	5632			12567	
WS 88/89	2043	3136	2351	6077			13607	
WS 89/90	2181	3211	2483	6388			14263	
WS 90/91	2559	3710	2737	6933			15939	
WS 91/92	2922	3925	2896	7213			16956	

Sechs Prozent aller Studierenden - in der Mehrheit Studentinnen - haben bereits Kinder. Mehr als die Hälfte der Kinder ist jünger als zwei Jahre, was darauf hin deutet, daß es sich um Schwangerschaften während des Studiums handelt. In der Tat fand eine Forschungsgruppe um die Dortmunder Professorin Bärbel Schön heraus, daß zwei Gruppen von Frauen mit Kindern an der Uni dominieren: In erster Hinsicht handele es sich um Studentinnen, die eine nicht geplante oder sogar unerwünschte Schwangerschaft ausgetragen haben. Die zweite große Gruppe werde von Frauen gebildet, die lange vor dem Studium Kinder bekommen haben und nun ihre Ausbildung (wieder-)aufnehmen.

Studierende mit Kindern sind im Vergleich zu den „Normalstudenten“ einer ungleich höheren Belastung ausgesetzt. Studium, Kinder, Erwerbstätigkeit und Haushalt sind unter einen Hut zu bringen. Zeitmangel und materielle Existenznöte setzen diese Personengruppe deshalb in erheblichem Maße unter Druck. Nur wenige von ihnen haben noch Anspruch auf BAFöG, da die Förderungshöchstdauer schon lange überschritten wurde: Mehr als 40 Prozent befinden sich im elften oder in einem höheren Semester.

Verschärft werden die Probleme der Studierenden mit Kindern durch die katastrophale Betreuungssituation. Können sich die Studentenväter zu fast 70% auf eine Partnerin stützen, die die Betreuung des Kindes übernimmt, gilt dies umgekehrt nur für 13% der Studentinnen. Sie müssen immer wieder neue Unterbringungsmöglichkeiten suchen, da die erwünschte Art der Betreuung - privat organisierte Baby- oder öffentlich organisierte Krabbelgruppe - nur in ganz geringem Maße vorhanden ist. Die Folge ist, daß Seminare nur begrenzt und nur zu bestimmten Zeiten wahrgenommen werden können. Die Zeit für Referate und Hausarbeiten müssen sich die Studentinnen nachts auf Kosten ausreichenden Schlafs nehmen.

In Paderborn konnte 1982 auf Initiative von Studentinnen in einem Uni-Gebäude eine Krabbelstube errichtet werden. Da bereits nach kurzer Zeit mehrjährige Wartezeiten auf einen Platz die Regel waren, stellte das Studentenwerk - nach erneuten Bemühungen von Studentinnen und Studenten - im „Treff“ einen Raum für einen Kinder-Campus zur Verfügung. Dieser wird in dem neuen Studentenwohnheim am Vogeliusweg zu einer vollständigen Kindertagesstätte ausgebaut. Der Raum im Treff soll derweil nach Überlegungen einer Initiative als Hort für Schulkinder weiterhin Studierenden mit Kindern zugute kommen.

Bild: Studentin mit Kind an der Universität-Gesamthochschule Paderborn.



Zur Zeit studieren knapp 900 Personen an der Universität-Gesamthochschule Paderborn, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen - etwa dreimal soviel Männer wie Frauen (vgl. im folgenden Stenger). Das macht einen Ausländeranteil von rund 5,5% aus. Obwohl sich die absolute Zahl seit 1987 etwa verdoppelt hat, studieren damit in Relation zu allen nordrhein-westfälischen Hochschulen nur in Münster noch weniger Ausländer als in Paderborn. Hinzu kommen allerdings noch 170 Besucherinnen und Besucher des vor Studienaufnahme obligatorischen Deutschkurses, ferner 10 Austauschstudierende, die in der Regel ein bis zwei Semester bleiben, und 10 Stipendiaten, die sich für ein bis zwei Jahre in der Bundesrepublik aufhalten.

Die 83(!) Herkunftsländer der ausländischen Studierenden reichen von allen europäischen Ländern und den USA über Lateinamerika und afrikanische Länder bis hin zum asiatischen Raum. Fünf Studierende sind staatenlos. Die größte Gruppe ausländischer Studierender bilden die Türken. Das verweist auf einen Umstand, der es eigentlich verbieten sollte, pauschal von „Ausländern“ zu sprechen. Nach einer Untersuchung aus dem Jahr 1986 handelt es sich nämlich bei rund einem Drittel der ausländischen Studierenden um sogenannte „Bildungsinländer“, d.h. um Studierende, die als Kinder von Arbeitsmigranten bereits in der Bundesrepublik aufgewachsen sind und hier auch ihr Abitur gemacht haben. Ihr Anteil wird seither noch gestiegen sein.

Großen Einfluß auf die Zusammensetzung der ausländischen Studierenden hat das weltpolitische Geschehen. Noch nie war beispielsweise die Gruppe der Chinesen so groß wie heute mit rund 100 Personen. Die Zahl stieg nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking 1989 und der sich anschließenden Verfolgung der Intellektuellen.

Das beliebteste Fach unter den ausländischen Studierenden ist die Elektrotechnik. Hier liegt ihr Anteil bei fast zehn Prozent. Deutlich über dem Durchschnitt liegen auch noch die Fachbereiche 17 (Mathematik-Informatik), 3 (Sprach- und Literaturwiss.) und 10 (Maschinenbau). Die Außenstelle Höxter scheint dagegen eher gemieden zu werden: Im Fachbereich 18 (Technischer Umweltschutz) liegt der Anteil der ausländischen Studierenden bei nur 0,1%, ähnlich niedrig war er immer im Fachbereich 7 (Architektur - Landespflege).

Bild: Mohammed El Hochar Tiba, algerischer Student an der Universität-Gesamthochschule Paderborn.



Warum kommt jemand in die Bundesrepublik, um hier zu studieren? Nach einer Untersuchung des Akademischen Auslandsamtes stehen vier Gründe ganz oben an:

- die Neugierde, andere Länder und Kulturen kennenzulernen
- der Wunsch, Sprachkenntnisse zu erwerben
- das Bestreben, die eigenen Berufschancen auf dem heimischen Arbeitsmarkt zu verbessern
- die Befreiung von Studiengebühren und die fehlenden Zulassungsbeschränkungen in vielen Fächern.

Gerade der letzte Punkt erklärt, daß die Kinder reicher Familien zum Studium in die USA geschickt werden, während die Bundesrepublik eher das Ziel von Kindern aus finanziell nicht so gut gestellten Familien ist.

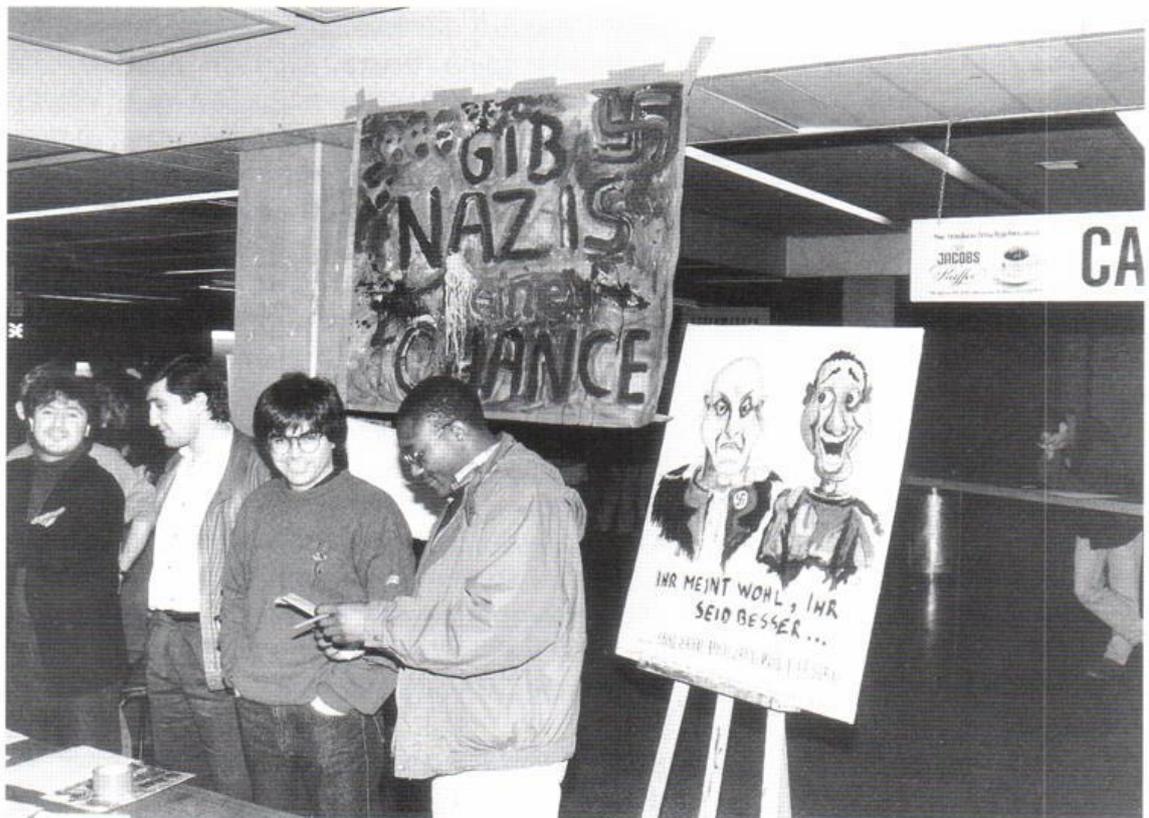
Dabei ist es nicht einfach für die Eltern, ein Studium in der Bundesrepublik zu finanzieren. Die ausländischen Studierwilligen müssen nachweisen, daß ihre Verwandten aus dem Heimatland in der Lage sind, die Studienzeit zu finanzieren. Aufgrund der Wechselkurse bedeutet dies jedoch, daß zum Beispiel ein Scheck aus Griechenland, der 1982 noch 600,- DM, vier Jahre später nur noch die Hälfte wert war. Katastrophal wird die Situation, wenn politische Krisen die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Heimatland erschüttern. In der Folge des Iran-Irak-Krieges beispielsweise kam es zu einer Devisensperre, die die iranischen Studierenden von jeder finanziellen Unterstützung abschnitt.

Bild: Ausländischer Student im Fach Kunststofftechnik (FB 10).

Der Weg zu einem Studium in der Bundesrepublik ist sehr hürdenreich. Über die Gleichwertigkeit des Studienabschlusses entscheidet der Kultusminister immer wieder neu. Je nach Interessenlage kann es deshalb vorkommen, daß ein Zeugnis, das vor einigen Jahren noch ausreichte, heute nicht mehr genügt, so daß weniger Studierende kommen können. Für die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung sind die Konsulate im Heimatland zuständig. Sie setzen vor allem seit der Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes 1991 sehr hohe Maßstäbe an. Darüber hinaus ist eine Sprachprüfung obligatorisch. Von den deutschen Goethe-Instituten werden zu diesem Zweck teure Sprachkurse angeboten, die die meisten ausländischen Studierenden besuchen.

Studierende ohne deutsche Staatsangehörigkeit haben also mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Hinzu kommt, daß Ausländerfeindlichkeit sich mittlerweile auch an der Universität-Gesamthochschule Paderborn offen äußert, insbesondere durch Parolen an den Toilettenwänden. Da sich viele Vermieter weigern, Farbigen eine Wohnung zu vermieten, kommt es auch in diesem Bereich zu erheblichen Engpässen. Die Folge: Im ältesten Studentenwohnheim am Peter-Hille-Weg, in dem immer schnell Zimmer frei werden, liegt der Anteil ausländischer Studierender mittlerweile bei über 50%.

Bild: Ausländische Studierende der Universität-Gesamthochschule Paderborn wehren sich gegen fremdenfeindliche Flugblätter, die im Studentenwohnheim verteilt wurden.



„14 qm in einem Paderborner Vorort, nur für katholischen Nichtraucher und Wochenendfahrer, Damenbesuch verboten, 380,- DM“: Sind wir davon noch weit entfernt? Der Wohnungsmarkt für Studierende ist seit Bestehen der Hochschule 1972 eng. Bereits 1978 demonstrierten die Studierenden wegen akuter Wohnraumnot: Symbolisch bezog eine Studentin samt Bett Quartier vor dem Rathaus. In den folgenden Jahren appellierten Studentenwerk und AStA mit Unterstützung der Paderborner Tageszeitungen an die Öffentlichkeit, mehr Wohnraum anzubieten. Das Akademische Auslandsamt macht es mittlerweile zur Bedingung, daß Bewerberinnen und Bewerber um ein Auslandsstipendium ihr eigenes Zimmer zur Verfügung stellen bzw. ein Zimmer vermitteln. Schwierig, wenn die betroffene Person selbst täglich viele Kilometer mit dem Auto zur Hochschule kommt oder der Vermieter grundsätzlich nicht an Ausländer vermietet.

Bild: Protest gegen Wohnungsnot - Zeltstadt auf dem Campus.

Laut Paderborner Mietspiegel sollen die Quadratmeterpreise derzeit zwischen 4,50 DM (einfache Wohnlage) und 12,- DM (gute Wohnlage) betragen. Für Wohnungen ohne eigenes Bad oder Dusche, wie sie viele Studierende haben, müssen bis zu elf Prozent abgezogen werden. Der AStA führte 1991 eine Umfrage unter Erstsemesterinnen und Erstsemestern durch, um die tatsächliche Miethöhe zu ermitteln. Ergebnis: Für unmöblierten Wohnraum zahlen die Studierenden derzeit zwischen 9,22 DM und 23,80 DM pro Quadratmeter!

Wohngemeinschaften sind für den Vermieter ein lukratives Geschäft - und für Familien mit Kindern eine preistreibende Konkurrenz: Fünf studentische Einzelpersonen können für eine 100qm-Wohnung ein Vielfaches an Miete zahlen als die Familie, in der unter Umständen nur ein Verdiener vorhanden ist.

Bild: Wohnungsgesuche von Studierenden.



Bis zu
300DM
Belohnung!

Für die Vermittlung
einer 2ZKB Wohnung
in Pb Kosten 600DM
warm (pro Monat) gibt
es **100DM**, für ein
weitere Zimmer bei gleichen
Kosten gibts noch mal
100DM und bei
Entfernung UNI-Wohnung
unter 4km gibts weitere
100DM!
ERGO: **300DM**
für 3ZKB in Pb
mit 4km zur Uni
und 600 DM
Warmmiete

TEL: 052#2|262
M: Bartenstr
Pb

Suche W.G.-Zimmer
ab Juni → späteres Ende
September

Andreas Wölfe, Busdorfstr 2
Pb
(Rechtswegsch 2. Sem, Vorkurs)
05254/23898
Gitarrenspieler, Mensch :)

ANMELDUNG: nur SS 1990 werden in Paderborn erdientgerichtete Wohnungen
gebet. Sie können bis ein Semester mietfrei wohnen und zahlen nur die
Nebenkosten (Bilanz, Wasser, Strom usw) wenn Sie in den nächsten 4 Wochen
einen Paten (Käufer) für die Miete gewinnen. Dieses Paten wird die Miete
natürlich garantiert und er kann Steuervorteile erhalten. Es lohnt sich für
beide.

Auskunft: Immobilien V. Siebert
Heidhügel 4
4790 Paderborn-Berhausen
Telefon: 05252/90710

5.4.88

Solventer, ruhiger Mann, 30%,
Nichtraucher, mit 2 stubenreinen
Edelkatzen sucht Wohnung bis
ca. 60m² in Paderborn oder nähere
Umgebung ab sofort oder später.
Gekündigt wegen Eigenbedarf.
Tel: Pl. 677 60

Mit der Gründung der Universität-Gesamthochschule Paderborn mußte auch für das leibliche Wohl der Studierenden, Lehrenden und Angestellten gesorgt werden. Dies war Aufgabe der Mensa der ehemaligen Pädagogischen Hochschule am Fürstenweg sowie der Mensa der ehemaligen Ingenieurschule am Pohlweg. Mit dem Umzug in die Warburger Straße wurde ein Neubau erforderlich. 1977 konnte das neue Mensa-Gebäude in Betrieb genommen werden. Es verfügt über 820 Plätze, zusätzlich gibt es noch 240 Plätze in der Cafeteria und 200 Plätze in der Pinte.

Die Mensa-Mahlzeiten werden an zwei Karussells ausgegeben, wobei das gewählte Grundmenü um bis zu vier Beilagen ergänzt werden darf. Die Studierenden und Angestellten haben die Möglichkeit, zwischen drei verschiedenen Menüvorschlägen zu wählen, die aufgrund von Zuschüssen des Landes Nordrhein-Westfalen preisgünstig sein können: von 2,- DM (bzw. 2,80 DM für Angestellte) bis 3,20 DM (5,- DM). Eines der Essen ist in der Regel ein vegetarisches Gericht. Damit trägt die Mensa zum einen dem Wunsch nach fleischloser Ernährung Rechnung, zum anderen können Muslime Schweinefleisch vermeiden.

Ein zusätzliches Angebot liefert seit 1987 die Salattheke, die verschiedene frische Salate zur Auswahl bereitstellt. Weiterhin besteht die Möglichkeit, die Mensula - ein kleines Restaurant innerhalb der Mensa - zu besuchen. Wegen der preislichen Differenz zu den Standardgerichten werden diese beiden Angebote allerdings überwiegend nur von Angestellten und Lehrenden genutzt. Für Studierende ist es auf die Dauer doch etwas teuer, täglich vier bis fünf Mark für Salat oder gar zehn bis fünfzehn Mark in der Mensula auszugeben.

Bild: Warteschlange vor der Mensa.



Mittlerweile ist auch die Mensa mit ihrem Verpflegungsangebot mehr als überlastet. Kochte die Küche am Hauptstandort Paderborn 1978 täglich rund 2.000 Essensportionen für 5.000 Studierende, so sind es heute rund 3.000 Portionen für 13.000 Studierende. Eine Steigerung entsprechend der Entwicklung der Studierendenzahlen funktioniert aufgrund der voll ausgelasteten Kapazitäten nicht. Das hat zur Folge, daß nicht alle, die wollen, in der Mensa essen können.

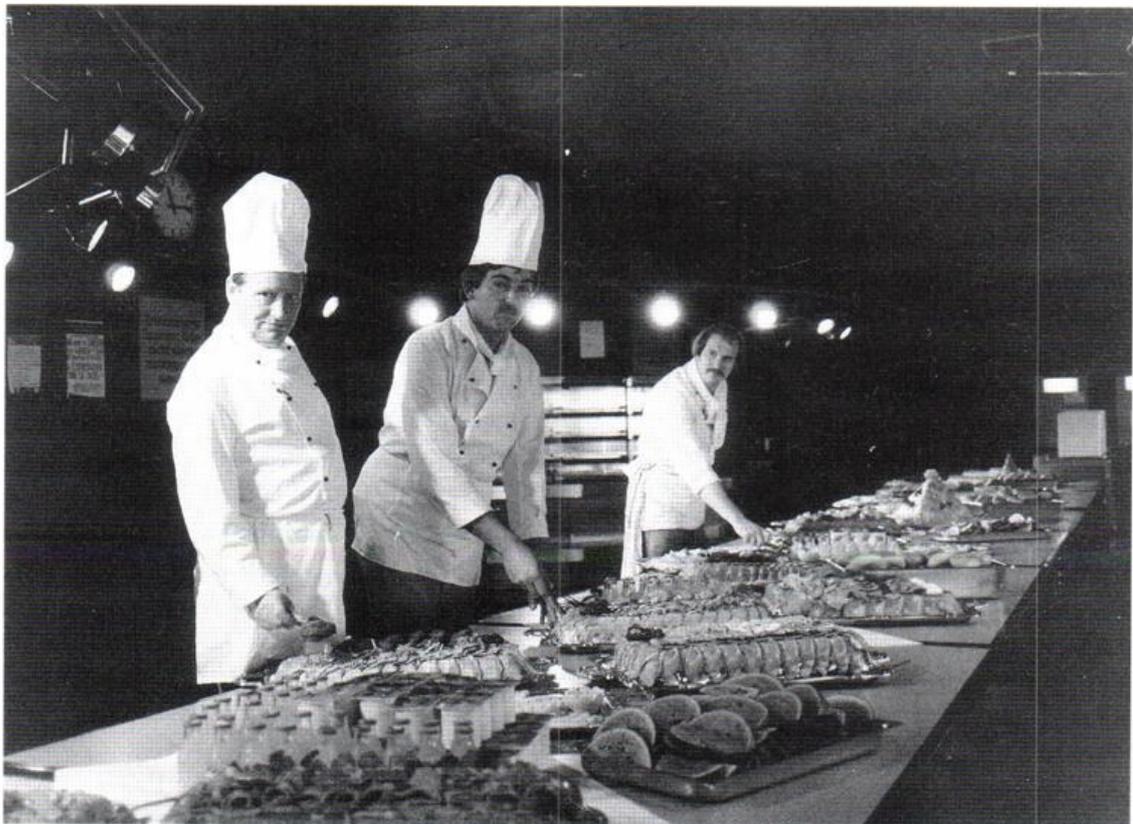
Fehlende finanzielle Mittel und räumliche Enge machen neue Investitionen unmöglich. Hinzu kommt, daß der Personalbestand der Mensa seit der Gründung der Universität-Gesamthochschule nicht aufgestockt worden ist: Nach wie vor sorgen vier Köche und 16 Helferinnen und Helfer für die Zubereitung des Mensaessens.

Bild: Essensausgabe an Rondells.

Neben dem regulären Speisenangebot werden in der Mensa regelmäßig Sonderaktionen veranstaltet. Im Rahmen einer italienischen, französischen oder dänischen Woche besteht die Möglichkeit, jeweils zwischen landestypischen Gerichten zu wählen. Als im August 1980 wegen Wartungsarbeiten kein warmes Essen gekocht werden konnte, bot das Mensateam ein kaltes Buffet zu normalem Mensapreis an. Das Experiment mußte jedoch nach nur drei Tagen wegen Mißbrauchs der Wahlfreiheit eingestellt werden: Die Studierenden versorgten sich am Buffet mit Vorrat für den Rest des Tages! In der übrigen Wartungszeit wurde daraufhin Eintopf angeboten.

Viel Anklang fanden auch die von 1981 bis 1987 in der Mensaküche veranstalteten Kochkurse für Studierende. Diese wurden im Rahmen eines VHS-Kurses unter der Leitung des Mensa-Chefkochs Rustermeier jeweils im Herbst des Jahres durchgeführt. Insgesamt hat die Paderborner Mensa einen guten Ruf.

Bild: Kaltes Buffet 1980, als die Küche gewartet wurde.



Waren die Paderborner Studierenden aufgrund der Wahlmöglichkeiten zwischen drei Essen und der für eine Großküche guten Qualität der Mahlzeiten mit ihrer Mensa schon immer recht zufrieden, war es in Soest ein langer Weg zu einer eigenen Mensa. Lange Jahre bekamen die Studierenden dieser Abteilung - wie zu In-genieurschulzeiten - nur Essensmarken, die bei der nun notwendigen Versorgung in Gaststätten der Stadt die Preise nicht annähernd decken konnten. Nach einer Umfrage des Soester Regionalen Studentenausschusses (ReStA) mußten 98,7% der Studierenden zusätzlich bis zu 80,- DM monatlich allein für das Mittagessen (ohne Getränke!) ausgeben (vgl. UniA PB. V.30.3.-8)

Diese Tatsache - verschärft durch den Umstand, daß es in Soest auch kein Wohnheim gab, das preiswertes Wohnen ermöglichte - belastete den Geldbeutel der Studierenden so sehr, daß sich die Fachschaftsräte 1980, als die Einrichtung einer Mensa im alten Stadtkrankenhaus möglich schien, im Namen der Studierenden geschlossen bereit erklärten, „uns jederzeit als Arbeitskräfte für die Renovierung und den Umzug zur Verfügung zu stellen“ (ebd.).

Im Februar 1981 konnte dann endlich die Mensa in Soest ihren Betrieb aufnehmen. Hat sich die Situation damit auch verbessert, ist Kritik der Studierenden dennoch vorhanden. Aufgrund der geringen Studierendenzahlen lohnt es sich nicht, eigene Menüs zu kochen. Täglich wird ein Essen aus der Paderborner Mensa angeliefert und in Soest wieder aufgewärmt.

Bild: Mensa in Soest.



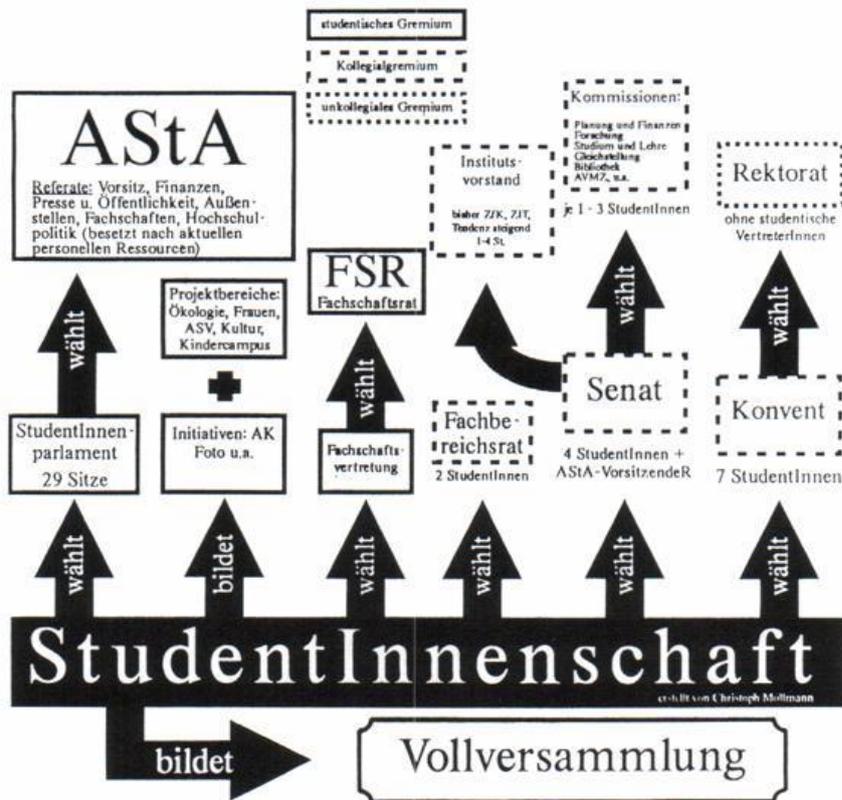
Die Studierenden der Universität-Gesamthochschule Paderborn bilden nach § 71 des „Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen“ (WissHG) eine „rechtsfähige Gliedkörperschaft“ der Hochschule. Um ihre Rechte ausüben zu können, müssen sie sich organisieren; dies erfordert mehrere Wahlen. Das Schaubild rechts verdeutlicht, wer wen wählt und wer wem zugeordnet ist.

Die Wahlbeteiligung liegt seit Jahren jedoch nur noch bei rund 25%. Die Hochschule wird zum einen von den Studierenden nicht mehr als Lebensraum empfunden, zum anderen haben sie nicht mehr das Gefühl, noch etwas verändern zu können. Verschiedene Novellen des Bundes-Hochschulrahmengesetzes und des WissHG haben die Zahl der studentischen Sitze in allen Gremien von einstmals einem Drittel auf weniger als ein Viertel reduziert.

Bild: Schaubild zur Studentischen Selbstverwaltung.

Auf der Hochschulebene ist der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) das Interessenvertretungsorgan der Studierenden. Vier bis sechs oder auch acht Studentinnen und Studenten arbeiten je nach Programm der sie tragenden hochschulpolitischen Gruppen in Ressorts wie Vorsitz, Finanzen, Hochschulpolitik, Soziales, Frauen, Schwule und Lesben, Öffentlichkeitsarbeit. Die hohe Arbeitsbelastung, die ein reguläres Studium fast unmöglich macht, bedingt, daß kaum jemand zweimal hintereinander ein Amt im AStA übernimmt und so wenig kontinuierliche Arbeit möglich ist. Dieselbe Funktion wie der AStA haben die Fachschaftsräte auf der Ebene der Fachbereiche. Unabhängig von mageren Wahlergebnissen ist ihr Rückhalt in der Studentenschaft weit größer als der des AStA. Das hängt mit der konkreten Arbeit zusammen, die von den Fachschaftsmitgliedern geleistet wird: Einführung und Betreuung der Erstsemester, Mitarbeit an Studienordnungen, Organisation eines Skriptenzirkels, Protest bei undurchsichtigen Prüfungskriterien, Herausgabe eines kommentierten Vorlesungsverzeichnisses - und auch 'mal Veranstaltung einer Fete.

Bild: Sitzung des Regionalen Studentenausschusses (ReStA) Meschede, der die AStA-Aufgaben in der Abteilung übernimmt.



Die Studentenbewegung hatte 1968 plötzlich bewußt gemacht, daß die Studierenden einen politischen Machtfaktor darstellten und daß Hochschulpolitik weit über Kritik an der Lehre und an Prüfungsbedingungen hinausgehen konnte. Die jährliche Wahl des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA), der vorher meist nur auf Kooperation mit den Lehrenden ausgerichtet war, wurde zum Schauplatz von wochenlangen Wahlkämpfen linker und rechter Gruppierungen. Mit einem Etat, der von den Studierenden über Semesterbeiträge aufgebracht wird, bekamen die AStA-Referentinnen und -Referenten auch finanziellen Spielraum für ihr Engagement.

Gegen den bundesweiten Trend hatten in den 70er Jahren an der Gesamthochschule Paderborn meist konservative und liberale Hochschulgruppen die Mehrheit. Im Studentenparlament stellte der „Ring christlich-demokratischer Studenten“ (RCDS), die Studentenorganisation der CDU, die größte Gruppe. In einer Koalition mit dem „Liberalen Hochschulverband“ (LHV) bildete er auch den AStA. Ende des Jahrzehnts wandelte sich dieses Bild jedoch: In den 80er Jahren wurden die ASten aus Gruppen des linken politischen Spektrums gebildet, getragen vor allem von der „Gewerkschaftlich orientierten Liste“ (GOL) und der „Juso-Hochschulgruppe“.

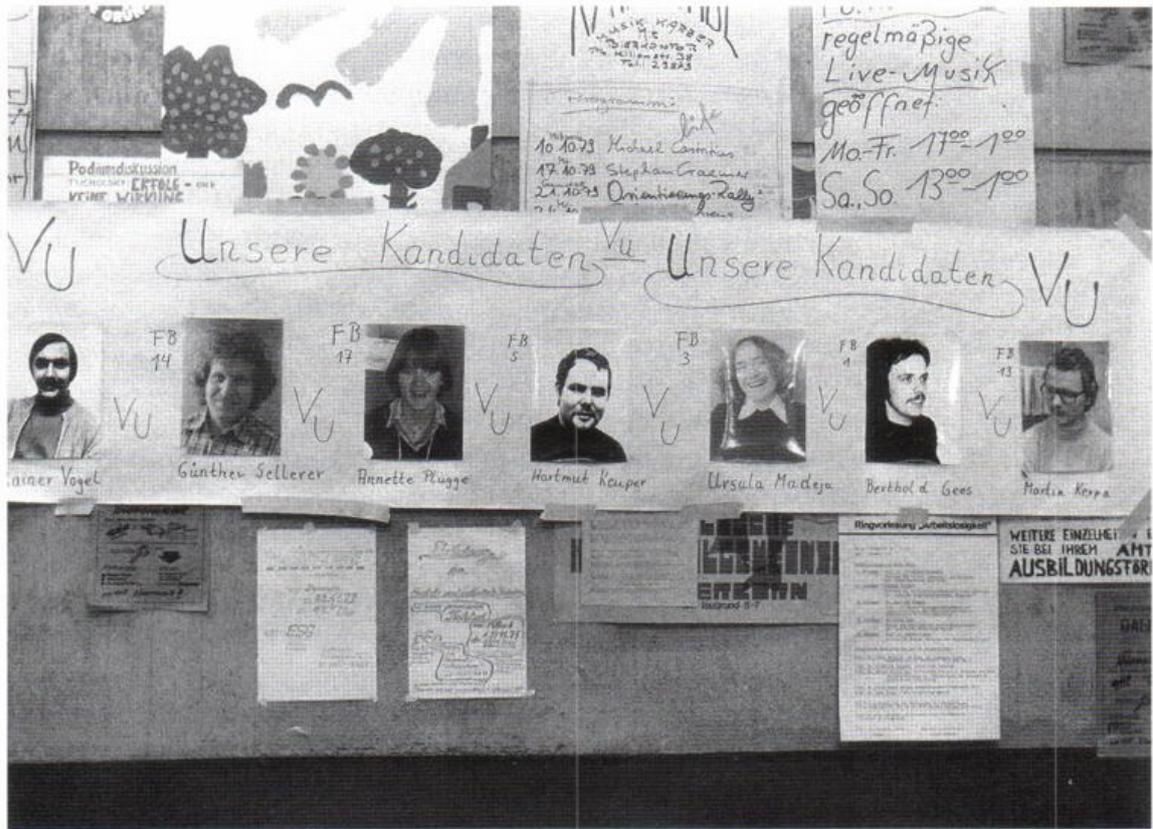
Bild: Wahlkampf an der Universität-Gesamthochschule Paderborn.

Bemerkbar machte sich die neue politische Richtung vor allem in einer aktiveren Beteiligung der Studentenschaft: Protestdemos, Urabstimmungen und Flugblattdiskussionen ersetzen die traditionelle Verhandlungspolitik. Der neue Stil durchzog die gesamten 80er Jahre.

Mit den gesamtgesellschaftlichen Veränderungen seit 1989 änderte sich auch das Klima an der Hochschule. Im Gefolge des Zusammenbruchs der DDR ging den marxistisch orientierten Gruppen die Luft aus, die Juso-Hochschulgruppe und die in den 80er Jahren entstandene „Grün-alternative Liste“ (GAL) verloren an Ansehen. Mühelos gelang es dem RCDS und der neugegründeten „Liberalen Hochschulgruppe“ (LHG), die Mehrheit wiederzuerlangen.

Wie unterschiedlich die Interpretation der AStA-Aufgaben zwischen diesen Gruppen ist, zeigte sich gleich in einer der ersten Amtszeiten: So wurde sowohl der Etat des Frauenprojektbereichs drastisch gekürzt - ein Arbeitsbereich, den vorherige ASten immer als unverzichtbar angesehen hatten - als auch die langjährige AStA-Sekretärin entlassen. Schreibarbeiten sollten je nach Arbeitsanfall als Aufträge an Studierende vergeben werden. Studierende aus dem oppositionellen politischen Spektrum sprachen deshalb davon, daß der AStA geführt würde wie ein Unternehmen der Privatwirtschaft und soziales Denken verloren gegangen sei.

Bild: Wahlen im Fachbereich 5.



Politische Aktivität kann für die AStA-Mitglieder allerdings auch gefährlich werden: Nach dem „Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen“ vertritt der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) die Interessen der Studierenden innerhalb und außerhalb der Hochschule. Unumstritten ist, daß hierzu Serviceleistungen jener Art gehören, die von allen Studierenden genutzt werden können: Lehrmittelverkauf, Rechtsberatung, Jobvermittlung, Kopierservice etc. Vom Gesetz gedeckt sind aber auch Mitwirkungsrechte an Studienordnungen und bei Berufungs- oder Habilitationsverfahren.

Auseinandersetzungen gab es dagegen immer wieder, wenn der AStA sich zu politischen Angelegenheiten äußerte, die keinen direkten Zusammenhang zur Hochschule aufwiesen. Während die Studentenvertreterinnen und -vertreter darauf hinwiesen, daß ihre Belange beispielsweise auch von der Volkszählung berührt würden und sie sich deshalb dazu äußern müßten, sahen die Vertreter des Wissenschaftsministeriums im Vordergrund die Zwangsmitgliedschaft der Studierenden in der Verfaßten Studentenschaft, kraft derer keine allgemeinpolitischen Aussagen gemacht werden dürften - auch wenn die AStA-Mitglieder mit Mehrheit gewählt worden seien.

1986 kam es deshalb zum Prozeß: Die Staatsanwaltschaft klagte nach über zweijährigen Ermittlungen drei ehemalige AStA-Referentinnen und -Referenten an, sie hätten Gelder der Studentenschaft veruntreut (§ 266 StGB), indem sie sie zweckfremd verwendet hätten. Konkret ging es um Zahlungen in Höhe von 20.000 DM an den Dachverband der deutschen Studentinnen und Studenten, VDS, für Projekte zur sozialen Lage der Studierenden und Fachtagungen sowie um Ausgaben für Informations- und Diskussionsveranstaltungen der ASten zu Themen wie Dritte Welt, Friedensforschung, Probleme der ausländischen Studierenden etc.

Das Urteil des Paderborner erweiterten Schöffengerichts machte jedoch das juristische Dilemma deutlich: Zwei Verfahren wurden eingestellt, ein AStA-Referent freigesprochen. Die Richter erklärten, die Grenze zwischen „allgemeinpolitisch“ und „hochschulpolitisch“ sei im Gesetz zu ungenau formuliert, so daß den Angeklagten keine Pflichtwidrigkeit nachzuweisen sei.

Bild: AStA-Flugblatt zum Thema „Politisches Mandat“.

ASTA INFO

KEIN MAULKORB FÜR STUDENTENVERTRETER !!!!

GERICHTSTERMIN: 26. November 1986, um 9.00 Uhr im
Amtsgericht Paderborn (Am Bogen 2)

Worum geht es dabei ?

Die Anklage gegen die ehemaligen Finanzreferenten der ASTEN lautet: " UNTREUE "

Aber was bedeutet UNTREUE in diesem Zusammenhang ?

Hier handelt es sich um demokratisch gewählte Interessensvertreter, die lediglich Beschlüsse der Studentenparlamente und der ASTEN ausführten.

Sie leisteten Zahlungen, z.B. an die VDS, die durch eindeutige Oberverwaltungsgerichtsurteile legitimiert waren.

Zudem wurden die Zahlungen in den Haushaltsentwürfen ausgewiesen, passierten die Haushaltsausschüsse und erfolgten unter der Rechtsaufsicht der Hochschulverwaltung.

Daher kann die gegenwärtige Anklage nur als politisch motiviert betrachtet werden.

Die Anklage, die Zahlungen seien nicht legitim, da sie die Wahrnehmung des " allgemein - politischen Mandats " darstellen, soll letztendlich die gewählten Organe der Studentenschaft einschüchtern.

Die im Grundgesetz verankerte Meinungsfreiheit soll beschnitten werden.

Daher betrifft dieser Prozeß nicht nur die drei ehemaligen Finanzreferenten, deren berufliche Zukunft durch eine Vorstrafe direkt bedroht wäre.

Dieser Prozeß kann auch als gegen die Organe der Studentenschaft geführt betrachtet werden, gegen das Recht politische Zusammenhänge aufzuzeigen und kritisch zu hinterfragen.

Darum zeigt Eure Solidarität mit den Finanzreferenten durch zahlreiches Erscheinen am Mittwoch im Amtsgericht (Zi. 103) !!!

Annette Ernst (ASTA-Vorsitzende)

Die Hochschulpolitik wird in Paderborn im wesentlichen von den Fachschaften der einzelnen Fachbereiche sowie von den hochschulpolitischen Gruppen getragen. Letztere sind zum Teil auch im Studentenparlament vertreten und wählen den AStA.

Während in den Fachschaften unabhängig von politischen Richtungen das Interesse an der Gestaltung der Studienbedingungen im eigenen Fach dominiert, ist das politische Spektrum unter den Hochschulgruppen in der Regel weit vielfältiger als in der Bundespolitik. Vier große Bereiche lassen sich unterscheiden: Gruppen in Anlehnung an politische Strömungen (Ring christlich-demokratischer Studenten, Juso-Hochschulgruppe, Grün-alternative Liste, Marxistischer Studentenbund etc.), Gruppen ethnischer Minderheiten (Kulturverein der Studenten und Schüler aus der Türkei, Griechischer Studentenverband, Internationale Liste etc.), Burschenschaften (Katholischer Studentenverein Ostmark-Beuthen, Akademische Jagdcorporation - Nimrod etc.) und standespolitisch orientierte Gruppen (AIESEC, Hochschulgruppe Wirtschaftsingenieurwesen etc.). Die ausländischen Studierenden haben in der „Ausländischen Studentenvertretung“ (ASV) eine eigene - vom AStA finanziell unterstützte - Interessenvertretung, die sich um die speziellen Probleme von Studierenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit kümmert. Wesentlicher Aufgabenbereich ist die Rechtsberatung, mit der Paderborner Rechtsanwälte beauftragt sind.

Bild: Antrag auf Registrierung als hochschulpolitische Gruppe.

Bilder auf den folgenden Seiten: Studentischer Alltag

- **Kunst am Bau – Studentin in der Bibliothek**
- **Sommerfest in der Abteilung Meschede**
- **Vorlesung in der Abteilung Meschede**
- **Exkursion – Pause im Innenhof**

lhv

**liberaler
hochschulverband**

Hochschulverwaltung
der GH Paderborn
Warburgerstr. 100
4790 Paderborn

Paderborn, 17.10.79



Sehr geehrte Damen und Herren!

Hiermit stellen wir den Antrag uns, als politische Hochschulgruppe, bei der Hochschulverwaltung zu registrieren.

Eine Satzung haben wir noch nicht verabschiedet. Sie erhalten sie sobald wie möglich.

Derzeit sind bei uns 7 Mitglieder eingetragen. Es sind alles Studenten der GH Paderborn.

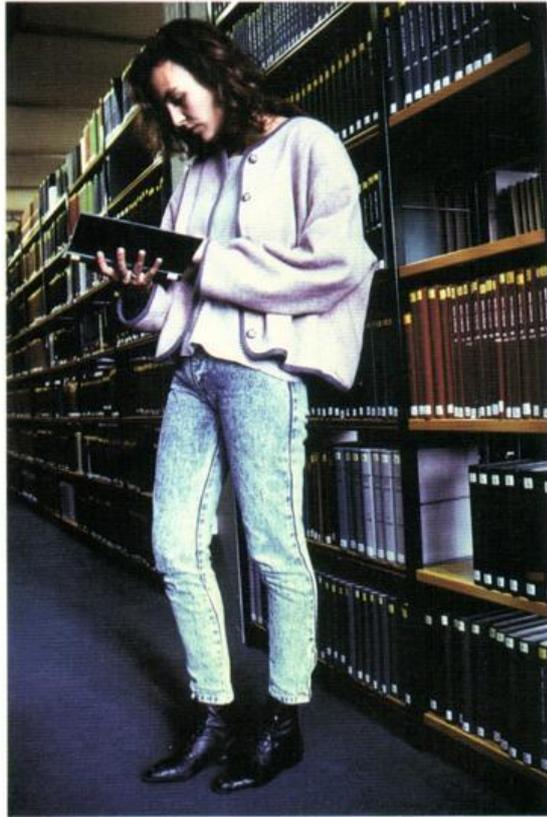
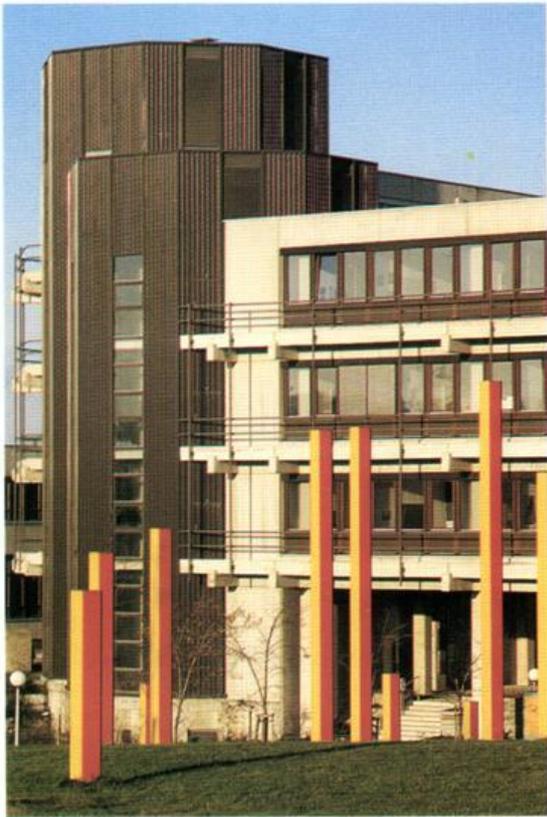
Unser Vorsitzender ist: Wolfgang Lange
Pohlweg 23
4790 Paderborn

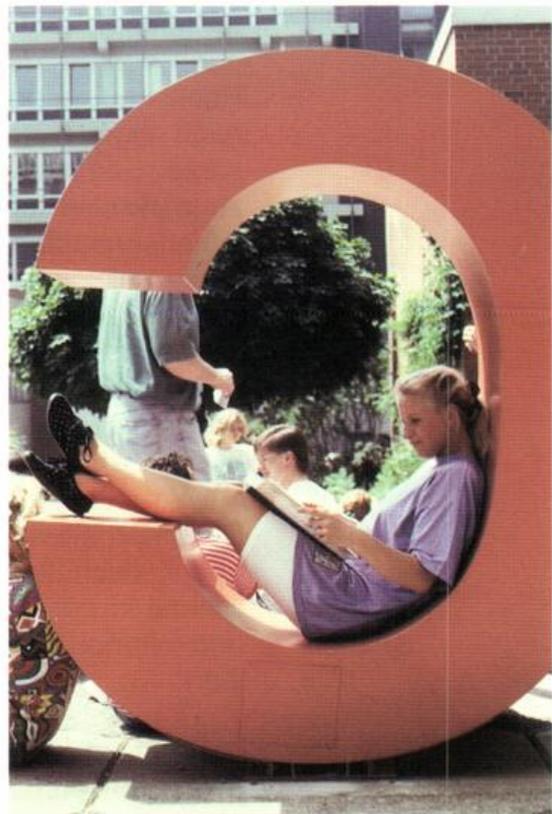
Wir bitten Sie darum uns ein Informationsbrett im Mensavorraum zuzuweisen sobald eines frei ist.

Schon im voraus besten Dank.

Mit vorzüglicher Hochachtung

W. Lange





Seit 1984 besteht an der Universität-Gesamthochschule Paderborn ein Autonomer Frauenprojektbereich. Er ist eine Initiative von in Frauenfragen besonders engagierten Studentinnen, die sich in harten Auseinandersetzungen einen eigenen Raum (ME 0.204) erkämpft haben.

Dieser Raum - die ehemalige Teestube der Hochschule - hatte zum Zeitpunkt seiner „Besetzung“ durch die Frauen über ein Jahr ungenutzt leergestanden. Während das Studentenparlament mit einer Nutzung als Frauenraum einverstanden war, verweigerte das Studentenwerk mit dem Argument der Gruppenprivilegierung die Zustimmung. Nach mehrmonatigen Verhandlungen einigten sich Studentenwerk, AStA und Frauen darauf, dem Frauenprojektbereich die „Nutzungspriorität“ des Raumes einzuräumen. Finanziell unterstützt wird der Projektbereich vom AStA. Die Haushaltsmittel werden aber vom Studentenparlament jährlich neu festgelegt und sind so - wie alle Einrichtungen im Umkreis des AStA - von dem guten Willen oder Nichtwillen der jeweiligen Studentenparlaments-Mehrheit abhängig.

Der Frauenprojektbereich versteht sich als Interessenvertretung der 25% Studentinnen an der Universität-Gesamthochschule Paderborn und beschäftigt sich mit auch in Paderborn bestehenden frauenfeindlichen Verhältnissen: bestimmten Lehrinhalten, geschlechtsspezifischen Benachteiligungen und auch vorgekommener sexueller Belästigung von Studentinnen. Als Kontrast-Programm zu den Hochschul-Angeboten organisiert der Frauenprojektbereich eigene Veranstaltungen, z.B. Selbstverteidigungskurse, Seminare zu Themen wie „Gewalt gegen Frauen“, zu lesbischen Lebensformen oder feministischen Wissenschaftsansätzen; darüber hinaus bietet er eigene Sportkurse und neuerdings auch Kabarett an. Im Rahmen der einmal jährlich stattfindenden Frauen-Ringveranstaltung kooperiert der Projektbereich mit dem Frauenarbeitslosenbüro der Evangelischen Studentengemeinde (ESG).

Im Frauenraum wird während des Semesters täglich ein Frauencafé zum Ausruhen, Diskutieren, Kennenlernen und Arbeiten angeboten. Hier können auch Examens- und Diplomarbeiten zu Frauenthemen, feministische Bücher und Zeitschriften und aktuelle Infos eingesehen werden. Einmal in der Woche werden in einem für alle Studentinnen offenen Plenum die anstehenden Vorhaben organisiert.

Bild: Flugblätter und Reader des Autonomen Frauenprojektbereiches.

Studentische Kultur wird vor allem vom AStA finanziert. Auf diese Weise bekommen alle Studierenden die Möglichkeit, auch kulturelle Veranstaltungen zu besuchen, die sich nicht selbst tragen können, weil sie ein zu kleines Publikum ansprechen: Jazz- oder Tango-Musik, Kleinkunst oder politisches Kabarett.

Die Organisation solcher anspruchsvoller kultureller Veranstaltungen übernimmt der Projektbereich Kultur für den AStA. Hier treffen sich interessierte Studierende, die für diese Aufgabe einen Etat in Höhe von mehreren Tausend DM erhalten. Von der Programmauswahl bis zur Planung und Durchführung der einzelnen Veranstaltungen ist dies ein zeitaufwendiges - und dabei ehrenamtliches - Hobby. Eine Weisungsbefugnis seitens des AStA existiert nicht.

Dreimal im Jahr finden zentrale Großfeten für alle Studierenden statt: eine „Schnüffel-fete“ zu Beginn des Wintersemesters, eine Karnevalsfete im Frühjahr und ein Sommerfest Ende Juni. Mehrere Live-Bands, ein kulturelles Rahmenprogramm und zahlreiche Stände mit ausländischen Speisen zeichnen diese Feten aus. Sie gehören mit durchschnittlich 4.000 bis 5.000 Besucherinnen und Besuchern zu den größten Hochschulveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen. Bis 1992 gehörte die Organisation zum Aufgabenbereich des Projektbereichs Kultur. Aufgrund finanzieller und inhaltlicher Differenzen ist seit 1993 der AStA wieder selbst Veranstalter dieser Feten.

Im kulturellen Bereich wird vom AStA darüber hinaus ein Studentenkino finanziert. Einmal im Monat werden hier Kino-Klassiker zu ermäßigten Preisen gezeigt. Die Veranstaltungen sind manchmal lange vor Beginn ausverkauft, manchmal kann man die Besucher jedoch auch an einer Hand abzählen.

Bild: Plakat zum Sommerfest 1992, das - wie die Universität-Gesamthochschule - 20jähriges Jubiläum feiern konnte.

20 Jahre Uni-GH Paderborn

Schnüffelfete

Von 1.30 Uhr bis 3.30 Uhr fahren kostenlos Busse von der Uni in die Innenstadt

10.11.

an der Gesamthochschule



THIRSTY MAN BAND

21 Uhr Mensa

COALTRAIN

23 Uhr Mensa

FUNKANATIC

21 Uhr Bibliotheksfoyer

ABBArt

23 Uhr Bibliotheksfoyer

DISCOS

Beginn: 20.00 Uhr – Begrenzter Einlaß – Einlaßende: 1.30 Uhr
 Vorverkauf: 7,- (Tuba, Unruhe, Ticket-Kontor, UNI/GHS)
 Abendkasse: 8,-

Veranstalter: ASTA der GHS-Paderborn

GETRÄNKE DRILLER
 Kari-Schurz-Straße 25 · Telefon (05251) 5109
 Cheruskerstraße 33 · Telefon (05251) 55509
 4790 PADERBORN

Computerladen & Systemhaus
 Ihr Wegbegleiter durch das Studium
 EDV - Lösungen für:
 - Forschung
 - Entwicklung
 - Systembetreuung
 AUTOCAD
 Besuchen Sie uns gleich hinter dem Reno Schuhmarkt
 Paderborn
 Pfarrer-Weg 67
 Tel. 05251 31216

TG&BA
 GUINNESS
 KILKENNY

Vollversammlungen und Demonstrationen sind die Mittel, mit denen studentischer Einfluß erreicht werden soll. Aufgerufen wurde auch immer wieder zu Streiks. Die Auseinandersetzungen führen zumeist zur Konfrontation mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung.

Die Proteste der letzten Jahre entzündeten sich vor allem an der immer schlechter werdenden sozialen Lage der Studierenden, richteten sich also gegen BAFöG-Kürzungen und die Umstellung auf Vollدارlehen, gegen höhere Sozialbeiträge und Pläne zur Einführung von Studiengebühren. Zweiter Konfliktpunkt waren die reduzierten Mitspracherechte der Studierenden. War einmal die Drittelparität in den Hochschulgremien (1/3 Professoren, 1/3 wissenschaftlicher und nichtwissenschaftlicher Mittelbau, 1/3 Studierende - geregelt im Wissenschaftlichen Hochschulgesetz WissHG) progressivster Ausdruck der Hochschuldemokratie, so wurde diese kontinuierlich abgebaut.

Unterschiedliche Konzepte der Ausbildung an den Hochschulen stehen sich gegenüber: Ist die Hochschule eine direkte Ausbildungsstätte für die Privatwirtschaft oder soll hier Forschung im gesamtgesellschaftlichen Interesse geleistet werden?

Bild: „Beerdigung“ des WissHG im WS 1977/78.

Die letzte Neufassung des WissHG ermächtigte die Wissenschaftsministerin 1987 sogar zur Schließung oder Zusammenlegung ganzer Studiengänge - ohne vorherige Konsultation der Betroffenen oder Mitwirkungsmöglichkeiten des Landtags. Für Paderborn bedeutete das einerseits den Verlust der Studiengänge Sozialwissenschaften für das Lehramt der Sekundarstufe I und II und die Schließung der Diplom-Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen sowie andererseits die Zusammenlegung der Fächer Kunst und Musik aus Bielefeld und Paderborn in Paderborn.

Die Abteilung Höxter sollte sogar ganz aus der Universität-Gesamthochschule Paderborn ausgegliedert und Außenstelle der Fachhochschule Lippe werden. Damit hätte für die Universität-Gesamthochschule Paderborn das spezifische Gesamthochschul-Konzept der Regionalisierung - die Existenz von Außenstellen - auf dem Spiel gestanden. Das konnte nur durch scharfe Proteste aller Betroffenen, Studierende, Hochschulvertreter und städtische Repräsentanten, verhindert werden.

Bild: Proteste beim Besuch von NRW-Wissenschaftsministerin Anke Brunn gegen die Schließung von Studiengängen in Höxter.



Einen engen Bezug zur Stadt soll dieser Aufkleber dokumentieren, der vor einigen Jahren vom AStA der Universität-Gesamthochschule Paderborn entworfen wurde. Doch die Motivwahl des „Drei-Hasen-Fensters“ ausgerechnet durch die Studierenden wirkt wenig überzeugend: Wohl hat die Hochschule das Leben in der Stadt Paderborn verändert und ist als Wirtschaftsfaktor nicht mehr wegzudenken, doch kann man - abgesehen von einigen Studentenkneipen - kaum von studentischem Leben in der Stadt sprechen. Bei den vielen Fahrstudenten ist das nicht weiter verwunderlich, aber auch die Hochschule hat es aufgrund ihrer Randlage schwer, als Teil der Stadt akzeptiert zu werden.

Bild: AStA-Aufkleber mit Hochschulembem.

Ausgesprochen modern wirkt gegenüber dem AStA-Aufkleber das offizielle Logo der Universität-Gesamthochschule Paderborn. Es wurde Ende der 80er Jahre nach einem Wettbewerb ausgewählt und stellt die vier Abteilungen Paderborn, Höxter, Meschede und Soest dar. Geflügelter Begriff dafür: die Kralle.

Bild: Offizielles Logo der Universität-Gesamthochschule Paderborn.

Das Luftbild zeigt die Universität-Gesamthochschule Paderborn als Normbau aus einem Guß. Dies unterscheidet sie von anderen, gewachsenen Hochschulen und betont den Charakter, daß die Hochschule heute auch für die Studierenden nur noch ein Arbeitsplatz ist. Sinnfälliger Ausdruck dafür ist, daß der Betonbau als solcher akzeptiert wird und nicht versucht wird, ihn sich durch Gestaltung anzueignen. Einzige Ausnahme ist das Kunstgebäude. Aus einem ehemaligen Getreidesilo entstanden, haben es die Studierenden nach ihren Bedürfnissen bemalt. Vielleicht trägt die normierte Umgebung auch zu den psychischen Belastungen bei, die Studierende heute tragen. Wesentlich hierfür ist auf jeden Fall das Wachstum der Studierendenzahlen auf nunmehr über 17.400, das es schwer macht, Kontakt zu finden. Und überfüllte Vorlesungen sowie überlastete Lehrende machen ein Studium nicht leichter.

Die Bedeutung von „Student sein“ hat sich heute gegenüber allen Klischees stark gewandelt. So sind einerseits mit der Verwissenschaftlichung die Anforderungen innerhalb des Studiums deutlich gestiegen: Examensarbeiten aus den Vorgängerinstitutionen der 50er Jahre sind mit den heutigen nicht zu vergleichen. Auf der anderen Seite fehlt die Sicherheit, am Ende des Studiums auch einen der Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Die Belastungen, die hieraus erwachsen, sind enorm und tragen wohl auch zur Verlängerung der Studienzeiten und zu den hohen Abbruchquoten bei.

Bild: Luftaufnahme von der Universität-Gesamthochschule Paderborn.

(Quelle: Joachim Büchter).



Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellenverzeichnis

Archiv der Universität-Gesamthochschule Paderborn
IV. 2.5.-1
V. 30.3.-8
VIII.1.2.-1

Literaturverzeichnis

- Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, Bonn 1992(a)
- Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Studenten an Hochschulen 1975-1991. Hochschulen - Studenten - Studienanfänger, Bonn 1992(b)
- Doerry, Martin, Studieren heute - Welche Uni ist die beste? Spiegel-Rangliste der westdeutschen Hochschulen, Spiegel-Spezial 1/1990
- Heinze, N./Stamm, M., Empirische Untersuchung zur Situation von Studienanfängern an der Gesamthochschule Paderborn, Ms. Paderborn o. J. (1978) (UniA PB)
- Peisert, Hansgert/Bargel, Tino/Framheim, Gerhild, Studiensituation und studentische Orientierungen an Universitäten und Fachhochschulen. 2. Erhebung zur Studiensituation im WS 1984/85, Bonn 1988
- Reissert, Reiner, Auswirkungen der Studienfinanzierung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz auf den Studienverlauf, in: HIS-Kurzinformationen A6/82, S. 1-8
- Scherer, Hans-Peter, Nichts geht mehr. Wer trägt Schuld an der Bildungsmisere?, in: Wirtschaftswoche 46. Jg. (1992), H. 3, S. 36-40
- Stambulis, Dimitrios, Aktuelle Untersuchungen zur Problemlage ausländischer Studenten in der BRD unter besonderer Berücksichtigung der Situation an der Universität-Gesamthochschule Paderborn, Ms. Paderborn 1987
- Stenger, Barbara, Ausländische Studierende in Paderborn - Bericht aus der Praxis, Ms. Paderborn 1993 (UniA PB)
- Voland, Claus, Zeitwende in Paderborn, in: Die Zeit v. 8. September 1978

Bilanz der Reformarbeit

Grundsätzlich war es eine mutige Entscheidung des damaligen nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministers Johannes Rau (SPD), fünf Gesamthochschulen gleichzeitig zu errichten. Im Jahr 1971 existierten für die neue Hochschulform keine Vorbilder. Der groß angelegte Gesamthochschulversuch in Baden-Württemberg war schon in der Planungsphase gescheitert. Das Kabinett der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ging ein nicht geringes Risiko ein, mit den Neugründungen ebenfalls Schiffbruch zu erleiden und damit einen kaum wiederzumachenden hochschulpolitischen Schaden anzurichten. Aus dieser Konstellation heraus erklärt sich der Druck, der vor allem in der Anfangsphase auf den Gesamthochschulen lastete: Sie mußten schnell funktionieren - sie standen unter Erfolgszwang - und sie mußten beweisen, daß sie in ihrer Leistungsfähigkeit herkömmlichen Universitäten ebenbürtig waren.

So läßt es sich erklären, daß von den ursprünglich mit der Gesamthochschule verfolgten Reformzielen sich manches nicht umsetzen ließ.- Dies ist nicht allein auf die Hochschulpolitik des Landes NRW zurückzuführen, sondern auch auf die Zwänge der föderalen Struktur der Bundesrepublik. So blieb von der ursprünglich vorgesehenen bundesweiten Einführung der Gesamthochschule im Hochschulrahmengesetz des Bundes nicht viel mehr als eine unverbindliche Empfehlung übrig. Konservativ geführten Bundesländern wurde auf diese Weise die Einrichtung von Gesamthochschulen freigestellt. Folge: Die Gesamthochschulen konnten nicht als allgemeingültige Hochschulform durchgesetzt werden. Die duale Hochschulstruktur, hier Fachhochschulen und dort Universitäten, blieb erhalten, weil nach 1972 die Reformbegeisterung in Restauration umschlug und sich die Universitäten von Anfang an gegen eine Integration sträubten.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung verfolgte mit der Einführung von integrierten Gesamthochschulen drei Ziele: Zunächst galt es, das Angebot an Studienplätzen zu erweitern, um die alten Hochschulen zu entlasten und den geburtenstarken Jahrgängen gute Studienchancen zu eröffnen. Neben diesen gesellschaftspolitischen Aspekt trat der zweite, strukturpolitische: Durch ein flächendeckendes Netz von Hochschulen und ihre geographische Nähe zum Wohnort sollten die Studienmotivation gesteigert, kulturelle Impulse in bislang bildungsferne Regionen gebracht werden und die regionale Wirtschaft durch Forschungs- und Entwicklungstransfer neue Impulse erhalten. Der dritte Aspekt bezieht sich auf die Hochschulpolitik. Durch abgestufte und aufeinander bezogene Studiengänge wurden eine Reform und Neuordnung des Studiensystems, u. a. mit dem Ziel von Studienzeitverkürzung und größerer Praxisorientierung, angestrebt. Um dies zu erreichen, sollten alle vorhandenen Hochschuleinrichtungen zu Gesamthochschulen zusammengeführt werden.

Die Tatsache, daß überdurchschnittlich viele Arbeiterkinder an den Gesamthochschulen Nordrhein-Westfalens studieren, kann als Indiz für die erfolgreiche Öffnung der Hochschule gelten. Die im Vergleich zu anderen Hochschulen höhere Zahl von BAFöG-Empfängerinnen und -Empfängern zeigt die Bereitschaft einkommensschwacher und meist bildungsferner Schichten, die Chance eines Hochschulstudiums an einer Gesamthochschule in der Region zu nutzen.

Das Konzept der Regionalisierung hat also das gehalten, was sich die Landesregierung davon versprochen hat. Abiturienten und Fachhochschüler mit niedriger sozialer Herkunft scheinen weniger mobil zu sein als Absolventen höherer sozialer Herkunft und nehmen nur geringe Entfernungen zwischen Heimat- und Studienort in Kauf. Auch im Fall Paderborns erleichtert die Nähe zur Hochschule den Schritt zum Studium für junge Leute zum Beispiel aus dem Sauerland. Allein am Hauptstandort Paderborn stammen zwei Drittel der Studierenden aus dem Nah-einzugsgebiet, und nicht einmal jeder Siebte kommt aus einem anderen Bundesland.

Der Anteil der Arbeiterkinder an der Gesamtzahl der Studierenden sank jedoch zwischen 1980 und 1989 wieder von 24 auf 18%. Hierbei handelt es sich um einen bundesweiten Trend, wobei Paderborn immer noch deutlich über dem Durchschnitt liegt. Die gelungene Öffnung der Hochschule für bislang bildungsferne Schichten wurde durch politische Maßnahmen - vor allem auf Bundesebene - zum Teil wieder aufgehoben. Die zeitweilige Umstellung des BAFöG auf Darlehen, die Streichung der Stipendien für Oberstufenschülerinnen und -schüler, Warnungen vor Akademikerarbeitslosigkeit und Werbung für eine praktische Berufsausbildung behindern zuerst den Aufstiegswillen sozial schwächerer Gruppen und von Frauen. Anders als um 1970, als ein akuter Mangel an hochqualifizierten Fachkräften Befürchtungen um Wirtschaftswachstum und Wohlstand aufkommen ließ, wird in Zeiten der Wirtschaftskrise die Benachteiligung „bildungsferner“ Schichten nicht mehr öffentlich zur Kenntnis genommen.

Die am Beginn der Gesamthochschulentwicklung von konservativen Verbänden und traditionellen Universitäten geäußerte Befürchtung, die Öffnung der Hochschulen für Studienanfänger ohne Abitur hätte unweigerlich ein sinkendes Bildungsniveau zur Folge, hat die Praxis der Gesamthochschule eindeutig widerlegt: Verschiedene Untersuchungen, wie beispielsweise am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Uni-GH Paderborn, belegen, daß Absolventinnen und Absolventen dieses Fachs weder schlechtere Berufschancen noch längere Wartezeiten bis zur Ersteinstellung haben als Absolventen herkömmlicher Universitäten. Darüber hinaus hat eine Studie an der Gesamthochschule Essen ergeben, daß innerhalb integrierter Studiengänge Fachoberschüler keine signifikanten Leistungsunterschiede im Verhältnis zu Abiturienten aufweisen.

In der Konzeptionsphase der integrierten Gesamthochschule war eine weitreichende Mitbestimmung der Hochschulangehörigen auf allen Ebenen der Selbstverwaltung vorgesehen. Die auch vom NRW-Wissenschaftsministerium angestrebte Beteiligung aller Statusgruppen in Drittelparität an wichtigen hochschulpolitischen Fragen wurde jedoch durch das Bundesverfassungsurteil vom Mai 1973 abgeblockt. Es legte fest, daß Professoren in Hochschulgremien die einfache Mehrheit haben müssen. Darüber hinaus schränkte das Hochschulrahmengesetz in verschiedenen Novellierungen die Mitsprachemöglichkeiten der „nichtprofessoralen“ Statusgruppen weiter ein. Nach dem Verbot der Drittelparität wurde die einfache Mehrheit und schließlich die absolute Mehrheit der Professoren in Hochschulgremien vorgeschrieben.

In der Frage der Eingriffsrechte des Wissenschaftsministeriums zeigte sich der Nachteil neugegründeter Hochschulen gegenüber der gewachsenen und gefestigten Autonomie der alten Universitäten. Die im Gesamthochschulgesetz vor-

gesehenen administrativen Eingriffsmöglichkeiten des Wissenschaftsministers sollten zwar der Beschleunigung der Aufbauphase dienen, schränkten aber gleichzeitig die Hochschulautonomie ein. Mit Abschluß der Gründungsphase sind die Gesamthochschulen den anderen wissenschaftlichen Hochschulen des Landes gleichgestellt.

Ein Erfolg war die Studienreform. Die integrierten Studiengänge vereinen die Vorteile von Fachhochschul- und Universitätsstudiengängen: starker Praxisbezug und Öffnung für Fachoberschulabsolventen bei gleichzeitiger wissenschaftlicher Ausrichtung. Die Außenstellen der Universität-Gesamthochschule Paderborn müssen sich allerdings mit reinen Fachhochschul-Studiengängen zufrieden geben: Hier stellten sich die integrierten Studiengänge schon kurz nach ihrer Einführung als zu teuer heraus und wurden eingestellt.

Gemessen an den Empfehlungen des Wissenschaftsrats von 1970 kann sich aber der inhaltliche Erfolg der Studienreform trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen durchaus sehen lassen. Die damals empfohlenen Kurz- und Langzeitstudiengänge sind heute in vielen Fächern alltägliche Praxis. In Paderborn gilt das für die Bereiche Ingenieurwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, einige Naturwissenschaften und die Informatik. Vielleicht nicht zufällig sind das die Fächer, auf die der gute Ruf der Hochschule im wesentlichen zurückgeht.

Nicht im gewünschten Maße ließ sich die Forderung nach Studienzeitverkürzung umsetzen. Doch wenn es selbst in konventionellen Studiengängen auf Grund des enormen Stoffwachstums nicht gelingt, die Studienzeiten deutlich zu verkürzen, wie soll es dann in einem Reformmodell funktionieren, ohne den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit einer mangelhaften Ausbildung zu riskieren? Wenn im Grundstudium auf verschiedene Eingangsqualifikationen Rücksicht zu nehmen, ein unerprobtes Modell unter besonderem Anerkennungs- und Zeitdruck umzusetzen war, wobei hochgespannte Studienziele wie die Förderung der beruflichen Mobilität mitverfolgt werden sollten, dann erscheint das bisher Erreichte respektabel. Das wird noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß sich die Studienzeiten an der Universität-Gesamthochschule Paderborn im Vergleich zu allen anderen Hochschulen am unteren Rande befinden.

Was ist aber aus der Diskussion um „forschendes Lernen“ und „emanzipatorische Lernziele“ geworden, was wurde aus der „intrensischen Motivation“, die den inneren Antrieb nicht durch Leistungs- und Prüfungsdruck, sondern durch eigenes Interesse erzeugen wollte? Und was wurde in Paderborn aus dem fächerübergreifenden Projektstudium, das der Gründungssenat 1972 forderte und das heute an der Gesamthochschule Kassel erfolgreich praktiziert wird? Der mehr theoriebezogene HII-Studiengang unterscheidet sich im Curriculum nur wenig von der Forschungs- und Ausbildungspraxis herkömmlicher Universitäten. Angesichts der Fülle der Aufgaben, die die Hochschulangehörigen der ersten Stunde zu bewältigen hatten, ist dies jedoch zu verstehen. Insgesamt 68 Ordnungen - von der Studien- bis zur Habilitationsordnung - mußten in mehreren Gremien beraten und verabschiedet werden. Schließlich mußten nicht nur die integrierten Studiengänge, sondern auch die wissenschaftlichen Studiengänge außerhalb der Lehrerausbildung neu konzipiert werden. Darüber hinaus waren zahllose Berufungsverfahren durchzuführen, um die Neugründung personell auszubauen. Das verdient große Anerkennung.

Die anfänglichen Zweifel am wissenschaftlichen Prestige von Gesamthochschulen wurden in Paderborn spätestens mit der Aufnahme der Hochschule in die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1979 ausgeräumt. Durch ihre Wissenschaftspraxis hat sich die Gesamthochschule schnell Anerkennung erworben. Die rapide Entwicklung bei der Einwerbung von Drittmitteln ist ein sicheres Indiz für die Anerkennung durch Forschungsinstitutionen und die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen. Im Landesdurchschnitt aller Hochschulen belegt Paderborn bei der Drittmitteleinwerbung, gemessen am prozentualen Anteil am Gesamthaushalt, den ersten Platz. Ein bekanntes Beispiel von gelungener Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Privatwirtschaft bietet die Kooperation mit der Nixdorf Computer AG. Darüber hinaus bestehen zu zahlreichen kleineren Wirtschaftsunternehmen enge Beziehungen. Projekte werden aber auch mit den Arbeitnehmerorganisationen, den Gewerkschaften, durchgeführt. Der strukturfördernde Aspekt der Regionalisierung der Hochschullandschaft macht sich hier positiv bemerkbar und wird von der Hochschule aktiv unterstützt. Die eigentlich kritische Forderung um 1970, die die herkömmliche Wissenschaftspraxis in Frage stellte, war jedoch, daß Forschung gesellschaftlichen Zielen dienen sollte, die unter dem Begriff Emanzipation zusammengefaßt wurden. Trotz der Schwammigkeit dieses Begriffs, war damals den Beteiligten klar, was damit gemeint war: Wissenschaft sollte nicht einseitig für bestimmte Interessen der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Gruppen verfügbar gemacht werden.

Die Frage, welchen Interessen die Wissenschaft dient, gilt heute noch als Relikt der 68er Bewegung. Die Verantwortung der Natur- und Ingenieurwissenschaften für die Folgen ihrer Forschung ist immer wieder thematisiert worden, aber bis heute nicht gelöst. Obwohl das Heinz-Nixdorf-Institut unter anderem diese Diskussion als Aufgabe hat, wird sie nur allzu gern den Geisteswissenschaften überlassen. Der in den 70er Jahren selbstverständliche Doppelcharakter von Bildung, zugleich Ausbildung und Emanzipation zu sein, ist zurückgetreten und hat einer stärker ausbildungsorientierten Sichtweise Platz gemacht. Dies bedarf der Reflexion: Wird der individuelle Entscheidungsspielraum übermäßig reglementiert? Tritt die Befähigung zum verantwortungsbewußten Handeln zurück hinter instrumenteller Rationalität und individualistischem Leistungsdenken? Oder anders: Dient das Recht auf Bildung auch der Emanzipation des Einzelnen oder nur der stromlinienförmigen Aneignung der von den Arbeitgebern geforderten Qualifikationen?

Die Rolle der Hochschule in der Gesellschaft sollte gerade bei dem Reformmodell Gesamthochschule auf dem Lehrplan stehen. Das kritische Hinterfragen der eigenen Geschichte rückt die unverwirklichten Erwartungen wieder ins Bewußtsein. Bei aller berechtigten Zufriedenheit der Lehrenden, Lernenden und Arbeitenden mit dem Erreichten an ihrer Hochschule bleiben nach 20 Jahren im Hinblick auf die ursprünglichen Ziele doch Chancen ungenutzt und wurden angelegte Möglichkeiten nicht realisiert.